

Druck: Dr. H. P. Schmid, Druckerei des Nationalrates der Republik Österreich

Stenographisches Protokoll

38. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich XIV. Gesetzgebungsperiode

Mittwoch, 1. Dezember 1976

Tagesordnung

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1977

Beratungsgruppe I: Oberste Organe

Beratungsgruppe II: Bundeskanzleramt

Beratungsgruppe III: Äußeres

Inhalt

Ausschüsse

Zuweisungen (S. 3568)

Bundesregierung

Änderung der 3. Kraftfahrgesetz-Novelle und der zivilrechtlichen Bestimmungen über den Gebrauch von Sicherheitsgurten (Zu 57 d. B.) (S. 3568)

Verhandlungen

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (320 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1977 (380 d. B.)

Generalberichterstatter: Kunstätter (S. 3568)

Spezialdebatte

Gemeinsame Beratung über

Beratungsgruppe I: Kapitel 01: Präsidentschaftskanzlei, Kapitel 02: Bundesgesetzgebung, Kapitel 03: Verfassungsgerichtshof, Kapitel 04: Verwaltungsgerichtshof, Kapitel 06: Rechnungshof

Spezialberichterstatter: Wuganigg (S. 3569)

Beratungsgruppe II: Kapitel 10: Bundeskanzleramt mit Dienststellen, Kapitel 70: Staatsdruckerei

Spezialberichterstatter: Remplbauer (S. 3570)

Beratungsgruppe III: Kapitel 20: Äußeres

Spezialberichterstatter: Heinz (S. 3571)

Redner: Dr. Taus (S. 3572), Dr. Fischer (S. 3579), Dr. Wiesinger (S. 3585), Dr. Kohlmaier (S. 3586), Dr. Broesigke (S. 3586), Dr. Lanner (S. 3592), Marsch (S. 3595), Peter (S. 3599), Bundeskanzler Dr. Kreisky (S. 3604), Dr. Prader (S. 3610), Czernetz (S. 3615), Dr. Scrinzi (S. 3620), Dr. Fiedler (S. 3625), Bundesminister Dr. Pahr (S. 3630), Dr. Schmidt (S. 3632), Glaser (S. 3635), Teschl (S. 3639), Dkfm. Gorton (S. 3643), Staatssekretär Dr. Veselsky (S. 3648), Burger (S. 3648), Kokail (S. 3652), Wimmersberger (S. 3654), Hirscher (S. 3657), Steinbauer (S. 3660), Koller (S. 3664) und Dr. Mock (S. 3667)

Annahme der Beratungsgruppen I, II und III (S. 3670)

Eingebracht wurden

Antrag der Abgeordneten

Dr. Marga Hubinek, Dipl.-Ing. Dr. Leitner, Hietl und Genossen betreffend die Änderung des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967 (40/A)

Anfragen der Abgeordneten

Dr. Bauer und Genossen an den Bundesminister für Inneres betreffend sozialistische Personalpolitik in der Bundespolizeidirektion Klagenfurt (822/J)

Dr. Feuerstein, Dr. Hafner, Dr. Blenk und Genossen an den Bundeskanzler betreffend finanzielle Unterstützung des Einsatzes von Familienhelferinnen (823/J)

Dr. Broesigke, Dr. Schmidt und Genossen an den Bundesminister für Unterricht und Kunst betreffend Einladung des Sängers W. Biermann durch den Herrn Bundesminister (824/J)

Anfragebeantwortungen

des Bundesministers für Justiz auf die Anfrage der Abgeordneten Thalhammer und Genossen (695/AB zu 676/J)

der Frau Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Marga Hubinek und Genossen (696/AB zu 725/J)

3568

Nationalrat XIV. GP – 38. Sitzung – 1. Dezember 1976

Beginn der Sitzung: 10 Uhr

Vorsitzende: Präsident Benya, Zweiter Präsident Minkowitsch, Dritter Präsident Probst.

Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1977 samt Anlagen (380 der Beilagen)

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein.

Gegenstand der Verhandlung ist der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (320 und Zu 320 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1977 samt Anlagen (380 der Beilagen).

Generalberichterstatter ist der Herr Abgeordnete Kunstätter. Ich bitte ihn um seinen Bericht.

Generalberichterstatter **Kunstätter:** Herr Präsident! Hohes Haus! Als Generalberichterstatter obliegt es mir, die Beratungen über das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1977 samt dessen Anlagen einzuleiten.

Die Bundesregierung hat am 13. Oktober 1976 den Entwurf des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1977 dem Nationalrat vorgelegt. In der 33. Sitzung des Nationalrates am 21. Oktober 1976 gab Bundesminister für Finanzen Dr. Androsch die einbegleitende Erklärung zu dieser Regierungsvorlage ab. In der 35. Sitzung am 3. November 1976 wurde die Vorlage in erste Lesung genommen und sodann dem Finanz- und Budgetausschuß zur Vorberatung zugewiesen.

Die Regierungsvorlage besteht aus dem eigentlichen Bundesfinanzgesetz sowie den einen Bestandteil desselben bildenden Anlagen. Den umfangreichsten Teil der Vorlage stellt der Bundesvoranschlag (Anlage I) samt den Gesamtübersichten (Anlagen I a bis I d) dar.

Die Aufgliederung des Bundesvoranschlages 1977 nach ordentlicher und außerordentlicher Gebarung zeigt folgendes Bild:

Ordentliche Gebarung: Ausgaben 234.451 Millionen, Einnahmen 196.653 Millionen, Abgang 37.798 Millionen.

Außerordentliche Gebarung: Ausgaben 6316 Millionen, Einnahmen 560 Millionen, Abgang 5756 Millionen, Gesamtgebarungsabgang somit 43.554 Millionen Schilling.

Weitere Anlagen sind der Konjunkturausgleich-Voranschlag (Anlage II) samt dessen summarischer Aufgliederung (Anlage II a) sowie der Dienstpostenplan (Anlage III);

Anlagen zum Bundesvoranschlag in gesonderten Heften bilden der Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes sowie der Systemisierungsplan der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Einlauf und Zuweisungen

Präsident: Es sind die Anfragebeantwortungen 695/AB und 696/AB eingelangt.

Die in der letzten Sitzung eingebrachten Anträge weise ich wie folgt zu:

Antrag 37/A der Abgeordneten Maria Metzker und Genossen auf Änderung des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967 in der geltenden Fassung

dem Finanz- und Budgetausschuß

Antrag 38/A der Abgeordneten Dr. Wiesinger und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Krankenanstaltengesetz geändert wird,

dem Ausschuß für Gesundheit und Umweltschutz

Antrag 39/A der Abgeordneten Dr. Gruber und Genossen betreffend ein Bundesgesetz über die Schülervertretung (Schülervertretungsgesetz)

dem Unterrichtsausschuß.

Ferner weise ich die in der letzten Sitzung als eingelangt bekanntgegebene Regierungsvorlage: Bundesgesetz, mit dem die Verordnung über Privatfernmeldeanlagen geändert wird (365 der Beilagen),

dem Verkehrsausschuß zu.

Ich gebe bekannt, daß die Bundesregierung die Regierungsvorlage 57 der Beilagen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Kraftfahrgesetz 1967 geändert wird (3. Kraftfahrgesetz-Novelle) und zivilrechtliche Bestimmungen über den Gebrauch von Sicherheitsgurten getroffen werden, gemäß § 25 der Geschäftsordnung geändert hat.

Auf Grund dieser Bestimmung wurde die diesbezügliche Note vervielfältigt und an alle Abgeordneten verteilt.

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (320 und Zu 320 der

Nationalrat XIV. GP – 38. Sitzung – 1. Dezember 1976**3569****Kunstätter**

Der Finanz- und Budgetausschuß hat den von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1977 samt dessen Anlagen in der Zeit vom 9. November 1976 bis 24. November 1976 in Verhandlung gezogen. Im Laufe der Sitzungen des Ausschusses wurden sechs Anträge gestellt. Zur Vorberatung dieser Anträge wurde ein Unterausschuß eingesetzt, dem die Abgeordneten Mondl, Mühlbacher, Pfeifer, Troll, Dr. Tull, Dr. Koren, Dr. Pelikan, Sandmeier, Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr und Dr. Broesigke angehörten.

Die durch das Haushaltsgesetz umfaßten 15 Beratungsgruppen sind im Ausschuß also zwischen 9. und 24. November an neun Verhandlungstagen beraten worden. In einer Gesamtzeit von etwas über 58 Stunden erfolgten seitens der Abgeordneten 261 Debattenbeiträge, und zwar 88 von Abgeordneten der SPÖ, 147 von Abgeordneten der ÖVP und 26 von Abgeordneten der FPÖ.

Zeitlich am längsten dauerte die Erörterung der Gruppe „Soziales“ mit fünfdreiviertel Stunden und mit 21 Wortmeldungen sowie der Gruppe „Finanzen“ mit 4,40 Stunden und mit 18 Wortmeldungen. Relativ schnell gingen die Verhandlungen über die Gruppen „Oberste Organe“ mit drei Stunden und mit 14 Wortmeldungen, „Handel“ mit etwas über drei Stunden und mit zwölf Wortmeldungen und „Justiz“ mit dreieinviertel Stunden und mit 15 Wortmeldungen vor sich.

Die Abstimmungen über sämtliche Teile der Spezialdebatte erfolgten in der Ausschußsitzung am 24. November 1976.

Das Ergebnis der Ausschußberatungen bezüglich des Bundesvoranschlages ist den Berichten der Spezialberichterstatter zu entnehmen.

Ich stelle nunmehr den Antrag, in die Beratungen über den Bundesvoranschlag für das Jahr 1977 samt dessen Anlagen einzutreten.

Präsident: General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Gemäß § 73 Abs. 2 der Geschäftsordnung werden die Debatte und Abstimmung über die Vorlage in Teilen – entsprechend der allen Abgeordneten vor Beginn der Vorberatung durch den Finanz- und Budgetausschuß zugegangenen Übersicht – durchgeführt.

Im Einvernehmen mit den Parteien wird die Debatte über die heute auf der Tagesordnung stehenden Beratungsgruppen I: Oberste Organe, II: Bundeskanzleramt mit Dienststellen, und III: Äußeres, des Bundesvoranschlages zusammengefaßt.

Spezialdebatte**Beratungsgruppe I**

- Kapitel 01: Präsidentschaftskanzlei**
- Kapitel 02: Bundesgesetzgebung**
- Kapitel 03: Verfassungsgerichtshof**
- Kapitel 04: Verwaltungsgerichtshof**
- Kapitel 06: Rechnungshof**

Beratungsgruppe II

- Kapitel 10: Bundeskanzleramt mit Dienststellen**

- Kapitel 70: Staatsdruckerei (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag)**

Beratungsgruppe III**Kapitel 20: Äußeres**

Präsident: Wir gelangen daher zur Verhandlung über die Beratungsgruppen I, II und III.

Spezialberichterstatter über die Beratungsgruppe I ist der Herr Abgeordnete Wuganigg. Ich ersuche ihn um seinen Bericht.

Spezialberichterstatter **Wuganigg:** Herr Präsident! Hohes Haus! Ich erstatte den Spezialbericht zu Beratungsgruppe I. Diese umfaßt die Kapitel 01: Präsidentschaftskanzlei, Kapitel 02: Bundesgesetzgebung, Kapitel 03: Verfassungsgerichtshof, Kapitel 04: Verwaltungsgerichtshof, und Kapitel 06: Rechnungshof.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat die in der Beratungsgruppe I zusammengefaßten finanziellen Ansätze des Bundesvoranschlages für das Jahr 1977 in seiner Sitzung am 9. November 1976 in Verhandlung gezogen.

Im Bundesvoranschlag 1977 sind bei den gegenständlichen Budgetkapiteln Gesamtausgaben von 494,323 Millionen Schilling veranschlagt. Hierzu entfallen 143,634 Millionen Schilling auf laufende persönliche, 324,827 Millionen Schilling auf laufende sachliche Ausgaben und 25,862 Millionen Schilling auf die Vermögensgebarung. Gegenüber dem laufenden Jahr ergibt sich eine Gesamterhöhung von 32,215 Millionen Schilling. An Gesamteinnahmen werden in dieser Beratungsgruppe 7,824 Millionen Schilling erwartet, das sind um 0,435 Millionen Schilling mehr als im laufenden Jahr.

Bei Kapitel 01: Präsidentschaftskanzlei, sind

3570

Nationalrat XIV. GP – 38. Sitzung – 1. Dezember 1976

Wuganigg

zusammen 26,006 Millionen Schilling, das sind um 1,447 Millionen Schilling mehr als für 1976 budgetiert, vorgesehen.

Bei Kapitel 02: Bundesgesetzgebung, sind zusammen 332,677 Millionen Schilling veranschlagt; das sind um 17,959 Millionen Schilling mehr, als für 1976 vorgesehen ist. Auf den Nationalrat entfallen hievon 297,321 Millionen Schilling, auf den Bundesrat 35,356 Millionen Schilling.

Auf den Kopf der Bevölkerung umgerechnet entfällt für die Kosten der Bundesgesetzgebung ein Betrag von jährlich 44 S.

Bei Kapitel 03: Verfassungsgerichtshof, sind Gesamtausgaben von 16,940 Millionen Schilling, das sind um 1,928 Millionen Schilling mehr als im laufenden Jahr, vorgesehen.

Bei Kapitel 04: Verwaltungsgerichtshof, sind zusammen 38,428 Millionen Schilling, das sind um 2,311 Millionen Schilling mehr als für 1976, vorgesehen.

Bei Kapitel 06: Rechnungshof, sind für 1977 Gesamtausgaben von 80,272 Millionen Schilling, das sind um 8,570 Millionen Schilling mehr als im laufenden Jahr, vorgesehen.

Im wesentlichen bitte ich, die Details dem schriftlichen Ausschußbericht zu entnehmen.

Bei der am 24. November 1976 durchgeführten Abstimmung wurden die in der Beratungsgruppe I zusammengefaßten finanzgesetzlichen Ansätze mit Stimmeneinhelligkeit angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

- Dem Kapitel 01: Präsidentschaftskanzlei,
- dem Kapitel 02: Bundesgesetzgebung,
- dem Kapitel 03: Verfassungsgerichtshof,
- dem Kapitel 04: Verwaltungsgerichtshof und
- dem Kapitel 06: Rechnungshof

des Bundesvoranschlages für das Jahr 1977 (320 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Ich stelle nunmehr den Antrag, in die Debatte über die Beratungsgruppe I einzugehen.

Präsident: Spezialberichterstatter über die Beratungsgruppe II ist der Herr Abgeordnete Remplbauer. Ich bitte um den Bericht.

Spezialberichterstatter Remplbauer: Herr Präsident! Hohes Haus! Ich erstatte den Spezialbericht zu Beratungsgruppe II: Kapitel 10: Bundes-

kanzleramt mit Dienststellen, Kapitel 70: Staatsdruckerei.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat die in der Beratungsgruppe II zusammengefaßten Kapitel 10 „Bundeskanzleramt mit Dienststellen“ und 70 „Staatsdruckerei“ des Bundesvoranschlages für das Jahr 1977 am 9. November 1976 in Verhandlung gezogen.

Im Bundesvoranschlag für Kapitel 10 „Bundeskanzleramt mit Dienststellen“ ist für das Budgetjahr 1977 ein Ausgabenrahmen von 1.129,768.000 S vorgesehen.

Von den Ausgaben entfallen 340,378.000 S auf den Personalaufwand, der somit gegenüber dem Vorjahr um 47,957.000 S erhöht ist.

Zur Bestreitung des Sachaufwandes sind 788,988.000 S veranschlagt; das sind um 105,744.000 S mehr als im Vorjahr.

Die Ausgaben des Bundeskanzleramtes – Zentralleitung – und die der Österreichischen Delegation bei der OECD werden im kommenden Jahr 605,007.000 S betragen.

Der Bedarf der Verwaltungssakademie, der im Jahre 1977 erstmalig für ein volles Betriebsjahr veranschlagt ist, beträgt im Personalaufwand 6,205.000 S, und die sachlichen Ausgaben werden 16,494.000 S betragen.

An Krediten für die Entwicklungshilfe sind 148,621.000 S veranschlagt.

Die Kosten des Druckes und Vertriebes des Bundesgesetzblattes und der „Amtlichen Sammlung wiederverlautbarer österreichischer Rechtsvorschriften“ sind mit 10,696.000 S veranschlagt.

Unter „Familienpolitische Maßnahmen“ sind zur Förderung von Institutionen, die auf dem Gebiete der Familienpolitik tätig werden, 1,330.000 S vorgesehen.

Die Aufwendungen für das Staatsarchiv und Archivamt sind mit insgesamt 26,254.000 S veranschlagt.

Die Kredite des Statistischen Zentralamtes beziffern sich auf insgesamt 315,161.000 S, sind also um 62,209.000 S höher als im Vorjahr.

An Einnahmen werden bei Kapitel 10 „Bundeskanzleramt mit Dienststellen“ im kommenden Jahr 79,214.000 S erwartet. Dies bedeutet eine Erhöhung gegenüber dem Jahr 1976 um 4,364.000 S, die fast ausschließlich aus dem Erlös des Vertriebes des Bundesgesetzblattes resultiert.

Im Bundesvoranschlag für Kapitel 70 „Staatsdruckerei“ sind für das Budgetjahr 1977 Betriebsausgaben in der Höhe von 435,037.000 S

Remplbauer

und Betriebseinnahmen in der Höhe von 435,251.000 S vorgesehen. Somit wird für das kommende Jahr ein kassenmäßiger Betriebsüberschuß von 214.000 S erwartet.

Von den Ausgaben entfallen rund 60,6 Prozent, nämlich 263,472.000 S, auf den Personalaufwand.

Der Sachaufwand wird sich im kommenden Jahr auf 171,565.000 S belaufen.

Die Betriebseinnahmen sind gegenüber dem Vorjahr um 68,466.000 S höher veranschlagt, weil insbesondere aus der Erzeugung Mehreinnahmen erwartet werden.

Weitere Details bitte ich der schriftlichen Unterlage zu entnehmen.

Bei der Abstimmung am 24. November 1976 wurden die finanzgesetzlichen Ansätze der Beratungsgruppe II unverändert angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat sollte beschließen:

Dem Kapitel 10: Bundeskanzleramt mit Dienststellen, und

dem Kapitel 70: Staatsdruckerei, samt dem zu Kapitel 70 dazugehörigen Teil des Konjunkturausgleich-Voranschlages des Bundesvoranschlages für das Jahr 1977 (320 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Ich beantrage, in die Debatte einzugehen.

Präsident: Spezialberichterstatter über die Beratungsgruppe III ist der Herr Abgeordnete Heinz.

Spezialberichterstatter Heinz: Herr Präsident! Hohes Haus! Ich bringe den Spezialbericht zu Beratungsgruppe III: Kapitel 20: Äußeres.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat das Kapitel 20 des Bundesvoranschlages für das Jahr 1977 am 16. November 1976 in Verhandlung gezogen.

Im vorliegenden Entwurf zum Bundesfinanzgesetz 1977 sind beim Kapitel 20 „Äußeres“ Gesamtausgaben in Höhe von 997,081 Millionen Schilling und Einnahmen von 27,904 Millionen Schilling vorgesehen. Dies bedeutet gegenüber den Ansätzen des Jahres 1976 eine Steigerung der Ausgaben um 80,153 Millionen Schilling oder 8,74 Prozent und der Einnahmen um 4,325 Millionen Schilling oder 18,34 Prozent.

Die Ausgabensteigerung verteilt sich auf die einzelnen Gebarungsgruppen wie folgt:

1. Für die gesetzlichen Verpflichtungen, und

zwar für den Personalaufwand wurden um 31,991 Millionen Schilling oder 13,63 Prozent mehr veranschlagt, was auf die Auswirkungen der allgemeinen Bezugsregelung zurückzuführen ist. Der Personalstand wurde um 14 Dienstposten verringert.

Bei den „Internationalen Beitragzahlungen Österreichs“ mußten um 20,357 Millionen Schilling oder 14,75 Prozent mehr budgetiert werden.

Die übrigen gesetzlichen Verpflichtungen, das sind die Zahlungen gemäß § 58 B-KUVG und § 130 ASVG, mußten höher als 1976 veranschlagt werden, wodurch sich eine Steigerung von 0,491 Millionen Schilling ergibt.

2. Die im Sachaufwand des Kapitels 20 veranschlagten Ermessenskredite erfuhren eine Erhöhung um netto 27,314 Millionen Schilling oder 5,12 Prozent.

3. Der bei den Kulturinstituten veranschlagte Mehrbedarf bei den Aufwendungen hält sich ebenfalls im Rahmen der allgemeinen Richtlinien und dient zur Abdeckung der Preissteigerungen.

4. Die beim Ansatz 1/20003 „Anlagen“ gegenüber 1976 höhere Veranschlagung von 5,599 Millionen Schilling dient zur Anschaffung einer Funkanlage (4,000 Millionen Schilling) und der technischen Ausgestaltung des Konferenzzentrums in den Redoutensälen (1,600 Millionen Schilling).

5. Ein weiteres größeres Mehrfordernis beim Ansatz 1/20048 „Internationale Konferenzen in Wien“ von 8,488 Millionen Schilling sichert die Abhaltung von zwei im kommenden Jahr vorgesehenen zusätzlichen internationalen Konferenzen. Auf Grund entsprechender Zusagen der Länder konnte seitens des Bundes für 1977 eine Erhöhung des Beitrages für den „Fonds zur Unterstützung österreichischer Staatsbürger im Ausland“ von 2,000 Millionen Schilling auf 2,600 Millionen Schilling vorgenommen werden.

Dem angeführten bedeutenderen Mehrfordernis bei den Aufwendungen steht ein Minderfordernis von 10,454 Millionen Schilling, und zwar

a) beim Ansatz für die fremdsprachige Schulversorgung der Internationalen Organisationen, die ihren Amtssitz in Wien haben, gegenüber, da die letzte Rate der seinerzeit zugesagten Subvention im Jahre 1976 gezahlt wurde, und

b) beim Ansatz „Österreichische Kulturinstitute-Anlagen“ (8,361 Millionen Schilling), da nach dem derzeitigen Stand der Bauverhandlun-

3572

Nationalrat XIV. GP – 38. Sitzung – 1. Dezember 1976

Heinz

gen für den Bau des Kulturinstitutes in Budapest voraussichtlich im Jahre 1977 nur Kosten in Höhe von 3,2 Millionen Schilling auflaufen werden.

Die beiden zuletzt genannten größeren Einsparungen bewirken auch, daß die für 1977 veranschlagten Ermessenskredite nur um 5,12 Prozent höher als 1976 veranschlagt werden müßten.

Die Erhöhung der Einnahmen um 4,325 Millionen Schilling ist vor allem auf Mehreinnahmen aus den Kostenerhöhungen für Miet- und Pachtzinse infolge der gestiegenen Mietkosten und auf Mehreinnahmen aus den Kostenerhöhungen für die Schutzmachtbüros zurückzuführen.

Weitere Details bitte ich dem Spezialbericht zu entnehmen.

Bei der Abstimmung am 24. November 1976 wurden die finanzgesetzlichen Ansätze der Beratungsgruppe III unverändert angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 20: Äußeres, des Bundesvoranschlages für das Jahr 1977 (320 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Ich ersuche, in die Debatte einzugehen.

Präsident: Wir gehen in die Debatte ein.

Zum Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Dr. Taus.

Abgeordneter Dr. Taus (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Wir stehen heute am Beginn der Spezialdebatte über den Staatshaushalt 1977, und es gilt dabei, auch das erste Jahr der Regierung Kreisky in dieser Legislaturperiode zu beurteilen. In den nächsten Tagen – und auch heute – werden die Redner der Österreichischen Volkspartei zu dem Zahlenpaket des Budgets und zur Politik der einzelnen Minister Stellung nehmen. Heute aber müssen wir uns mit der Politik des Regierungschefs auseinandersetzen, der als Bundeskanzler und Vorsitzender der Regierungspartei die höchste Verantwortung für die wirtschaftspolitische, die sozialpolitische, die kulturpolitische Situation in Österreich trägt.

Ich habe hier an dieser Stelle vor vier Wochen festgestellt: Die Finanzpolitik dieser Regierung ist gescheitert.

Ich betone heute: Die Finanzpolitik dieser Regierung ist unter der Führung von Bundeskanzler Dr. Kreisky gescheitert. (*Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.*)

Die Finanzpolitik ist erstens gescheitert, weil Sie, Herr Bundeskanzler, in den ersten Jahren

Ihrer Regierungstätigkeit eine Ausgabenpolitik der leichten Hand betrieben haben, um Ihre sozialistischen gesellschaftspolitischen Absichten zu verwirklichen.

Die Finanzpolitik ist zweitens gescheitert, weil Sie, Herr Bundeskanzler, damit den Staat so verschuldet haben, daß heute die Zinsen und Schuldenrückzahlungen das Budget blockieren.

Und die Finanzpolitik ist drittens gescheitert, weil Sie, Herr Bundeskanzler, nicht erkannt haben, wohin die Politik Ihres Finanzministers führt.

Wie sieht nun die Budgetsituation der Republik Österreich für das Jahr 1977 aus?

Der Staatshaushalt basiert auf einer optimistischen Schätzung des Wirtschaftswachstums. Wir alle wissen, daß die Prognose, das Wirtschaftswachstum werde 1977 5 Prozent erreichen, heute schon sehr unsicher geworden ist. Auch die 4,5 Prozent reales Wachstum, das dem Budget zugrunde liegt, sind unsicher geworden.

Herr Bundeskanzler! Sie selbst haben erst am Montag in einer Pressekonferenz versichert, daß Sie von Wirtschaftsprägnosien nichts halten. Sie erklärten wiederholt, daß Sie die Konjunkturwicklung eher pessimistisch beurteilen. Aber, Herr Bundeskanzler, dann dürfen Sie doch nicht zulassen, daß ein Budget auf der Annahme eines Wirtschaftswachstums von 4,5 Prozent real aufbaut. Einem solchen Budget hätten Sie im Ministerrat nie die Zustimmung geben dürfen! Auch nicht als Abgeordneter dieses Hohen Hauses. (*Beifall bei der ÖVP.*) Als verantwortungsbewußter Politiker hätten Sie vielmehr eine Änderung der Grundannahme dieses Budgets verlangen müssen: noch dazu als Regierungschef. Sie haben es nicht getan.

Fachleute sehen auch heute schon Anzeichen dafür, daß möglicherweise die Exporte im nächsten Jahr geringer steigen als heuer, daß der Welthandel möglicherweise weniger wachsen wird. Für eine solche Entwicklung hat die Regierung mit ihrer Währungspolitik nicht vorgesorgt.

Wenn man bedenkt, daß die Kosten der Industrie in den Jahren 1972 bis 1975 rascher gewachsen sind als im Durchschnitt der österreichischen Handelspartner, und zwar um etwa 10 bis 15 Prozent, dann erkennt man, welche Gratwanderung Sie, Herr Bundeskanzler, mit diesem Budget vollziehen.

Herr Bundeskanzler! Wenn Sie die wirtschaftliche Zukunft so düster beurteilen, dann hätten Sie sich mit Zähnen und Klauen gegen die gigantische Belastungswelle wehren müssen, die Sie und Ihre Regierung den Österreichern zumuten. (*Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.*)

Dr. Taus

Denn damit erdrücken Sie den Investitionswillen der Wirtschaft, damit gefährden Sie unsere internationale Konkurrenzfähigkeit und selbstverständlich auch Arbeitsplätze in Österreich. (*Neuerliche lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.*)

Sie haben nichts getan, Herr Bundeskanzler! Im Gegenteil: Sie verteidigen diesen Belastungskurs. Das aber paßt doch nicht zu Ihrer pessimistischen Lageeinschätzung. Das ist einfach ein unlösbarer Widerspruch.

Wenn Sie die Lage so pessimistisch einschätzen, Herr Bundeskanzler, dann hätten Sie gegen die Politik Ihres Finanzministers auftreten müssen, der unsere Wirtschaft sowohl steuer-, gebühren- und tarifpolitisch als auch währungspolitisch in die Zange nimmt. Wie lange noch werden wir denn unsere Währungspolitik, unsere Wechselkurspolitik aushalten können, die nun langsam, aber sicher den Export und somit wiederum Arbeitsplätze gefährdet?

Um Ihnen ein Beispiel zu bringen: Der österreichische Schilling ist gegenüber dem Dollar um mehr als 40 Prozent, gegenüber dem französischen Franc um mehr als 35 Prozent aufgewertet worden. Ein Exportprodukt, das 1971 für 1 Million Dollar verkauft wurde, brachte damals 25 Millionen Schilling und bringt heute nur mehr rund 17 Millionen Schilling.

Gehen Sie doch in die Betriebe der verstaatlichten Industrie! Fragen Sie die Leute, wie es ihnen auf den Exportmärkten geht! Diskutieren Sie doch mit ihnen! Fragen Sie, was sie diese Politik, die mit dem Schlagwort „Ein billiger Urlaub in Jesolo“ eingeführt wurde, bislang schon gekostet hat!

Wie lange, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Regierungspartei, wird der Ausländerfremdenverkehr, eine der Säulen unserer Wirtschaft, diese Politik noch aushalten können? Auch dort gibt es viele Arbeitsplätze.

Sie sind pessimistisch, Herr Bundeskanzler, hinsichtlich unserer wirtschaftlichen Zukunft, lassen aber diese Politik zu.

Ein Markt – das wissen Sie – ist schwer aufgebaut, aber blitzschnell verloren, und je weniger konkurrenzfähig eine Wirtschaftssparte ist, umso stärker muß sie risikoreiche Geschäfte in riskanten Märkten abschließen, nur um die Beschäftigung zu sichern. So etwas kann man nur kurze Zeit machen. Und wie lange kann man mit Verlust exportieren, nur um einen Markt nicht zu verlieren? Auch das kann man nur sehr kurze Zeit machen.

Das alles aber lassen Sie zu, Herr Bundeskanzler? Offensichtlich wider besseres Wissen, wenn Sie schon so pessimistisch sind? Sie, Herr

Bundeskanzler, tragen die Verantwortung für diese Politik! Daran wollen wir Sie erinnern. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die Legende, daß die Schulden, die Sie im Namen der Österreicher aufnehmen, der Arbeitsplatzsicherung dienen, ist längst entlarvt. Sie haben im Jahr 1975 beispielsweise um 21 Milliarden Schilling mehr Schulden gemacht, als im Budget veranschlagt waren, aber lediglich 4 Milliarden Schilling davon waren sogenannte nachfragewirksame Maßnahmen, also Gelder, die als Aufträge des Staates an die Wirtschaft gegeben wurden. Alles andere mußte nur zum Stopfen der Budgetlöcher verwendet werden.

Wenn wir die Beschäftigung in Österreich einigermaßen sichern könnten, dann war das den mittleren und kleineren Unternehmungen zu danken und der Tatsache, daß rund 100.000 ausländische Arbeitskräfte nach Hause geschickt wurden.

In Wahrheit, Herr Bundeskanzler, ist es heute so: Ihre Defizite von gestern gefährden die Arbeitsplätze der Österreicher von morgen. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Ihr Budget, Herr Bundeskanzler, ist nicht mehr manövriert, 86 Prozent der Ausgaben sind von vornherein gesetzlich fixiert. Weitere 4 Prozent zu einem hohen Maße. Und die 10 Prozent Spielraum, die theoretisch noch verbleiben, haben Sie durch Ihre Schuldenpolitik nahezu verspielt.

Ich weiß nicht, ob Ihnen der Herr Finanzminister genau darüber berichtet hat, wie denn nur die einzelnen Schuldentilgungen in den nächsten Jahren ausschauen, zunächst einmal ohne Zinsen.

Wissen Sie, daß wir im Jahr 1978 schon rund 15 Milliarden Schilling Schulden tilgen müssen?

Wissen Sie, daß wir im Jahr 1979 schon rund 16 Milliarden Schilling Schulden tilgen müssen?

Wissen Sie, daß wir 1980 – alles auf der heutigen Schuldenbasis – schon rund 17 Milliarden Schilling Schulden tilgen müssen?

Und wissen Sie, daß wir 1982 über 17 Milliarden Schilling Schulden tilgen müssen? Alles ohne Berücksichtigung jener Schulden, die Sie in den nächsten Jahren noch aufnehmen werden!

Und wissen Sie, daß ich noch einmal soviel Zinsen dazurechnen muß?

Wissen Sie, daß wir wahrscheinlich 1979 35 bis 40 Milliarden Schilling Schuldendienst haben werden?

Wissen Sie, daß das 1980 wahrscheinlich auf über 45 Milliarden Schilling steigen wird?

3574

Nationalrat XIV. GP – 38. Sitzung – 1. Dezember 1976

Dr. Taus

Ich weiß es nicht, ob Sie es wissen, aber dann möchte ich's Ihnen hier sagen! Denn Sie, Herr Bundeskanzler, tragen für diese Politik die Hauptverantwortung und die erste Verantwortung (*Zustimmung bei der ÖVP*), und das gilt es einmal in aller Öffentlichkeit hier festzuhalten.

Dann kommt die Frage der Prioritäten. Ich nehme einmal die Krankenanstalten. Im Budget sind für Zweckzuschüsse 680 Millionen, für die Investitionsförderung bei Krankenanstalten 250 Millionen vorgesehen, macht 930 Millionen!

Wissen Sie, daß das weniger ist als das Bundestheaterdefizit? Wissen Sie, daß das Bundesbahndefizit trotz Ihrer gewaltigen Gebührenerhöhungen in der Höhe von 14,6 Milliarden 15mal so hoch ist wie die Zweckzuschüsse und die Investitionsförderung für die Krankenanstalten?

Wissen Sie, daß das gesamte Gesundheitsbudget nur ein Neuntel des Bundesbahndefizits beträgt?

Wissen Sie, daß nur ungefähr ein sechzehntel der Budgetausgaben für den Schuldendienst des Bundes die Förderung im Krankenanstaltenbereich ausmacht?

Wissen Sie das alles? Wissen Sie, Herr Bundeskanzler, daß Ihre Regierung die Prioritäten falsch gesetzt hat? Und deshalb sind wir heute in dieser Situation! (*Zustimmung bei der ÖVP*)

Sie fördern mit diesem Budget die unproduktiven Ausgaben überdurchschnittlich, die produktiven Investitionsausgaben aber wachsen unterdurchschnittlich. Was aber in diesem Budget dramatisch steigt, ist der Schuldendienst der Republik. Ihr Konjunkturausgleichsbudget für nächstes Jahr ist kleiner als das vorjährige.

Was haben Sie aber nun mit dieser Politik, mit dieser, wie ich glaube, zutiefst sozialistischen Wirtschaftspolitik erreicht?

Sie haben erreicht, daß Österreich heute eine sehr hohe Inflationsrate hat und daß das Einkaufen, von dem Sie einmal sagten, daß es wieder Freude machen soll, längst keine Freude mehr macht; aber das müssen Sie die Hausfrauen fragen, die das täglich zu besorgen haben.

Sie haben erreicht, daß die Steuern, Tarife und Gebühren täglich in einem nahezu unerträglichen Ausmaß erhöht werden.

Und Sie haben erreicht, daß die Staatsverschuldung heute so groß ist, daß man mit diesem Budget keine Politik der Arbeitsplatzsicherung mehr machen kann.

Das ist nach sechs Jahren Regierung Kreisky

die wirtschaftspolitische Bilanz, die wirtschaftspolitische Bilanz einer Regierung, die immerhin mehr als vier Jahre Hochkonjunktur hatte und die bereits die erste stärkere Rezession aus dem Gleichgewicht gebracht hat.

Angesichts dieser Situation muß man sich bereits heute in aller Öffentlichkeit die Frage stellen: Wie geht es den Bürgern in Österreich eigentlich wirklich? Was verbirgt sich an beängstigenden Anzeichen hinter der Fassade des Wohlstandes und dem Gefühl großer Bevölkerungsgruppen: „Es geht uns eigentlich gar nicht so schlecht?“

Seit 15 bis 20 Jahren geht es vielen in diesem Lande nicht schlecht. Gott sei Dank. Was wir wollen, das ist, daß dieser Wohlstand gehalten wird. Was wir wollen, das ist, daß dieser Wohlstand nicht verspielt wird.

Aber ich möchte nun trotzdem den Finger auf eine Wunde legen, die in den letzten Jahren leider größer geworden ist. Wir leben in einer Gesellschaft, in der man die Armut versteckt, in der man sich dafür schämt, in der man nicht darüber redet. In einer Gesellschaft, in der Hunderttausende Menschen eigenartig berührt sind, wenn ihnen die sozialistische Propaganda mitteilt, daß diese Regierung Erfolge im Kampf gegen die Armut hat. Ein Schlagwort, Herr Bundeskanzler, unter dem Sie angetreten sind. Ein Schlagwort, das – wie so vieles, was Sie angekündigt und versprochen haben – ein Schlagwort geblieben ist.

Es ist gerade angesichts Ihres Budgets heute notwendig, über die Armut und die armen Menschen in Österreich zu reden, damit nicht im bekannten Stil dieser Regierung über Tatsachen hinwegdiskutiert wird, damit die unsoziale Politik dieser Regierung und ihres Kanzlers öffentlich angeprangert wird. Ich weiß, daß es sicherlich nicht sehr populär ist, über Armut zu reden. Das ist in vielen Kreisen gar nicht üblich, aber ich halte es für eine menschliche Frage, einmal darüber zu sprechen.

Herr Bundeskanzler! Sie haben im März 1970 als designierter Kanzler verkündet: „Wir werden alles daran setzen, um die Armut in Österreich – von der noch immer eine dreiviertel Million Menschen betroffen ist – zu liquidieren.“

Ich weiß: Die Volkspartei hat sich in ihrer Alleinregierungsperiode sehr bemüht, die Armut zu lindern, und sie hat vieles erreicht. Aber ich gebe durchaus zu, daß mich diese Ankündigung damals im Jahr 1970 berührt hat, angenehm berührt hat. Ich leugne es nicht, es hat mir imponiert, es in dieser Schärfe und Präzision zu sagen, der Armut den Kampf anzusagen. Vielleicht habe ich mich auch ein wenig darüber geärgert, daß wir es in dieser

Dr. Taus

Präzision nicht getan haben. Ich gebe Ihnen das zu.

Aber seither sind die Armen nicht weniger geworden. Und auch nicht weniger arm: Die Einkommensstatistiken zeigen, daß sich zwar das Durchschnittseinkommen erhöht hat, aber daß die Bezieher geringer Einkommen bestensfalls mitgezogen haben. Die beispiellose Belastungswelle der sozialistischen Bundesregierung trifft dagegen diese Armen weit stärker als andere Bevölkerungsschichten, obwohl die auch schon genug betroffen sind. (*Zustimmung bei der ÖVP*.)

Trotzdem, Herr Bundeskanzler, haben Sie im März dieses Jahres behauptet: „Es gab und gibt Feststellungen, die in ihrer Einfachheit mich immer wieder – ich will es offen sagen – beglückt haben. Daß nie vorher so viel für die Armen und kleinen Leute getan wurde wie in diesen Jahren sozialdemokratischen Regierens.“

Ob die Betroffenen – in ihrer Einfachheit – sich auch beglückt fühlen, ist aus den Statistiken nicht ablesbar. Gefragt hat sie noch niemand. Denn unsere Armen leben unsichtbar. Sie leben auf entlegenen Höfen, sie leben in Bassenawohnungen, sie leben in Altersheimen. Mit Almosen – auch mit Geldspenden – ist ihnen nur kurzfristig geholfen. Armut reproduziert sich weiter. Sie ist ein Problem der Chancengleichheit in der Gesellschaft; ich möchte das im Detail nicht ausführen, weil die Statistiken für sich sprechen.

Im Jahr 1969 hat die Arbeiterkammer eine Enquête „Armut in Österreich“ veranstaltet, wobei 8 Prozent der Bevölkerung offiziell als arm angegeben wurden. Nicht eingerechnet sind die „verschämten“ Armen! Menschen, die sich lieber einschränken, als zur Fürsorge zu gehen.

Dazu kommen noch diejenigen, die armutsgefährdet sind: Familien, bei denen ein Elementarereignis, wie der Verlust der Arbeitsfähigkeit des Mannes, Tod eines Ehepartners und so weiter, die Familie in Armut bringt.

Aber unterdessen läßt sich aus den Statistiken herauslesen, daß die Zahl der Armen unter Ihrer Regierung eher größer geworden ist, und zwar um rund 50.000, daß sie um ein Fünftel etwa zugenommen hat. Sie ist bei den unselbstständig Erwerbstätigen auf gut 300.000 angestiegen. Dazu kommen noch 68.000 Selbständige und 240.000 Pensionisten, die einen so kargen Lebensunterhalt fristen müssen. Ganz abgesehen von den etwa 100.000 in land- und forstwirtschaftlichen Berufen Tätigen, den 80.000 Bauern, die eine Ausgleichszulage, den 26.000 Bauern, die einen Hilflosenzuschuß bekommen und den 100.000 bäuerlichen

Zuschußrentnern. Auch bei vorsichtiger Schätzung wird die dreiviertel Million armer Österreicher auch jetzt noch überschritten.

Mit der Armut darf man kein politisches Geschäft machen – und auch ich will keines damit machen –, besonders dann nicht, wenn ihre Bekämpfung mit so wenig Ernst betrieben wird.

Herr Bundeskanzler! Ich möchte Ihnen eines dazu sagen: Lassen Sie mich an Hand eines Beispiels schildern – das ist ein Brief, eine Unterlage, die wir gekriegt haben, und ich könnte Ihnen viele Fälle vorlegen, aber ich möchte Ihnen ein typisches Beispiel zeigen –, was Armut wirklich ist:

Eine Frau aus einer 6000-Einwohner-Gemeinde, 45 Jahre alt, vier Kinder, drei davon minderjährig, besitzt eine Landwirtschaft, die aus drei Kühen und 5 Hektar Land besteht, das auf Grund der schlechten Lage nur mit der Hand bearbeitet werden kann. Ihr Mann ist im Herbst vergangenen Jahres gestorben. Für zwei Kinder bekommt sie 600 S pro Monat und sie selbst bekommt eine Rente von 1400 S. Der Hof macht einen verfallenen Eindruck, und die Frau zittert beim Sprechen.

Ich frage Sie nun, Herr Bundeskanzler: Was haben Sie und Ihre Regierung wirklich getan, die Armut in Österreich zu bekämpfen? Wo ist ein sozialer Zielkatalog, der darüber Auskunft gibt, wie der Lebensstandard der Ärmsten an den Durchschnitt angenähert und die Chancengleichheit, von der Sie so viel reden, erfüllt werden können? (*Zustimmung bei der ÖVP*.) Wo ist ein Rechenschaftsbericht, der darüber Auskunft gibt, welche Maßnahmen Sie und Ihre sozialistische Regierung zur Bekämpfung der Armut getroffen und welchen Erfolg diese Maßnahmen gezeigt haben?

Das darf ich Ihnen sagen, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Mehrheitspartei: Was Sie begonnen haben, waren kostspielige Repräsentationsbauten. Was Sie begonnen haben und was Sie gemacht haben, war eine falsche Prioritätssetzung im Budget, und heute haben wir die Bescherung. (*Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP*.)

Wenn man diese Tatsachen betrachtet, Herr Bundeskanzler, dann versteht man, warum nun die Menschen langsam begreifen, daß man den Begriff „Sozialismus“ mit „sozial“ nicht wechseln darf.

Aber was tun Sie, um diesen Armen zu helfen? Was tut die Regierung Kreisky im Kampf gegen die Armut, den sie als Wahlschlager 1970 ausgerufen hat?

Sie erhöht Steuern, Tarife und Gebühren in

3576

Nationalrat XIV. GP – 38. Sitzung – 1. Dezember 1976

Dr. Taus

einem nie gekannten Ausmaß, und fast alle diese Erhöhungen treffen die Menschen, von denen ich gerade gesprochen habe, ganz besonders hart. Und das sollte hier einmal festgestellt werden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Sie haben, Herr Bundeskanzler, recht zynisch am 14. Jänner 1976 die bisher größte und unsozialste Belastungswelle, die je auf die Österreicher niedergegangen ist, eingeleitet, mit der Feststellung nämlich: „Na, die paar Schilling“. Dabei war zu diesem Zeitpunkt für die Bevölkerung noch gar nicht erkennbar, was im Laufe des Jahres auf sie zukommen wird, was Sie unter „die paar Schilling“ verstehen.

Ich gebe durchaus zu, daß, als wir auf Ihre verfehlte Budgetpolitik hingewiesen haben, dies so manchem Österreicher vor einem Jahr oder vor eineinhalb Jahren nicht sehr ernst gewesen ist. Er hat es vielleicht nicht sehr ernst genommen, hat es vielleicht als politisches Manöver angesehen. Aber unterdessen sind alle Österreicher von der Richtigkeit unserer Prognosen sehr kostspielig überzeugt worden.

„Die paar Schilling“, Herr Bundeskanzler, das bedeutet für jeden österreichischen Erwerbstätigen pro Jahr im Durchschnitt eine Belastung von 12.000 S. „Die paar Schilling“, Herr Bundeskanzler, nämlich die 12.000 S, das ist mehr, als Hunderttausende Mitbürger monatlich verdienen. Das ist mehr als ein durchschnittlicher Monatsgehalt.

Was heißt denn: „die paar Schilling“ für den Bürger in Österreich im einzelnen?

Durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 16 auf 18 Prozent kassiert der Finanzminister 5,5 Milliarden Schilling mehr pro Jahr. Jeder der 2,5 Millionen österreichischen Haushalte wird dadurch mit „ein paar Schilling“, nämlich mit 2200 S, zusätzlich belastet, um die das Einkauf teurer wird.

Durch die Erhöhung der Mineralölsteuer werden die Autofahrer mit 1,9 Milliarden Schilling, durch die Erhöhung der Bundeskraftfahrzeugsteuer um weitere 1,25 Milliarden Schilling belastet. Im Durchschnitt steigen die Kosten für jedes in Österreich zugelassene Kraftfahrzeug um „ein paar Schilling“, nämlich um 1200 S, im Jahr.

Und rund die Hälfte der österreichischen Haushalte verfügen nun über ein Kraftfahrzeug, und rund 700.000 Österreicher sind als Pendler für ihren Weg zur und von der Arbeit auf ihren fahrbaren Untersatz angewiesen. Bei einer Entfernung Wohnung – Arbeitsplatz von nur 20 Kilometer laufen für einen Pendler allein um 1200 S höhere Benzinkosten auf – nur „ein paar Schilling“, trösten Sie ihn, Herr Bundeskanzler.

Und die Erhöhung der Vermögensteuer – die auch den kleinen Häuslbauer, der sich dazu noch ein Auto und ein Sparbuch leistet, trifft – kostet die Österreicher „ein paar Schilling“, nämlich 1 Milliarde Schilling im Jahr.

Im Bereich der Rechts-, Stempel-, Patent- und Markenschutzgebühren werden die Österreicher mit weit über 2 Milliarden Schilling belastet. Von der Geburt bis zum Grab wird alles teurer gemacht. „Ein paar Schilling“, nicht der Aufregung wert, findet das der Bundeskanzler! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Aber damit nicht genug: Die Regierung hat auch die Kreditsteuer erfunden, die rückwirkend ab 1. November alle Kredite über 1 Million Schilling, ab 1. Jänner jeden Kredit teurer machen wird.

Wieder machen Sie ein Gesetz rückwirkend und verletzen damit rechtsstaatliche Prinzipien. Ich möchte Sie noch einmal warnen: Gehen Sie von dieser Übung ab, Gesetze rückwirkend zu machen! Dafür hat es einen jahrhundertelangen Kampf der Juristen gegeben, daß es rückwirkende Gesetze nicht geben soll. Dafür hat es keinen Kampf um die Freiheit gegeben, wenn nun eine Regierung rückwirkende Gesetze macht! Wir sind gegen rückwirkende Gesetze und wir werden solche nicht machen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wenn sich der kleine Mann bei seiner Bank am 2. Jänner 100.000 S für länger als fünf Jahre ausborgt, weil er damit an seinem Haus weiterbauen will, so kassiert der Schuldenmacher der Nation, der Herr Finanzminister, „ein paar Schilling“, nämlich 1500 S.

Nimmt sich ein anderer für ein neues Auto 50.000 S auf, so kassiert der Staat 400 S; wenn er den Kredit über fünf Jahre hinaus verlängert, dann heißt das natürlich schon das Doppelte.

Und das trifft viele, denn rund die Hälfte der 2,5 Millionen Haushalte haben diverse kleinere Kredite, um sich diese oder jene Anschaffung leisten zu können.

Von den gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen, von den Auswirkungen auf die Investitionen, ganz zu schweigen.

Herr Bundeskanzler! Das ist eine ungeheuer unsoziale Steuer! So etwas hat in diesem Land noch nie eine Regierung seit dem Jahr 1945 gewagt, einfach noch den Menschen auf ihren Kreditvertrag eine Steuer draufzuschlagen. So etwas ist doch einmalig in der westlichen Welt! Das heißt, Sie setzen doch auch die Zinspolitik damit zum Teil außer Kraft. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Und über 1 Milliarde Schilling kassiert der

Dr. Taus

Staat zusätzlich durch die Zigarettenpreiserhöhungen Ende 1975, Juli 1976 und durch den Überfall vom heutigen Tag. Das ist der Tag des Überfalls, wie man ihn im Kalender einsetzen könnte. Denn durchschnittlich belastet das jeden Raucher zusätzlich mit „ein paar Schilling“, nämlich mit 700 S im Jahr.

1,3 Milliarden Schilling, Herr Bundeskanzler, wird die Telephongebührenerhöhung dem Staat bringen, 650 S kostet das im Durchschnitt jeden Besitzer eines Telephonanschlusses mehr im Jahr – natürlich nur „ein paar Schilling“.

Durch die Erhöhung der Post- und Telegrammgebühren nimmt der Staat den Konsumenten direkt 500 Millionen Schilling: das belastet jeden Haushalt wieder mit nur „ein paar Schilling“, nämlich mit 200 S.

Durch die erste Etappe der Bahntariferhöhung werden Bahnhörer und Bahnfrächter mit 1,8 Milliarden Schilling belastet. Über die Gestaltung der Sozialtarife wurde bisher noch nichts gesprochen: Sicher ist allerdings, die 100.000 Bahnpendler werden ihren täglichen Arbeitsweg saftig teurer zahlen müssen. „Ein paar Schilling“ sind das für den Herrn Bundeskanzler.

Und noch „ein paar Schilling“ kommen dazu.

So wie uns der Finanzminister im Dezember des Vorjahres gesagt hat, es werde 1976 keine Steuererhöhungen geben, hat er das jetzt für die Zeit bis 1979 prophezeit, allerdings mit ein paar Einschränkungen.

Keine Erhöhung für den Finanzminister und wahrscheinlich wieder nur „ein paar Schilling“ für den Bundeskanzler sind:

3,6 Milliarden Schilling durch die zweite und dritte Etappe bei den Bahntarifen;

1 Milliarde Schilling durch die Einführung der LKW-Steuer.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, es hat in der Zweiten Republik noch nie den Fall gegeben, daß der Hauptausschuß für einen Zeitraum von nahezu drei Jahren Tarif- und Preiserhöhungen in drei Etappen beschlossen hat. Das hat es in diesem Land noch nie gegeben. Das sind die vorausschauenden Tariferhöhungen, die hier gemacht wurden. Das sind gewissermaßen die Tariferhöhungen und Steuererhöhungen für die gesamte Legislaturperiode.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der Regierungspartei! Damit zeigen Sie, wie Sie zu wirtschaften verstehen. Sie bringen es einfach nicht fertig, denn sonst könnte man mit so einer Vorlage nicht in den Hauptausschuß des

Nationalrates gehen. (*Zustimmung bei der ÖVP*)

Und der Wasserschilling bleibt natürlich weiter in Diskussion; ebenso die Autobahnmaut.

Die Spitalsteuer ist nach den Worten des Bundeskanzlers nach wie vor aktuell – man hört von 1200 S pro Österreicher im Jahr: „ein paar Schilling!“

Für 1979 ist eine weitere Erhöhung der Telefon-, Telegramm- und Fernschreibgebühren geplant;

und 1978 sieht der Unternehmensplan der Post eine weitere Erhöhung der Portogebühren vor, nach der der Inlandsbrief statt bisher 3 S, dann 4,50 S kosten wird;

ebenfalls 1978 sollen die Tarife im Postomnibusdienst um 25 Prozent erhöht werden.

„Ein paar Schilling“ für den Herrn Bundeskanzler, ein paar Tausender für jeden einzelnen Österreicher.

Aber offenbar ist das für die Sozialisten noch nicht genug:

Die Sozialisten im ORF haben ab 1977 die jährliche Erhöhung der Rundfunkgebühren beschlossen: noch „ein paar Schilling“;

der Benzinpreis wackelt – na wieder „ein paar Schilling“, weil ja hier wesentliche Steuern darauf liegen, ungefähr 54 Prozent –;

der Strompreis wackelt, der Gaspreis wackelt.

Das sind die „paar Schilling“ Steuererhöhung, von denen Dr. Bruno Kreisky zu Jahresbeginn gesprochen hat. (*Zustimmung bei der ÖVP*)

Aber bei den Österreichern ist der Groschen gefallen: Sozialismus ist zu teuer. Er ist unsozial und ungerecht.

Und daher ist die Frage an den Bundeskanzler berechtigt: Hat das alles System? Ist es nur die Unfähigkeit, mit den wirtschaftlichen Problemen fertig zu werden, oder Teil einer langfristigen Strategie? Es hat als Strategie begonnen und ist nun chaotisch geworden, aber das ist kein Wunder. Stellt doch selbst ein Mann wie Albert Lauterbach, der Anfang November in der Nummer 21 der „Zukunft“ einen Aufsatz über „Sozialismus und Sozialdemokratie“ geschrieben hat, ein sehr bemerkenswertes Motto an die Spitze seiner Ausführungen. Er stellt nämlich das Motto an die Spitze: „Denn eben wo Begriffe fehlen, da stellt ein Wort zur rechten Zeit sich ein.“ – Goethe, Faust I. Er ist offensichtlich ein guter Kenner der österreichischen sozialistischen Szenerie.

Und er beginnt diesen Aufsatz mit einem Satz,

3578

Nationalrat XIV. GP – 38. Sitzung – 1. Dezember 1976

Dr. Taus

der auch sehr tief blicken läßt: „Die begriffliche ökonomische und politische Konfusion um den Begriff Sozialismus hat solche Ausmaße erreicht, daß sie wesentlich zur ständigen Serie internationaler Mißverständnisse und Konflikte beiträgt.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese Mißverständnisse und Konflikte hat man bei der in Genf tagenden Sozialistischen Internationale deutlich sehen können. Die hat die Konfusion bestätigt. Aber immerhin war eines erkennbar: der deutliche Linksruck der Mitgliedsparteien der Sozialistischen Internationale. Sie haben dem deutschen Bundeskanzler Schmidt eine deutliche Abfuhr gegeben, der sie daran erinnert hat, daß sie eine vernünftige Politik treiben sollen. Das wollten sie nicht, sie gehen lieber auf die liebgewordenen Vorstellungen der achtziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts zurück. Das ist der Weg, den es heute im Sozialismus gibt.

Eines hat bisher die historische Erfahrung mit sozialistischen Regierungen gezeigt: sie streben zwangsläufig immer mehr Konzentration an, wollen immer mehr zentrale Verwaltung des Menschen, höhlen die Kompetenzen föderalistisch organisierter Staaten aus und binden unabhängige Gesellschaftsgruppen an den Staat.

Um die zentrale Verwaltung des Menschen zu verwirklichen, braucht dann eine sozialistische Regierung immer mehr Geld und wird damit zum Ausbeuter des arbeitenden Menschen. Die Macht des Staates und der Bürokratie wächst immer mehr, die Macht- und Umverteilung zugunsten des Staates aber lähmt den gesellschaftlichen Fortschritt. Auch in Österreich hat es genau so begonnen. Zunächst einmal sprach Anfang der siebziger Jahre die sozialistische Regierung von der öffentlichen Armut, begann mit ihrer Ausgabenpolitik der leichten Hand. Das Resultat ist das heutige Budgetchaos.

Der Staat mischt sich systematisch in immer mehr Lebensbereiche ein und betreibt eine Politik, die insbesondere über die Steuer in die Taschen der Bürger tagtäglich hineingreift. Und so entstehen notgedrungen immer mehr Bürokratie. Sozialistische Bürokratie. Und wie diese Bürokratie aussieht, wenn Verwaltung und unternehmerische Tätigkeit miteinander verfilzt sind, das sehen wir zurzeit in der „Bauring“-Affäre. In dieser „Bauring“-Affäre, die dem Steuerzahler 1400 Millionen Schilling kostete, geht es gar nicht um Architekten, geht es nicht um Geschäftsführer, die vielleicht schlecht operiert haben, es geht, meine Damen und Herren, nicht einmal um einen sozialistischen Klubobmann, der dort vielleicht seine Obsorge verletzt hat, nicht einmal im Gemeinderat von

Wien. Sondern es geht in erster Linie um ein System, um das System der sozialistischen Wiener Rathausverwaltung, das überhaupt erst solche gigantische Verluste ermöglicht hat (*Zustimmung bei der ÖVP*), die das Volk nun abzudecken hat.

Wir von der Österreichischen Volkspartei wollen kein System der Vermengung und Verfilzung von öffentlichen und privaten wirtschaftlichen Interessen. Wir wollen;

eine Leistungsorientiertheit, in der der Tüchtige und Fleißige etwas von seiner Tüchtigkeit und seinem Fleiß hat (*Beifall bei der ÖVP*);

wir wollen Aufstiegschancen;

und wir wollen bürokratische Systeme verhindern, die vor allem den Jungen die Möglichkeit der Entwicklung versperren;

wir wollen Freiheiten aller Art: freie Arbeitsplatzwahl, freie Arztswahl, freien Zugang zu allen Ausbildungsmöglichkeiten.

Heute ist es in Österreich so, daß von den großen Idealen der Liberté und Fraternité nicht viel in der konkreten Regierungspolitik zu spüren ist. Bürokratie, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist selten menschlich. Heißt es Freiheit verwirklichen, wenn man systematisch auf den zentralgelebten, öffentlichen Gesundheitsdienst zustrebelt?

Oder ist es Brüderlichkeit, wenn man den Ärmsten, den alten Bauern, eine Mindestpension verweigert? Oder von den Pensionisten – bald schon auf der Höhe des Existenzminimums – Lohnsteuer kassieren wird?

Nein, diese Regierung denkt nur an die Gleichheit – eine Gleichheit, die sie selbst verordnet. Und in der sie bestimmt, wer „gleich“ und wer „gleicher“ sein darf.

Gleichheit wird systematisch offenbar auch dadurch zwangsverordnet, daß man durch Inflation und Progressionsdruck dem einzelnen die Verfügbarkeit über einen immer größer werdenden Teil seines Einkommens entzieht.

Statt daß der Staat Einzelinitiativen und kleine Gemeinschaften fördert, zieht er immer mehr Aufgaben an sich – nachdem er sich durch das steuerliche Zwangsinkasso immer mehr Mittel von den Staatsbürgern verschafft.

Sozialistische Zwangsbeglückung steht am Ende: Ein Staat, der zu vieles macht, ein Staat, der über die Menschen verfügt und der versagt.

Und auch wenn nun – wenn ich das so richtig mitbekriegt habe – eine neue Variante des Sozialismus in Österreich diskutiert wird – ich möchte sie „Unterhaltungssozialismus“ nennen; manche Äußerungen im Zusammenhang mit der

Dr. Taus

geplanten Neufassung des sozialistischen Parteiprogramms deuten darauf hin –: letztlich wird sich an diesen zentralistischen Tendenzen eben nichts ändern.

Aber nun noch einige Worte zu Ihnen persönlich, Herr Bundeskanzler.

Man kann heute nicht nur über die Politik der sozialistischen Regierung reden, man muß auch über den eigenartigen Stil des Regierens reden, den Sie sich, Herr Bundeskanzler, seit einigen Monaten in verstärktem Ausmaß angeeignet haben. Genaugenommen – ich habe so den Eindruck – seit jenem Zeitpunkt, zu dem Ihre Regierung wirtschaftspolitisch ins Schleudern gekommen ist. Sie reagieren auf öffentliche Kritik mit äußerster Empfindlichkeit und schrecken manchmal auch vor Drohungen nicht zurück.

Sicherlich ist es schön zu regieren, wenn es darum geht, Gelder zu verteilen und werbewirksame Geschenke zu machen. Mit den Konsequenzen dieser Politik sich auseinanderzusetzen, ist freilich viel weniger ehrenvoll. Trotzdem: Sie können sich, Herr Bundeskanzler, der Verantwortung nicht entziehen, auch wenn Sie es noch so wortreich versuchen. Sie tragen die Hauptverantwortung. Sie lassen es zu, daß Preise, Tarife, Steuern und Gebühren unerträglich ansteigen.

Sie lassen zu, daß die Inflationsrate in Österreich nicht sinkt.

Sie lassen es zu, daß die Armen immer ärmer werden.

Sie lassen es zu, daß die Spitäler in ernste Schwierigkeiten geraten.

Sie lassen es zu, daß eine katastrophale Wirtschafts- und Finanzpolitik betrieben wird.

Sie lassen es zu, daß Ihre Parteifreunde in Wien Milliarden an Steuergeldern vergeuden.

Sie, Herr Bundeskanzler, sind für all das verantwortlich. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Sie sind der Vorsitzende einer Regierung, die zutiefst unsozial ist und die an den Problemen Österreichs vorbeirepräsentiert.

Die Österreicher haben nun begriffen, meine sehr geehrten Damen und Herren: Sozialismus ist zu teuer! (*Lebhafter anhaltender Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Als nächster zum Wort kommt der Herr Abgeordnete Dr. Fischer.

Abgeordneter Dr. Fischer (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir stehen heute, wie schon gesagt wurde, am Beginn der zweiten Lesung des Haushaltsgesetzes für das kommende Jahr, die wir in einer neuen Form

durchführen wollen, einer Form, die wir gemeinsam vereinbart haben. Ich würde hoffen, daß es auch in inhaltlicher Hinsicht den einen oder anderen neuen Akzent geben möge.

Ich denke da zum Beispiel an eine Rede des früheren Generalsekretärs Dr. Busek, der vor einem Jahr von dieser Stelle gesagt hat: Es ist nicht so, daß die Wahrheiten so einseitig verteilt sind, und er hat sich in der Rede gegen eine politische Schwarzweißmalerei ausgesprochen. Aber dieser Appell fällt offensichtlich in seinen eigenen Reihen auf einen sehr steinigen und fruchtlosen Boden.

Wenn ich mir dann den Obmann Dr. Taus und auch alle anderen Redner anhöre, dann müßte ich ja fast der Meinung sein, hier wird nicht von Österreich geredet, sondern – ich weiß nicht – vom Libanon oder von einem anderen Land, das zerrüttet ist, wo die Leute immer ärmer werden, wo nichts in Ordnung ist, wo alles schief geht, wo überhaupt nichts Positives zu berichten ist.

Meine Damen und Herren! Man kann zu keinem ausgewogenen Urteil gelangen, wenn man offensichtlich auf einem Auge total blind ist! (*Beifall bei der SPÖ.* – *Abg. Dr. Koren: Aber noch weniger, wenn man es auf beiden ist, Herr Dr. Fischer!*) Das Ausmaß dieser Blindheit werde ich Ihnen nachweisen, und zwar möglichst im Detail nachweisen.

Ich erwähne das nicht zuletzt deshalb, weil vor wenigen Tagen oder Wochen auch Ihr jetziger Generalsekretär Dr. Lanner sich ähnlich geäußert hat. Die Arbeitsteilung, daß die einen alles gut und die anderen alles schlecht machen, die gibt es nicht. Aber auch auf Sie, Dr. Lanner, scheinen Ihr Parteibeamann und Ihre Fraktion nicht zu hören, denn das, was uns hier präsentiert wird, ist eine Darstellung der politischen, der wirtschaftlichen und der ökonomischen Situation unseres Landes, die an Einseitigkeit und Unvollständigkeit wirklich kaum mehr übertroffen werden kann, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Übrigens: Nicht nur hinsichtlich des künftigen Inhalts, sondern auch hinsichtlich des künftigen Stils dieser Debatte sind natürlich verschiedene Varianten denkbar, und ich hätte nicht davon gesprochen, wenn nicht auch Dr. Taus vom Stil der Regierung gesprochen hätte. Vielleicht zwei Bemerkungen dazu: Ich bin immer für eine gesunde politische Härte in der Diskussion, und ich muß vielleicht diesbezüglich manchmal auch vor meiner eigenen Tür kehren, was nämlich die Tatsache betrifft, daß einem sicherlich in der Hitze des Gefechtes einmal eine Formulierung unterläuft, die man nicht gewählt hätte, wenn man ruhig nachdenkt. Aber daß hier in Redemanuskripten womöglich

3580

Nationalrat XIV. GP – 38. Sitzung – 1. Dezember 1976

Dr. Fischer

Dinge vorprogrammiert und eingeplant sind, die auch in der Hitze des Gefechtes nicht tolerierbar sind, das sollte in diesem Haus wohl eine einmalige Ausnahme bleiben. Das sage ich vor allem dann, wenn der Herr Dr. Taus meint, vom Stil sprechen zu müssen, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Und übrigens: Wer im NEWAG- und NIO-GAS-Glashaus und in etlichen anderen Glashäusern sitzt, dem steht es eben schlecht an, mit Steinen zu werfen, würde ich meinen, ohne näher auf die Dinge eingehen zu wollen, die hier in die Budgetdebatte hereingezogen wurden.

Ich nehme jetzt zur Sache selbst, die der ÖVP-Obmann in den Mittelpunkt seiner Ausführungen gestellt hat, Stellung. Ich habe die Ergebnisse der Beratungen im Finanzausschuß sehr genau verfolgt, und zwar deshalb, weil ich mir die Frage gestellt habe, welche Konsequenzen die ÖVP aus der Kritik ziehen wird, die Sie in der ersten Lesung am Budget geübt haben.

Da haben Sie doch ganz massiv die Tatsache kritisiert, daß das Defizit unvertretbar hoch sei. Sie haben es in dramatischer Weise geschildert, Sie haben die drastischsten Vokabeln dafür verwendet, für das „Krampfbudget“ – Taus-Zitat – mit einem unvertretbar hohen Defizit. Und jetzt nach Abschluß der Beratungen im Budgetausschuß frage ich Sie ganz ohne Polemik: Wen sollen wir jetzt eigentlich ernst nehmen? Diejenigen, die da sagen, das Defizit ist viel zu hoch und die Gesamtausgaben sind viel zu hoch, oder diejenigen, die an zehn Tagen die einzelnen Budgetgruppen als unterdotiert bezeichnet und diverse Mehrausgaben über den bestehenden Budgetrahmen hinaus verlangt haben? (*Zustimmung bei der SPÖ.* – Abg. Vetter: Wo denn? – Abg. Dr. Koren: Wer hat das gesagt?)

Kollege Vetter! Der erste, der mich nach einem Beispiel fragt, ist der Abgeordnete Vetter. Erinnern Sie sich nicht, daß Sie im Finanzausschuß die Erhöhung des Kilometergeldes verlangt haben? War das nur zum Scherz verlangt, Herr Kollege? Erinnern Sie sich nicht, daß die Frau Abgeordnete Hubinek das Gesundheitsbudget als zu niedrig kritisiert hat? Erinnern Sie sich nicht, daß der Abgeordnete Neisser eine Steigerung des Wehrbudgets verlangt hat? Wie war es denn gemeint, als der Abgeordnete Riegler den prozentuellen Rückgang des Landwirtschaftsbudgets kritisiert hat? Auch nur zum Scherz? Wie war denn zu verstehen, als die Frau Abgeordnete Wieser . . . (*Rufe bei der ÖVP: Wo sind denn Anträge gestellt worden?*)

Meine Damen und Herren! Sie werden sich doch nicht aufregen, wenn ich Ihnen Ihre eigenen Stellungnahmen in der Budgetdebatte

in Erinnerung rufe. Das wird doch noch erlaubt sein? (*Beifall bei der SPÖ.*)

Die Frau Abgeordnete Wieser hat die sofortige Umwandlung der Zuschußrenten in Bauernpensionen verlangt, aber vom Defizit, meine Damen und Herren, hat sie nicht geredet. Der Abgeordnete Karasek hat höhere Beiträge für die Entwicklungshilfe verlangt. Soll man ihn ernst nehmen oder die Kritik am Defizit? Der Abgeordnete Suppan hat kritisiert, daß die Budgetmittel für den Bereich Inneres nicht auslangen werden. Der Abgeordnete Blenk hat verlangt, daß die Steigerung des Wissenschaftsbudgets nicht 7 Prozent, sondern wenigstens 11,7 Prozent betragen sollte. – Ernst gemeint oder nicht ernst gemeint?

Der Abgeordnete Mussil war dagegen, daß ab 1977 die Sonderabschreibungen für Investitionen beendet werden sollen. Der Abgeordnete König hat das Verkehrsressorts als zu niedrig dotiert bezeichnet. Der Abgeordnete Keimel hat erklärt, daß die Mittel für den Straßenbau und für den Wohnbau viel zu niedrig sind. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Das ist Ihr schlechtes Budget, Herr Fischer!*) War das ernst gemeint, oder war das nur – ich weiß nicht – im kleinen Rahmen des Finanzausschusses in der Hoffnung gesagt, daß in der Öffentlichkeit darüber nicht geredet wird? (*Abg. Dr. Koren: Da muß darüber geredet werden! Genau darüber!*)

Der Abgeordnete Gruber hat bedauert, daß die Budgetansätze im Bereich der Schul- und Unterrichtsverwaltung nicht ausreichend sind. Tag für Tag haben Sie, meine Damen und Herren, nachdem Sie zuerst in der Öffentlichkeit die Höhe des Defizits kritisiert haben, Mehrausgaben urgert oder zu niedrig dotierte Ansätze kritisiert. Dann kommt der letzte Tag der Budgetdebatte im Finanzausschuß; und es kommt der Abgeordnete Koren; und was kritisiert er? – Die Schere, die sich öffnende Schere zwischen den Einnahmen und den Ausgaben.

Es vergehen wieder drei Tage. Dann stehen hier Gesetze zur Diskussion, mit deren Hilfe diese Schere geschlossen werden soll. Es kommt die ÖVP und stimmt gegen all diese Gesetze, obwohl sie vorher die Höhe dieser Schere und die Höhe dieses Defizites kritisiert hat. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Welches Urteil erwarten Sie denn eigentlich über eine solche Argumentation? Wie glauben Sie denn kann man ein solches Verhalten anders bezeichnen als unernst? Das ist nämlich die Wahrheit, auch wenn Sie es nicht gern hören! (*Beifall bei der SPÖ.* – Abg. Dr. Taus: Nicht so trivial, Herr Dr. Fischer! Sie können es besser!)

Dr. Fischer

Ein Argument habe ich schon gestern gehört. Wenn man Sie nämlich auf Ihre Forderungen im Budgetausschuß anspricht, die ja das Defizit höher gemacht hätten, dann sagen Sie (*Zwischenruf des Abg. Dr. Hauser*) – Kollege Hauser, sehr richtig –, wir haben ja keine Anträge gestellt. Das heißt, Sie stellen sich einen Parlamentarier so vor: Er fordert ein höheres Wissenschaftsbudget (*Abg. Dr. Taus: Ist nicht gefordert worden!*), aber wenn man ihm diese Forderung dann vorhält, dann sagt er: Ich habe ja keinen Antrag gestellt, es war ja gar nicht ernst gemeint, es war ja nur zum Spaß vorgeschlagen, es war nur zum Spaß kritisiert. – Das werden wir Ihnen, meine Damen und Herren, nicht durchgehen lassen. (*Zustimmung bei der SPÖ. – Abg. Dr. König: Das war bitter ernst! Aber investieren müssen Sie, Kollege Fischer! – Zwischenruf des Abg. Dr. Hauser.*)

Ich kann es Ihnen nicht ersparen, daß Sie sich wohl folgende Rechnung werden vorhalten lassen müssen, meine Damen und Herren: Ihre Kritik – Ihre Anregungen, nennen wir es einmal so –, Ihre Wünsche auf der Ausgabenseite in Ziffern gefaßt – nur dort, wo es überhaupt möglich ist – würde bedeuten, daß man mindestens 3 Milliarden Schilling Mehrausgaben hat (*Abg. Dr. König: Für Investitionen ja!*) und hätte (*Abg. Dr. König: Und weniger für die Verschwendungen!*), um einigermaßen Ihren Wünschen Rechnung zu tragen.

Wenn man Ihrem Abstimmungsverhalten in der gestrigen Sitzung und in allen früheren Sitzungen folgen würde, meine Damen und Herren (*Abg. Dkfm. Gorton: 10 Milliarden gestern!*) – sehr richtig; Sie sagen: 10 Milliarden gestern; es waren nicht 10 Milliarden (*Abg. Dr. Koren: Ja, das stimmt, es waren mehr!*); aber ich verwende gern Ihre eigenen Ziffern –, und wenn Sie das addieren, meine Damen und Herren, dann wäre das Defizit, das Sie immer als Horrordefizit bezeichnen, noch um genau 13 Milliarden Schilling höher. Das wäre die Konsequenz Ihrer Politik, meine Damen und Herren (*Zustimmung bei der SPÖ*), wenn es nicht glücklicherweise so wäre, daß Sie in Opposition sind und daß Sie nicht die Mehrheit haben, um eine solche sich selbst ad absurdum führende Politik durchzusetzen. (*Zwischenruf des Abg. Ing. Amtmann.*)

Ich beginne eine weitere Überlegung bei Ihren eigenen Ausführungen und bei Ihren eigenen Gedanken. Der Abgeordnete Dr. Lanner hat auf Ihrer Klubtagung in einer – sagen wir es so – bemerkenswerten Rede (*Abg. Dr. Lanner: Es war eine interessante Rede!*) – bitte sehr – folgendes gesagt: Die Wähler wollen von uns – von der ÖVP, damit kein Mißverständnis entsteht – nicht hören, daß wir wieder stärkste

Partei werden wollen – das kann ich nur bestätigen, Kollege Lanner (*Heiterkeit bei der SPÖ*) –, sondern welche Rezepte wir zur Lösung der bestehenden Probleme anzubieten haben. (*Rufe bei der SPÖ: Keine!*) Welche Lösungen haben Sie denn anzubieten, meine Damen und Herren? Das, was Sie bisher gezeigt haben, nämlich noch höhere Ausgaben (*Abg. Dr. Kohlmaier: Sparen!*) und weniger Einnahmen, ist kein Rezept, meine Damen und Herren. (*Zustimmung bei der SPÖ. – Abg. Dr. Kohlmaier: Sparen!*) Sie, Herr Kollege Kohlmaier, sagen: „Sparen“. Ich darf den nautischen Ausdruck, wie Sie vom aktiven Generalsekretär zum Generalsekretär außer Dienst geworden sind, hier nicht verwenden. Aber eines sage ich Ihnen: Mit dem Vorschlag Sparen, Kollege Kohlmaier, müßten Sie sich zunächst mit Dr. Taus akkordieren. Er hat uns nämlich gerade vorgerechnet, daß 90 Prozent des Budgets fix gebunden sind. (*Abg. Dr. Taus: Durch Ihre Arbeit!*) Wollen Sie bei den 90 Prozent sparen? (*Abg. Dr. Taus: Das haben Sie doch selbst gemacht!*) Aber Herr Dr. Taus! In der ÖVP-Zeit war doch der Prozentsatz der gesetzlich gebundenen Ausgaben (*Rufe bei der ÖVP: Viel niedriger!*) genauso hoch. Ich darf doch nicht annehmen, daß Sie die Budgets der ÖVP-Zeit nicht kennen, wo Sie damals selbst Staatssekretär waren. Das ist doch die Wahrheit. (*Zustimmung bei der SPÖ. – Abg. Dr. Koren: Aber doch nicht 50 Milliarden Defizit!*)

Und noch etwas machen Sie sehr gern: Sie weichen dann sehr gern aus in die Vergangenheit. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Das tun doch Sie, Herr Dr. Fischer!*) Der ÖVP-Obmann hat es heute auch getan. Hätten Sie, sagte Dr. Taus, in den Jahren 1971, 1972 und 1973 doch mehr gespart und weniger ausgegeben, dann wären Sie heute nicht in dieser Situation. Nur ein Pech haben Sie, meine Damen und Herren: Wenn ich mir nämlich die Budgetdebatten der Jahre 1971, 1972 und 1973 hernehme, dann fällt es mir überhaupt nicht schwer, Ihnen nachzuweisen, daß Sie damals genauso überall gegen Mehreinnahmen gestimmt haben und Mehrausgaben bei allen Budgetkapiteln verlangt haben: Die Frau Abgeordnete Hubinek, der Herr Abgeordnete Wiesinger, der Herr Abgeordnete Pelikan, der Herr Abgeordnete Ermacora, und so weiter, und so weiter. Sie haben also auch in den Jahren 1971, 1972 und 1973 ganz schön kräftig Mehrausgaben verlangt. Damals hatten Sie sogar Anträge gestellt. Damals waren Sie noch nicht so inkonsistent wie heute. Nur wollen Sie jetzt nichts davon wissen und sind heute froh, daß wir Ihre Anträge und Ihre Anregungen damals nicht ernst genommen haben, denn sonst hätten wir nämlich eine schwierige Budgetsituation, wenn wir das getan hätten, meine Damen

3582

Nationalrat XIV. GP – 38. Sitzung – 1. Dezember 1976

Dr. Fischer

und Herren. (*Zustimmung bei der SPÖ. – Zwischenruf des Abg. Dr. Mussil.*)

Ich sage Ihnen: Dieser Fluchtweg in die Gestaltung der Budgets 1971, 1972 und 1973 führt in eine Sackgasse und wird zum Eigentor, wenn man sich den tatsächlichen Verlauf der damaligen Budgetdebatten anschaut.

Seit 1970 behaupten Sie, meine Damen und Herren, daß Ihre Oppositionspolitik im wesentlichen auf drei Pfeilern ruht: Auf der Kritik, der Kontrolle und den Alternativen.

Ich konzessiere Ihnen, daß Sie die Aufgabe der Kritik ernst nehmen. Man kann verschiedener Meinung sein über die Berechtigung und über den Inhalt, aber das nehmen Sie ernst. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Mussil.*)

Ich konzessiere Ihnen auch, Herr Dr. Mussil, daß Sie die Aufgabe der Kontrolle ernst nehmen. Nicht in der Bundeswirtschaftskammer. Dort gibt es sicher zu wenig Kontrolle. (*Zustimmung bei der SPÖ.*) Aber im Parlament nehmen Sie, meine Damen und Herren, die Kontrolle ernst. Und das bejahren wir. Funktionierende Kontrollenrichtungen sind nämlich tatsächlich lebenswichtig. Eine starke Opposition, meine Damen und Herren, ist die wirksamste Kontrolle, auch wenn Sie das in der Zeit vor der letzten Wahl, in der Sie von einer Drei-Parteien-Regierung gesprochen haben, manchmal gern unter den Tisch fallen ließen.

Was aber den dritten Pfeiler der Oppositionspolitik betrifft, die Alternativen, muß ich sagen: Dieser Pfeiler unterscheidet sich von der Reichsbrücke dadurch, daß er gar nicht einstürzen konnte, weil er nie existiert hat, meine Damen und Herren, weil es nie diesen dritten Pfeiler der Alternativen gegeben hat. (*Zustimmung bei der SPÖ.*) Daher entspricht auch die Tauglichkeit dieser Oppositionspolitik der Wendungsfähigkeit eines Sessels, der eben nur zwei Füße hat und der dauernd umkippt, wenn man nur mit ein paar kritischen Gegenfragen daran ankommt. Diese Oppositionspolitik ist übrigens auch keine sehr stabile Sitzgelegenheit für den jeweiligen Parteiobmann.

Der ÖVP-Obmann Dr. Taus hat bei der Klubtagung in Villach im Oktober angekündigt, die ÖVP werde ihre Alternativen spätestens . . . (*Abg. Dr. Koren: Was soll das heißen? – Abg. Dkfm. Gorton: Das war geschmacklos!*) Wieso ist es geschmacklos, wenn man über die Stabilität der Sitzgelegenheit Ihres Parteiobmannes spricht, Herr Kollege? (*Abg. Dkfm. Gorton: Mehr als geschmacklos! – Abg. Dr. Koren: Äußerst geschmacklos! – Weitere heftige Protestrufe bei der ÖVP und Gegenrufe bei der SPÖ. – Anhaltende Zwischenrufe des Abg. Dr. Taus.*) Entschuldigen Sie: Ich ver-

stehe Sie nicht, Kollege Dr. Taus. (*Abg. Dr. Taus: Sie wissen, wer hier gesessen ist! Halten Sie sich zurück!*) Warum? Ich spreche doch, meine Damen und Herren . . . (*Anhaltende Rufe und Gegenrufe zwischen Abgeordneten der ÖVP und der SPÖ. – Abg. Dr. Taus: Sie wissen, wer hier gesessen ist!*)

Meine Damen und Herren! Ich verstehe jetzt erst, was der Kollege Dr. Taus gemeint hat. Ich spreche natürlich von Ihnen, Herr Kollege Dr. Taus, um das völlig klarzustellen. Alles andere ist völlig außer Diskussion. Ich glaube, das ist völlig klar. (*Abg. Dr. Hauser: Wieso ist er denn gekommen? Weil ein anderer gestorben ist! – Abg. Dkfm. Gorton: Geschmacklos!*) Das steht doch außer Diskussion, Herr Dr. Hauser. (*Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Herr Kollege! Ich spreche über die Gegenwart und ich spreche darüber, daß die Alternativen angekündigt wurden für die Mitte des nächsten Jahres. Ich betrachte das als ein Eingeständnis dafür, daß es bisher und derzeit – und das sind immerhin mehr als sechs Jahre – keine Alternativen gegeben hat, meine Damen und Herren. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Ich glaube Ihnen auch sagen zu können, warum es in der Wirtschafts- und Budgetpolitik – ich klammere jetzt andere Bereiche aus – keine und keine echten Alternativen gibt: Weil Sie genau wissen – indirekt haben Sie es heute zugegeben –, wie eng in Wahrheit der Spielraum in der Budgetpolitik ist, der zur Verfügung steht, wenn man von den Realitäten ausgeht, unter denen heute in Europa Budgets gemacht werden, und wenn man darüber hinaus bestimmte Prämissen akzeptiert, die abzulehnen Sie jedenfalls bis jetzt nicht den Mut oder die Absicht oder was immer gehabt haben.

Denn Realität ist es doch – Herr Dr. Taus, das ist in Ihren Ausführungen heute überhaupt nicht erwähnt worden und völlig zu kurz gekommen; darum ist das eine so instabile Darstellung des Sachverhaltes –, daß die ganze westliche Industriewelt spätestens seit 1974 eine überaus schwierige Entwicklung durchmacht, die durch Preissteigerungen, durch Währungsschwankungen, durch unausgelastete Kapazitäten und durch Exportschwierigkeiten charakterisiert ist und die überall – überall! – die Staatshaushalte stark belastet. (*Zwischenruf des Abg. Kern.*) Realität ist auch, meine Damen und Herren, daß wir vor der Aufgabe stehen, eine Wachstums-einbuße aus dem Jahre 1975 gutzumachen und aufzufangen. Prämissen unserer Politik ist doch zum Beispiel, daß wir soziale Errungenschaften und andere Errungenschaften außer Diskussion stellen, und Prämissen ist doch wohl, meine Damen und Herren, daß wir der Vollbeschäftigung vor anderen, gleichfalls wünschenswerten Zielen Priorität einräumen.

Dr. Fischer

Wenn Sie diese Realitäten und diese Prämisen, meine Damen und Herren, die es nicht nur in Österreich gibt – aber in Österreich sind sie, was die Vollbeschäftigung betrifft, besonders konsequent und ausgeprägt, was wir begrüßen –, akzeptieren, dann liegt doch der Spielraum für die Alternativen in Wahrheit hinter dem Komma. Das ist doch die Realität. Sie können das nicht leugnen, meine Damen und Herren, und Sie können es auch nicht zugeben. Das ist Ihr Dilemma.

Ich verlange auch nicht, daß Sie es zugeben. Ich begründe nur, meine Damen und Herren, warum wir bei allem Respekt Ihre Kritik nicht akzeptieren können und relativ unbeeindruckt davon sind.

Wenn aus Ihren Reden immer wieder Verwunderung, ja Fassungslosigkeit darüber erkennbar ist, wieso denn die Bevölkerung einer Regierung Vertrauen schenkt und dreimal Vertrauen geschenkt hat, die den Mut zu sehr unpopulären und schmerzhaften Maßnahmen hat, dann gebe ich Ihnen die Antwort: Die Bevölkerung, meine Damen und Herren, hat eben nicht jenen Sehfehler, der Sie und sämtliche Ihrer Abgeordneten auszeichnet und der, wie ich schon gesagt habe, darin besteht, daß Sie jeweils nur die eine Seite des Sachverhalts, die eine Seite der Medaille, die Schwierigkeiten, die Belastungen sehen, und am anderen Auge völlig blind sind, während die Bevölkerung auf beiden Augen sehen kann. (Beifall bei der SPÖ.)

Wenn man nämlich auf beiden Augen sehen kann, dann sieht man, daß dieser Weg der unpopulären Maßnahmen und der einzelnen Belastungen im notwendigen Ausmaß der einzige realistische und der einzige gangbare Weg ist. Denn die Beschlüsse, die wir gestern gefaßt haben, nicht zu fassen, wäre für eine Regierungspartei viel angenehmer. Aber wir haben eben den Mut und die Verantwortung, das zu tun; wir schieben nicht die Probleme vor uns her, um den bequemeren und billigeren Weg zu gehen. (Beifall bei der SPÖ. – Zwischenruf des Abg. Dr. Kohlmaier.)

Die Bevölkerung weiß, meine Damen und Herren, daß es Belastungen gibt. Aber sie weiß auch, welche Einkommensteigerungen, welche sozialen Verbesserungen und welche Fortschritte ihnen gegenüberstehen. (Abg. Dr. Kohlmaier: Wo sind die Einkommensteigerungen?)

Herr Kollege Kohlmaier! Ich empfehle Ihnen, sich um billiges Geld etwa beim Statistischen Zentralamt die Wirtschaftsdaten zu beschaffen; dann werden Sie sie finden; oder Sie nehmen einen Bericht der Girozentrale zur Hand, der gar nicht so alt ist. Darin werden Sie auch

interessante Zahlen finden. Und aus der Sozialversicherung müßten sie doch auch ein Minimum an Zahlenwissen haben, wenn Sie dort tätig sein wollen! (Abg. Dr. Kohlmaier: Das habe ich eben, und da kann ich nachlesen, daß es zu einer Verschlechterung der Lebenssituation kommt!) „Verschlechterung der Lebenssituation“. Ich greife das gern auf. (Abg. Dr. Kohlmaier: Jawohl! Im nächsten Jahr!)

Der ÖVP-Obmann Taus und der Kollege Kohlmaier sagen immer wieder – ich lese das im „ÖVP-Presseedienst“ –, daß von 100 S, die heute jemand verdient, 38 S an den Staat im Wege von Steuern und Abgaben abgeliefert werden (Rufe bei der ÖVP: 40 S!), und daher nur 62 S verbleiben. (Rufe bei der ÖVP: 60 S!) Das machen Sie sich bitte mit Dr. Taus aus.

Sie vergessen nur eines: Daß für 100 S, die heute jemand verdient und von denen ihm 62 S verbleiben, der Betreffende im Jahr 1970 überhaupt nur 52 S bekommen hat, und die waren auch nicht steuerfrei und frei von Sozialabgaben, meine Damen und Herren! Das ist die Realität, die Sie vergessen, weil sich natürlich die Löhne und die Gehälter weiter entwickelt haben. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Glaser: Woher nehmen Sie dieses Wissen?)

Ich glaube, Ihre Methode läuft darauf hinaus, die Vorteile der bestehenden sozialen, politischen, ökonomischen Situation irgend jemand Anonymen, dem System et cetera, gutzuschreiben und alle Probleme und Schwierigkeiten der Regierung, so frei nach der Devise: Die Guten ins Kröpfchen der sozialen Marktwirtschaft und die Schlechten ins Töpfchen der Regierung. Aber so billig geht es nicht, meine Damen und Herren. (Zustimmung bei der SPÖ.)

Daß wir Vollbeschäftigung haben, was Sie ja nicht leugnen können, daß sich die Realeinkommen in den letzten sieben Jahren sehr markant verbessert haben und daß es eine Reihe weiterer Dinge gibt, können Sie ja nicht leugnen. Das wollen Sie zudecken. Aber wenn die Bahntarife höher werden oder wenn irgendeine Firma Pleite macht oder sogar wenn die Selbstmordrate in Österreich hoch ist, wollen Sie das alles der Regierung in die Schuhe schieben, der gleichen Regierung, der Sie dann sagen: Es gibt zu viel Staat und zu viel Regierungseinfluß. (Abg. Dr. Keimel: Wer ist denn für die Bahntarife verantwortlich?)

Ich sage Ihnen noch einmal: Die Bevölkerung ist klüger als Sie denken und hat das bereits mehrmals bewiesen. (Zwischenruf des Abg. Kern.)

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich jetzt noch auf eine Zentralthese und auf ein Zentralargument meines Vorredners eingehen,

3584

Nationalrat XIV. GP – 38. Sitzung – 1. Dezember 1976

Dr. Fischer

auf das soziale Problem, daß es heute in Österreich mehr Arme gibt als je zuvor. Ich sehe, Sie finden es lustig, wenn man auf Argumente eines Vorredners eingeht. Ich muß es auch nicht tun. Aber ich möchte Sie mit einigen Sachverhalten konfrontieren, die Ihre Einäugigkeit ein bißchen reduzieren sollen.

Ich frage Sie folgendes: Diskutieren wir über die Frage, ob es heute in Österreich mehr Arme gibt als je zuvor? – Natürlich ist der Begriff der Armut ein relativer – das wissen wir –, natürlich muß man darum streiten oder darüber diskutieren, wer arm ist. Aber jetzt frage ich Sie, Herr Dr. Taus: Ist der alleinstehende Bezieher einer Ausgleichszulage, der 2860 S ab 1. Jänner 1977 bekommt, arm (*Ruf bei der ÖVP: Freilich!*), während der gleiche alleinstehende Bezieher einer Ausgleichszulage mit 1330 S im Jahre 1970 nicht arm war? Was ist denn das für eine Logik? Ist der Kriegsopferrentner mit 50prozentiger Minderung der Erwerbsfähigkeit, der 3500 S ab 1. Jänner 1977 bekommt, arm (*Abg. Dr. Kohlmaier: 760 S ab 1. Jänner!*), während der gleiche Rentner, der am 1. Jänner 1970 . . . (*Abg. Dr. Kohlmaier: 760 S!*)

Die gesamte Rente beträgt 3554 S ab 1. Jänner 1977 – das können Sie den Materialien aus der Budgetdebatte entnehmen –, während der Vergleichsbetrag 1567 S im Jahre 1970 betragen hat; also nicht einmal die Hälfte! Den einen nennen Sie arm, und den anderen wollen Sie nicht als arm bezeichnen?

Ich sage Ihnen, Herr Dr. Taus: Selbst die orthodoxen Marxisten haben die Vereelungstheorie fallengelassen, weil sie nicht haltbar ist, und Sie wollen jetzt eine neue Tausche Vereelungstheorie erfinden. Das ist doch bar jeder Realität. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Und noch etwas. Mit dem einen Mundwinkel wirft man uns Gleichmacherei, Nivellierung und so weiter vor, und mit dem anderen Mundwinkel sagt man: Die Reichen werden immer reicher, die Armen werden immer ärmer. Mit dem dritten Mundwinkel – wenn es einen gibt – kommt dann der Kollege Mussil und sagt wieder das Gegenteil: Es gibt keine Reichen in Österreich. Und mit dem vierten Mundwinkel sagt man dann, daß Renten, die nicht einmal halb so hoch waren vor sieben Jahren, ausreichend waren, während sie es jetzt nicht sind. Wer soll Ihnen bei dieser Logik folgen? (*Abg. Dr. Mussil: Sie können es auf keinen Fall, Herr Dr. Fischer!*) Mir fehlen die Vokabeln, um das zu qualifizieren.

Noch etwas. Herr Dr. Taus! Sie haben gesagt, die Volkspartei muß vom Staat verlangen, daß für materiell Arme, für physisch Kranke, für einsame und alte Menschen mehr getan wird. – Gut. Sie verlangen vom Staat, daß für diese

Menschen mehr getan wird. – Ich halte mich jetzt nicht auf bei der Gegenfrage, warum Sie es nicht getan haben, als Sie die Mehrheit hatten, denn Sie haben doch heute so eine Art Teilgeständnis abgelegt, es tue Ihnen leid, daß Sie das nicht mehr akzentuiert haben. (*Abg. Dr. Taus: Das war kein Teilgeständnis!*)

Nur eines: Wenn Sie verlangen, daß mehr getan wird – und ich habe volle Sympathie dafür –, dann ist es unseriös, wenn Sie im gleichen Atemzug die Beschaffung der erforderlichen Mittel grundsätzlich und a limine ablehnen.

Und noch etwas Zweites ist in meinen Augen nicht sehr seriös: Daß Sie zwar vom Staat – heute konnte es jeder hören – mehr und neue Leistungen verlangen, aber kaum daß man sich bemüht, diese Leistungen auch zu erbringen, werfen Sie uns vor: Es gibt immer mehr Staat, der Mensch wird immer mehr befürsorgt, wir haben immer mehr Staat, der die Freiheit des einzelnen bedroht! (*Zwischenrufe der Abg. Dr. Mussil und Dr. Blenk.*) Überlegen Sie sich doch den Widerspruch, der darin liegt, und den Widerspruch zwischen Theorie und Praxis, den Sie sich auf diesem Gebiet entgegenhalten lassen müssen! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich habe in den Zeitungen gelesen, daß Sie auf dem Parteitag der ÖVP in Vorarlberg erklärt haben: Ohne gute Theorie kann man keine gute Politik machen! – Ich stimme zu. Das hier ist aber eine sehr schlechte Theorie, die Sie in diesen Bereichen vertreten, und ich würde sagen: Den Reim auf die Politik, die man auf der Basis dieser Theorie macht, kann man sich selbst machen.

Ich will auf weitere Fragen in diesem Bereich jetzt nicht eingehen. Nur eines noch – weil Sie von Theorie gesprochen haben –: Die Ideen, meine Damen und Herren, die in der ÖVP in letzter Zeit und vor allem von Ihrem Obmann gegen den Gedanken der Demokratisierung entwickelt wurden, halten wir auch für schlechte Theorien! Denn niemand kann leugnen, daß das demokratische Prinzip die unmittelbare Anwendung der Grundgedanken Gleichheit und Freiheit im Bereich der Politik ist. Und so, wie man die Gedanken der Gleichheit und der Freiheit in ihrer Entwicklung nicht mit einer Demarkationslinie absperren darf, jenseits derer sie nichts mehr verloren haben, so kann man, glaube ich, auch das Prinzip der Demokratisierung nicht ablehnen, wenn man es ernst nimmt mit dem Prinzip der Demokratie. (*Abg. Dr. Blenk: Das sind aber zwei Paar Schuhe!*)

Sie selbst sprechen sich in Ihrem Parteiprogramm für Demokratisierung aus, und ich glaube, daß es nur recht und billig wäre, daß man dabei bleibt und daß man nicht den

Dr. Fischer

Versuch macht, den Sie gemacht haben, Selbstbestimmung und Mitbestimmung gegenüber einander auszuspielen: Der Mitbestimmungs-ideologie liege ein Selbsttäuschungsversuch zugrunde, nämlich die Flucht vor der Selbstbestimmung!, sondern daß man anerkennt, daß Selbstbestimmung und Mitbestimmung unmittelbar und untrennbar miteinander verbunden sind (*Zwischenruf des Abg. Dr. Mussil*), denn die Selbstbestimmung setzt voraus, meine Damen und Herren, daß ich in den Bereichen, wo ich Betroffener bin, auch mitbestimmen kann! Das ist unsere Auffassung zu diesen Problemen. (*Beifall bei der SPÖ. – Zwischenruf des Abg. Kern.*)

Meine Damen und Herren! Die heutige Budgetgruppe, über die wir diskutieren, umfaßt die Kapitel Bundeskanzleramt, Oberste Organe und Äußeres. Wir haben eine Arbeitsteilung; ich will auf den Bereich der Außenpolitik nicht eingehen. Nur vielleicht folgende Bemerkung:

Ich begrüße es sehr, daß wir die Beratungsgruppe Äußeres mit den Stimmen von SPÖ und FPÖ beschließen werden, und ich möchte die Frage aufwerfen, ob nicht überlegt werden könnte, daß man in Hinkunft die Budgetgruppe Äußeres überhaupt – wenn Sie das für möglich halten – einer einstimmigen Beschußfassung zuführt, so wie wir ja die meisten Beschlüsse im Bereich der Außenpolitik einstimmig fassen. Vielleicht wäre das einer Überlegung wert. Die Tatsache, daß die FPÖ dem Kapitel Äußeres zustimmt, zeigt ja, daß es hier nicht um eine prinzipielle Frontstellung zwischen Regierung und Opposition geht, und ich werfe einfach nur die Frage auf, ob das nicht im Bereich des Äußeren für die Zukunft einer Überlegung wert wäre.

Und was den Rechnungshof betrifft, drei Sätze:

Der Rechnungshof ist ein Organ des Parlaments mit verfassungsmäßig umschriebenen Aufgaben und erfüllt seine Aufgaben durch eine genaue und strenge Prüfungstätigkeit. Und das Parlament erfüllt seine Aufgaben dadurch, daß es über die Feststellungen des Rechnungshofes diskutiert und, wenn notwendig, auch Konsequenzen zieht. Niemand soll sich bitte zu der Ansicht verleiten lassen – ich glaube, daß man das einmal klar sagen soll –, daß es nur zwei Alternativen gibt: entweder die kommentar- und kritiklose Akzeptierung aller Berichte, oder die Auseinandersetzung mit dem Rechnungshof. Das sind nicht die Alternativen, das wäre auch Schwarz-Weiß-Malerei. Ich glaube, man kann sehr wohl die Tätigkeit des Rechnungshofes anerkennen und bejahren und akzeptieren und doch in Einzelfragen abweichende Meinungen

haben und diese Standpunkte vertreten. (*Zwischenruf.*)

Wenn in jüngster Zeit, meine Damen und Herren, die Abgeordneten der ÖVP an sämtliche Regierungsmitglieder zwölf Fragen gerichtet haben, was ihr gutes Recht ist, und es sind von uns zwei dieser zwölf Fragen auch an den Präsidenten des Rechnungshofes gerichtet worden, so soll auch daraus niemand falsche Schlußfolgerungen ziehen. Diese Fragen sind im Ausschuß beantwortet worden, und damit ist die Sache, zumindest für uns, erledigt, weil es uns eben um die Gleichstellung und Gleichbehandlung aller dem Parlament verantwortlichen Obersten Organe gegangen ist.

So möchte ich zum Schluß nur folgendes sagen: Ich habe gelesen, daß mein Vorredner in Villach erklärt hat, wir müssen den Kampf um die politische Vernunft aufnehmen, und in zahlreichen westlichen Demokratien sei die politische Vernunft in eine Krise geraten. Ich würde dem zustimmen. Ich würde sagen: Was wir brauchen, ist tatsächlich politische Vernunft in einer gar nicht einfachen Zeit.

Die Budgetsituation so zu sehen, wie sie uns heute früh und gestern geschildert wurde, halte ich für unvernünftig. Der bestehenden Situation so wenig Alternativen entgegenzusetzen und doch so massiv zu kritisieren, halte ich auch für unvernünftig.

Machen wir also ernst mit dem Bemühen um mehr politische Vernunft, und ich bin überzeugt, daß wir zu ausgewogenen, konstruktiveren Urteilen über die derzeitige Situation und über die Politik der Bundesregierung gelangen werden. Denn diese Politik wird helfen, die Schwierigkeiten, die es in Europa gibt, von Österreich so gut wie möglich fernzuhalten, und die Grundlage für eine weitere gute Entwicklung in diesem Lande legen. (*Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Herr Abgeordneter Dr. Wiesinger gemeldet.

Herr Abgeordneter, Sie haben fünf Minuten.

Abgeordneter Dr. Wiesinger (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Abgeordneter Dr. Fischer hat behauptet, ich hätte in den Jahren 1970, 1971 Anträge an das Budget gestellt, die mit großen Belastungen verbunden waren. (*Abg. Dr. Fischer: Hubenek!*) Das war ausgeschlossen, da ich erst seit dem 26. November 1973 die Ehre habe dem Hohen Haus anzugehören.

Diese Tatsache wirft ein eindeutiges Schlaglicht auch auf die übrigen Argumentationen des

3586

Nationalrat XIV. GP – 38. Sitzung – 1. Dezember 1976

Dr. Wiesinger

Herrn Dr. Fischer in diesem Zusammenhang.
Danke schön. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Eine weitere tatsächliche Berichtigung: Herr Abgeordneter Dr. Kohlmaier.

Abgeordneter Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Der Abgeordnete Fischer hat in seiner Rede ausgeführt, daß man im nächsten Jahr bei einer 50prozentigen Kriegsopferrente einen Betrag von über 3000 S erhalten wird.

Um keinen falschen Eindruck von der Güte unseres Sozialsystems entstehen zu lassen, darf ich darauf hinweisen, daß eine 50prozentige Kriegsopferrente derzeit 710 S, im nächsten Jahr 760 S betragen wird.

Daß diese 7prozentige Erhöhung nicht ausreicht, werde ich mir bei anderer Gelegenheit auszuführen erlauben. Danke schön. (*Beifall bei der ÖVP.* – *Abg. Dr. Fischer: Ich melde mich dann später zum Wort, um das zu korrigieren, Herr Kollege Kohlmaier!*)

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Broesigke. (*Ruf bei der SPÖ: Halbe Wahrheiten! Nicht einmal die halbe – überhaupt keine! – Gegenrufe bei der ÖVP.* – *Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ und Gegenrufe bei der ÖVP.* – *Abg. Peter: Schließen wir jetzt die Budgetdebatte oder machen wir weiter? – Heiterkeit.* – *Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*)

Abgeordneter Dr. **Broesigke** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Ausführungen des Herrn Kollegen Dr. Fischer haben ein Problem aufgeworfen, zu dem ich schon einmal Stellung genommen habe, aber diese Stellungnahme ist offenbar noch nicht zur Kenntnis genommen worden. Es betrifft das Gegenspiel von Regierung und Opposition, das, wie ich glaube, durch Herrn Kollegen Dr. Fischer doch nur sehr an der Oberfläche angekratzt wurde, wenn er folgende Primitivformel entwickelt hat, die zweifellos auf den ersten Blick sehr einleuchtend zu sein scheint; sie lautet ungefähr so: Die Opposition ist gegen höhere Einnahmen durch Steuererhöhungen, sie ist für höhere Ausgaben in den Detailbereichen und kritisiert dann die Höhe des Defizits.

Sehr schön und sehr logisch, so sieht es aus – aber trotzdem völlig unrichtig, deshalb unrichtig, weil dabei übersehen wird, wie ein modernes Parlament funktioniert, weil dabei übersehen wird, wie der demokratische Parlamentarismus funktioniert.

Wenn es so wäre, daß das Parlament im ganzen ein Gegenspieler der Regierung wäre,

dann lägen die Dinge wesentlich anders. Es ist aber nun einmal so, daß auf der einen Seite die Bundesregierung zusammen mit der Mehrheitsfraktion des Parlamentes steht, die letzten Endes ohne Kritik die Bundesregierung unterstützt, und auf der anderen Seite die Oppositionsparteien stehen.

Nun ist es Aufgabe der Bundesregierung im allgemeinen und des Bundesministers für Finanzen im besonderen, unter Berücksichtigung der Ausgabenwünsche ein konjunkturgerechtes Budget zu erstellen. Das ist seine Aufgabe, das ist seine Verpflichtung, und diese Verpflichtung kann er nicht auf die Opposition abschieben.

Wenn es also darum geht, daß Ausgaben gekürzt werden müssen oder überhaupt wegzufallen haben, wäre es natürlich sehr bequem für die Bundesregierung zu sagen: Das wollen wir alles machen, und ihr, die Oppositionsparteien, bezeichnen uns nun freundlicherweise, was an Ausgaben zu entfallen hätte!

Aber damit will ja die Bundesregierung eine Aufgabe, die ihre eigene Aufgabe ist, auf die Opposition abschieben und erreichen, daß die Opposition diese Aufgabe des Bundesministers für Finanzen übernimmt.

Es wird also schon so bleiben müssen, daß der Bundesminister für Finanzen dem Parlament ein Budget vorlegt, das in allen seinen Aspekten, sowohl in den Detailaspekten als auch im ganzen, der Kritik des Parlaments unterliegt. Das betrifft natürlich die Frage der Priorität von Ausgaben, die Frage der Einnahmen und natürlich auch die Frage, ob dieses Budget als konjunkturgerecht angesehen werden kann oder nicht.

Mein Vorredner Dr. Taus hat den Standpunkt vertreten, daß dieses Budget von vornherein deshalb falsch sei, weil die Konjunkturerwartung zweifelhaft geworden sei. Ich halte es durchaus für richtig, daß keineswegs mit Sicherheit anzunehmen ist, daß die Wachstumsverwaltung, die dem Budget zugrunde gelegt wurden, erfüllt werden.

Aber es ist nun einmal so, daß die Konjunkturprognosen heute sehr viel Ähnlichkeit mit astrologischen Bemühungen aufweisen und niemand sagen kann, ob sich tatsächlich im kommenden Jahr die Erwartungen oder die Befürchtungen rechtfertigen, die bei Erstellung des Budgets zugrunde gelegt wurden. Da man aber nun einmal einem Budget irgendeine Konjunkturerwartung zugrunde legen muß, glauben wir schon, daß es berechtigt ist, von dem auszugehen, was etwa das Institut für Wirtschaftsforschung für das nächste Jahr vorschreibt, wenn man auch sofort das große

Dr. Broesigke

Fragezeichen dahinterstellen muß, ob diese Erwartungen zutreffen werden.

Etwas anderes ist es aber – das hat Herr Dr. Taus nicht gesagt –, daß man diesem Budget zum Vorwurf machen muß, daß es, wenn die Erwartung zutrifft, nicht als konjunkturgerecht und nicht als dieser Erwartung entsprechend anzusehen ist. Denn wenn tatsächlich das Jahr 1977 ein Wachstum in dieser Höhe bringt, dann ist es gegen alle Regeln der Kunst, wenn ein Defizit in derartiger Höhe vorgesehen ist, wie das dieses Budget tut.

Das, glaube ich, ist der Ansatzpunkt, aus dem heraus man das Budget im allgemeinen sehen muß, die Riesenhöhe des Defizits, das jetzt schon als strukturell anzusehen ist, weil sich schon seit einiger Zeit eine derartige Lage des Staatshaushalts abzeichnet und nicht abzusehen ist, wann und wie das anders werden soll.

Wenn man nun diese Ziffern, die uns vorgelegt wurden, und die Prognosen zugrunde legt, die der Finanzminister selber angestellt hat, muß man zu dem Ergebnis kommen, daß ein völlig anderes Budget hätte erstellt werden müssen. Gerade nach den Lehren von Keynes – der ja eine Art volkswirtschaftlicher Heiliger ist –, dem auch der Bundesminister für Finanzen nach eigenen Erklärungen huldigt, müßte das ein Überschubudget sein.

Nun wissen wir auch sehr wohl, daß in Anbetracht der Schuldenswirtschaft der vergangenen Jahre und der maßlosen Ausweitung der Ausgaben das schwer zu bewerkstelligen ist, aber ein Defizit in dieser Höhe ist völlig konjunkturwidrig.

Ich weiß schon jetzt genau: Da wird eine ganze Anzahl von Rednern kommen, und diese werden sagen: Da schaut her, was für Ausgaben da gemacht werden, und wie sind die gut und wie sind die schön, und seid ihr gegen diese Ausgaben?, eure Argumentation würde ja dazu führen, daß sie gestrichen werden!, und wie das alles lautet.

Dazu wollen wir grundsätzlich doch einmal sagen: Wer Ausgaben macht, die durch Einnahmen gedeckt sind, der kann sehr wohl auf diese Ausgaben verweisen. Wer aber Ausgaben macht, für die er überhaupt das Geld nicht hat, der betrügt sich selber und auch das Volk in Österreich. (*Lebhafte Zustimmung bei der FPÖ.*)

Daher ist es eine ganz falsche Argumentation, sich hierherzustellen und zu sagen, in welchen Bereichen Ausgaben erhöht worden sind und was da alles gemacht worden ist, wenn man andernteils genau weiß, daß das Geld dafür nicht vorhanden ist, und wenn man weiters genau weiß, daß notwendigerweise auch das

Schuldenmachen Grenzen hat, Grenzen dort, wo die Kreditfähigkeit nicht mehr gegeben ist. Heute ist sie sicherlich gegeben, und Gott sei Dank ist sie gegeben. Man kann sich aber leicht ausrechnen, daß es einen Punkt gibt, wo sie nicht mehr gegeben ist.

Eine verantwortliche, verantwortungsbeschwerte Regierung müßte sich doch darüber Gedanken machen, wie lange das so weitergeht. Soll jedes Jahr ein Defizit in einer Größe von 40, 50 Milliarden gemacht werden? – Wie lange wird der Staatshaushalt das überhaupt aushalten? Es gibt ja eine ganze Anzahl von Beispielen in der Finanzgeschichte, die zeigen, daß das dann eines schönen Tages nicht mehr geht. Schauen Sie sich etwa einmal die Lage der Stadt New York an, die sich heute in den größten Schwierigkeiten befindet: durch eine Unzahl von Ausgaben, von denen jede einzelne gerechtfertigt und durchaus zu unterschreiben ist, Ausgaben, die aber in den Einnahmen nicht die entsprechenden Deckungen haben.

Wir wollen sicher nicht solche Dinge an die Wand malen. Aber überlegen muß man sich auch das.

Man kann da nicht mit fröhlicher Unbekümmertheit sagen: Das ist halt einmal so, da kann man nichts machen, und im übrigen verdient ja jeder Österreicher mehr. – Das ist sicher für weite Kreise der Bevölkerung richtig. Aber die Anhänger der Inflationspolitik haben noch immer darauf verwiesen, daß entsprechende Einnahmensteigerungen eingetreten sind. Auf diese Weise haben sie der Bevölkerung das „Rauschgift der Inflation“ schmackhaft gemacht. Aber so wie es beim Rauschgift ist, ist es eben auch in diesen Dingen: Es kommt dann der Moment, wo sich all das bitter rächt, und wir wollen doch hoffen, daß es gelingen wird, zu einer Wende zu kommen, bevor ein solcher Moment eintritt.

Ich darf noch etwas dazu sagen: Ich zitiere meinen Vorräder, der davon gesprochen hat, daß die Erhaltung der Sozialerungenschaften und die Priorität der Vollbeschäftigung eine gemeinsame Grundlage wären. Das ist sicher richtig! Das wird niemand bestreiten.

Doch sehr entschieden muß man bestreiten, daß dann, wenn man diese zwei Zielsetzungen in den Vordergrund stellt, für die Ausgabenpolitik der Regierung überhaupt nichts mehr übrigbleibt. Das stimmt einfach nicht.

Es stimmt auch ein weiteres nicht. Daß die Vollbeschäftigung ein Anliegen ist, daß die Arbeitslosigkeit ein schweres Übel einer Volkswirtschaft darstellt, ist ja heutzutage wohl eine Selbstverständlichkeit. Worüber wir uns aber

3588

Nationalrat XIV. GP – 38. Sitzung – 1. Dezember 1976

Dr. Broesigke

nicht einig sind, das ist die Frage, wie man das Ziel erreichen kann.

Sozialistische Regierungen haben immer die Meinung vertreten, daß der Weg dazu eine exzessive Verteilungspolitik ist. In Wirklichkeit gibt es aber nur einen Weg, und das ist die Erhaltung und Stärkung der Wirtschaftskraft eines Staates, denn nur dann, wenn diese Wirtschaftskraft erhalten bleibt, nur dann, wenn sich diese Wirtschaftskraft durch Wachstum verstärkt, können alle schönen Dinge erreicht werden, die die Ziele der Wirtschaftspolitik bilden, und darunter ist auch die Vollbeschäftigung. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Mit anderen Worten: Man kann nur das verteilen, was man erarbeitet hat. Das wird immer wieder gesagt, aber auch immer wieder vergessen, und darum muß man es wiederholen.

Wenn Sie sich ein Budget mit einem Defizit wie im heurigen Jahr aber auch schon wie im vorigen Jahr ansehen, können Sie feststellen, daß hier zum Teil etwas verteilt wurde, was nicht erarbeitet wurde.

Und das muß die Bevölkerung bezahlen! Man redet ihr natürlich ein, das zahle der Staat oder das zahlen andere, sagt aber nicht, daß es in Wirklichkeit darum geht, daß sich jeder das letzten Endes auf Umwegen selbst zahlt, entweder durch Steuern oder durch Tariferhöhungen oder auch durch die Inflation.

Gerade das, was gestern beschlossen worden ist, war ein gutes Beispiel (*Abg. Dr. Gruber: Ein schlechtes!*) oder, wenn Sie wollen, ein schlechtes Beispiel dafür – aber für meine Argumentation ist es ein gutes Beispiel –, daß man die breite Masse der Bevölkerung belastet und zur Kasse bittet. Jeder, gleichgültig, ob Fürsorgerentner, Ausgleichszulagenbezieher oder ein Reicher, wird beim Gebührengesetz zur Kasse gebeten, entweder gleich direkt oder indirekt.

So ist es auch bei einer ganzen Reihe von Abgaben. Sie brauchen sich ja nur den Prozentsatz der indirekten Abgaben bei unseren Staatseinnahmen anzuschauen und werden sofort sehen, in welchem Umfang – es geht ja auch gar nicht anders – dadurch die breite Masse belastet wird. Man möge aber dieser breiten Masse nicht einreden, welche Errungenschaften damit verbunden sind, denn man kann sich ja leicht ausrechnen, was auf den einzelnen wieder an Belastung von dem zurückfällt, was er vom Staate erhält.

Wir haben in der Presse mit Aufmerksamkeit die Kontroverse verfolgt, die sich zwischen dem Herrn Bundeskanzler und dem deutschen Bundeskanzler Dr. Schmidt bei der Sozialistischen

Internationale ergeben hat. Ich würde fast sagen: Man ist erinnert an ein altes chinesisches Sprichwort, das da sagt: Was angenehm ist, ist gewöhnlich nicht wahr, und was wahr ist, ist gewöhnlich nicht angenehm.

Ich glaube schon, daß Herr Bundeskanzler Schmidt bei dieser Kontroverse den der Wirklichkeit entsprechenden Standpunkt und Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky den angenehmen Standpunkt vertreten hat, der ungefähr im Sinne der derzeitigen Wirtschaftspolitik des österreichischen Staates liegt, die uns in diese Sackgasse geführt hat, mit diesen Budgetdefiziten, die ja – wie man sieht – nicht nur im Jahre der Rezession erforderlich sind, um diese zu bekämpfen, sondern auch im Jahr der erwarteten Konjunktur, die man sich für das Jahr 1977 erhofft, notwendig erscheinen.

Die heutige Tagesordnung betrifft die Obersten Organe, das Bundeskanzleramt und Äußeres. (*Präsident Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.*)

Ich möchte – wie mein Vorredner – zum Kapitel Äußeres nichts sagen, aber zu den anderen Punkten einige Bemerkungen machen:

Ich glaube, daß man zunächst einmal zum Kapitel Oberste Organe, zur Gesetzgebung selber, etwas sagen muß. Ich meine die Arbeitsmethode des Nationalrates.

Ich habe den Eindruck, daß die sprachliche Ausfeilung der Gesetze, daß die sorgfältige Textierung sehr viel zu wünschen übrig läßt.

Ich weiß schon, daß in der modernen Zeit sehr schwer etwas zu verwirklichen ist, was an sich die Voraussetzung jeder Gesetzgebung sein müßte: daß jedem Staatsbürger die Gesetze durch einfache Lektüre verständlich sind.

Das ist sehr schwierig bei Finanz-, Sozialgesetzen und dergleichen. Ich glaube aber, man muß es kritisieren, daß nicht einmal Bemühungen in dieser Richtung in entsprechendem Umfang angestellt werden.

Weil wir in diesen Tagen schon so viel vom Gebührengesetz gesprochen haben, möchte ich das als Beispiel anführen, um hier einen Gegensatz aufzuzeigen.

Dort wird jemand, der das Gesetz übertritt, mit einer Art Strafe belegt, ob er schuld daran ist oder nicht. Das ist ganz gleichgültig. Und jetzt schauen Sie sich die komplizierten Tatbestände dieses Gesetzes an und fragen Sie sich, ob es einen Staatsbürger gibt, der tatsächlich diesem gesetzlichen Erfordernis entsprechen kann, es sei denn, er ist ein Fachmann dieses Spezialgebietes!

Ich habe nur das als Beispiel genommen und

Dr. Broesigke

könnte eine ganze Anzahl von Beispielen bringen, wo es dem Staatsbürger einfach nicht zuzumuten ist, aus dem Gesetz heraus festzustellen, was Rechtes ist, während er auf der anderen Seite erhebliche Nachteile befürchten muß, weil ja die Fiktion gilt, daß Unkenntnis des Gesetzes nicht vor Strafe oder vor Nachteilen schützt.

Das ist nun etwas, wo man zweifellos gegensteuern könnte. Ich behaupte nicht, daß man solche Nachteile völlig beseitigen könnte, aber man kann zumindest dem entgegentreten, man kann es zurückdämmen.

Es zeigt die Erfahrung, daß in den einzelnen Ausschüssen des Parlaments völlig verschieden gearbeitet wird. Während etwa der Justizausschuß oder der Verfassungsausschuß bemüht ist, möglichst genau und sorgfältig die Gesetze zu bearbeiten, feiert der Finanz- und Budgetausschuß wahre Triumphe einer Husch-Pfusch-Arbeit, stellt unzählige Gesetze zusammen in einer Tagesordnung, sträubt sich gegen Unterausschüsse und erledigt komplizierteste Materien in verhältnismäßig wenigen Stunden.

Das Ergebnis ist dann zunächst als erstes, daß man durch Anträge, Zusatzanträge im Haus alles nachholen muß, was man vergessen hat, was man übersehen hat, was falsch war, daß sich später herausstellt, schon wenn die Fachliteratur das betreffende Gesetz behandelt, was für Ungereimtheiten sich darin befinden. Die Höchstgerichte werden oft überflüssig damit beschäftigt, und das Ganze nur darum, weil man sich nicht entschließt, entsprechend sorgfältig zu arbeiten.

Ich glaube, es wäre ein Anliegen nicht etwa einer Fraktion allein in diesem Haus, sondern um des Ansehens des Parlaments willen, daß hier eine Änderung eintritt, daß an Stelle dieser Überhups-Methode eine sorgfältigere Methode der Gesetzgebung Platz greift. (Abg. Peter: Dann muß sich aber der Finanzminister mehr Zeit nehmen für diese Materie! – Abg. Kern: Dafür hat er keine Zeit!)

Das ist natürlich auch eine Voraussetzung. Das würde voraussetzen, daß die Gesetzesvorhaben des Finanzministers früher ins Haus kämen – ich habe das Finanzressort nur als Beispiel genommen –, daß die Gesetze an sich schon, wenn sie ins Haus kommen, sorgfältiger ausgearbeitet sind und, wie gesagt, daß dann bei der Bearbeitung der Gesetze entsprechende Zeit aufgewendet wird, wie dies in anderen Bereichen auch der Fall ist. (Abg. Peter: Es könnte auch nicht schaden, wenn der Finanzminister bei der Generaldebatte seines Budgets da wäre! – Abg. Dr. Prader: Der muß ja Geld eintreiben!)

Ein Weiteres, das ich zur Sprache bringen möchte, ist eine gewisse Form der Argumentation, die an sich durchaus positive Begriffe zu Worthülsen macht und den Debatten im Hohen Haus etwas, ich will nicht sagen, Unwahrhaftiges, aber Unglaubliches gibt.

Da ist zum Beispiel die schon erwähnte Vollbeschäftigung. Als Ziel außer Streit, als Ziel gut und richtig, aber es kann nicht jeder jedes Anliegen mit der Vollbeschäftigung begründen. Das ist wirklich etwas, das das Argument und den Begriff abwertet und zerstört. Ich kann nicht sagen: Ob ich jetzt die Vermögensteuer und die Gebühren erhöhe oder ob ich, um die gestrigen Beispiele zu nehmen, das Prämiensparen kürze und beim Budget das oder jenes mache, das sei alles im Interesse der Vollbeschäftigung. Das ist als ständige Argumentation ein Abtöten und Entwerten eines an sich wesentlichen und wichtigen Begriffes, der dadurch langsam zu einer Leerformel wird. Und das könnte man bei einer ganzen Anzahl anderer Dinge genauso sagen.

Das dritte, was ich zum Thema Gesetzgebung sagen wollte, betrifft die Frage der Publikation der Gesetze. Wir haben bekanntlich in Österreich Gesetze aus zwei Jahrhunderten. Es gibt Bestimmungen aus der Zeit der Kaiserin Maria Theresia, die bei uns noch in Kraft sind.

Derselbe Zustand war in Nachbarländern wie der Bundesrepublik und der Schweiz. Diese haben nun etwas gemacht, was sehr nützlich ist, das ist die Rechtsbereinigung, die Feststellung jener Rechtsvorschriften, die gelten, und jener, die nicht mehr gelten.

Ich darf auch gleich ein konkretes Beispiel bringen. Bekanntlich hat Österreich Goldmünzen geprägt, und das erforderliche Gold wurde durch ein Bankenkonsortium aufgetrieben. Es ist die Frage entstanden, ob der Finanzminister die Goldbeschaffung hätte ausschreiben müssen. Darüber gibt es eine Verordnung aus dem Jahre 1909, aber niemand weiß, ob diese Verordnung noch gilt oder nicht. Schwierige wissenschaftliche Forschungen sind oft erforderlich, um festzustellen, was da eigentlich Rechtes ist.

Es bleibt der Vorwurf aufrecht, daß der Bundesminister für Finanzen diese Forschungen in seinem Ressort hätte anstellen sollen, bevor er zum Goldankauf geschritten ist beziehungsweise dieses Konsortium bestellt hat. Das Beispiel illustriert, daß es Vorschriften gibt, bei denen fraglich ist, ob sie noch gelten oder nicht, und wie notwendig es wäre, daß man zu einer solchen Rechtsbereinigung wie in anderen Staaten kommt.

Ich weiß schon, das ist etwas, womit man in der Öffentlichkeit nicht viel Propaganda machen

3590

Nationalrat XIV. GP – 38. Sitzung – 1. Dezember 1976

Dr. Broesigke

kann, es ist auch niemand, dem man sagen kann: Das kriegst du jetzt zusätzlich dazu, und es ist unser Verdienst, daß du das zusätzlich dazukriegst. – Aus diesem Grund sind solche an sich notwendige Dinge im Hintergrund. Ich würde aber meinen, daß das Bundeskanzleramt, das sich so vieler Sachen annimmt, doch hier einmal etwas tun könnte, umso mehr, als das immer wieder kritisierte und in vielen Dingen auch von mir kritisierte Bundesland Niederösterreich etwas Derartiges schon durchgeführt hat, wobei sich auch herausgestellt hat, daß die Regelung, die dort getroffen wurde, verfassungsrechtlich einwandfrei ist.

Um auch einmal etwas nicht Kritisches zu sagen, möchte ich in diesem Zusammenhang anmerken, daß unserer in den vergangenen Jahren immer wieder vorgetragenen Kritik bezüglich der Tätigkeit der Staatsdruckerei auf dem Gebiete des Verlagswesens, also vor allem der Gesetzesausgaben, entsprochen wurde und daß nun seit einiger Zeit eine bessere Ausstattung und eine bessere Verlagstätigkeit erfolgt.

Ein weiteres Problem zum Thema Oberste Organe, zum Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof. Ich weiß schon, daß ich jetzt wieder etwas bringe, was ich schon unzählige Male gebracht habe. Frau Kollegin Dr. Eypeltauer, glaube ich, hat das letztemal dazu gesagt, daß etwas dadurch, daß es oft vorgebracht wird, nicht an Berechtigung gewinnt. Ich würde es aber eher umdrehen und sagen, das, was berechtigt ist, muß man bei uns zumindest zehnmal vorbringen, bevor es überhaupt in Erwägung gezogen wird. *Quodlibet non probatur.*

Und weil das so ist, wieder zur Frage der Personalhoheit der Höchstgerichte. Ich darf wiederholen: Bezuglich der Personalhoheit der Höchstgerichte, Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof, lag eine Zusage des Herrn Bundeskanzlers vor, die im Zusammenhang mit dem Ministeriengesetz hätte verwirklicht werden sollen, aber nicht eingehalten wurde. Es ist ein Unding, wenn etwa der Verfassungsgerichtshof, der unter anderem auch Maßnahmen des Bundeskanzleramtes kontrollieren und feststellen soll, ob sie zu Recht bestehen oder nicht, personalmäßig demselben Bundeskanzleramt untersteht. Dasselbe gilt auch vom Verwaltungsgerichtshof.

Theoretisch könnten Verwaltungsstellen durch Wahrnehmung dieser Personalhoheit die Gerichtshöfe lahmlegen. Ich weiß schon, daß eine solche Gefahr derzeit nicht besteht. Aber auf der anderen Seite zeigt die abstrakte Möglichkeit, daß hier ein offenes Problem vorliegt. Wir haben damals im Zusammenhang mit den Beratungen über das Ministeriengesetz gehört, daß im selben Jahr, noch im Herbst, die

bis dahin sorgfältig überdachte Lösung gebracht werden würde. Es sind zwei Jahre vergangen, nichts ist geschehen auf diesem Gebiet, und die Rechtslage ist wie zuvor.

Ein weiteres Problem im Zusammenhang mit dem Bundeskanzleramt ist wohl der Österreichische Rundfunk. Ich glaube, es ist heute niemandem verborgen – ob er es zugeben will oder nicht, ist eine andere Frage –, daß die Rundfunkreform, die sogenannte Rundfunkreform, nicht die Ziele erreicht hat, die sie sich gesteckt hatte.

Wir können immer wieder feststellen, daß im Österreichischen Rundfunk Sendungen stattfinden, bezüglich deren man nicht geteilter Meinung sein kann – über solche Sendungen würde ich hier gar nicht reden –, die man vielmehr ziemlich einhellig verurteilen muß.

Wenn etwa zur Zeit der Auseinandersetzung mit Jugoslawien wegen der Minderheitenfrage der Österreichische Rundfunk eine Sendung fabriziert, die so „gut“ ist – unter Anführungszeichen –, daß sie vom jugoslawischen Rundfunk erworben und als Beweisstück für die eigenen Thesen in Jugoslawien gesendet wird, so glaube ich doch, daß da irgend etwas nicht stimmen muß. Ich rede von der Sendung „Fremde in der Heimat“..

Man könnte eine Reihe von weiteren Beispielen bringen, ich möchte aber nur eine einzige Sache noch vorbringen im Zusammenhang mit dem Rundfunk, und das ist das Problem der Diffamierung von Einzelpersonen.

Ich kann für mich in Anspruch nehmen, daß es nicht nur der jüngste Fall auf diesem Gebiet ist, sondern es gibt einen weit zurückliegenden eines mir völlig unbekannten Mannes, wobei ich darauf hingewiesen habe, daß es unmöglich ist, daß man im Fernsehen jemand vor x Sehern öffentlich angreift, ohne daß er die Möglichkeit hat, sich irgendwie zur Wehr zu setzen.

Meine Damen und Herren! Der Pranger ist in Österreich für überwiesene Übertreter des Strafgesetzes seit der Zeit des aufgeklärten Absolutismus abgeschafft. Er kann für unbescholtene Staatsbürger nicht auf diesem Weg wiedereingeführt werden. (*Beifall bei der FPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.*)

Wenn ich an die letzte Sendung denke, die vor wenigen Tagen stattgefunden hat, so will ich nicht auf die Causa an sich eingehen, weil die Causa an sich wird noch ausführlich die zuständigen Instanzen beschäftigen. (*Abg. Dr. Hauser: Herr Dr. Zilk wird immer unerträglicher, wenn man seine Sendungen sieht! Er ist kein Moderator! – Abg. Dr. Broda: Ich stehe zu meinen gestrigen Erklärungen, die ich in der*

Dr. Broesigke

gestrigen Fragestunde abgegeben habe zum Anlaßfall Scrinzi!)

Ja, Herr Justizminister! Ich wollte jetzt etwas anderes hinzufügen, was, glaube ich, im Zusammenhang mit einer solchen Debatte auch gesagt werden muß. (Abg. Dr. Broda: Das ist eine wirklich grundsätzliche Frage, mit der wir uns als Demokratie auseinandersetzen müssen!)

Wenn in einer solchen Diskussion, wie sie am 28. November stattgefunden hat, eine Auseinandersetzung stattfindet, bei der jemand als Abgeordneter betroffen ist, aber nicht im Rahmen seiner politischen Tätigkeit, sondern in einer privaten Frage, so ist es ungehörig, wenn der Diskussionsleiter sagt: Da san mir net im Parlament!, als ob das das Ärgste wäre, was es in Österreich gebe, und gleich selber mit der Immunität anfängt und dem Abgeordneten unterstellt, daß er sich auf die berufen wird. Es müßte ein Anliegen sämtlicher Mitglieder des Hohen Hauses sein, daß eine derartige Desavouierung in der Öffentlichkeit – da ist System dahinter – zu unterbleiben hat. (Beifall bei der FPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.)

Ich glaube daher, daß hier sehr viel geändert werden müßte, ich ziehe aber auch daraus die Schlußfolgerung – das gehört jetzt an sich nicht zum Kapital Oberste Organe, aber ich halte es trotzdem für notwendig, das festzustellen –, daß das neue Medienrecht, Herr Bundesminister für Justiz, eine sehr dringende Angelegenheit ist. (Abg. Dr. Broda: Daß das Justizministerium seine Pflicht und Schuldigkeit getan hat!)

Ich weiß sehr wohl, welche Schwierigkeiten sich hier ergeben, aber man muß sich doch vor Augen halten, daß eine ganze Reihe von Vorkommnissen – das von mir zitierte war nur ein Beispiel – zeigen, daß eine Neuordnung dringend notwendig ist, wenn es wirklich so ist, wie vielfach gesagt wird, daß die Publizistik die vierte Gewalt ist, und sie hat zweifellos heutzutage eine immense Bedeutung. Das doppelte Problem ist, daß auf der einen Seite die Freiheit der Publizistik, aber auf der anderen Seite auch der Schutz des einzelnen vor Diffamierung gewahrt sein muß. (Beifall bei der FPÖ.)

Lassen Sie mich abschließend noch etwas zu der geheimen Sprachenerhebung sagen, die ja ebenfalls zu diesem Kapitel gehört. Es ist keineswegs meine Absicht, zu den Resultaten irgendwie Stellung zu nehmen, sondern ich will nur bezüglich der Durchführung der Sache einige Bemerkungen machen.

Wir glauben, daß in der Öffentlichkeit nicht hinreichend Aufklärungsarbeit geleistet worden ist. Ich weiß, was alles gemacht wurde, die Inserate und dergleichen mehr, aber dessen

ungeachtet zeigt die an sich niedrige Beteiligung in den Bundesländern außerhalb Kärtens, daß hier doch nicht der Bevölkerung hinreichend gesagt worden ist, worum es geht.

Jeder von uns weiß, daß noch in den letzten Tagen zahlreiche Leute überhaupt nicht wußten, daß auch außerhalb Kärtens und des Burgenlandes eine Zählung stattfindet.

Tatsache ist, daß sich viele über die Bedeutung, den Grund und den Sinn des Ganzen nicht im klaren gewesen sind. Tatsache ist ferner, daß es in verschiedenen Fällen durch die Reduzierung der Zahl der Wahllokale – der Zählungslokale, muß man hier sagen – zu verschiedenen Schwierigkeiten gekommen ist. Das Ergebnis war dann eine entsprechend verhältnismäßig niedrige Beteiligung.

Es kam dann noch dazu, daß etwas mehr oder weniger unwidersprochen stattgefunden hat, dem entschieden widersprochen werden muß. Denn ob einem ein Gesetz nun paßt oder nicht, das ist eine Geschmacksache und eine Beurteilungsfrage, aber der Aufruf zur offenen Gesetzesverletzung kann von einem Staat, der halbwegs etwas auf sich hält, nicht toleriert werden. (Beifall bei der FPÖ.) Und ein solcher Aufruf hat bekanntlich stattgefunden, nicht nur von Privatpersonen, sondern auch, wie allgemein bekannt, von Körperschaften des öffentlichen Rechtes.

Hier ist die Grenze! Es war dies ein Beschuß des Hohen Hauses, ein einstimmiger Beschuß, der damals gefaßt wurde, und dieser Beschuß hat eine Pflicht konstituiert. Daher kann es niemandem eingeräumt werden zu sagen: Das Gesetz halten wir einfach nicht ein. Denn wenn einmal etwas Derartiges beginnt, wo wird es enden? Heute ist es die Frage einer Volkszählung, morgen kann es irgendein anderes Problem sein, wo plötzlich eine mehr oder minder große Gruppe zur offenen Mißachtung eines vom Nationalrat beschlossenen Gesetzes aufruft.

Wir glauben in diesem Zusammenhang auch, es geht nicht an, daß man die Verhinderung der Zählung in bestimmten Teilbereichen einfach zur Kenntnis nimmt und sagt: Es war halt nichts. Wenn in ganz Kärtens alle Wahlurnen weg gewesen wären, wäre es nach dieser Argumentation auch nichts gewesen.

Das, glauben wir, kann auf keinen Fall toleriert werden, und das Tolerieren findet auch nach unserer rechtlichen Überzeugung keine Stütze im Gesetz.

Ich rede jetzt nicht von der Frage der Bestrafung von Leuten, die etwas Derartiges machen, das ist ohnehin ein klarer Fall, sondern

3592

Nationalrat XIV. GP – 38. Sitzung – 1. Dezember 1976

Dr. Broesigke

von der Frage, ob man sich damit abfindet, daß eine vom Gesetzgeber angeordnete Maßnahme eben in einem bestimmten Teilbereich mißlungen ist, oder ob man nicht doch darüber nachdenkt, dem Willen des Gesetzgebers entsprechende Wirklichkeit zu verleihen.

Ich habe damit nur eine kleine Auslese aus den Problemen gegeben, die im Zusammenhang mit den Obersten Organen und dem Bundeskanzleramt zu erörtern wären. Es gäbe noch manches andere, aber ich möchte mich mit dem bescheiden und will die Ausführungen weiterer Punkte den anderen Rednern meiner Partei überlassen.

Wir Freiheitlichen werden den Kapiteln Oberste Organe und dem Kapitel Äußeres zustimmen.

Das Kapitel Bundeskanzleramt werden wir ablehnen, einmal aus der Erwägung, daß das Bundeskanzleramt, abgesehen vom Bundesministerium für Finanzen, in erster Linie einen Haushalt zu vertreten hat, den wir in seiner Konzeption und auch in Einzelheiten für verfehlt halten, andererseits gibt es aber auch eine ganze Reihe von zu kritisierenden Punkten, die uns eine Zustimmung zu diesem Kapitel unmöglich machen. (*Beifall bei der FPÖ*)

Präsident Minkowitsch: Ein Irrtum wurde soeben aufgeklärt: Die nächste Wortmeldung ist Dr. Lanner.

Abgeordneter Dr. Lanner (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nachdem diese Wortmeldung doch noch glücklich ist, möchte ich zunächst mit einigen Bemerkungen auf die Rede von Dr. Fischer eingehen.

Er hat damit begonnen, Dr. Busek und mich zitierend, zu sagen, wir hätten die Auffassung vertreten, daß man nicht überall nein sagen soll, sondern dort, wo es von der Sache her angebracht sei, auch eine positive Einstellung einnehmen sollte.

Herr Dr. Fischer, ich stehe zu diesem Zitat, im Gegensatz zum Herrn Bundeskanzler, der sich bei solchen Äußerungen immer versucht abzusetzen. Ich möchte Ihnen an einem Beispiel – ich könnte mehrere nennen – zeigen, daß wir das, was wir sagen, auch so meinen.

Wir haben Ihnen angeboten, in dieser verfahrenen Budgetsituation mitzuhelpfen, den Staatshaushalt zu sanieren; der Herr Finanzminister hat hochmütig abgelehnt. Wenn Sie in Ihrem Referat, von der politischen Vernunft sprechen, dann möchte ich Sie darauf hinweisen, es wäre politische Vernunft gewesen, dieses Angebot anzunehmen. (*Beifall bei der ÖVP*)

Herr Dr. Fischer streifte auch unsere Bemer-

kungen betreffend die Ausschußberatungen. Ich weiß nicht, was er letztlich wollte. Wollte er, daß man darüber nicht redet? Ich bin der Meinung, daß man über diese Dinge reden muß. Ich möchte Ihnen sagen: Wir werden uns nicht abhalten lassen, die Fehler dieser Regierung immer wieder und überall aufzuzeigen, auch in den Ausschußberatungen. (*Beifall bei der ÖVP*)

Herr Dr. Fischer, die entscheidende Frage war nicht dieses Wortmeldungsspiel, das Sie uns hier vorgemacht haben, die entscheidende Frage ist, daß wir mehr investieren müßten und weniger verschwenden sollten. Sie machen es genau umgekehrt. (*Zustimmung bei der ÖVP*)

Die Wähler wollen von uns nicht hören – so meinten Sie, mich zitierend und im ersten Teil auch richtig zitierend –, daß wir wieder stärkste Partei werden und die Regierung bilden wollen. Dann haben Sie Punkt gemacht. Aber der Satz geht weiter, und zwar: „Das wissen sie ohnehin.“ Sie sollten fairerweise ein Zitat zu Ende führen. Ich bekenne mich auch dazu, daß man von uns nicht nur wissen will, was wir zu manchen Dingen der Tagespolitik zu sagen haben, sondern daß man von uns auch Lösungen und Alternativen erwartet. Herr Dr. Fischer! Wir werden der Bevölkerung zeitgerecht, wenn wir es im Interesse der österreichischen Bevölkerung für richtig halten, unsere Alternativen vorlegen. (*Beifall bei der ÖVP*)

Eine letzte Bemerkung zu Ihrer Feststellung: zuviel Staat. Eine kritische Bemerkung, nur glaube ich, daß Sie selbst dabei sind, hier umzudenken. Ich entnehme das der jüngsten Ausgabe der Zeitschrift „Die Neue Gesellschaft“, denn da schreiben Sie auf Seite 797:

„Und wenn von konservativer Seite ‚zuviel Staat‘ als freiheitsbedrohend diagnostiziert wird, so darf man das sicher nicht auf die leichte Schulter nehmen.“ – Eine wahrlich richtige, aber späte Erkenntnis, Herr Dr. Fischer! (*Beifall bei der ÖVP*) Man sollte das nicht auf die leichte Schulter nehmen. Sie kommen jetzt langsam in unser Fahrwasser. Er hat etwas gedauert, aber es wird. Wir geben Ihnen hier durchaus eine Chance.

Was die Qualität Ihrer Rede anlangt, möchte ich nur darauf hinweisen, daß es zu dieser Rede zwei tatsächliche Berichtigungen gab. (*Abg. Dr. Fischer: Und beide falsch waren!*) Herr Dr. Fischer! Sollten sie falsch gewesen sein, dann bitte melden Sie sich nicht mit einem Zwischenruf, sondern haben Sie den Mut zu einer tatsächlichen Berichtigung. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Schranz*.) Eine Klarstellung gibt es nach der Geschäftsordnung, Herr Kollege Schranz, das wissen Sie. Das bitte zur Qualität der Rede insgesamt. (*Beifall bei der ÖVP*)

Dr. Lanner

Und nun zu einigen Punkten, die, glaube ich, ein Kernaufgaben von uns allen im Zusammenhang mit der Vollbeschäftigung, mit der Arbeitsplatzsicherung und mit der Geldwertstabilität in diesem Land sind. Herr Dr. Fischer! Sie haben von „einem Auge“ gesprochen. Ich habe manchmal das Gefühl, daß Sie, nämlich die Regierung, auf einem oder zwei Ohren taub sind. – Ich will keine persönlichen Attacken reiten; Sie sind noch jung; das meine ich nicht physisch, sondern symbolisch – Sie hören nicht mehr, was das Volk spricht!

Ich war in letzter Zeit sehr viel draußen in den Betrieben. Ich habe viel mit Arbeitern gesprochen, und es kam immer wieder die gleiche Fragestellung: Warum so viele Steuern? Wie geht das weiter? Warum wird alles täglich teurer, und warum schweigt denn der Gewerkschaftsbund? Warum hört man vom Gewerkschaftsbund nichts in diesem Zusammenhang? Muß der Gewerkschaftsbund – so fragt man mich – der Regierung die Mauer machen? Die arbeitenden Menschen sorgen sich.

Ich war in einem metallverarbeitenden Betrieb – ich möchte ihn nur stellvertretend für andere nennen – und habe mit dem Geschäftsführer gesprochen, wie der Absatz funktioniert. Man hat mir gesagt, sie müssen sich sehr anstrengen, insbesondere im Ausland, damit sie konkurrenzfähig sind. Ich dachte, ein metallverarbeitender Betrieb wird sicher die Rohprodukte von der VÖEST beziehen, und ich fragte: Wie sind Sie mit den Blechen der VÖEST zufrieden? – Wir beziehen sie nicht von der VÖEST, so sagte er. Ja warum nicht, fragte ich weiter, ist die Qualität nicht in Ordnung? – Die Qualität ist in Ordnung, aber im Preis ist sie nicht mehr konkurrenzfähig. Das, was der Herr Generaldirektor Geist in einem ORF-Interview vom 23. September 1976 gesagt hat: Wir produzieren in manchen Betrieben einfach zu teuer!, das muß uns doch Sorge machen, denn darunter leidet ja der Absatz, und wenn der Absatz nicht funktioniert, dann gefährden wir Arbeitsplätze; das wollen wir alle nicht. Hier steuern Sie einen ganz bedenklichen Weg. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Kürzlich schrieb „Die Welt“ – ich zitiere bewußt eine nichtösterreichische Zeitung – über den Fremdenverkehr, weil er aus Deutschland – daher kommt nun einmal unser Hauptkontinent – nachzulassen beginnt. Ich zitiere wörtlich „Die Welt“ vom 6. November 1976:

„Ein gegenüber der Mark künstlich hochmanipulierter Schillingkurs, eine Inflationsrate, die fast doppelt so groß ist wie in der Bundesrepublik, überhöhte staatliche Monopolpreise und eine rigorose Mehrfachbesteuerung ... erwecken in dem deutschen Gast den Eindruck, daß er

seinen gewohnten Lebensstil zu teuer erkaufen muß.“

Und wenn die Konsequenz aus diesem Eindruck die sein sollte, daß unsere deutschen Gäste immer weniger zu uns kommen, dann hätte das bedenkliche Auswirkungen auf die Arbeitsplatzsicherheit im Bereich der Fremdenverkehrswirtschaft; und das wollen wir nicht. Daher ist es notwendig, hier einmal eine Zäsur zu machen.

Ich darf einen dritten unverdächtigten Zeugen zitieren: das Institut für Wirtschaftsforschung. In der letzten Ausgabe des Monatsberichtes vom 29. November 1976 stellt man lapidar fest: Auslandsaufträge spürbar verringert, verschlechterte Auftragslage in einer Anzahl von Branchen, Defizit der Handelsbilanz, Fremdenverkehr rückläufig.

Und der Leiter des Instituts für Wirtschaftsforschung, Professor Seidel, stellt in einem Referat vor der Girozentrale fest, daß sich unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit verschlechtert hat.

Ja das hat doch, wenn es so weitergeht, Rückwirkungen auf die Sicherung der Arbeitsplätze. Wir sollten uns hier alle anstrengen, um solchen Entwicklungen Einhalt zu gebieten. Was machen Sie? – Sie heizen mit einer Belastungslawine die Inflation an. Sie verschlechtern dadurch noch einmal unsere Wettbewerbslage, und Sie gefährden dadurch letztlich Arbeitsplätze. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Und die Folgen, meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion, sehen wir. Ich zitiere einen sozialistischen Generaldirektor, Generaldirektor Koller, vom 3. November 1976 im „Mittagsjournal“. Er spricht im Hinblick auf diese Entwicklung von notwendigen Vorsichtsmaßnahmen und sagt dann, was er darunter versteht: absolute Aufnahmesperre. Was bedeutet das für einen Menschen, der Arbeit sucht? Absolute Aufnahmesperre in einem Großbetrieb wie der VÖEST. So Generaldirektor Koller. Rigorose Handhabung der Überstunden. Mit anderen Worten: keine Überstunden, wenn nicht zwingend notwendig. Das bedeutet einen erheblichen Einkommensverzicht für Tausende von Arbeitnehmern in einer Zeit, wo täglich und ständig alles teurer wird.

Der Herr Präsident des Gewerkschaftsbundes gibt vor einigen Tagen in der „Kronen-Zeitung“ ein Interview und meint – ich zitiere –: „Meiner Meinung nach wird die Arbeitslosenrate auch 1977 nicht über drei Prozent klettern.“

Was heißt denn das? Wir haben heute zwei Prozent. Heißt das, daß sich der Präsident des Gewerkschaftsbundes mit drei Prozent abfindet?

3594

-Nationalrat XIV. GP – 38. Sitzung – 1. Dezember 1976

Dr. Lanner

Ein Prozent bedeuten 27.000 Arbeitsplätze, 27.000 Familien, 27.000 Schicksale. Dazu haben wir eine andere Meinung: Wir kämpfen für jeden einzelnen Arbeitsplatz, für jedes Zehntel Prozent. Uns ist jeder einzelne Arbeiter und jeder einzelne Arbeitsplatz ein Herzensanliegen. (*Beifall bei der ÖVP.* – *Abg. Pansi:* Herr Kollege Dr. Lanner, es wird gut sein, wenn Sie das dem Wirtschaftsbund Ihrer Partei sagen!)

Aber innerhalb der Sozialistischen Partei herrscht gerade in dieser Frage – die Sozialistische Internationale in Genf hat es einmal mehr gezeigt – Ratlosigkeit. Der Bundeskanzler Schmidt meint – ich zitiere wörtlich –: Mit einer forcierten Politik der öffentlichen Ausgaben könne die Arbeitslosigkeit nicht überwunden werden. Und er meint dann weiter: Eine neue Sozialordnung und eine neue Wirtschaftsordnung könne es überhaupt nur geben, wenn wir in unseren eigenen Ländern – dort, wo nämlich die Sozialisten regieren – die Vollbeschäftigung und Geldwertstabilität herstellen. Und er warnt: „Ich warne auch vor den leichten Auswegen aus ideologischen Gründen.“

Bundeskanzler Kreisky, der auch bei der Sozialistischen Internationale war, gibt dazu seinen Kommentar ab – ich zitiere original aus der „Kronen-Zeitung“ (*Abg. Dr. Koren:* Das ist in diesem Fall wirklich „original“!); es ist bisher nicht berichtigt worden, daher nehme ich an, daß es stimmt –: „Ich bin praktisch bei fast allen Dingen, die er“ – Schmidt – „gesagt hat, 100prozentig anderer Meinung.“ Also 100prozentig anderer Meinung bedeutet das Gegenteil. Was das Gegenteil der Vollbeschäftigung ist, wissen wir. Das Gegenteil von Geldwertstabilität ist Inflation. Und daß der Bundeskanzler dieser Meinung ist, das spüren wir Österreicher täglich. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Darf ich Ihnen hier ein Zitat aus einer sehr ernstzunehmenden Zeitung, aus der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, vom 27. August 1976 vorlesen, wo sich Herr Professor Woll von der Gesamthochschule Siegen mit der Frage Vollbeschäftigung und Geldwertstabilität auseinandersetzt und folgendes festgestellt: „Eine große Gefahr für die Wirtschaftspolitik sind Illusionen ...“

Das ist Ihre Krankheit; Sie wissen das. Illusionen sind Ihre Krankheit: Den Leuten etwas vorgaukeln, den Leuten etwas erzählen, das dann nie kommt. Es ist eine Vision, nach der man ständig greift und die man nie in die Hand bekommt.

Ich zitiere weiter: „Zu den wichtigsten wissenschaftlich begründeten Lehren der Vergangenheit gehört: Die Arbeitslosigkeit ist in nichttotalitären Wirtschaftssystemen die unver-

meidliche Konsequenz einer vorangegangenen Inflation.“

Ein Originalzitat aus der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. Was machen aber Sie? Was machen Sie, Herr Bundeskanzler, zusammen mit dieser Regierung? – Sie heizen durch Ihre Regierungspolitik die Inflation an und gefährden dadurch letztlich die Arbeitsplätze. (*Zustimmung bei der ÖVP.* – *Abg. Dr. Fischer:* Kollege Lanner! Wann hat es mehr Arbeitslose gegeben – heute oder 1968?)

Herr Abgeordneter Dr. Fischer! Lenken Sie nicht ab! Horchen Sie in das Volk hinein. (*Ironische Heiterkeit bei der SPÖ.*) Horchen Sie in das Volk hinein. (*Abg. Dr. Fischer:* Wann hat es mehr gegeben?) Nehmen Sie endlich zur Kenntnis, daß es die Leute satt haben, daß täglich alles teurer wird und daß sie um ihren Arbeitsplatz bangen müssen und daß sie keine Lehrstelle bekommen und daß sie nicht wissen, wie diese Politik weitergeht und wo sie letztlich endet. (*Zustimmung bei der ÖVP.* – *Abg. Dr. Fischer:* Wann hat es mehr Arbeitslose gegeben?)

Wissen Sie, was die Leute sagen? – Die Leute fragen heute mehr denn je (*Abg. Dr. Fischer:* Aber Antwort wissen Sie keine auf die Frage! – Zwischenruf des *Abg. Pansi*): Warum ist die Regierung in den ersten Jahren ihrer Regierungstätigkeit mit unseren Steuermitteln so verschwenderisch umgegangen? Das fragen sich heute die Leute!

Sie fragen sich: Wie geht es weiter angesichts einer „Lanc-Lawine“? (*Abg. Dr. Fischer:* Wann hat es mehr Arbeitslose gegeben?) Wie geht es weiter bei der Bahn, bei der Post, beim Telephon? Es wird alles teurer! Heute im Hauptausschuß gab es ein einmaliges Novum: Die Sozialisten hielten es für richtig, gegen die Meinung aller übrigen Abgeordneten die nächsten Tariferhöhungen bei der Bahn nicht nur für den 1. Jänner 1977 (*Abg. Dr. Fischer:* Wer redet jetzt von etwas anderem?), sondern vorsorglich bereits auch für den 1. Februar 1978 und den 1. Jänner 1979 zu beschließen. Das ist keine Politik! Das, Herr Abgeordneter Fischer, ist keine Politik der Vernunft, an die Sie appelliert haben. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Zur „Lanc-Lawine“ kommt jetzt die „Androsch-Lawine“. Sie kennen sie: Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuer, der Mineralölsteuer, der Vermögensteuer sowie Rechts- und Stempelgebühren erhöhung. Dazu kommen der Abbau der Sparförderung, kommen höhere Zigarettenpreise und kommt eine höhere Mehrwertsteuer. Da Sie eine gewisse Rekordsucht haben, irgendwo an erster Stelle stehen zu wollen: Bei der Mehrwertsteuer ist es uns gelungen. Wir

Dr. Lanner

haben – mit geringen Ausnahmen – die europäische Spitze und die Weltspitze erreicht.

Ich habe kürzlich zu meiner großen Überraschung gesehen, daß die Preise für Logen des künftigen Opernballes mit acht Prozent Mehrwertsteuer belastet werden, so wie man das bei Nahrungsmitteln macht. Das ist eine gewisse Rücksichtnahme: Es gibt keine Freikarten mehr, so nimmt man wenigstens Rücksicht bei den Logenpreisen für „notleidende Opernballbesucher“. (*Bundeskanzler Dr. Kreisky: Wenn die ÖVP den Antrag stellt, können wir den Opernball ganz abschaffen!*) Herr Bundeskanzler! Ich habe nicht vom Abschaffen geredet. (*Bundeskanzler Dr. Kreisky: Wenn Sie es wollen!*) Führen wir diese österreichische Tradition weiter, aber belasten wir die Besucher mit den Kosten, die angebracht sind. (*Bundeskanzler Dr. Kreisky: Das tun wir!*) Nahrungsmittel und Logen des Opernballes braucht man bezüglich der Mehrwertsteuer nicht gleich behandeln. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Ich darf zum Schluß kommen und folgendes zusammenfassen:

Sichere Arbeitsplätze, Vollbeschäftigung und ein stabiler Geldwert sind für uns, sind für die Österreichische Volkspartei zentrale Anliegen. Die Volkspartei war daher auch bereit, der Regierung zu helfen und im Dienste aller Österreicher an der Sanierung des Staatshaushaltes mitzuwirken. Der Herr Finanzminister – und das, Herr Bundeskanzler, sollten Sie ihm sagen – hat das hochmütig abgelehnt. Das war falsch.

Wir halten einen sorgsamen Umgang mit unseren Steuergeldern für dringend notwendig. Hofmusik und Torten um 13.000 S sind in einer Zeit, in der Tausende um ihren Arbeitsplatz bangen, unangebracht. Das muß man sagen! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Mehr Spargesinnung, meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion! Mehr Spargesinnung und ein Verschwendungsstopp ist das, was wir in diesem Land brauchen würden. (*Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP. – Abg. Pansi: Und Sie tun das Gegenteil von dem, was Sie reden!*) Wenn man als österreichischer Steuerzahler feststellen muß, Herr Abgeordneter Pansi, daß von dieser Regierung bereits mit Steuergeldern die Ausschreitungen von Jusos bezahlt werden, wie das bei der Spanischen Botschaft der Fall war, dann stimmt etwas nicht. Das sollte man sagen. (*Zustimmung bei der ÖVP. – Widerspruch und Zwischenrufe bei der SPÖ. – Abg. Dr. Gruber: Der Staat hat es zahlen müssen!*) Der Staat hat es zahlen müssen. Falls Sie den Ministerratsvortrag nicht ken-

nen sollten: Ich habe ihn hier, Sie können das nachlesen.

Wir sind für eine aktive Unterstützung der Klein- und Mittelbetriebe in unserem Land. In diesen Klein- und Mittelbetrieben bis zu 50 Arbeitsplätzen finden über 1 Million – über 1 Million! – Menschen Arbeit, Brot und Stellung. Es waren vor allem diese Betriebe, die uns über die schwierigste Zeit, in die Sie uns hineinmanövriert haben, hinweggeholfen haben. Wir müssen eine aktive Politik zugunsten dieser Unternehmungen und der Sicherung ihrer Arbeitsplätze betreiben. Man sollte die Leute arbeiten und nicht nur Steuer zahlen lassen. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Wir halten es für dringend notwendig, daß wir in der Außenhandelspolitik aktiver, selbstbewußter und überzeugender auftreten. Das gilt insbesondere gegenüber der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, wo eklatante Mängel im Bereich der Landwirtschaft, im Bereich der Stahlindustrie und im Bereich der Papierindustrie vorherrschen. Auch hier geht es um Tausende und Zehntausende Arbeitsplätze. Man sollte nicht nur reisen, Herr Bundeskanzler, sondern mit Rückgrat reisen. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Eine Regierung, meine Damen und Herren, die ihrem Wesen nach eine leistungsfeindliche Politik betreibt, die immer noch mehr Zentralismus und Bürokratie bringt, ist einfach zu teuer. Sozialismus ist zu teuer. Daß Sozialismus zu teuer ist, merken heute auch schon die kleinen Leute in diesem Land. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Eine Umkehr, meine Damen und Herren, ist notwendig. Wir von der Österreichischen Volkspartei sind für eine rasche Sanierung der schwierigen Budgetsituation und haben unsere Mithilfe angeboten. Sie haben hochmütig abgelehnt! Wir sind für einen Verschwendungsstopp und verlangen, daß diese Mittel zur Sicherung von Arbeitsplätzen eingesetzt werden. Wir sind für eine aktive und selbstbewußte Exportpolitik, insbesondere gegenüber der EWG. Wir sind für Vollbeschäftigung und für Geldwertstabilität.

Weil wir für die Sicherung der Arbeitsplätze sind, lehnen wir dieses Budget ab. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Marsch. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Marsch (SPÖ): Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist Ihr gutes Recht, Herr Kollege Lanner, das Budget, das heute zur Debatte steht, zu kritisieren. Aber

3596

Nationalrat XIV. GP – 38. Sitzung – 1. Dezember 1976

Marsch

wenn Sie in den Mittelpunkt Ihrer Überlegungen die Frage der Arbeitsplatzsicherung gestellt haben, dann sind Sie heute eine Antwort schuldig geblieben: Warum stimmen Sie dann nicht zu, daß in jenem Fall – und wir haben heute die ernste Situation, daß wiederum ein Zustand, ähnlich dem vom Herbst des Vorjahres eintritt – der Staat dafür gerüstet ist? (Abg. Dr. Schwimmer: Wieso wissen Sie das von vornherein?) Dazu ist es doch notwendig, daß wir uns wieder diese Reserven schaffen, die wir gehabt haben und die wir, wie kein anderer Staat, erfolgreich für diese Arbeitsplatzsicherung eingesetzt haben. (Zustimmung bei der SPÖ. – Abg. Dr. Koren: Schulden als Reserven?) Haben Sie den Mut – wir wissen, es ist ein Budget harter Realitäten –, mit uns dann auch diese Konsequenzen zu ziehen. Dann wäre Ihr Angebot ehrlich gewesen. (Abg. Kammerhofer: Ihre einzige Konsequenz sind die Schulden!) Diese Konsequenz lautet: Genauso vorbereitet zu sein für ein anderes Mal. (Zustimmung bei der SPÖ. – Abg. Dr. Schwimmer: Löcherstopfen ist aber nicht Arbeitsplatzsicherung!)

Ich darf aber vorher noch auf eine andere Frage eingehen, die Sie hier hereingestellt haben, als Sie von den Demonstrationen vor der spanischen Botschaft gesprochen haben.

Herr Kollege Lanner! Ihnen stehen ja die Informationen genauso zur Verfügung wie mir, und Sie wissen, wie das damals war. Da hat es eine Demonstration gegeben, und dann hat es noch eine gegeben. Aber bei der, wo das geschehen ist, da waren doch nicht Leute dabei, die der SPÖ angehören. (Abg. Dr. Schwimmer: Ist der Konecny schon ausgeschlossen?) Aber das wissen Sie doch ganz genau, daß es zwei Demonstrationen gegeben hat, und so müssen sie die Sachen sehen, wie sie sind. (Abg. Dr. Schwimmer: War der Konecny in der Botschaft oder nicht?)

Damals, als der Vertreter der Jungen Generation, der Herr Konecny, dabei war, ist nichts zerstört worden. Das läßt sich ganz genau feststellen, und das wurde auch ganz genau untersucht. Meine Herren, nehmen Sie das zur Kenntnis. (Zustimmung bei der SPÖ. – Abg. Dr. Schwimmer: Das stimmt ja nicht! Dafür ist Schadenersatz bezahlt worden!)

Das war die zweite Demonstration. Es ist ein Schaden eingetreten, aber Sie können doch damit nicht Leute der Jungen Generation der SPÖ verbinden. Daß das vom Staat bezahlt wurde ist ja selbstverständlich, weil es eine völkerrechtliche Verpflichtung ist (Abg. Dr. Prader: Na net!), auch dann, wenn wir nicht wissen, wer es ist. Und bitte, das müssen Sie doch heute auch anerkennen. (Abg. Kraft: War

der Konecny drinnen oder nicht?) Jedenfalls halte ich fest . . . (Abg. Glasser: Wenn er nicht drinnen gewesen wäre, wäre er ja Abgeordneter geworden!)

Sie können jetzt alle mit Ihren Zeigefingern auf beiden Händen herzeigen, daran hat sich keiner seitens der Jungen Generation der SPÖ beteiligt. Meine Herren, das wissen Sie, daher können Sie es leicht zur Kenntnis nehmen. (Abg. Dr. Schwimmer: Der Konecny war eingeladener Guest in der Botschaft! – Abg. Dr. Bauer: Darüber werden wir noch reden!)

Heute stand die Frage der Arbeitsplatzsicherung im Vordergrund. (Abg. Kraft: War der Konecny drinnen oder nicht?) Und ich möchte, bevor ich darauf eingehe, noch zwei Fragen behandeln, Herr Kollege Lanner – weil Sie das auch erwähnt haben –, zu den Berichtigungen, die gegenüber der Rede des Herrn Abgeordneten Fischer abgegeben wurden.

Da steht zuerst der Herr Kollege Wiesinger auf. Ja wer hat denn behauptet, daß das im Jahre 1971 war? Der Herr Kollege Fischer hat gesagt, diese Anträge sind von Ihnen gebracht worden – und das können Sie in den stenographischen Protokollen nachlesen – in den Jahren 1971 bis 1974. Und in dieser Zeit war halt der Herr Kollege Wiesinger zum Schluß auch dabei. Münzen Sie das bitte nicht auf das Jahr 1971, wir können Ihnen ja die Anträge zeigen, und dann wissen Sie genau, wie es war.

Und bei der zweiten Berichtigung, zu der sich der Herr Kollege Kohlmaier gemeldet hat, steht ganz genau in der Budgetrede des Finanzministers auf Seite 39 folgendes: „Die Kriegsopferrente für Personen mit einer 50prozentigen Minderung der Erwerbsfähigkeit betrug am 1. Jänner 1970 1567 S. Sie wird am 1. Jänner 1977 3534 S betragen. Das ist eine Steigerung um 1967 S, das sind 126 Prozent und eine Verbesserung des Realeinkommens um 34 Prozent.“

Wir haben uns jetzt erkundigt bei den Herren im Sozialministerium. Sie bestätigen uns das, weil heute unter dem Begriff „Kriegsopferrente“, wie Sie alle wissen, verstanden wird, daß diese aus einer Grund- und aus einer Zusatzrente besteht. (Abg. Dr. Prader: Nein, das ist ja falsch!)

Aber natürlich, Herr Kollege Prader! Gerade Sie müssen das wissen, und Sie kennen auch die Begriffe, die man dafür verwendet. Das ist doch ganz klar. (Abg. Dr. Prader: Eben deshalb sage ich Ihnen ja das!) Dann hätten Sie sich ja damals beim Finanzminister melden können, als er diese Rede gehalten hat. Sie haben es nicht getan, weil Sie es genau wissen.

Marsch

Und heute nimmt der erste Redner der ÖVP, Kollege Taus, seine Wortmeldung zum Anlaß und spricht davon, daß das Einkaufen keine Freude mehr macht; am gleichen Tag, an dem durch die „Austria Presse Agentur“ eine Statistik veröffentlicht wird, die besagt, daß in 18 europäischen Haupt- und Millionenstädten eine Untersuchung angestellt wurde, die ergeben hat, daß man in Wien weitaus am besten und günstigsten auch heute einkaufen kann. Darin wird erwähnt, daß Wien an 17. Stelle rangiert, das heißt, um soviel billiger ist als alle anderen in dieser Statistik erwähnten Haupt- und Millionenstädte. Und das ist dann auch in allen Details bestätigt worden. Daß Sie sich gerade diesen Tag, Herr Kollege Taus, aussuchen, um das hier festzustellen! Diese Statistik widerspricht doch eindeutig.

Aber nun zu dem, was der Tenor des Budgets ist, das heute vorliegt, zur Frage der Arbeitsplatzsicherung.

Vor den Nationalratswahlen, also vor einem Jahr, hat die SPÖ den Österreicherinnen und Österreichern vorsprochen, alles in ihrer Kraft Stehende zu tun, um ein hohes Beschäftigungsniveau zu gewährleisten. Durch die Mobilisierung von Milliardenbeträgen für unsere Wirtschaft ist es dann gelungen, mehr als Hunderttausende Arbeitsplätze zu halten und Zehntausende neu zu schaffen. Und das in einer Zeit, zu der die weltwirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre keine geschichtliche Parallel kennt. Es gab auf einmal in Europa und im OECD-Bereich kein Wirtschaftswachstum mehr, und das Wirtschaftspotential der OECD-Staaten schrumpfte.

Die Rohstoff- und Nahrungsmittelpreise stiegen enorm, die Erdölkosten vervierfachten sich, die alte Weltwährungsordnung von Bretton Woods brach zusammen. Die Weltwirtschaft mußte in den beiden letzten Jahren die schwersten Rückschläge hinnehmen; es waren die schwersten Rückschläge seit den dreißiger Jahren.

Österreich konnte davon nicht unberührt bleiben. Aber wir gehören zu den Ländern, die mit allen Problemen am besten fertig geworden sind. Und auf diese Fakten konnte der Finanzminister in seiner Budgetrede mit Recht hinweisen.

Es ist eine Tatsache, daß der österreichische Schilling als eine der härtesten Währungen der Welt hervorgegangen ist. Es ist eine Tatsache, daß Österreich im Spitzensfeld der Wachstumsraten im Schnitt der Jahre 1974/75 lag und nur von Japan und Finnland übertrffen wurde. Und es ist eine Tatsache, daß Österreich zu den stabilsten Ländern auch hinsichtlich der Preise gehört. Es hat in den letzten Jahren nur in

Deutschland, in den USA und in Kanada niedrigere Preisraten gegeben.

Aber es ist auch eine Tatsache, daß sogar die Schweiz 1976 eine höhere Staatsverschuldung aufzuweisen hat als Österreich. Es war pro Kopf 1976 in den europäischen Ländern so, daß mit geringster Staatsverschuldung drei Länder stehen: nämlich Deutschland mit 14.560 S, die Schweiz mit 17.880 S und vorher noch Österreich mit 17.590 S.

Es ist auch eine Tatsache, meine Damen und Herren, daß die Arbeitslosenrate 1975 im Durchschnitt der OECD-Staaten auf 5,5 Prozent anstieg und in Österreich bei 2 Prozent liegt.

Eine so niedrige Arbeitslosenrate gab es in den Jahren 1965 bis 1969 in Österreich niemals. 1965 haben wir 2,7 Prozent im Schnitt gehabt, 1966 2,5 Prozent, 1967 2,7 Prozent, dann 2,9 Prozent und 1969 2,8 Prozent Arbeitslose. Ja sogar im kritischen Monat Februar des Jahres 1976, also heuer, hatte Österreich im Vergleich zum Jahre 1968 auch absolut um 50.000 Arbeitslose weniger als 1968 zur Zeit der ÖVP-Regierung und eine Viertelmillion Beschäftigte mehr.

Das sind Fakten der Vollbeschäftigungspolitik, das sind Erfolge, die jederzeit mit der Zeit früher verglichen werden können, als Sie die Verantwortung gehabt haben, und die ebenso mit allen Staaten im Rahmen des OECD-Raumes verglichen werden können.

Und die Prognose der ÖVP? – Es war jetzt vor einem Jahr, da ist der ÖVP-Obmann auch aufgestanden und hat gesagt, daß wir weit über die Hunderttausenderzahl an Arbeitslosen kommen werden. Wir sind darunter geblieben. Darauf können wir mit Stolz hinweisen! Man hat direkt den Eindruck gehabt, wenn man damals diese Reden gehört hat, Sie würden sich freuen in der ÖVP, wenn es zu dieser Überschreitung der Zahl 100.000 kommen würde. In der Tat ist aber das geschehen, was rechtzeitige Maßnahmen, wie wir sie gesetzt haben, eben erreichen konnten.

Es war unser Ziel, möglichst hohe Vollbeschäftigung und Sicherung des sozialen Friedens zu erreichen, weil sie Voraussetzungen für eine florierende Wirtschaft sind. Und das können wir nun seit sieben Jahren mit ruhigem Gewissen sagen.

Lassen Sie mich in dem Zusammenhang noch einen Vergleich bringen: Die Sicherung des sozialen Friedens zeigt sich auch im europäischen Vergleich der Streikziffern pro Beschäftigten im Jahr 1975.

Ja wie war denn das? In Frankreich hat man damals pro Beschäftigten 114 Minuten gestreikt, in Italien waren es im Vorjahr weit

3598

Nationalrat XIV. GP – 38. Sitzung – 1. Dezember 1976

Marsch

über 800 Minuten, und in Österreich war es nur eine einzige Minute. Das ist wohl ein deutlicher Beweis für den sozialen Frieden, der so groß ist wie nirgends in Europa!

All das zeigt uns, daß die Welt draußen nicht in Ordnung ist, daß das Problem der Vollbeschäftigung in den OECD-Staaten noch nicht gelöst ist, weil wir die Voraussetzungen dafür in den Industriestaaten nicht gemeinsam schaffen können, weil, wie es ein Delegierter vor einigen Tagen auf dem Kongreß der Sozialistischen Internationale sagte, die Industriestaaten die Konsequenzen im Verhältnis zu den Rohstoff- und Entwicklungsstaaten noch nicht ziehen können, weil es viel problematischer ist, dieses Nord-Süd-Verhältnis heute zu bewältigen, als es gestern noch war, das Verhältnis zwischen Ost und West in den Griff zu bekommen; diese Frage wird eben von den Industriestaaten noch nicht beherrscht, hat der Delegierte gesagt, aber das ist dringend notwendig, und dazu wird auch Österreich seinen Beitrag leisten.

Aber, meine Damen und Herren, ich möchte auf einen Bericht über die letzte Tagung des Wirtschaftspolitischen Komitees der OECD hinweisen, der vor einigen Tagen erschienen ist; das war am 23. November. Da hat man gesagt, daß die Arbeitslosenzahl im zweiten Halbjahr 1977 in den OECD-Staaten den Höchstwert vom Oktober 1975 sogar noch etwas übersteigen wird. Damals gab es im OECD-Bereich 15½ Millionen Arbeitslose; das sind doppelt soviel, als Österreich überhaupt Einwohner hat. Das ist alarmierend und zeigt, daß man in den OECD-Staaten noch lange nicht über dem Berg ist, denn dort gibt es jetzt eine Arbeitslosenrate von 5½ Prozent, und in Österreich liegen wir unter 2 Prozent!

Man sprach bei dieser OECD-Tagung am 23. November in Paris und – bitte, hören Sie jetzt gut zu – man sagte, „man solle sich an eine strukturelle Arbeitslosigkeit gewöhnen“. Aber ich möchte mit aller Deutlichkeit sagen, daß wir uns an eine solche Arbeitslosigkeit nicht gewöhnen werden! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist nicht nur eine ökonomische Aufgabe, sie ist für uns eine zutiefst menschliche, denn anhaltende Arbeitslosigkeit führt zu sozialen Spannungen. Wir haben ja die historische Erfahrung, daß anhaltende Arbeitslosigkeit zu politischen Auseinandersetzungen und schließlich auch zu politischen Umwälzungen führen kann. Davon hängt auch das Schicksal der Demokratie ab, die sich dann zu bewähren hat, wenn sie bedroht ist.

Die sozialdemokratische Bundesregierung und mit ihr die Fraktion hier im Hause wird daher nicht nur im Innern trachten, das hohe

Beschäftigungs niveau zu halten, sondern sie wird – soweit uns dies aus der österreichischen Position möglich ist – in allen internationalen Gremien darauf drängen, daß das Arbeitsplatzproblem auf der ganzen Welt so ernstgenommen wird wie bei uns in Österreich.

Und so haben die österreichischen Vertreter bei der OECD-Tagung gemeinsam mit Norwegen und Holland eindringlich darauf hingewiesen, welche Gefahren und welche sozialen und politischen Spannungen entstehen, sollten die Arbeitslosenzahlen weiter ansteigen. Dort haben sich die österreichischen Vertreter auch für eine mittlere Strategie ausgesprochen, und zwar in dem Ausmaß, daß die Höchstgrenze der Arbeitslosenrate 1975 nicht überschritten werden müsse.

Es ist heute unbestritten, und jeder, der ernstgenommen werden will, gibt zu, daß wir besser als alle anderen dastehen. Und das hat seinen Preis gehabt, weil zusätzliche Aufträge an die Wirtschaft und damit zusätzliche Maßnahmen zur Sicherung der Arbeitsplätze nur durch Kredite finanziert werden konnten, dies umso mehr, als mit diesen Krediten auch zusätzliche Werte, und zwar dauerhafte Werte, geschaffen wurden, die wiederum mehreren Generationen zur Verfügung stehen, ob das jetzt Investitionen im Straßenbau, auf dem Energie sektor oder auf dem Gesundheitssektor sind, und daher ist es auch gar nicht einzusehen, daß die Finanzierungskosten nicht ebenso auf mehrere Generationen verteilt werden sollten.

Aber verantwortliche Politik im Sinne der Arbeitsplatzsicherung ist es auch, daß wir jetzt in einer Phase wirtschaftlicher Erholung bereits wieder darangehen, die aufgenommene Hypothek abzubauen, damit wir bei einem eventuellen neuerlichen Konjunkturteinbruch ebenso energisch und ebenso erfolgreich eine möglichst hohe Vollbeschäftigung sichern können. Das ist für uns nach wie vor Thema Nummer 1! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Wer kritisiert, daß wir diese Kredite aufgenommen haben, wer jetzt dagegen ist, daß wir diese auf uns genommene Hypothek wieder abbauen, und die Forderung nach Steuersenkung zur jetzigen Zeitpunkt stellt, der muß sich auch den Vorwurf gefallen lassen, meine Herren von der ÖVP, daß er es mit der Arbeitsplatzsicherung nicht so ernst nehme! Daher werden wir den Leuten immer wieder die Doppelstrategie der ÖVP aufzeigen. Die ÖVP ist gegen Kredite, will jetzt eine Steuersenkung und ist gegen die Budgetvorsorge durch Gebühren gesetz- und Vermögensteuergesetzänderung, ist gegen sparsame Budgetpolitik, weil Sie ja immer mehr haben wollen, als gegeben werden kann.

Marsch

Meine Herren von der ÖVP! Sie wollen vieles streichen und wenig zahlen! Aber das ist keine Budgetpolitik, und die Leute verstehen uns schon, weil man nicht einen Kuchen backen kann, der nur aus Rosinen besteht.

Wenn man das alles macht, was die ÖVP will, dann heißt das ja, daß es keine Möglichkeiten mehr gäbe, Aufträge an die Wirtschaft zu geben, die sozialen Leistungen auszubauen oder seinen sicherheits- und bildungspolitischen Verpflichtungen nachzukommen. Und da können wir nicht mit, und da hat auch die österreichische Bevölkerung absolut kein Verständnis.

So kann man heute die Wirtschaftspolitik der SPÖ-Regierung nach diesem vorsichtig gehaltenen Budget beurteilen. Wir halten der ÖVP entgegen, daß man die Wirtschaftserfolge der Bundesregierung nach den Ergebnissen im Ausland beurteilen muß, und da kommen wir weit besser weg. Man sage uns nicht, wenn es Erfolge gibt, so habe das die „Wirtschaft“ gemacht, und für Mißerfolge sei die Regierung verantwortlich. Diese Arbeitsteilung akzeptieren wir nicht, aber wir bekennen uns zur Verantwortung, und wenn Sie von der ÖVP zu uns sagen, man müsse die Zeche bezahlen, so sagen wir dazu: Jawohl, wir müssen die Zeche bezahlen, weil wir den Tisch mit der Vollbeschäftigung gedeckt haben (*Beifall bei der SPÖ*) und möglichst bald wieder in der Lage sein wollen, wenn nötig Maßnahmen für die Erhaltung eines möglichst hohen Beschäftigungsniveaus zu treffen.

Wir wissen, daß die Zeiten ernst sind, daher kann dieses Budget kein populäres sein, sondern ein Budget der harten Realität. Unsere Politik war deswegen so erfolgreich, weil wir die Maßnahmen rechtzeitig gesetzt haben. Dafür wollen wir weiterarbeiten im Dienste Österreichs und seiner fleißigen Bevölkerung. (*Beifall bei der SPÖ*)

Präsident Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Peter. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Peter (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zuerst möchte ich auf die Ausführungen des Klubobmannes Dr. Fischer zur Neuordnung und Straffung der Budgetdebatte eingehen.

Ich teile wie er die Ansicht, daß es uns gelingen möge, in dieser Budgetdebatte neue Akzente zu setzen. Die Budgetdebatte möge so verlaufen, daß die Drei-Parteien-Einigung durch den Verlauf der Budgetdebatte bestätigt wird.

Wir haben heute vorgesehen, die Haushaltsguppen Oberste Organe, Bundeskanzleramt

und Äußeres – unter Beibehaltung der bisherigen Tradition, Gepflogenheit und Gewohnheit, bei diesem Anlaß eine Generaldebatte durchzuführen – zu behandeln.

Ich beklage zutiefst, daß der für das Budget verantwortliche Bundesminister für Finanzen Dr. Androsch an dieser Generaldebatte nicht teilnimmt. Daher bin ich genötigt, jene Kritik an die Adresse des Herrn Bundesministers für Finanzen und Vizekanzlers Dr. Androsch zu richten, die ich anläßlich seiner Abwesenheit bei der Bestellung zum Vizekanzler anläßlich der Regierungsumbildung von diesem Platze aus geäußert habe.

Bitte mir aus der Sicht der Regierungsfraktion nicht ungehalten zu sein, wenn ich damit in meiner bisherigen Auffassung bestätigt werde, daß der Herr Bundesminister für Finanzen und neue Vizekanzler der sozialistischen Alleinregierung so etwas wie ein gestörtes Verhältnis zum Parlament hat. Denn bei der Generaldebatte zum Budget heute nicht anwesend zu sein, ist mehr als eine belanglose Unachtsamkeit.

Wenn ich davon ausgehe, daß die beiden Generalredner der Oppositionsparteien, Dr. Taus und Dr. Broesigke, Wesentliches und Substantielles zum Bundesfinanzgesetz 1977 zu sagen hatten, dann wär's zumindest ein Akt der Kollegialität und der Courtoisie gewesen, wenn sich der Bundesminister für Finanzen der Mühe unterzogen hätte, bei dieser Debatte anwesend zu sein. (*Abg. Dr. Prader: Dem ist ganz wurscht, was wir sagen!*) Ja, und unter diesem Eindruck, Herr Dr. Prader, stehe ich, daß dem Bundesminister für Finanzen gleichgültig ist, was die Oppositionsparteien zu sagen haben, ob es sachlich begründet ist oder nicht.

Dr. Androsch möge dann aber bitte nicht den Oppositionsparteien den Vorwurf machen, wenn da und dort Akzente aufleuchten, die vielleicht sogar aus der Sicht der Oppositionsparteien nicht beabsichtigt waren.

Herr Bundeskanzler! Ich komme auf das zurück, was ich bei der Abwesenheit des neuen Vizekanzlers anläßlich der Regierungsumbildung und damit bei seiner Bestellung in dieses hohe Amt gesagt habe. Sie zeichneten damals Herrn Dr. Androsch als einen der Jungen in Ihrem Kabinett dadurch aus, daß Sie ihn zum Vizekanzler bestellten. Gerade dieser Auszeichnung sollte sich der Repräsentant der jungen Generation im Kabinett auch entsprechend erweisen; ich verwende das Wort „würdig“ mit Absicht nicht.

Ich hingegen bin in meinem Eindruck bestätigt, daß er dem Parlament mit einer gewissen Arroganz, mit einer gewissen Überheblichkeit und zum Teil – wie es heute der Fall

3600

Nationalrat XIV. GP – 38. Sitzung – 1. Dezember 1976

Peter

ist – mit einer entsprechenden Ignoranz begegnet.

Es ist sein Budget, es ist sein Bundesfinanzgesetz mit all den Problemen, die er in diesem Bundesfinanzgesetz 1977 geschaffen hat. Und es sind jene Bürden, die der Herr Finanzminister und Vizekanzler Dr. Androsch der Familie Österreicher von gestern weg auferlegt hat und unter denen sie hart zu tragen haben wird.

Ich kann dem Herrn Bundesminister für Finanzen nur empfehlen, sich der Mühe zu unterziehen und in diesen Tagen mit der Straßenbahn zu fahren. Was mir gestern von Fahrgästen und nicht zuletzt von überzeugten sozialistischen Wiener Straßenbahnern zu dem gesagt wurde, was gestern im Rahmen des Gebühren gesetzes an Belastung der Familie Österreicher mit den Stimmen der Sozialisten gegen die Stimmen der Österreichischen Volkspartei und der Freiheitlichen Partei beschlossen wurde, das sollten sich bitte sozialistische Spitzenfunktionäre und sozialistische Regierungsmitglieder anhören. (*Beifall bei der FPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.*) Das sind Argumente, die man von sozialistischer Seite nicht mit einer Handbewegung abtun kann. Das sind Argumente, die aus dem sozialistischen Kernkreis kommen. Aus dem Kreis jener Sozialisten, die dieser Partei Jahrzehnte hindurch die Treue gehalten haben.

Und, meine Damen und Herren der sozialistischen Fraktion, wenn wir Sie auf diesen Stimmungsumschwung und auf diese Stimmungstendenzen in der österreichischen Öffentlichkeit bis tief hinein ins sozialistische Lager aufmerksam machen, dann hat das mit Demagogie und Opportunismus nicht das geringste zu tun. Dann sind das wahre und echte besorgte Stimmen über die verfehlte Politik, welche diese sozialistische Alleinregierung bedenkenlos betreibt. Kritik, die aus ihrem angestammten und gewachsenen sozialistischen Lager kommt.

Herr Präsident! Darf ich zur Reihenfolge der Wortmeldung bei den einzelnen Budgetkapiteln Stellung nehmen, weil es vorhin ein kleines Mißverständnis gegeben hat. Ich glaube, daß ich die Drei-Parteien-Einigung in der Präsidialsitzung richtig interpretiere, wenn ich der Ansicht bin, daß bei jenen Budgetkapiteln, bei denen eine Oppositionspartei pro stimmt, die Reihenfolge der Wortmeldung im bisherigen Dreier-Radl erfolgt. Da die Freiheitliche Fraktion heute Äußeres, morgen das Kapitel Justiz annimmt und am Dienstag, den 14. Dezember, Wissenschaft und Forschung annimmt, bin ich der Meinung, daß an diesen drei Tagen die Reihenfolge der Wortmeldung – wie aufgezeigt – erfolgen soll und wird. Sollte es ein Mißverständnis meinerseits geben, dann würde

ich um einen Kontakt innerhalb der drei Fraktionen bitten.

Meine Damen und Herren! Nicht nur vor uns, den Parlamentariern und den freigewählten Volksvertretern, sondern vor der gesamten österreichischen Öffentlichkeit steht nunmehr das Ergebnis der Politik der sozialistischen Alleinregierung zu Buch. Das Ergebnis ist das Hereinbrechen einer Steuer-, Gebühren- und Schuldenlawine über Österreichs Bevölkerung.

Das, was gestern beim Gebühren gesetz mit den Stimmen der Sozialisten gegen die Stimmen der Österreichischen Volkspartei und der Freiheitlichen Partei beschlossen wurde, charakterisieren die „Oberösterreichischen Nachrichten“ mit folgender Überschrift:

Neuer Schröpfrekord! In 24 Stunden haben die Sozialisten Beschlüsse gefaßt, mit deren Hilfe der Familie Österreicher 10 Milliarden Schilling aus der Tasche, und zwar 10 Milliarden Schilling zusätzlich, aus der Tasche gezogen werden.

Ich werfe der Regierung vor, daß sie gerade beim Gebühren gesetz, das gestern beschlossen wurde, bedenkenlos zu Werke gegangen ist. Wenn eine Stempelgebühr, die bisher 15 S betragen hat, nunmehr auf 70 S angehoben wird, dann ist meines Erachtens der Vorwurf einer bedenkenlosen Vorgangsweise gerechtfertigt.

Wenn Beilagen, die bisher mit 3,80 S zu stempeln waren, nunmehr auf 20 S angehoben werden, dann ist das Bedenkenlosigkeit bei der Herbeiführung solcher Zustände mit den Stimmen der Sozialistischen Partei.

Mich würde es nicht wundern, wenn die Bundesregierung im Ministerrat bei der Beratung und Beschußfassung der Regierungsvorlage über das Gebühren gesetz so verfahren wäre, wie die sozialistische Mehrheit im Finanz- und Budgetausschuß damit verfahren ist.

Es hat den Anschein, daß man sich im Ministerrat nicht eingehend genug mit den Konsequenzen dieses Gesetzes für alle betroffenen Bürger unseres Landes auseinandergesetzt hat. Daher halten wir Freiheitlichen mit allem Nachdruck den Vorwurf der bedenkenlosen Vorgangsweise bei der Belastung aus dem Gebühren gesetz gegenüber der sozialistischen Mehrheit und der Bundesregierung aufrecht.

Ich stelle nicht in Abrede, daß die sozialistische Alleinregierung das Instrumentarium der politischen Psychologie gut beherrscht. Die sozialistische Alleinregierung vermag sich in der Kunst zu entfalten, bittere Pillen für die Österreicher zu versüßen. Das ging bis jetzt einigermaßen gut für die SPÖ. Aber nun hilft auch die politische Psychologie nicht mehr, um

Peter

die Fehlentscheidungen und die bedenkenlosen Entscheidungen dieser Regierung zu verbergen.

Einen Grundsatz, der in der Finanzpolitik gewachsen ist, läßt Dr. Androsch außer acht, er lautet: Man sollte mehr von den Steuern und mehr aus den Steuern und weniger von den Steuerzahlern verlangen. Die Politik des Herrn Dr. Androsch gipfelt darin, daß er von den Steuerzahlern alles, darunter das Weiße aus dem Auge, verlangt, während er dann andererseits mit den Steuergeldern und aus den Steuergeldern der Steuerzahler nicht das Optimale, geschweige denn das Maximale herauhtolt.

Ich will heute auf die schon vielmals dargelegten Beispiele, wie Steuergelder in Millionen- und Milliardenbeträgen in Österreich von dieser Regierung nicht optimal eingesetzt werden, nicht näher eingehen. Ich erinnere vielmehr an all das, was trotz dieses hohen Steueraufwandes, was trotz dieses großen sozialistischen Steuerdruckes und damit der hohen Eingänge aus dieser Finanzpolitik nach wie vor ungelöst geblieben ist.

Die Problematik der Armen in unserem Land wird immer wieder strapaziert. Von welchem Standpunkt man es auch beleuchtet, eines ist offen: Die Rentenbereiche der unteren Einkommenskategorien sind nach wie vor, auch nach siebenjähriger sozialistischer Machtausübung, unterentwickelt.

Nach sieben Jahren sozialistischer Regierung ist das System unserer Sozialversicherung, das bis in die letzten Jahre herein funktioniert hat, in Frage gestellt. Das System dieser Sozialversicherung erscheint auf weite Sicht gesehen unter den derzeitigen Gegebenheiten nicht mehr finanzierbar. Finanzierbar wird es nur dann sein, wenn die Bundesregierung den Versicherten neue Lasten und neue Bürden auferlegt. Wir Freiheitlichen meinen, daß das unter allen Umständen hintangehalten werden muß.

Menschliche Probleme sind offen: Der Vereinigung der alten Menschen ist die Bundesregierung nicht entscheidend genug zu Leibe gerückt.

In welch desolatem Zustand sich das Gesundheitswesen befindet, ist uns im Nationalrat in den letzten Wochen vor Augen geführt worden.

Das Dilemma der Österreichischen Bundesbahnen und des Massenverkehrs hat heute in der Früh im Hauptausschuß des Nationalrates einen entsprechenden Niederschlag gefunden. Einen Niederschlag dahin gehend, daß nunmehr eine Tariferhöhung im Ausmaß von rund 34 Prozent innerhalb von drei Jahren in drei Jahresstufen von der sozialistischen Mehrheit beschlossen wurde.

Es ist heute in der Früh im Hauptausschuß auch vom Klubobmann der Österreichischen Volkspartei die bedenkliche Vorgangsweise der sozialistischen Mehrheit bei diesen Tariferhöhungen im Bereich der Bundesbahnen aufgezeigt worden. Mit diesem Besluß der sozialistischen Mehrheit wurden dem Verkehrsminister Ermächtigungen für weitere Jahre erteilt, nämlich für die zweite und dritte Etappe. Gerade diese Ermächtigungen sind verfassungsrechtlich bedenklich. Wir werfen daher auch in diesem Zusammenhang aus der Sicht der Freiheitlichen Partei der Bundesregierung bedenkenlose Vorgangsweise vor.

Trotz dieser Tarif- und Gebührenerhöhungen im Ausmaß von 34 Prozent im Bereich der Bundesbahnen innerhalb der nächsten drei Jahre wird es dem Verkehrsminister nicht möglich sein, die offenen und anstehenden Probleme des Massenverkehrs zu lösen.

Die Strukturprobleme der Schwerindustrie sind nach sieben Jahren sozialistischer Mehrheitsregierung genauso offen wie die Förderung von Klein- und Mittelbetrieben im privatwirtschaftlichen Bereich.

Es ist eine Realität, daß die Landwirtschaft nach wie vor zu den Stiefkindern der sozialistischen Regierung zählt, und

es ist ebenso eine betrübliche Realität, daß die offenen Probleme des Bundesheeres und der Landesverteidigung auch im Bundesfinanzgesetz 1977 keine entscheidende Verbesserung erfahren.

Und so ließe sich der Katalog der offenen Probleme nach sieben Jahren sozialistischer Machtausübung noch beliebig verlängern, ergänzen und erweitern.

Aber mein Vorredner, der Abgeordnete Marsch, hat es vorgezogen, nicht von den offenen Problemen zu reden, sondern er sprach davon, daß die Welt draußen nicht in Ordnung sei.

Ich kann ihm beipflichten, daß die Welt um uns heute da und dort in Unordnung geraten ist und daß „in der Welt draußen“ – unter Anführungszeichen – viele Probleme offen sind. Aber wenn der Abgeordnete Marsch glaubt, daß die Welt da herinnen, in Österreich, unter einer sozialistischen Mehrheitsregierung so heil und so in Ordnung sei, wie er es dargestellt hat, dann, meine Damen und Herren, ist das meines Erachtens nach auch ein grundsätzlicher Irrtum.

Es ist falsch, Herr Bundeskanzler, daß alle Ihre Regierungsmitglieder und die Abgeordneten, die Sie von der sozialistischen Abgeordnetenbank her unterstützen, so tun, als ob alles in Ordnung wäre. Wir sollten uns sachlich vor

3602

Nationalrat XIV. GP – 38. Sitzung – 1. Dezember 1976

Peter

allem mit jenen Problemen bei der Budgetdebatte auseinandersetzen, die ungelöst sind, und somit mit dem auseinandersetzen, was nicht in Ordnung ist.

Und völlig in Unordnung ist eines im Kabinett Kreisky III. Im Kabinett Kreisky III fehlt der Mut zu notwendigen Maßnahmen, die manchmal unpopulär sein können. Aber wenn man soviel Macht hat, Herr Bundeskanzler, wie Sie, wenn man mit der absoluten Mehrheit von 93 Mandataten ausgestattet ist, dann darf man nicht nur die angenehmen Seiten dieser Macht in Anspruch nehmen, dann müßte man meines Erachtens mehr Mut, als bisher bekundet wurde, auch zu den unpopulären Maßnahmen dort haben, wo eben die unpopulären Maßnahmen aus sozialistischer Sicht, Herr Klubobmann Fischer, nicht notwendig erscheinen. Und hier, meinen wir Freiheitlichen, liegen offene Probleme vor.

Es liegt mir fern, Herr Bundeskanzler, im Bereich der verstaatlichten Unternehmungen eine polemische Debatte entfesseln zu wollen. Mich bewegen nur die dort offenen Probleme. Ich meine, daß es heute im Bereich der verstaatlichten Industrie Österreichs ungeheuer schwierige und schwer zu lösende Probleme gibt und daß die Bundesregierung hier einen Standpunkt einnimmt, den ich nicht verstehen kann.

Immer wieder hört man aus Ihrem Mund, Herr Bundeskanzler: Für die Lösung dieser Probleme sind die Vorstände der Unternehmen verantwortlich. Hier wälzen Sie, Herr Bundeskanzler, zu sehr die Verantwortung auf die Vorstände ab.

Denn Sie müßten berücksichtigen, daß die Vorstände der verstaatlichten Unternehmungen in den letzten Jahren gerade für die Politik dieser sozialistischen Bundesregierung eine Ausfallhaftung ungeheuren Ausmaßes dahin gehend übernommen haben, daß die Vorstände der Unternehmen jene Erträge und Gewinne, die sie mit ihren Betrieben erarbeitet haben, in den Dienst Ihrer sozialistischen Politik eingesetzt haben, um die Arbeitsplätze zu sichern und zu erhalten. (Abg. Marsch: Das ist ja keine Schande, Herr Kollege Peter!)

Darum geht es auch nicht. Ich kritisiere das nicht, ich stelle das fest (Abg. Marsch: Und wir sind stolz darauf!), ich sage nicht, daß es falsch war. Aber daß diese Gewinne verbraucht sind, daß die . . . (Abg. Marsch: Diese Reserven sind von diesen Arbeitern überhaupt geschaffen worden!) Ich bin ja kein Trottel, um das nicht zu verstehen, Herr Kollege Marsch! (Heiterkeit. – Abg. Marsch: Warum sagen Sie denn das dann?)

Natürlich sind Gewinne und Erträge vorhanden,

den, weil eine hochentwickelte Technologie, ungeheuerer Geistesreichtum der in den verstaatlichten Unternehmungen tätigen Juristen, Ingenieure, Techniker, Kaufleute sowie Arbeiter und Angestellte mit einem Arbeitsethos sondergleichen diese Gewinne und Erträge erarbeitet haben.

Nur meinte ich, daß wir uns über das wirtschaftspolitische ABC nicht unbedingt im Parlament unterhalten müssen. Aber wenn Sie es wollen, ergänze ich meine Ausführungen auch in diese Richtung.

Nun sind aber die Dinge einmal so, daß die Leistungen der verstaatlichten Betriebe zur Sicherung der Arbeitsplätze den Plafond erreicht haben. Die Reserven sind verbraucht. Jetzt fehlt meines Erachtens eines: daß die Bundesregierung ihr Konzept dafür entwickelt, wie die schwierige Situation der verstaatlichten Unternehmungen Österreichs verbessert werden soll. Dieses Konzept bitte ich dem Parlament zur Kenntnis zu bringen. Da verlangt meines Erachtens das Parlament nicht zuviel.

Ich stelle Untätigkeit der Bundesregierung, des kompetenten Bundeskanzlers und der ÖIAG dort fest, wo in den verstaatlichten Unternehmungen nach dem Rechten gesehen werden müßte. Es gibt Vorstände, die nicht in Ordnung sind. Es gibt in der Mehrzahl Vorstände, die ausgezeichnet und in Ordnung sind.

Aber wenn es einen Vorstand gibt, wo eben 600 Millionen Verlust zur Diskussion stehen, dann kann man nicht zuwarten, muß man Lösungen finden und muß meines Erachtens rasch notwendige personelle Entscheidungen treffen. Denn auf der einen Seite weiß man überhaupt nicht, ob die Vollbeschäftigung erhalten werden kann, und auf der anderen Seite ist in dem einen oder anderem Betrieb eine sinnvolle Weiterentwicklung unter erschwerten Wettbewerbsbedingungen nicht gewährleistet.

Meiner Meinung nach, Herr Bundeskanzler, sind die Vorstände verschiedener verstaatlichter Unternehmungen auch zu groß. Meines Erachtens gehören verschiedene Vorstände rationalisiert. Sie gehören gestrafft und in Einzelfällen personell besser besetzt. Wir haben hier nie eine demagogische Haltung als freiheitliche Fraktion eingenommen, sondern waren immer zu Gesprächen und zur Mitwirkung an positiven Lösungen bereit.

Aber wenn die Zeitungen davon berichten, daß in einem verstaatlichten Betrieb durch den Vorstand und seine Unternehmenspolitik das halbe Aktienkapital verlorengegangen ist, dann kann meiner Ansicht nach der Bundeskanzler der Republik nicht mehr schweigen, sondern

Peter

muß handeln! Auf dieses Handeln, Herr Bundeskanzler, warten wir Freiheitlichen.

Ich habe bei der ersten Lesung des Budgets dem Bundesminister für Finanzen vor Augen zu führen versucht, wie unsicher die Konjunkturholung ist und wie wenig signifikante Merkmale ein Konjunkturanstieg bis jetzt aufzuweisen vermag. Seit der damaligen Debatte und Auseinandersetzung sind meines Erachtens die offenen Probleme nicht größer geworden. Der Pessimismus in der Bundesrepublik Deutschland nimmt zu.

Eine weitere Schlagzeile sagt: Die Stahlindustrie kann nicht frohlocken.

Seit September, heißt es in einem anderen Blatt, kriselt es in den Auftragsbereichen der Stahlindustrie.

Die Stahlindustrie ist von einem unerwarteten Zwischentief heimgesucht. –

Die allgemeine Konjunkturschwäche ist eine Folge der Stahlschwäche, meint ein anderes Fachblatt.

Die Auslastung der deutschen Stahlwerke liegt bereits unter 70 Prozent, und in einer ähnlichen Situation befinden sich ja die österreichischen Edelstahlwerke.

Nun möchte ich zu der fragwürdigen sozialistischen Behauptung, daß die Arbeitsplätze gesichert sind, Stellung nehmen. Stellung nehmen aus der Sicht der offenen Probleme der VÖEST-Alpine, aus der Sicht der offenen Probleme der Edelstahlwerke, aus der Sicht der offenen Probleme von Ranshofen und anderen Betrieben.

Herr Bundeskanzler! Wie gesichert sind die Arbeitsplätze?

Um die Problemstellung anders zu formulieren: Die Unternehmungen haben dort, wo sie positiv gearbeitet haben – das war in der Mehrzahl der Fälle so –, ihre Gewinne und Erträge zur Sicherung der Arbeitsplätze verbraucht. Was trägt die Bundesregierung zur Verbesserung der Kapitalausstattung dieser verstaatlichten Betriebe bei? Denn alle diese Betriebe leiden an Unterkapitalisierung, weil sich der Staat als Eigentümer der Kapitalausstattung dieser Unternehmungen in den letzten 20 Jahren nicht ausreichend angenommen hat.

Nichts wie offene Fragen in diesem Zusammenhang!

Stimmt, was die Regierung täglich behauptet, daß die Arbeitsplätze im allgemeinen und die in den verstaatlichten Unternehmungen im besonderen gesichert sind, dann steht die Berichterstattung in den Fachseiten der Zeitungen im Gegensatz zu dieser Auffassung der Regierung.

Inwieweit kann der Staatsbürger der Regierung überhaupt noch glauben, daß die Arbeitsplätze gesichert sind?

Das Damoklesschwert schwiebt über der Konjunktur, lasen wir in jüngster Zeit. Der Leiter des Wirtschaftsforschungsinstitutes, Professor Seidel, sagt: Österreich wurde von der Verflachung der internationalen Konjunktur mit einer zeitlichen Verzögerung erfaßt.

Was trägt die Bundesregierung in ihren Kompetenzbereichen dazu bei, die Situation zu steuern?

Teilen Sie, Herr Bundeskanzler, jene Befürchtungen, die aus dem Bereich der OECD in den letzten Wochen angeklungen sind, daß unter Umständen ab Mitte 1977 eine weltweite Rezession neuerdings Platz greifen könnte?

Wir Freiheitlichen müssen diese Frage deswegen an Sie richten, weil in einem solchen Fall in erster Linie die durch die Bundesregierung überforderten verstaatlichten Unternehmungen Österreichs bedroht wären, und zwar auf Grund jener Leistungen, die sie in der hinter uns liegenden Rezessionsphase durch Verzicht auf Kündigungen erbracht haben.

Herr Staatssekretär Dr. Veselsky! Ich komme auf Ihre Äußerungen zurück, die Sie bei der 7. Vollversammlung der Arbeiterkammer in der Steiermark gemacht haben und wo Sie unmöglich und schonungslos erklärt haben, daß sich die Wirtschaft in einer empfindlichen Abkühlungsphase nach einer Mini-Erholung befindet.

Wenn, Herr Bundeskanzler, das richtig ist, was Ihr Staatssekretär vor den Kammerräten der steirischen Arbeiterkammer Anfang November gesagt hat, dann müßten Sie meines Erachtens umso zwingender und rascher im Bereich der verstaatlichten Unternehmungen handeln, um die Arbeitsplätze zu sichern.

Wie sehr das Wachstum 1977 wackelt, wie sehr der in Aussicht genommene Wachstumsprozentsatz in Frage steht, brauche ich bei dieser Gelegenheit nicht zu betonen.

Ich teile die Auffassung, die über die österreichische Wirtschaft in den letzten Wochen in verschiedenen Wirtschaftszeitungen der Bundesrepublik Deutschland angeklungen ist: daß verschiedene Unternehmer bereits jetzt mit dem Rücken an der Wand stehen und ihre Aufgabe in einer sehr schwierigen Situation zu erfüllen haben.

Wie sehr die Edelstahlwerke Österreichs in Schwierigkeiten sind, bedarf nur der Erwähnung, soll hier aber nicht in den Einzelheiten ausgeführt werden.

3604

Nationalrat XIV. GP – 38. Sitzung – 1. Dezember 1976

Peter

„Verschärfung der Aufnahmesperre, allenfalls entstehende Engpässe müssen werksintern ausgeglichen werden. Verringerung der Überstunden, Instandhaltungs- und Reparaturarbeiten sollen durch konzerneigene Leute ausgeführt werden. Die Beibehaltung der vorzeitigen Pensionierung ist angekündigt.“ Das sind die Kernsätze einer Hiobsbotschaft.

Herr Bundeskanzler! Die Frühpensionisten schicken Sie in den verstaatlichten Betrieben mit 1. Jänner 1977 in Pension. Wenn diese Aktion abgeschlossen ist, wird es in diesem Zusammenhang keine weitere Frühpensionistenaktion mehr geben können.

Wie also sieht das Konzept der Bundesregierung für die verstaatlichten Unternehmungen, mit den offenen Problemen fertig zu werden, aus?

Eines lehne ich aus der Sicht der Freiheitlichen Partei ab: daß man in den abgelaufenen Jahren wohl die Vorstände dazu benützt hat, ihnen zu sagen, in den verstaatlichten Unternehmungen seien die Arbeitsplätze zu halten – diesen Auftrag haben die Vorstände positiv erfüllt –, während man jetzt sagt, die Lösung der offenen Probleme sei Sache der Vorstände und nicht Sache der Bundesregierung.

Diese Politik lehnen wir Freiheitlichen ab, und auf diese offenen Fragen verlangen wir von der Bundesregierung eine Antwort.

Ich komme zurück auf jene Sorgen, die der Generaldirektor der Nationalbank Dr. Kienzl in jüngster Zeit geäußert hat. Er sprach von wachsenden Sorgen um unsere immer schlechter werdende Leistungsbilanz, und er forderte einen neuen Anlauf in der Industriepolitik.

Herr Bundeskanzler! Wie soll der neue Anlauf in der Industriepolitik im Sinne Dr. Kienzls aussehen, wenn die Wirtschaft kein Vertrauen zur Politik der Bundesregierung hat und von den Investitionsmöglichkeiten nicht Gebrauch macht?

Das schöne Wort von den Rössern, die man zur Tränke führen muß, aber die dann selbst saufen müssen, wird hier keinen Ausweg aus der Situation aufzeigen. Was tut die Regierung, um zum Beispiel jene Forderung zu realisieren, die Dr. Kienzl in diesem Zusammenhang erhoben hat? Ich glaube, Herr Bundeskanzler, hier müßte heute oder im Rahmen der Budgetdebatte ein sehr klares Wort aus Ihrem Munde gesagt werden.

Nun habe ich eine Kritik an die Adresse des Österreichischen Rundfunks zu richten. Wer gestern und heute die Berichterstattung über das Gebührengesetz und die Konsequenzen aus dem Gebührengesetz, die sich für alle Österreicher

ergeben, gehört und gesehen hat, der wird – so wie ich – den Verdacht nicht los, daß diese Berichterstattung des ORF den Konsequenzen und Belastungen des Gebührengesetzes weidlich aus dem Weg gegangen ist. Es liegt der Verdacht nahe, daß die Leitung des ORF hier eine sehr freundliche, wohlwollende und entgegenkommende Berichterstattung gegenüber der Regierung betreibt! (*Zustimmung bei FPÖ und ÖVP.*)

Wenn ich mir vergegenwärtige, was gestern die Abgeordneten der beiden Oppositionsparteien zu diesem Thema fast einen ganzen Tag hindurch gesagt haben, und wenn ich mir vergegenwärtige, was Fernsehen und Hörfunk zu diesem Thema aus dem Mund der Oppositionsparteien gestern und heute berichtet haben, dann unterliege ich dem Eindruck, daß wir uns in Österreich mehr und mehr einem sozialistischen Regierungsland nähern. (*Zustimmung bei FPÖ und ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Offene Probleme allerorten, kein Eingehen auf die Argumente der Opposition, Schuldigbleiben von Antworten auf offene Fragen und Ignorieren der Generaldebatte zum Budget 1977 durch den Finanzminister veranlassen uns Freiheitliche, zu diesem Budget nein zu sagen! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundeskanzler. Ich erteile es ihm.

Bundeskanzler Dr. Kreisky: Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte in meiner Replik auf das, was der Herr Abgeordnete Dr. Taus, der Parteivorsitzende der ÖVP, vorgebracht hat, vor allem doch auch darauf aufmerksam machen, daß es in Österreich zwischen Bund und Ländern Kompetenzverteilungen gibt und man sie nicht dort, wo die Kompetenzen bei anderen als beim Bund liegen und dadurch, daß die Entwicklung große Belastungen mit sich bringt, einfach auf den Bund abschieben kann.

Es ist heute so, und wir haben das auch zur Kenntnis zu nehmen, daß es Spitalserhalter gibt; es sind dies die Länder und zum Teil Gemeinden oder Städte, und sie trifft eben die Entwicklung, die es im Spitalsbereich in der ganzen Welt gibt, mit besonderer Härte.

Spitäler, wenn man sie als Betriebsstätten betrachtet, zeichnen sich dadurch aus – das sagte ich schon vor einiger Zeit –, daß man sich bei ihnen nicht so wie in Betrieben, wenn neue Einrichtungen geschaffen werden, Arbeitskräfte erspart, sondern daß man, wenn es in Spitäler zu neuen Einrichtungen kommt, auch zusätzlich neue Kosten auf sich nehmen muß und neues Personal benötigt. Dieser Entwicklung hat die

Bundeskanzler Dr. Kreisky

Bundesregierung dadurch Rechnung getragen, daß sie ihre Beiträge, ohne in diesem Maße gesetzlich verpflichtet zu sein, wesentlich erhöht hat.

Im Jahre 1973 kam es zum erstenmal – das hat es bisher nie gegeben – zu einer Investitionsförderung bei den Spitäler, die, wie gesagt, nicht in der Kompetenz des Bundes oder nur zu einem ganz geringen Teil, soweit es sich um Kliniken handelt, liegen. Es kam zum erstenmal zu einer solchen Förderung im Ausmaß von einer Viertelmilliard! Diese Viertelmilliard wird es auch im kommenden Budget geben. Auch früher hat es große Belastungen gegeben; sie sind von der früheren Bundesregierung in keiner Weise berücksichtigt worden. Jetzt geschieht es!

Seit dem Jahre 1973, das sehe ich aus einer hastigen Durchrechnung, sind für die Spitäler seitens des Bundes 1¼ Milliarden Schilling für Investitionen zur Verfügung gestellt worden. Die Zusammenrechnung kann man deshalb vornehmen, weil diese Einrichtungen, diese Investitionen da sind.

Weiters: An sonstigen Beiträgen aus den verschiedensten Titeln sind im Jahre 1969, Herr Bundesparteiobmann – ich korrigiere mich, Sie haben ja keinen Vorsitzenden, ich kenne zwar den Unterschied nicht so sehr, aber es mag ein solcher sein. Ist es ein wesentlicher Unterschied, dann nehme ich das auch zur Kenntnis. Ich bin nur Vorsitzender meiner Partei.

Herr Bundesparteiobmann Dr. Taus! Im letzten Jahr einer amtierenden ÖVP-Regierung gab es seitens des Bundes 417 Millionen für die Spitäler. Im vorigen Jahr, damit wir es ganz konkret sagen, waren es 1.000,852.000. Das heißt, daß diese Regierung ungefähr fünfmal so viel, wenn ich die Investitionen dazurechne, den Spitalerhaltern für die Spitäler zur Verfügung gestellt hat, als es frühere Regierungen getan haben. Das ist die Wahrheit! (Beifall bei der SPÖ.)

Obwohl wir nicht zu denen gehören, denen die Kompetenz in dieser Frage im Bund zusteht, machen wir uns die größten Sorgen. Ich habe erst gestern mit den Vertretern der Landeshauptmänner, mit Herrn Landeshauptmann Wallnöfer und mit dem Wiener Bürgermeister Gratz, diese Frage sehr ausführlich besprochen. Ich beschäftigte mich – soweit ich als Bundeskanzler damit befaßt werde, weil es sich ja um eine Frage zwischen Bund, und zwar mehreren Ministerien, und Ländern handelt – damit, so wie sich auch die zuständigen Ressortminister damit befassen, um einen Ausweg zu finden.

Ich werde hier niemanden denunzieren, aber es gibt Meinungen, wonach in den Menschen

die Erkenntnis von der Notwendigkeit eines immer rascheren Ausbaues unserer Gesundheitseinrichtungen wächst. Das Verständnis wächst, daß diese Ausgaben notwendig sind und immer größer werden. In dieser Zeit, in der sie sich ja auch etwas leisten können, wird den Menschen ihre Gesundheit immer mehr wert, und deshalb soll es auch nach Meinung mancher eine erhöhte Bereitschaft geben, ein gewisses Maß an Opfern zu bringen.

Das muß überprüft werden im Hinblick auf die Kompetenz, das muß geprüft werden im Hinblick auf die Belastbarkeit und so weiter. Ich will heute hier nichts vorwegnehmen, aber das ist eine Frage, die nun Gegenstand der Beratungen zwischen den zuständigen Mitgliedern der Bundesregierung und den Landeshauptmännern werden wird und ja auch immer gewesen ist. – Das dazu.

Der Herr Bundesparteiobmann hat sich über einen Slogan mokiert, den die Sozialistische Partei als Oppositionspartei verwendet hat, und ich meine durchaus, daß es Ihr gutes Recht ist, alle damaligen Slogans heute nach ungefähr sieben Jahren Regierungstätigkeit der Sozialistischen Partei vorzuwerfen. Das wäre eine schlechte Opposition, wenn sie eine solche Möglichkeit nicht ausnützen würde. Da haben Sie sich also eines Slogans bedient, der nicht von mir stammt, den ich aber für richtig gehalten habe. Er heißt: „Damit das Einkaufen wieder Freude macht!“

Herr Dr. Taus! Woran man die Freude am Einkaufen ablesen soll, weiß ich nicht. Aber wenn Sie sich erkundigen, welche Umsätze all diese gewaltigen Einkaufszentren und die Geschäfte in diesen Wochen machen werden, dann werden Sie daraus erkennen, daß es eine beträchtliche Kauflust in Österreich gibt, beträchtlicher als damals, als Sie regiert haben. (Beifall bei der SPÖ.)

Sie wissen bekanntlich, daß gewisse Ausdrücke im übertragenen Sinn gelten. Kauflust ist ja auch nicht im eigentlichen Sinn ein Lustgefühl, oder soll ich jetzt mit Ihnen einen semantischen Streit über diese Frage beginnen. Es ist eine Tatsache, daß in Österreich mehr gekauft wird als je zuvor, wozu noch kommt, daß auch mehr gespart wird als je zuvor. Von irgendwoher muß das also kommen. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Taus: Das ist ja nur, weil alles teurer wird!)

Es wird real mehr gekauft; das wissen Sie doch ganz genau. Nein, nein, das wissen Sie ganz genau. Bitte, es haben sich ja auch Ihre Zwischenrufer nur so helfen können, daß sie für die Zukunft ein Absinken des Realeinkommens prognostiziert haben, es jedoch nicht für die

3606

Nationalrat XIV. GP – 38. Sitzung – 1. Dezember 1976

Bundeskanzler Dr. Kreisky

Vergangenheit behaupten oder, richtiger gesagt, beweisen können.

So möchte ich noch etwas zum Wort von der Bekämpfung der Armut sagen. Jawohl, Herr Dr. Taus, ich kann nicht aus meiner politischen Haut heraus und gebe gerne zu, daß ich der Meinung, der grundsätzlichen Auffassung bin, daß die Armut ein Phänomen der gesellschaftlichen Ordnung ist, in der wir leben, denn irgendwie muß sie ja entstanden sein. Woher soll sie denn kommen? Denn daß die einen arm sind und die anderen es nicht sind, das kann doch nicht ein Ereignis des Zufalls sein.

Ich glaube – ich habe die Andeutung sehr gut verstanden –, auch wenn man nicht unmittelbar durch dieses gesellschaftliche Ereignis der Armut betroffen ist, so kann man dafür doch auch einen gewissen Sinn haben. Ich gebe gerne zu, daß das eines der Hauptmotive für meine seinerzeitige Gesinnungsbildung und weltanschauliche Haltung gewesen ist, als es eine für heute unvorstellbare Armut gegeben hat.

Was aber arm im gesellschaftlichen Sinn bedeutet, das habe ich einmal versucht, so zu formulieren: Ich habe gesagt: Arm sind jedenfalls diejenigen, die die niedrigsten Einkommen haben – das ist eine brauchbare Arbeitshypothese –, und zwar auch dann, wenn diese Menschen sich unter Umständen subjektiv nicht für arm halten mögen. Hier haben wir angesetzt.

Daß es in den bürgerlichen Kreisen dieses Maß an Armut gibt, das Sie geschildert haben, will ich nicht bestreiten. Aber wer hat denn an diesen Strukturen, die so lange Zeitschon falsch sind, so eisern festgehalten? Wer hat denn die bürgerliche Sozialversicherung so lange abgelehnt? (Abg. Kern: Sie! Sechs Jahre jetzt!) Ich könnte Ihnen alle hier im Haus gefallenen Aussprüche zitieren. Wer hat denn die Schuld an dieser unzulänglichen Bauernversicherung, die wir gegenwärtig haben und die wir mit gigantischen Beträgen jetzt zu reparieren uns bemühen? Das haben Sie uns überlassen, meine Damen und Herren der Volkspartei. Sie müßten sich selber die Vorwürfe darüber machen. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Busek: Warum haben Sie es noch nicht geändert? – Abg. Kern: Sieben Jahre Zeit gehabt, es zu ändern!)

Wir geben gegenwärtig mehr als 4 Milliarden vom Budget dafür aus. Eine der Ursachen unserer Schwierigkeiten sind eben diese 4½ Milliarden, die wir mindestens vom Budget für schlechtgebaute Sozialversicherungsmaßnahmen gesetze ausgeben müssen. (Abg. Kern: Dann ist das Gesetz nicht so schlecht gewesen, das wir gemacht haben!)

Ich kann Ihnen nur sagen: Ich stelle mich mit Ihnen gern vor jedem bürgerlichen Gremium, um

darzulegen, was die Ursachen dafür sind. Laden Sie mich einmal ein. Ich komme gerne hin und rede auch dort mit Ihnen und mit den Bauern über die Ursachen dieser Entwicklung. (Beifall bei der SPÖ.)

Und so möchte ich sagen, daß wir diesen Kampf gegen die Armut sehr wohl geführt haben, Herr Dr. Taus, sehr intensiv geführt haben, daß wir in den letzten Jahren jährlich Milliarden dafür aufgewendet haben (Abg. Dr. Koren: Die die Inflation gefressen hat!) – auf das komme ich noch –, daß wir die Zuschußrentner immer wieder besser gestellt haben, und zwar besser als die anderen, daß wir ihnen mehr abgegolten haben als die Teuerung und daß, wenn man das Ganze zusammenrechnet und dann die Teuerung abzieht, immer noch eine beträchtliche Erhöhung des Realeinkommens dieser untersten Schichten herauskommt. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Taus: Weniger als früher!)

Herr Dr. Taus! Sie haben gemeint, ich solle mehr hineinhören in die Menschen. Ich höre die ganze Zeit, gehe zu den Leuten hin. Ich bin zum Beispiel nach Simmering gekommen, wo sehr viele dieser Ärmeren anwesend waren. Ich habe dort ungefähr 1100 Zuhörer gehabt und sehr große Zustimmung gefunden, als ich gesagt habe: Man kann doch nicht bestreiten, daß es Ihnen heute viel besser geht als noch vor fünf Jahren. Daraufhin hat es stürmische Zustimmung gegeben, die es bei Ihnen in Simmering deshalb nicht geben konnte, weil nach dem Bericht der „Wochenpresse“ nur 60 Leute dort waren. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Taus: Ist auch ein Irrtum! Aber auf einen mehr kommt es nicht an!) Was soll ich machen? Es steht da drinnen.

Ich hätte jetzt große Lust – nur will ich nicht zur Verlängerung der Budgetdebatte beitragen –, Ihnen all die Wirtschaftsdaten zu geben, die Sie sowieso kennen, die zeigen, daß dieses düstere Bild, das Sie nun seit sechseinhalb Jahren immer wieder malen und mit den Methoden der ökonomischen Restauratoren aufs neue auffrischen, unrichtig ist, daß die Zahlen etwas ganz anderes sagen als Sie, und die Welt draußen es auch ganz anders sieht als Sie.

Soll ich Ihnen die Wachstumsraten seit 1970 nennen, soll ich Ihnen den Zuwachs des Bruttoinlandsproduktes nennen? Soll ich Ihnen die Industrieproduktionssteigerung nennen? Schauen Sie, vergleichen Sie doch einmal die Zahlen international. Und weil mich der Herr Abgeordnete Peter, weil Sie und der Herr Dr. Lanner . . . (Abg. Dr. Taus: Sie haben gesagt, Herr Bundeskanzler, kümmern wir uns um Österreich und nicht um das Ausland!)

Bundeskanzler Dr. Kreisky

Ja, ich kümmere mich ja um Österreich und vergleiche mit dem Ausland, und dabei ergibt sich eine sehr gute Zahlensituation für uns. Das kann niemand bestreiten. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich unterlasse ja soviel, was ich gerne sagen möchte (*ironische Heiterkeit bei der ÖVP*), und zwar deshalb, weil ich nicht soundso vielen Leuten Ihrer eigenen Couleur schaden möchte, die sich etwas anderes . . . (*Abg. Kern: Das ist ein neuer Humanismus!* – *Abg. Dr. Koren: Die Inflation!*)

Ich komme schon noch auf die Inflation zu sprechen. Das habe ich mir, weil es so gut ist, für den Schluß aufgehoben, Herr Doktor.

Ich komme auf die Fragen des Herrn Dr. Broesigke, die rein sachlicher Natur sind, zu sprechen.

Ich möchte zur Rechtsbereinigung sagen, daß im November 1975 der Entwurf eines Bundesverlautbarungsgesetzes zur Begutachtung ausgesandt wurde, daß das Begutachtungsverfahren inzwischen ausgewertet worden ist – die Stellungnahmen sind uneinheitlich –; derzeit wird geprüft, welcher Variante von verschiedenen zur Verfügung stehenden der Vorrang gegeben werden soll. Es ist beabsichtigt, im nächsten Jahr dem Nationalrat einen entsprechenden Bericht und Gesezentwurf vorzulegen.

Zur Frage der Justizverwaltung wird dem Nationalrat im Zusammenhang mit der Vorlage des Tätigkeitsberichtes des Verwaltungsgerichtshofes für das Jahr 1975 noch im Laufe des Monats Dezember eine eingehende Diskussionsgrundlage zur Verfügung gestellt werden. Die weitere Vorgangsweise wird von der Behandlung im Hohen Haus ausgehen.

Herr Dr. Broesigke hat kritisiert, daß zuwenig Aufklärungsarbeit für die Sprachzählung durchgeführt wurde. Es ist ein entsprechender Betrag aufgewendet worden. Die Umstände sind der Bevölkerung in traditioneller Weise vermittelt worden. Mehr schien mir deshalb nicht zweckmäßig zu sein, weil man sonst in die Nähe einer Propagandatätigkeit geraten wäre, die wir gerne vermeiden wollten. Einem Boykottaufruf entgegenzutreten, kann nicht Aufgabe der Bundesregierung sein. (*Präsident Probst übernimmt den Vorsitz*)

Was die Frage der Behinderung in der Gemeinde Zell Pfarre betrifft, so sind die drei Parteien übereingekommen, Rechtsgutachten zu verfassen. Sollte es zwischen diesen Rechtsgutachten zu kontroversiellen Auffassungen kommen, so werden wir uns bemühen, sie zu überwinden.

Was die Frage des Schutzes vor Diffamierung von Einzelpersonen betrifft, so sieht das neue Mediengesetz einen solchen Schutz vor. Auch

die Grundrechtskommission hat sich mit der Problematik eines Grundrechtsschutzes in dieser Hinsicht beschäftigt.

Was den Opernball betrifft, kann ich nur sagen: Beim Opernball haben wir seinerzeit, vor sechs Jahren, überlegt – ich sage Ihnen das ganz offen –, ob das noch eine zeitgemäße Veranstaltung ist. Wir sind zu der Überzeugung gekommen, daß das mit zur Repräsentation Österreichs gehört, vor allem deshalb, weil die Wirtschaft immer wieder von uns verlangt, daß derartige Veranstaltungen durchgeführt werden, um ihr die Möglichkeit zu geben, mit den Auslandskunden auch in dieser Weise zusammenzukommen, auch in dieser Weise – ich sage es ausdrücklich – für ihre Unternehmungen zu werben, und deshalb bleiben wir dabei.

Nun ist es ganz unmöglich, meine Damen und Herren, daß eine Veranstaltung des Staates nicht auch von den hiefür Verantwortlichen besucht wird. Es muß also der Bundespräsident und es muß auch der Bundeskanzler dorthin gehen. Ich habe in aller Öffentlichkeit einbekannt, daß mir das nur ein sehr begrenztes Vergnügen bereitet, und halte mich verpflichtet, das zu tun.

Ich sage noch einmal: Bei dieser Veranstaltung sind die österreichische Wirtschaft und ihre Partner in maximalstem Maße vertreten.

Was die 8 Prozent Mehrwertsteuer betrifft: Nun, der Finanzminister holt sich gerne mehr, nur, glaube ich, ist er hier daran gebunden, daß es sich um eine Dienstleistung oder um so etwas handelt und hiefür nur 8 Prozent in Betracht kommen. Wenn Sie aber mehr haben wollen, so werden wir das sicher das nächste Mal wohlwollend überlegen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Und nun noch einmal, weil es mir eigentlich jetzt schon langsam – fast möchte ich sagen – wie ein Hözl vorkommt, das Sie mir werfen wollen, die Geschichte mit der 13.000-S-Torte, die ja nicht ich bestellt habe, aber die ich jetzt auf mich nehme. Es geht ganz einfach darum, daß man einem der größten ausübenden Musiker Österreichs in unserer ganzen Musikgeschichte, dem Generalmusikdirektor Böhm, einem Menschen, der Großes vollbracht hat, zum 80. Geburtstag eine Freude machen wollte. Der wollte eben eine Torte, wie es zum Geburtstag üblich ist und wie es sich auch die meisten vorgestellt haben. Nur sind bei der Feier Hunderte Mitesser gewesen, sodaß für den Generalmusikdirektor nicht ein einziges Stückkerl übriggeblieben ist, weil ihm die Philharmoniker alles weggeessen haben. Das ist die Wahrheit bezüglich der Torte. (*Beifall bei der SPÖ.*) Das ist die Wahrheit. Und weil Sie es für erwähnenswert gefunden haben, so möchte ich diese Richtigstellung von diesem Platz aus machen.

3608

Nationalrat XIV. GP – 38. Sitzung – 1. Dezember 1976

Bundeskanzler Dr. Kreisky

Aber ich möchte auch nicht unterlassen zu sagen: Ganz kurz vorher gab es das hundertjährige Jubiläum der Oper, für die wir schon sehr viel Geld ausgegeben haben, als Haus, als Gebäude. Ob ein Gebäude feierungswürdig ist, das ist eine Geschmackssache. Meinem Vorgänger schien das aber der Fall zu sein, denn er hat eine Viertelmillion – zusammen mit dem Unterrichtsministerium – für ein Galabankett aus diesem Anlaß aufgewendet. Wir sind also auch was die Zweckmäßigkeit der Ausgaben betrifft, mit den Herren der Volkspartei gerne zu einem Vergleich und zu einer Prüfung bereit, inwieweit hier genügend Sparsamkeit geübt worden ist.

Ich werde jetzt nicht mehr von der Torte reden, ich nicht mehr, ich gebe Ihnen die beruhigende Zusicherung, außer Sie erfinden etwas ganz Neues, einen neuen Zusammenhang, dann werde ich mir das überlegen müssen. (Heiterkeit.)

Aber jetzt zu den ernsten Sachen. Der Herr Abgeordnete Peter hat hier auf die ernste Situation in der Wirtschaft verwiesen. Darf ich jetzt bitten, dem Hohen Haus sagen zu dürfen, weil ich danach gefragt wurde... (Zwischenruf des Abg. Dr. Gruber.) Auch was die Repräsentationskosten betrifft, stehe ich gerne bereit. Gerne. Wenn Sie das alles wollen, können Sie es bekommen. Ich frage mich nur, warum man 25 Jahre, in denen dieselbe Entwicklung war, diese Dinge nicht für erwähnenswert gefunden hat. (Abg. Dr. Gruber: Sie haben gesagt, Sie sparen ein!) Ja, wir haben auch sehr viel eingespart. Herr Dr. Gruber, ich bin gerne bereit, Ihnen volle Einsicht zu geben über das, was da eingespart wurde. (Abg. Dr. Gruber: Sie haben es ja um 60 Prozent überzogen!) Ja, aber wir haben dafür auch andere Aufgaben übernommen, die Sie nicht gehabt haben, weil sich in der Zwischenzeit das Ansehen Österreichs in der Welt wesentlich verbessert hat. (Zustimmung bei der SPÖ. – Abg. Anton Schlager: Und 500.000 S haben Sie für Pokale gezahlt! Wir zahlen uns die Pokale selber!) Ich zahle sie für meine politische Partei auch selber. Das ist ein Riesenirrtum. (Abg. Anton Schlager: Das ist nicht wahr!) Für meine politische Partei zahle ich sie selber, jawohl!

Daß ein Bundeskanzler natürlich Hunderte und Tausende solcher Ansuchen bekommt, ist ganz klar, weil er der Exponent der Bundesregierung ist. (Abg. Anton Schlager: Wir bekommen sie auch!) Aber da gibt es eben noch einen Unterschied zwischen uns beiden. Es tut mir leid, daß ich das sagen muß. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Gruber: Daß Sie sie aus der Staatskasse bezahlen und wir privat, das ist der Unterschied!)

Herr Dr. Koren war seinerzeit so fair... (Abg. Anton Schlager: Sie machen es auf Kosten anderer, und wir zahlen es selber! Das ist der Unterschied!) Nein, das ist nicht wahr.

Herr Dr. Koren! Als Fraktionsvorsitzender hatten Sie seinerzeit die Fairneß zu sagen, daß Sie diesbezüglich meiner Gebarung keine Vorwürfe machen. So habe ich es verstanden.

Ich sage ausdrücklich: Es werden aus der Staatskasse für Organisationen der Sozialistischen Partei oder auch für ihr Nahestehende im allgemeinen keine Pokale finanziert. Es sind das Vereine der Union, Vereine aus den Dörfern – ich kann Ihnen die Liste zeigen. Es müßte ein Zufall sein, wenn sich darunter ein Verein findet, der der Sozialistischen Partei nahesteht. Nehmen Sie das zur Kenntnis.

Und es gibt diese Repräsentationspflicht auch gegenüber den kleinen Leuten, die in unseren Vereinen vielfach ohne Entschädigung arbeiten. Das ist die Tatsache! (Abg. Dr. Blenk: Den ASKÖ lassen Sie aus? Die Union wird subventioniert?) Die ASKÖ-Vereine kriegen es von mir auf einem ganz anderen Weg. (Abg. Dr. Blenk: Und die Union bekommt es aus Budgetmitteln?) Ja, wenn ein Union-Verein kommt, kriegt er es. (Abg. Dr. Taus: Sie können doch den ASKÖ nicht benachteiligen!)

Sie können sich alle anschauen, Herr Doktor, wenn es Sie interessiert. Es kann sich gelegentlich durch einen Irrtum ein ASKÖ-Verein einschleichen. (Heiterkeit bei der ÖVP.) Weil man halt nicht bei jedem Verein genau weiß, zu wem er gehört.

Aber ich sage noch einmal: Bei Vereinen (anhaltende Heiterkeit bei der ÖVP) – ich weiß nicht, Sie haben ja diese Frage aufgeworfen –, bei denen die politische Zugehörigkeit zu meiner Partei klar ist, erfolgt keine Subventionierung durch Pokalspenden aus dem Budget, sofern nicht das eine oder andere Mißverständnis eintritt. Aber das kann nur sehr selten vorkommen.

Ich lade Sie übrigens ein, meine Herren, sich das anzuschauen, es zu kontrollieren. (Abg. Dr. Leitner: Wir kommen! – Heiterkeit.)

Und jetzt zu diesem so wichtigen Thema. (Abg. Dr. Lanner: Reden wir von der Inflation, Herr Bundeskanzler!) Ja, reden wir lieber davon.

Ich möchte folgendes sagen: Die Frage der Konjunkturbeurteilung ist eine Frage, die uns in diesem Hause schon seit einigen Jahren beschäftigt hat. (Ruf bei der ÖVP: Seit 1970!)

Ich habe vor drei Jahren der Vermutung und meiner Meinung Ausdruck gegeben, daß beim Vorhandensein so vieler Elemente eine krisen-

Bundeskanzler Dr. Kreisky

hafte Entwicklung der Wirtschaft nicht auszuschließen ist. Ich habe mich daher verpflichtet gefühlt, einem ungehemmten Entwicklungsoptimismus entgegenzutreten und davor zu warnen. Ich habe das deshalb getan, weil ich das Gefühl hatte, daß man sich in der Wirtschaft zu einem Ausbau der Kapazitäten entschlossen hat, die weit hinausgegangen wären über das, was zu erwarten ist. (Abg. Dr. Taus: *In der Verstaatlichten zum Beispieß!*)

Auch in der Verstaatlichten sind Investitionen vorgenommen worden, vor allem in gewissen Bereichen, in denen es zu Fehleinschätzungen kam. Da waren aber Sie der ÖIAG-Präsident, Herr Dr. Taus, und Sie haben einen maßgebenden Einfluß auf die Gestaltung der verstaatlichten Industrie gehabt. (Abg. Dr. Taus: *Sie wissen auch, was wir zugesagt haben! Reden wir nicht über die Fusion, Herr Bundeskanzler!*)

Ich habe niemanden in der Verstaatlichten zu Investitionen gezwungen, sondern ich war eher ein Hemmschuh. Bei dem Südafrikaprojekt der VÖEST etwa habe ich mich als ein Hemmschuh erwiesen, was sich nicht als so schlecht erwiesen hat. Hätte man damals das Projekt realisiert, dann wären heute 3 Milliarden an Investitionen aufgewendet worden für Südafrika, was bei Gott nicht das Zweckmäßigste wäre. Hier, von diesem Platz aus, habe ich damals meinen Standpunkt vertreten.

Darf ich Ihnen jetzt sagen, was weiter geschehen ist: Es ist zu einem Konjunkturabschwung gekommen, und als dieser Konjunkturabschwung stattgefunden hat, hat sich gleichzeitig wieder ein großer Optimismus bemerkbar gemacht, und es begann wieder überall Hoffnung aufzukeimen, die mir deshalb nicht motiviert zu sein schien, weil ja keine einzige der Krisenursachen beseitigt war (Abg. Dr. Taus: *Nein, vor allem die Inflation nicht!*) – keine einzige! – und ich der Meinung gewesen bin, daß es, wenn all die Ursachen, die zur letzten Rezession geführt haben, noch weiterbestehen, keine dauerhafte Prosperitätsphase geben kann. Das war mein Standpunkt, und daher habe ich zur Vorsicht gemahnt.

Ich habe mich nur zu einem maßvollen Optimismus für eine relativ kurze Phase durchringen können. Es zeigt sich, daß dieser Pessimismus, wie es scheint, nicht ganz unberechtigt sein dürfte. Ich würde hoffen, unrecht zu haben. Jedenfalls muß man sich jetzt darauf vorbereiten.

Und zu Herrn Bundeskanzler Schmidt befand ich mich nicht im Gegensatz darin, daß die Inflation etwas sehr Gefährliches ist. Ich habe nur gesagt: Es gibt so viele Dinge, die man noch dazu anführen muß: etwa den Umstand der

Dollarschwäche, etwa den Umstand der Währungsunsicherheit (Abg. Dr. Taus: *Dollarschwäche ist nicht da! Gut für die Amerikaner, schlecht für uns?*) – na ja, der Dollar war vor drei Tagen wieder auf 17 –, etwa den Umstand der ungeheuer ausgebauten, unausgenützten Kapazitäten, etwa den Umstand des Ölpreises, die krisenhafte Entwicklung im Rohstoffbereich und so weiter und so fort. Ich habe also gemeint, man könne nicht die wirtschaftliche Situation und die wirtschaftliche Ordnung nur von einem Phänomen her beurteilen. Und es ist in einem Kreis von Sozialdemokraten üblich, daß man durchaus verschiedene Meinungen über ein und dieselbe Sache haben kann, ohne daß man deshalb zu einem Gegner des anderen wird. Ich erkläre hier, daß das weder der Fall ist noch so verstanden wurde.

Die Frage ist nun aber die: Was soll die Verstaatlichte in einer solchen Situation tun? Diese Frage wurde mir konkret gestellt. Herr Abgeordneter, ich muß es doch ablehnen, daß ich Aufgaben übernehme, die die Organe dieser Gesellschaften haben.

Ich habe in einem Gespräch mit dem Generaldirektor der VÖEST und anderen Generaldirektoren einen Standpunkt vertreten: Die Unternehmungen müssen das tun, was vom Standpunkt der Organe notwendig ist. Sie müssen sich aber auch überlegen, wenn sie Leute nicht brauchen, ob man diese ohne weiteres entlassen kann, wenn man diese Leute früher gebraucht hat, um die großen Gewinne zu machen. Das muß auch überlegt werden. Und man kann sich nicht zuallererst an das Prinzip des hire and fire halten. Das geht nicht. Dazu stehe ich auch heute noch, und mehr habe ich nicht gesagt. Ich gebe zu, daß die Direktoren das auch verstanden haben. Das war meine Meinung als Eigentümervertreter.

Die Geschäfte der Unternehmungen müssen die Organe besorgen. Und ich habe mich hier niemals, außer in der Sache Südafrika, geäußert. Ich habe Bedenken gehabt aus politischen Gründen. Warum hätten wir denn sonst diese Diskussion gehabt?

Und was die Lage im Augenblick betrifft, so spürt natürlich auch die verstaatlichte Industrie, differenziert nach der Branche, die Schwierigkeiten der Weltlage. Die VÖEST spürt die Eisen- und Stahlsituation genauso, wie das die DEMAG, wie das Thyssen, wie das alle großen Welt-Eisen- und Stahlkonzerne spüren; vielleicht sogar noch eine Spur weniger als diese, wie mir gesagt wurde, weil die VÖEST ein sehr großes Anlagengeschäft hat, das zwar auch nicht mehr in dem Maße Aufträge bringt, wie das vielleicht vor kurzem der Fall war, aber immerhin können noch durch unsere Handels-

3610

Nationalrat XIV. GP – 38. Sitzung – 1. Dezember 1976

Bundeskanzler Dr. Kreisky

politik gefördert, neue große Aufträge erreicht werden.

Was den Edelstahl betrifft, gibt es dort eine sehr schwierige Situation. Sie können sich ja vom Generaldirektor informieren lassen. Ich kann dem Generaldirektor beim besten Willen die Aufgaben nicht abnehmen. Ich habe ihm seine Geschäftspolitik nie vorgeschrieben, und er ist ja dafür auch angestellt und hat diese Aufgaben zu erfüllen.

Ich hoffe, daß man beim Edelstahl allmählich zu jenen Maßnahmen kommen wird, die notwendig sind, um die Edelstahlindustrie so leistungsfähig zu machen, daß sie in dieser schwierigen Situation bestehen kann.

Und wenn ich gefragt werde, was wir machen, so möchte ich an einem einzigen Beispiel – oder wenn Sie wollen, auch an mehreren, aber ich halte mich an eines –, nämlich am Beispiel der VÖEST, zeigen, was wir tun.

Wir haben die VÖEST von einer Tochtergesellschaft, die Milliardenzuschüsse braucht, nämlich dem Bergwerk Fohnsdorf, befreit. (Abg. Dr. Taus: *Milliarde, aber doch genug!*) Ja, in den nächsten zehn Jahren 2 Milliarden Schilling, in der Vergangenheit 1 Milliarde. Das ist die Situation. Und wir werden einen großen Beitrag leisten, um hier eine Kompensation zu schaffen.

Wir werden für ein Unternehmen in Fohnsdorf selbst, für ein großes Privatunternehmen, das zu den bedeutendsten Österreichs in der Welt gehört, Hunderte Millionen ERP-Mittel für die ersten fünf Jahre zu 1 Prozent Verzinsung zur Verfügung stellen, um die Gründung und die Umstrukturierung herbeizuführen. Wir haben der VÖEST die Zusage gemacht, einen ungefähr gleichhohen Betrag für vorgezogene Investitionen in Zeltweg zur Verfügung zu stellen, und es ist sicher so, daß die ÖIAG überlegen wird, wie eine weitere Kapitalzufuhr ausschauen kann.

Inwieweit die Vorstände zu groß sind, Herr Abgeordneter Peter, kann ich jetzt hier nicht beantworten, aber ich bin gerne bereit, die ÖIAG zu ersuchen, eine diesbezügliche Untersuchung vorzunehmen.

Die Sicherung der Arbeitsplätze der verstaatlichten Industrie ist, wie ich schon sagte, von der Branche abhängig. Es gibt große Betriebe, die für Monate hinaus eine gesicherte Auftragssituation haben, es gibt andere, wo die Lage weniger gut ist.

Ich weiß nicht, ob es zweckmäßig ist, das hier jetzt in aller Form mitzuteilen. Ich bin dazu, wenn ich veranlaßt werde, bereit. Ich glaube nur nicht, daß es den Unternehmungen gut täte. Ich bin aber bereit, jedem Abgeordneten schriftlich

all die Informationen zu geben, die ich einzuholen in der Lage bin.

Was den Inlandspreis der VÖEST für Blech betrifft, so kann ich nur sagen – Sie haben den Blechpreis urgert, ich habe mich erkundigt –: In der VÖEST kennt man nur ein Ursprungsland, das Bleche billiger angeboten hat, das ist Japan. Das passiert uns, Herr Abgeordneter Dr. Lanner, in der ganzen Welt, daß wir, und nicht nur wir, sondern alle Europäer, mit einer japanischen Niedrigpreiskonkurrenz konfrontiert werden. Mengenmäßig war der Verlust dieses Geschäfts nicht von Bedeutung. Außerdem ist die VÖEST an die Bestimmungen der Gemeinschaft gebunden, die gleichermaßen für das Inland wie für das Ausland gelten. Japan und das Comecon sind nicht daran gebunden. Außerdem gibt es noch die Qualitätsunterschiede, wurde mir gesagt.

Ich erspare Ihnen alle anderen Einzelheiten und möchte noch einmal sagen, daß ich im Moment, Herr Abgeordneter Peter, keinen Anlaß für eine alarmierende Beurteilung der Lage in der verstaatlichten Industrie sehe, außer in einem ganz bestimmten Betrieb, wo verschiedene Umstände – objektive und subjektive Faktoren – mitgewirkt haben. Die ÖIAG ist beauftragt, das ist ihre Sache, in dieser Frage die entsprechenden Unterlagen zu beschaffen, die entsprechenden Berichte zu erstatten und dann vorzuschlagen, welche Maßnahmen getroffen werden müssen. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Taus: *Und die Inflation?*)

Präsident Probst: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Prader.

Abgeordneter Dr. Prader (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich möchte eingangs erwähnen, daß mich die Antwort des Herrn Bundeskanzlers nicht sonderlich beeindruckt hat. Ich möchte hier doch meine Meinung in der Beziehung sagen, daß man die Budgetprobleme Österreichs nicht im Kabarettstil bewältigen kann. (Beifall bei der ÖVP.)

Der Herr Bundeskanzler hat die substantiellen Schwerpunkte, um die es gegangen ist und die die Sprecher vor allem der Oppositionsparteien hier auf den Tisch gelegt haben, nicht berührt. Und das ist ja immer schon stigmatisierend für die gesamte Politik, die jetzt verfolgt wird, daß man über die Probleme hinwegplaudert und sie nicht sichtbar machen will. Aber damit verschwinden sie nicht, Herr Bundeskanzler! Und Ihre Aufgabe ist es, diese Probleme zu lösen. Wir werden daher nicht müde werden, diese Probleme immer wieder in ihrer ganzen Tragweite und Gefährlichkeit den Österreichern vor Augen zu stellen. (Beifall bei der ÖVP.)

Dr. Prader

Und jetzt, Herr Bundeskanzler und Herr Finanzminister – ich beschränke mich auf den zunächst genannten Herrn Bundeskanzler –, einige Anmerkungen aus der volkswirtschaftlichen Sicht eines Normalverbrauchers.

Der Herr Finanzminister und auch der Herr Abgeordnete Marsch haben erklärt, daß man jetzt diese Belastungen auferlegen müsse, denn die Weltwirtschaftslage sei unsicher, der Finanzminister müsse zu diesen Erhöhungen kommen, um gerüstet zu sein, wenn es wieder ein Tief gibt. Wieso Belastungen, die in diesem Jahr in einem Ausmaß von, ich glaube, 22 oder 23 Milliarden auf die Bevölkerung zukommen, wieso ein progressiv steigendes Budgetdefizit, heuer in der Größenordnung von sicherlich 50 Milliarden, wieso eine solche Politik dazu angetan ist, Reserven zu schaffen, das, bitte sehr, verstehe ich nicht, Herr Bundeskanzler.

Zweitens: Immer wieder Thema 1 ist die Arbeitsplatzsicherung. Wir haben heute ein Budgetdefizit von einer unvorstellbaren Größenordnung, und die Schuldentilgung und die Zinsen neben sonstigen Kosten werden bald ein Ausmaß annehmen, das größer ist als der frei im Budget noch disponibile Rahmen. Wir werden in Bälde Kredite brauchen, um die Kredite zurückzuzahlen zu können; und dann ist nichts mehr da, um in schwierigen Zeiten von der öffentlichen Hand aus etwas zu investieren. Wieso daher diese Schulden, die Arbeitsplätze sichern? Bitte sehr, ich verstehe das nicht, Herr Finanzminister.

Wie man überhaupt aus dieser Entwicklung wieder herauskommen wird, darüber haben wir auch nichts gehört. Vielleicht sagt uns der Herr Bundeskanzler hier die Konzeption. Der Herr Finanzminister hat immer Vergleiche angestellt – der Herr Bundeskanzler hat das heute ähnlich gemacht – in absoluten Zahlen. Etwa: früher 30 Millionen und jetzt 60 Millionen. Nur, Herr Bundeskanzler: 100 sind heute nicht mehr 100. Ihre Wirtschaftspolitik hat den Hunderter und den Schilling ja halbiert! (*Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.*) Sie tun so, als ob Sie das nicht wüßten, und versuchen, ein völlig falsches Bild zu entwickeln, wohl wissend, daß mit derselben nominellen Summe heute bei weitem nicht mehr das zu bewältigen ist, was mit dem gleichen Betrag noch vor sieben oder acht Jahren zu bewältigen war.

Und noch etwas: Der Herr Bundesminister für Finanzen hat auch gemeint, es sei doch ein ungeheurer Vertrauensbeweis gegenüber der Regierung, daß die Spargelder nun in dieser großen Menge vorhanden sind. Ich glaube, das ist kein Vertrauensbeweis, sondern das ist ein Mißtrauen, denn das ist ein Notgroschen-Sparen, Herr Finanzminister, das ist das Ent-

scheidende. Denn Ihr Appell an die Sparer, Herr Finanzminister, in den Konsum zu gehen, ist ja nicht befolgt worden. Erklären Sie mir das anders als mit den Gegebenheiten, die ich hier genannt habe.

Nunmehr, Herr Finanzminister – und das ist ja der tiefere Grund –, versuchen Sie durch den Abbau der Sparförderung, vielleicht doch noch das in Bewegung zu bringen, was Ihrem Appell nicht gelungen ist.

Noch etwas darf ich hier sagen. Herr Bundeskanzler und Herr Finanzminister! Nunmehr wurde auch entdeckt, daß der Kampf gegen die Inflation sehr im Gegensatz zu früher eine vorrangige Bedeutung hat. Herr Bundeskanzler, wie aber ist das? Sie verteuern alle Gestehungs- und Produktionskosten und erklären gleichzeitig, die Preise sollen gesenkt werden. Und nicht andere sind die Verteuerer der Produktionskosten, der Vater Staat ist der, der die Produktionskosten verteuert und daher keinen Kampf gegen weitere Teuerung und keinen Kampf gegen die Inflation führen kann. Wieso das zusammenstimmt – Herr Bundeskanzler, ich verstehe das nicht. Vielleicht auch viele andere Österreicher nicht.

Eines verstehe ich auch nicht: Weshalb die Abgeordneten der sozialistischen Regierungs-partei den Regierungskurs verteidigen, einen Kurs, der völlig entgegen den Grundprinzipien Ihrer Partei ist, zumindest entgegen jenen, die Sie der Öffentlichkeit präsentiert haben. Das ist eine beachtliche Tatsache.

So haben Sie doch zum Beispiel – und das stimmt sogar – weltweit erklärt – ich meine das österreichbezogen –, daß die indirekten Steuern die unsozialsten Steuern sind und Sie daher vor allem den Kampf gegen diese Ungerechtigkeit aufnehmen werden. Jetzt ist das eine Schwerpunkttaufgabe. Nicht der Kampf gegen die Ungerechtigkeit bei den indirekten Steuern, sondern das Bestreben, sie zu erhöhen und möglichst noch mehr zu verbreitern, um zu neuen Einnahmen für den Finanzminister zu kommen.

Es hat nun bereits eine Reihe von Sprechern von der sozialistischen Seite gegeben, die uns weismachen wollten, was für eine zwiespältige Politik wir betreiben. Auf der einen Seite wollen wir Erhöhungen, auf der anderen Seite solle auf dem Einnahmensektor dann nichts geschehen, und wie das zusammenstimme.

Ich habe Ihnen schon erklärt, meine Herren von der Linken: Hier führen Sie einen Kampf gegen Windmühlen. Sie kämpfen dauernd gegen Erhöhungsanträge. Die sind aber nicht da, und Sie werden sie auch nicht konstruieren können, weil sie nicht auf dem Tisch liegen. Und

3612

Nationalrat XIV. GP – 38. Sitzung – 1. Dezember 1976

Dr. Prader

sosehr Sie das auch wünschen, wird es nicht geschehen.

Ich bedaure, daß der Klubobmann der Sozialistischen Partei momentan nicht im Hause ist. Er hat mich ebenfalls eines Erhöhungsantrages gewürdigt, und zwar beim Parteitag der Sozialisten in Vorarlberg. Ich entnehme das dem „Kurier“ vom 21. November 1976, Fischer sagte das Altbekannte: Und dann wieder fordern Wolfgang Blenk oder Georg Prader mehr Geld für Bildung und Landesverteidigung. – Darf ich hier die Frage stellen: Wo, bitte sehr, hat das stattgefunden? Auch wieder eine Windmühle, das Bemühen, hier einen Feind zu schaffen, der bisher nicht aufgetaucht ist.

Nun haben Sie ja seinerzeit Anträge noch und noch gestellt, Herr Bundeskanzler, Sie wissen das nur allzugut. Und weil Sie immer so sehr besorgt sind um Arbeitsplätze, darf ich doch auch erinnern, daß hier nicht immer die gleiche Sensibilität vorhanden war.

Die „Neue Vorarlberger Tageszeitung“ vom 18. März 1975 berichtet, daß sich der seinerzeitige Vizekanzler Häuser in einer Aussprache mit dem Arbeiterkammervorstand in Vorarlberg zu dem Verlangen, die Kurzarbeiterunterstützung zu verlängern, so geäußert habe: Das geht nicht. „Dann sollen die Betriebe halt Leute entlassen.“ – So lautete damals die sehr klare Auskunft und Aussage laut Mitteilung dieser Tageszeitung.

Wir haben, Herr Bundeskanzler, gerade, weil uns dieses Problem sosehr am Herzen liegt, sehr konkrete Anträge dazu gestellt. Wir haben beantragt und vorgeschlagen, daß Arbeitslose für die Zeit ihrer Arbeitslosigkeit die doppelte Kinder- und Familienbeihilfe erhalten. Nicht einmal diskutiert wurde dieser Vorschlag!

Wir haben weiters den Vorschlag gemacht, daß man ihnen auch in der Richtung hilft, daß man etwa Wohnbauförderungsdarlehen für die Zeit der Arbeitslosigkeit stundet. Das waren Vorschläge, nach denen Sie immer rufen, aber wenn sie gemacht werden, dann nehmen Sie sie überhaupt nicht zur Kenntnis! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Es gehört zu den Grundprinzipien der Österreichischen Volkspartei, daß sie Machtzentren ablehnt, weil diese den Freiraum des einzelnen Menschen erdrücken. Dabei ist es gleichgültig, ob es sich um geballte wirtschaftliche oder politische Macht handelt; beides führt zu den gleichen Ergebnissen und beides hat Apparate im Gefolge, die nicht nur ungeheuer teuer sind, sondern auch den Einzelbürger immer mehr entmündigen.

In diesen Problembereich gehört auch unser

vorrangiges Bemühen um die Ausweitung und Kodifikation des individuellen Arbeitsrechtes, das bisher von den Sozialisten sehr stiefmütterlich behandelt wurde. Hierher gehört auch das Bemühen um mehr Demokratie in den Arbeiterkammern. Hier wird sehr deutlich sichtbar, wie sehr politische Ideologie praktische Wirklichkeit ist.

Hierher gehört aber auch im besonderen das Bemühen um die Stärkung des Föderalismus, Herr Bundeskanzler, eines Eckpfeilers gegen übermächtige politische Machtkonzentrationen.

Es ist richtig, daß einzelne Bundesländer-Forderungen erfüllt wurden, aber was sich die Regierung nun in der Praxis an Attacken gegen den Föderalismus leistet, ist schlechthin unverdaulich geworden. Im Zusammenhang mit der Debatte um eine Proporzregierung um die Mitte des Jahres 1975 hat der Herr Bundeskanzler erklärt, daß die Politik in den Ländern steril sei. Herr Bundeskanzler! Angesichts der Hilflosigkeit der Bundesregierung im sozialen und gesundheitlichen Bereich erhält diese Erklärung einen sehr bitteren Nachgeschmack.

Der Bundeskanzler hat weiter erklärt, daß er die Bundesländer wegen der Oppositionspolitik der Bundes-ÖVP nicht bestrafen würde. Man muß das zweimal lesen, zweimal sich bemühen, das mitzubekommen, um sich an den Kopf zu greifen. – Was heißt: bestrafen?! In welchem System, fragt man sich, in welchem Staatswesen leben wir eigentlich in Österreich?

Besonders hervorgetan hat sich aber auch der Vizekanzler in dieser Anti-Bundesländer-Attacke. Er hat erklärt, die Länder hätten den Bund bei der Bekämpfung der Konjunkturflaute alleingelassen. – Ich stelle hier fest: Das ist schlechthin unwahr! Die Länder haben gewaltigste Mittel investiert, so Niederösterreich 1975 1180 Millionen Schilling bei einem Budgetvolumen von 11,8 Milliarden. Ergänzend dazu kann ich noch eine ganze Reihe anderer Maßnahmen nennen. Hingegen wirkt sich die exorbitante Autokostenerhöhung besonders für die Arbeitnehmer und die Betriebe im Grenzland höchst nachteilig aus. Sie haben dadurch die Abwanderung weiter angeheizt. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Da die Länder angeblich den Bund alleingelassen haben, folgt der Herr Vizekanzler, daß sich das im nächsten Finanzausgleich auswirken müsse. Er will sich damit anscheinend ein Alibi schaffen, in Anbetracht der leeren Bundeskasen, nun auch die Länder total abzukassieren.

Der Vizekanzler hat weiter in Tulln erklärt, daß die Länder ihre Mittel nicht sinnvoll verwenden. Er qualifiziert damit schlechthin neun Landtage ab, die ja die Länderbudgets

Dr. Prader

beschließen. Diese Anmaßung ist kaum mehr zu qualifizieren. Als tatsächliches Motiv, Herr Bundeskanzler, bleibt nur der Versuch, sich der angemessenen Mitwirkung bei der Spitalsfinanzierung zu entziehen.

Zu letzterer Frage, Herr Bundeskanzler, haben Sie im Gegenteil zu dem, was Sie heute hier zu diesem Problemkreis ausgeführt haben, in Ihrer Regierungserklärung 1975 ein Finanzierungsgesetz angekündigt. Ich zitiere wörtlich: „... um die Finanzierung des ... Krankenanstaltenwesens ... sicherzustellen“ haben Sie, Herr Bundeskanzler, ausgeführt. Gilt nun diese Regierungserklärung noch, und, Herr Bundeskanzler, bitte sehr, wo ist dieses Finanzierungskonzept?

Die Frau Gesundheitsminister hat zum selben Themenbereich bereits mehrfach Ausführungen gemacht.

Ende Mai 1973 – ich zitiere wieder wörtlich – sagte sie: Wir stellen uns vor, daß eine Reform der Spitäler nur mit einer Mehrbeteiligung des Bundes erfolgen kann.

Diese Mehrbeteiligung besteht nun anscheinend darin, daß der Bund seinen Anteil an der Defizitdeckung von 28 auf 18,75 Prozent gekürzt hat.

Herr Bundeskanzler! Diesen Erklärungen kann man zweifellos nicht entnehmen, daß Sie der Auffassung waren, daß diese Frage eine ausschließliche Länderkompetenz ist, wobei die verfassungsrechtliche Kompetenzfrage zweifellos auch den Bund entscheidend verpflichtet. Und siehe da: Damals, als der Bund seinen Anteil an der Defizitdeckung um fast 10 Prozent gekürzt hat, hat es keine Reaktionen der sozialistischen Mehrheit in den Arbeiterkammern gegeben, keinen Aufschrei, keine Empörung, daß unter Umständen jetzt die Arbeitnehmer dieses Fehlende zu tragen hätten. Damals hat man darauf vergessen.

Herr Bundeskanzler! Sukzessive aber werden immer mehr Bundesaufgaben auf die Länder abgewälzt. Dazu gehören die Beiträge zu den Autobahnen, zu den Schnellbahnen, zu den Schulbauten, die Vorfinanzierung des Telephonnetzes und das kürzliche Bemühen, die Lösung der Zusatzrentenfrage ebenfalls auf die Länder abzuwälzen.

Nach den im Juni 1976 veröffentlichten Zahlen liegen die Ertragsanteile von Ländern und Gemeinden heute um 9,3 Prozent über jenen des Vorjahrs, hingegen die Nettoeinnahmen des Bundes um 19,8 Prozent darüber. Wie aber, Herr Bundeskanzler, stehen diese Fakten zu den verbalen Bekenntnissen der Regierung zum Föderalismus und zum kooperativen Bun-

desstaat? Die Länder finanziell aufs Kreuz zu legen, ist meinem Verständnis nach keine kooperative, sondern eine sehr gefährliche Tendenz zur Aushöhlung des Föderalismus. (Beifall bei der ÖVP.)

Ohne Geld ka Musi, heißt ein altes Sprichwort, Herr Bundeskanzler, das wissen Sie genausogut, besonders aber weiß es auch Ihr Finanzminister. Und Sie wissen um die Folgerungen, die daraus entstehen, entstehen müssen, weil dann selbst die besten Kompetenzen nichts nützen.

Eine besondere Wertschätzung bringen Sie, Herr Bundeskanzler, anscheinend auch den Länderparlamenten nicht entgegen. Auf 51 – auf 51! – in der Zeit von 1970 bis 1975 vom Niederösterreichischen Landtag beschlossene Resolutionsanträge an die Bundesregierung ist dieser Körperschaft bisher keinerlei Antwort oder irgendeine Stellungnahme zugekommen. Was halten Sie davon eigentlich?

Ich habe bereits im Vorjahr auf diese Situation hingewiesen – geändert hat sich anscheinend gar nichts.

Angesichts dieser Fakten, meine Damen und Herren, ist es kein Wunder, daß sich die Länder wehren. Am 28. Oktober 1976 hat die Landeshauptleutekonferenz, nachdem sich bereits vorher eine Konferenz der Landtagspräsidenten mit dem gleichen Thema beschäftigt hat, ihr modifiziertes Forderungsprogramm der österreichischen Bundesländer beschlossen und dem Herrn Bundeskanzler überreicht. Ich darf hier jetzt schon feststellen, daß die Volkspartei dieses Bundesländerforderungsprogramm voll unterstützt.

Die Stellung unserer Bundesländer aber kann nicht ohne Zusammenhang mit der Stellung der zweiten Kammer in unserer parlamentarischen Demokratie, der des Bundesrates, und seinen Wirkungsmöglichkeiten gesehen werden. Auch diesbezüglich sind begründete Forderungen erhoben und Vorschläge erstattet worden. Das Thema ist ja bereits öfter diskutiert worden. Angesichts der angeführten Fakten aber hat es jetzt besondere Aktualität und Dringlichkeit erreicht, zum Beispiel wegen der sehr berechtigten Frage eines absoluten Vetos gegen Gesetzesbeschlüsse des Nationalrates, die die Interessen der Länder entscheidend berühren.

Auf meine diesbezügliche Frage bei den Ausschußberatungen hat der Herr Bundeskanzler zwar ein Bekenntnis zum Zweikamersystem abgegeben, aber erklärt, daß er in dieser Frage nicht initiativ werden möchte. Die Passivität, die sich der Bundeskanzler in einer so wichtigen Frage auferlegt, scheint mir neuerlich sehr im Gegensatz zu seiner so sehr als

3614

Nationalrat XIV. GP – 38. Sitzung – 1. Dezember 1976

Dr. Prader

vorrangig herausgestellten Absicht, um die Fortentwicklung unserer Demokratie besorgt zu sein, zu stehen.

Ich möchte sagen, Herr Bundeskanzler: Entwickeln Sie, entwickeln Sie fort, Sie sind ja auch der zuständige Ressortchef. Und vor allem würde mich interessieren: Welche Stellungnahme beziehen Sie als Chef der Regierungspartei zu diesen bedeutenden Problemen?

Wie sehr hier vieles neu zu überdenken ist, ist mir auch kürzlich bei der Beratung des Kapitels Oberste Organe im Budgetausschuß aufgefallen, wozu ja bekanntlich auch der Bundesrat gehört. Auch über sein Budget wird dort beraten und beschlossen.

Alle – unter Anführungszeichen – Regierungsmitglieder oder Regierungsvertreter sind dort anwesend, mit Ausnahme eines Vertreters des Bundesrates. Der Bundesrat kann dort überhaupt nicht zu Wort kommen und in diesen Fragen auch sonst nirgendwo, weil ja nach Artikel 42 Abs. 5 des Verfassungsgesetzes dieser Gegenstand von seiner Verhandlungskompetenz ausgenommen ist. Das ist sicherlich ein sehr kompliziertes Problem, aber gelöst muß es meines Erachtens werden, weil er ja irgendwie da ein Mitwirkungsrecht haben muß. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Kürzlich hat sich der Herr Bundeskanzler über eine Erklärung des Bauernbundpräsidenten Minkowitsch alteriert, der das Verlangen des Bauernbundes deutlich machte, nach jahrelangem Hinziehen die Frage der Zuschußrentner endlich zu lösen und alle dafür gegebenen Möglichkeiten einzusetzen. Der Herr Bundeskanzler hat gemeint, so könne man mit ihm nicht reden, und drohen lasse er sich nicht, das verschlechtere das Klima.

Das sagte der Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky, der selbst bei jeder sich bietenden Gelegenheit irgend jemandem mit irgend etwas droht. (*Bundeskanzler Dr. Kreisky: Wieso?*) Ein Beispiel habe ich ja schon eingangs, Herr Bundeskanzler, angeführt. Aber das ist ein eigenes Faktum, daß das Instrument der Drohung nunmehr in dieser Demokratie immer stärker in den Mund genommen wird.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage nach dem Demokratieverständnis der Sozialisten. Was heißt das, man werde so nicht mit den Bauernvertretern verhandeln? Was ist mit dieser Drohung? Das muß man doch in den Raum stellen.

Ist es – und das frage ich – in den Augen der Sozialisten schon etwas so Ungewöhnliches, wenn jemand die Anliegen jener vertritt, die ihn beauftragt, gewählt haben und nicht jene der

Regierung? Das steht hier zur Debatte, und diese Frage werden wir immer wieder stellen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wann werden Sie endlich das ständige Bemühen einstellen, gewählte Vertretungen, die Ihnen mehrheitlich nicht zusagen, auszuschalten und an deren Stelle regierungsernannte Kommissionen zu berufen? Das ist eine weitere Frage, in der wir gerne eine Klarstellung hätten.

Bei Ihrem ständigen Bemühen, meine Damen und Herren von der Linken, Kritik abzuwerten und als etwas Schlechtes, als etwas Negatives hinzustellen und uns als Neinsagerpartei zu bezeichnen, ist die Frage berechtigt: Was ist nach Auffassung der SPÖ Aufgabe einer Opposition in einer parlamentarischen Demokratie? Und ist diese Aufgabe eine andere, wenn die Regierung von der SPÖ gestellt wird?

Ich war über sechs Jahre Mitglied der Bundesregierung. Besonders in der Zeit der Alleinregierung der Volkspartei hat es keine Ministerratsitzung gegeben, bei der nicht eine ganze Reihe von Protesttelegrammen, Resolutionen von Betriebsräten, Arbeiterkammern wegen Tariferhöhungen, wegen Preissteigerungen bei drei Prozent auf dem Verhandlungstisch liegen sind.

Und heute? Wieso kommt denn das? Ist das Zufall? Das kommt daher, ich sage es Ihnen, weil Sie Einrichtungen der genannten Art bezüglich ihrer Aufgabenstellung einfach umfunktionieren. Sie verwechseln penetrant kritisieren mit hofieren. Das sind aber zwei völlig unterschiedliche Dinge. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Das war es aber auch, Herr Dr. Fischer – ich hätte ihm das gerne gesagt –, was unser Kollege Glaser im Budgetausschuß gemeint hat, als er die unterschiedliche Verhaltensweise Ihrer Partei hier im Hohen Haus vor und nach der Übernahme der Regierung aufgezeigt hat. Ob es sich um die Frage des Polemisiens handelt, ob es sich in bezug auf die Qualifizierung von etwas härteren Aussprüchen handelt, alle diese Dinge haben sich auch gewandelt. Die Sache nicht, aber Ihre Einstellung und Ihre Haltung zu diesen Dingen haben sich gewandelt. Und das, das werden Sie uns wohl gestatten, werden wir auch immer deutlich herausstellen.

Herr Dr. Fischer hat gemeint, Waffengleichheit müsse bestehen. Ich habe hier dokumentarische Aussagen, wie Sie diese Waffengleichheit nicht haben gelten lassen und verlangt haben, daß der Präsident hier einschreitet. Das aber ist es, was wir meinen, und deswegen bemühen wir uns im verstärkten Ausmaß und auch im Zuge dieser Budgetdebatte, der Öffentlichkeit Ihr Verhalten früher und jetzt, wo Sie an der Macht sind, vor Augen zu stellen. Die Versprechungen

Dr. Prader

vorher und das Ergebnis Ihrer Politik: Versprochen und nicht gehalten! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Bundeskanzler, wenn Sie nunmehr solche Dinge bagatellisieren und sagen: Ja, seinerzeit hat mir das jemand eingegeben, und ich habe das dann gesagt, aber jetzt ist doch die Geschichte etwas anders, so ist es unserer Auffassung nach nicht anders. Und man hat auch, nachdem man gewählt ist, zu dem zu stehen, was man vor der Wahl gesagt hat. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Und wenn 7 oder 8 Milliarden Schilling damals ein Wahnsinn waren, werden Sie heute niemandem vormachen können, daß ein 50 Milliarden Schilling-Defizit etwas Gutes ist. (*Abg. Kern: Etwas Normales!*)

Der Bundesparteiobmann der Volkspartei – das unterstreicht die Bedeutung und wie gewichtig wir diese Probleme für alle Österreicher halten – hat hier als Chef der großen Oppositionspartei erklärt: Wir sind bereit, an einem langfristigen Budgetkonzept mitzuwirken, um im Interesse der Österreicher einen Ausweg zu finden aus dieser fast ausweglos gewordenen Situation, die Sie herbeigeführt haben. Aber was haben Sie gesagt? – So wie in anderen Fällen auch, wenn Sie uns überhaupt einer Antwort gewürdigt haben; das ist ja Ihr Spruch und Ihre Auffassung gegenüber Vorschlägen der Opposition -: Nicht einmal ignorieren!, um dann im selben Atemzug nach Alternativen zu rufen. Das geht nicht. So läßt sich eine Oppositionspartei nicht behandeln!

Sie, Herr Bundeskanzler, haben laut „Kurier“ aus 1966 folgendes erklärt: Ja ist es denn ein so unbilliges Verlangen in einem Land, in dem die Budgetprobleme so schwer sind, in dem das Budget doch nur Unpopuläres bringen kann, daß wir sagen: Laßt uns doch zusammenarbeiten.

Diese Erklärung, Herr Bundeskanzler, stammt aus der Zeit, als die SPÖ in Opposition ging. Das aber – und nichts anderes – hat Ihnen in echter Gesinnung einer konstruktiven Oppositionspolitik der Obmann der Volkspartei, unser Obmann hier im Hause angeboten. Sie haben das abgelehnt, Herr Bundeskanzler. Wir möchten mit aller Deutlichkeit festhalten: Zwei Zungen, Herr Bundeskanzler; früher und jetzt. Das ist das Charakteristikum Ihrer Politik neben dem Bemühen, Ihre Politik zuzudecken durch Verhaltensweisen, die Sie heute wieder zu Beginn und im Laufe Ihrer Erklärungen dieser österreichischen Öffentlichkeit hier vordemonstriert haben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Probst: Als nächster zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Czernetz.

Abgeordneter **Czernetz (SPÖ):** Hohes Haus! Es ist sicherlich zu früh, darüber zu urteilen, ob die letzte Reform der Budgetdebatte unbedingt richtig war. Jedenfalls aber konstatiere ich, daß ich eines der ersten Opfer bin, denn der Auftrag, im Rahmen der Gesamtbehandlung der Kapitel Oberste Organe, Bundeskanzleramt und Äußeres über das Kapitel Äußeres zu sprechen, bringt mich jetzt in die Lage, mitten in die innenpolitische und wirtschaftspolitische Debatte hineinzuplatzen. Die Versuchung ist für mich außerordentlich groß, mich daran zu beteiligen, aber ich würde dann meine eigentliche Aufgabe nicht erfüllen können.

Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß für Österreich – mehr als für viele andere Länder – Außenpolitik eine lebenswichtige Bedeutung hat. Das ist an der Staatsgründung 1918, der Wiederherstellung der Republik 1945, der Erringung des Staatsvertrages, der Souveränität, der Unabhängigkeit und dann der Neutralität 1955 sehr deutlich zu erkennen.

Es wird dabei sehr deutlich, daß wir es in der Außenpolitik nicht, wie vielfach andere Staaten, nur mit unseren Nachbarn zu tun haben, sondern daß wir im Zuge des Gleichgewichts der großen Weltmächte, der nuklearen Supermächte und der Militärblöcke unsere eigene Freiheit, Unabhängigkeit und Neutralität auf dieses Gleichgewicht zu stützen haben. Die österreichische Außenpolitik hat dabei unter schwierigen Bedingungen Großes zu leisten. Es stehen nur ungenügende finanzielle Mittel zur Verfügung und auch nur unzureichende technische Ausrüstungen.

Viele Abgeordnete dieses Hauses haben sowohl im Europarat als auch bei den Vereinten Nationen die Gelegenheit zu Kontakten mit den diplomatischen Vertretungsbehörden, sie haben eine Verbindung mit Beamten und Diplomaten des Außendienstes. Ich glaube, daß wir die Verpflichtung haben in diesem Hohen Hause, den Diplomaten und Beamten und darunter heute sehr vielen jungen Menschen den Dank und die Anerkennung des Nationalrates auszusprechen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich möchte die Gelegenheit auch nicht vorbeigehen lassen, um dem erst vor kurzem aus dem Amt geschiedenen alten Außenminister Dr. Bielka den Dank auszusprechen. (*Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.*) Und ich verbinde dies damit, daß ich dem neuen Außenminister, bei dessen Angelobung ich nicht anwesend sein konnte, doch auch die besten Wünsche für seine Tätigkeit in seinem neuen Amte ausspreche. (*Erneuter Beifall bei der SPÖ.*)

Wir haben sehr oft über das Hauptziel unserer Außenpolitik gesprochen: Erhaltung unserer

3616

Nationalrat XIV. GP – 38. Sitzung – 1. Dezember 1976

Czernetz

Freiheit und Unabhängigkeit, der Neutralität, der Teilnahme an der europäischen Integration. Militärische Neutralität, nicht ideologischer Neutralismus. Aber ich möchte gerade im Hinblick auf manche Publikationen der letzten Zeit sagen: Nicht nur militärische Neutralität im Kriegsfall, sondern eine aktive Außenpolitik im Dienste der Friedenserhaltung. Ich betone: Nicht eine aktive Neutralität, wie man vielfach hört, sondern eine aktive Außenpolitik. Ich betone das deshalb, weil wir in einem besonderen Zeitalter der Kriege leben. (*Einige Abgeordnete der ÖVP sprechen etwas lauter miteinander.*) Bitte um Entschuldigung, daß ich die Herren Kollegen da so störe; sie bemerken es nicht einmal.

In den 25 Jahren seit 1945 haben wir auf der Welt 97 Kriege gehabt, die zusammen eine Dauer von 262 Jahren hatten. Von allen Kriegen vom Jahre 1900 bis 1941 – die beiden Weltkriege nicht mitgerechnet – waren von den kriegerischen Konflikten 79 Prozent Grenzkriege, internationale Kriege über die Grenzen hinweg. Von 1945 bis 1969 – also in den 25 Jahren, die ich erwähnt habe – waren 85 Prozent dieser Kriege keine Grenzkriege, sondern Bürgerkriege und Interventionskriege.

Man soll die Tatsachen sehr ernsthaft ins Auge fassen, weil sie entscheidend sind für die Kenntnis unseres Zeitalters.

Es ergibt sich allein daraus die zwingende Notwendigkeit der Aktivierung unserer Außenpolitik unter Aufrechterhaltung der militärischen Neutralität, und zwar bei den Vereinten Nationen, in der Abrüstungsfrage, in der Frage der Europäischen Sicherheitskonferenz sowie im Europarat.

Ich habe nicht die Absicht, meine Rede in der ersten Kommission der Vereinten Nationen zu wiederholen. Ich habe dort von dem „Abrüstungsspiel bei den Vereinten Nationen“ gesprochen. Und wer allein die dicken Protokolle der Debatten und der Resolutionen liest, die sich Jahr für Jahr wiederholen, ohne daß es irgendeine Veränderung gibt, der weiß, wie bitter ernst dieses Wort ist. Die österreichische Delegation hat in den letzten Jahren wiederholt ihrer Enttäuschung, dem Bedauern und der Bestürzung über die totale Stagnation auf dem Gebiete der Abrüstung Ausdruck gegeben.

Die Zahlen des gegenwärtigen Rüstungswettlaufs sind aus den Angaben des Generalsekretärs der Vereinten Nationen bekannt. Ich darf nur dazu sagen: 300 Milliarden Dollar im Jahr bedeuten 5400 Milliarden Schilling im Jahr. Aber das heißt auch: 14 Milliarden Schilling pro Tag. Das wird dann eine greifbarere Zahl und eine verständlichere Aussage. Und es ist wichtig

zu wissen, daß die Rüstungen 20mal so viel kosten als alles, was wir in der Welt für Entwicklungshilfe ausgeben.

Dabei erleben wir die weitere Verbreitung der atomaren Waffen. Der Atomsperervertrag ist von den meisten Staaten anerkannt, aber die friedliche Nutzung der Atomenergie führt auf einer Seitenlinie dazu, daß sich Plutoniumlager in den verschiedensten Staaten ansammeln. Die Wissenschaftler sagen, daß in zehn Jahren 40 Nationen in der Lage sein werden, selbst Atombomben zu produzieren. Vor wenigen Jahren hat man noch von einigen Schwellenländern gesprochen, die dazu imstande sein werden. (*Abg. Dr. Gruber: Wenn es schon ein Student machen kann!*) Bitte, ich kenne noch nicht den einen Studenten. Aber es kann natürlich dazu kommen, daß auch kleinere Länder in diese Lage kommen. Und, lieber Kollege, wir sollten vorsichtig sein und nicht Witze machen. Wenn es dazu kommt, können wir alle noch einmal darunter leiden. (*Abg. Dr. Blenk: Das ist ernst! – Abg. Dr. Gruber: Herr Kollege! Das ist kein Witz, das ist durch die Presse gegangen, daß ein amerikanischer Student nachgewiesen hat, daß er in der Lage ist, eine Bombe zu machen!*) Bitte das kann sein, ich weiß nicht, ob er es wirklich kann. Aber jedenfalls spricht die Wissenschaft davon, daß das eine ernste Gefahr ist, die wir zur Kenntnis nehmen müssen.

Und ich möchte dazu sagen: Für uns ist so ungeheuer wichtig, daß die kleinen Staaten, die wie wir dem Atomsperervertrag angehören, im allgemeinen die Verpflichtungen einhalten, daß aber die Großmächte, die die Verpflichtung der atomaren Abrüstung auf sich genommen haben, ihre Verpflichtung bisher nicht eingehalten haben. Ich möchte dabei ganz offen sagen, daß auf dem Hauptgebiet, von dem wir reden, die Versuche SALT I und SALT II mit großer Skepsis zu beurteilen sind.

Ich stütze mich dabei auf einen sehr unverdächtigen Zeugen, nämlich auf das Stockholmer Internationale Institut für Friedensforschung. In der letzten Publikation über Rüstung und Abrüstung im nuklearen Zeitalter heißt es sehr deutlich:

„Die beiden größten Atommächte räumten auf dem Gipfeltreffen in Wladiwostok selbst ein, daß sie nicht ein striktes strategisches Gleichgewicht anstreben, sondern eher eine Art von Gleichgewicht, die ihnen die Empfindung gleicher Sicherheit vermitteln würde. Wenn dies so ist, dann scheint die Behauptung unhaltbar, daß Einschränkungen nur möglich wären, wenn das durch die Übereinkunft gestattete, sehr hohe Niveau der Ausrüstung erreicht wäre. Es ist unverständlich, warum ein strategisches Gleich-

Czernetz

gewicht und eine entsprechende Sicherheit nicht auch dadurch erreicht werden könnten, daß das heutige Rüstungsausmaß, das ja schon hoch genug ist, um die Menschheit mehr als einmal zu vernichten, auf ein gemeinsames niedrigeres Niveau herabgedrückt und die Einführung neuer Waffen unterlassen werden könnte. Die Politik fortgesetzter Aufrüstung widerspricht der erklärten Absicht abzurüsten. Gegenwärtig kann keine der beiden Seiten tatsächlich die andere bedrohen, während ein Wettrüsten seiner Natur nach in dem Konkurrenten die Versuchung erweckt, den anderen Teil zu überholen. Ein solches Wettrennen muß Gleichgewichtsstörungen und dadurch neue Schwierigkeiten auf dem Weg zur Abrüstung erzeugen.“ Es heißt am Schluß dieser Stelle: Konsequenterweise ist die Vereinbarung von Wladiwostok einfach eine Rationalisierung weiterer Waffenausdehnungen und Rüstungen.

Das ist eine höchst bedrohliche Sache. Wir können daran nicht vorbeigehen und müssen die Forderung nach Abrüstung gerade als kleines neutrales Land gemeinsam mit anderen in aller Deutlichkeit wiederholen. Wie groß unser Einfluß und unsere Macht oder wie klein sie auch immer sein mögen: Das ist eine Verpflichtung, die wir uns selbst und der Welt gegenüber haben.

Wir tun das im Rahmen der Vereinten Nationen und der Sonderorganisationen, und es sei mir hier ein Wort gestattet, weil wir alle und ich selbst auch in den letzten Jahren über die Generalversammlung der Vereinten Nationen sehr oft harte und kritische Worte gefunden haben.

Wer heuer in New York war, weiß, daß sich die Atmosphäre wesentlich gemildert und verbessert hat. Es wird ruhiger und nüchtern verhandelt, es ist nicht alles gleich eine entscheidende Frage der Konfrontation. Wir tun gut daran, diese Position innerhalb der Vereinten Nationen auszunützen, in New York und auch im wachsenden Maße in Wien selbst. Wir hoffen dabei, daß der aus Österreich stammende Generalsekretär Waldheim wirklich allem Anschein nach die größten Chancen hat, wieder gewählt zu werden.

Nun möchte ich mich der Frage der Europäischen Sicherheitskonferenz zuwenden. Wir wissen, daß das Gleichgewicht der Nuklearmächte zur Koexistenz, dem Nebeneinanderleben ohne einander umzubringen, geführt hat. Präsident Kennedy hat einmal davon gesprochen, daß man von der Koexistenz zur Kooperation übergehen müsse. Die Voraussetzung dafür aber ist eine Politik der Entspannung. Wobei ich gar keine Illusionen habe: „entspannt“ kann nicht heißen, daß jede Spannung für alle Zeiten

aufhört, sondern es bedeutet, daß dieses Höchstmaß von Spannung reduziert wird, das es in der Zeit des Kalten Krieges gegeben hat.

Aber Entspannungspolitik wird immer wieder gestört durch den Rüstungswettlauf, durch das irrsinnige Wettrüsten, gleichzeitig auch durch die kommunistische Macht- und Expansionspolitik und die kommunistischen Bürgerkriegstheorien, die ja nicht geheimgehalten, sondern publik gemacht werden.

Ich bin überzeugt, wir haben uns für eine Fortsetzung der Entspannungspolitik zu entscheiden, denn die Alternative zur Entspannung ist eine Politik des Kalten Krieges, die wir nicht wollen.

Wir stehen jetzt – bald zwei Jahre nach Helsinki – vor der Tatsache, daß im Westen eine tiefe Enttäuschung über Helsinki und über die Entspannungspolitik Platz gegriffen hat.

Wenn nächstes Jahr, im Sommer 1977, in Belgrad die Überprüfungskonferenz stattfinden wird – ich meine, der Termin ist etwas kurz angesetzt worden, man wird noch kaum Gelegenheit haben, auf sehr viele Erfahrungen zurückzublicken –, dann bin ich sicher, daß Sie mir zustimmen werden, wenn ich sage, daß nicht der Versuch gemacht werden darf, in Belgrad ein Scherbengericht zu veranstalten. Denn man muß sich klar sein: Helsinki brachte keinen Friedensvertrag, die Schlußakte sind kein völkerrechtliches Instrument, sondern eine Absichtserklärung.

Freilich müssen wir zu den häufig gemachten Feststellungen, daß man nicht einzelne Teile herausnehmen soll, sondern die Schlußakte als Ganzes betrachten muß, sagen: Wir halten die Schlußakte als Ganzes für uns politisch als bindend, und nicht nur einzelne Teile. Allerdings wissen wir, daß es eine Reihe von Wünschen und Beschwerden auf beiden Seiten gibt.

Kollege Karasek war kürzlich in Polen, ich war knapp vor ihm dort, er hat wahrscheinlich die gleichen Dinge gehört. Vom Ostblock kommen Wünsche, und wir haben unsere Wünsche. Wir finden, daß viele der Erleichterungen, die man auf Grund der Bestimmungen des Korb 3 erhoffte, nicht in dem Maße eingetreten sind, wie man erwartet hat. Vom ehemaligen deutschen Staatssekretär Bahr ist kürzlich der Vorschlag gemacht worden, in Belgrad konkrete Punkte aus den Schlußakten festzuhalten, die überprüfbar sind und für die man konkrete Termine setzt, indem man sagt: Bis zu jenem Zeitpunkt soll das erfüllt werden, und dann werden wir es weiter überprüfen.

Wir wissen, wie schwer die Frage des

3618

Nationalrat XIV. GP – 38. Sitzung – 1. Dezember 1976

Czernetz

kulturellen Austausches ist. Auf der einen Seite staatliche Kulturunternehmungen, auf der anderen Seite der mehr oder weniger freie Markt. Sie haben nicht einmal die Agenten, die ihre „Waren“, ihre Kulturproduktion anzubieten hätten. Wir werden dem entgegenzukommen haben und schauen müssen, daß man etwas mehr auf dem Gebiete des kulturellen Austausches tut, obwohl es enorme Sprachschwierigkeiten gibt. Man versteht in den Ostblockländern mehr französisch, englisch und deutsch als im Westen polnisch oder tschechisch oder russisch. Darüber dürfen wir uns keiner Täuschung hingeben. Da bestehen natürlich Probleme.

Nun möchte ich dazu aber auch folgendes sagen: Wer von Helsinki eine Änderung oder eine Überwindung der kommunistischen Herrschaft oder der kommunistischen Diktatur erwartet hat, der hatte Illusionen. Nur muß man auch feststellen, daß sich aus dem verschiedenen Charakter der staatlichen Ordnungen und der Staatsideologie eine andere Sprache ergibt. Wenn man in den kommunistischen Ländern „Demokratie“ sagt und wenn wir es sagen, meinen wir etwas anderes darunter. Wenn sie „Parlament“ und „Abgeordneter“ sagen und wir, dann verstehen wir was anderes drunter. Wenn sie von „Wahl“ sprechen und wir, dann ist etwas anderes gemeint. Aber bitte: Wenn sie von „Sozialismus“ reden und wenn wir von „Sozialismus“ reden, ist auch etwas anderes gemeint, so wie die christdemokratische Partei in der DDR etwas anderes ist als ihre Bruderpartei.

Man muß also die verschiedenen Begriffsinhalte ganz klar auseinanderhalten. Man spricht eben verschiedene Sprachen.

In diesem Zusammenhang – und das scheint mir besonders wichtig zu sein – wird es dann von großer Bedeutung: Was ist denn eigentlich mit der Unterschrift unter den Schlußakt von Helsinki ausgesagt worden? – Man erinnert sich da an die Abmachungen zwischen Stalin und Roosevelt, wo es nach dem Zweiten Weltkrieg um die Wiederherstellung der Demokratie in Osteuropa ging. Beide haben „Demokratie“ gesagt. Haben beide auch das Gleiche gemeint?

Wenn ich die Schlußakte, wie es in der „Wiener Zeitung“ abgedruckt ist, hernehme, dann finden wir unter dem Kapitel 7: Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten einschließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- oder Überzeugungsfreiheit. Und dann heißt es im Text immer wieder: für alle, für jeden einzelnen.

Ich weiß nicht, ob Sie sich das Vergnügen machen, die von der Sowjetbotschaft in Wien herausgegebene Wochenschrift „Sowjetunion“

heute“ in die Hand zu nehmen. Ich mache mir dieses Vergnügen und ich habe in der Nummer vom 1. November 1975, also nach Helsinki, in einem Artikel unter anderem gelesen:

„Die unmittelbare Gewährleistung der Rechte des Individuums ist aber einzig und allein das Vorrecht des Staates und nicht der internationalen Gemeinschaft.“

Wir haben sehr oft aus dem kommunistischen Lager gehört: Ja bei den Schlußakten ist das so: Der erste Korb, das sind die Grundsätze. Die haben für alle zu gelten. Anders der Korb 3, da muß man noch bilateral verhandeln und sehen, was gemacht werden kann.

Was ist nun mit dem Korb 1? Gilt er, oder gilt er nicht? In welchem Maße gilt er?

Wir haben es hier mit einem sehr ernsten Problem zu tun. Ich habe überhaupt keine Illusionen darüber. Man wird es auch in Belgrad nicht zustande bringen, daß die kommunistischen Staaten von ihrem Grundsatz, daß sie sich vorbehalten, dem einzelnen die persönliche und politische Freiheit zu gewähren oder nicht, abgehen. Aber ich glaube, Hohes Haus, daß man nicht davon abgehen darf, über die Dinge sehr deutlich zu reden. Man muß die Probleme klar aussprechen, und man muß ihnen drüben klarmachen, daß wir uns nicht für dumm verkaufen lassen. Wir haben ihre Methoden längst durchschaut. Wenn wir in Helsinki und Belgrad mitmachen, dann ist es das gemeinsame Interesse, ein Unglück zu verhindern, das unsere Haltung bestimmt. Aber wir wissen, daß vieles, das da drinstellt und das sie unterschrieben haben, von ihnen selber nicht geglaubt wird, leider nicht ganz geglaubt wird, wie sie sogar in ihren eigenen Schriften betonen.

Man soll auch nicht unterschätzen, was vor kurzem Bundeskanzler Kreisky sagte, er ist nämlich der Meinung, daß ein Erfolg in Belgrad ohne Fortschritte, und einen baldigen Erfolg bei den Wiener Truppenreduktionsgesprächen unmöglich sei. Ich glaube, das ist sehr wichtig. Wir sind da unerhört empfindlich. Wir sind Gastgeber, wir nehmen nicht teil, aber wir stellen fest, daß die Truppenreduktionsgespräche ein sehr trauriges Kapitel in der Geschichte der internationalen Beziehungen sind. Man trifft sich gelegentlich und einigt sich, wieder auseinanderzugehen, und wartet auf die SALT-Lösung, die nicht kommt. Für den Fall, daß SALT II kommt, habe ich vorhin SIPRI, das Stockholmer Institut, zitiert. Es heißt dort: SALT II im Sinne von Wladivostok heißt Erhöhung der Rüstungen auf beiden Seiten – auf der Seite Amerikas wie auf der Seite der Sowjetunion. Das sind Fragen, die wir nicht unterschätzen dürfen.

Und nun ein paar Bemerkungen zu der

Czernetz

anderen Hauptaufgabe, die wir in der Außenpolitik zu bewältigen haben: zur Teilnahme an der Europäischen Integration. Ich habe es oft gesagt: Die Europäischen Gemeinschaften sind in ihrer Entwicklung ein machtvoller industrieller Körper, sie haben einen Anteil von 38 Prozent an den Weltexporten. Gleichzeitig wissen wir, welche Schwierigkeiten sie im gemeinsamen Agrarmarkt, in der Energiepolitik und in der Währungspolitik haben.

Bedrückend ist es, wenn man jetzt die Nachrichten liest, was mit dem Tindemans-Plan geschieht, wenn man liest, daß Tindemans selbst klagt: Ja warum wird über den Bericht nicht verhandelt? Was macht man denn mit dem Bericht eigentlich?

Tindemans hat im September im Europarat gesprochen, eigentlich noch recht hoffnungsvoll. Aber es ist jetzt bei der letzten Beratung des Europäischen Rates der Neun oder der obersten über die Gemeinschaft darübergeschobenen Körperschaft der Staatsführer, Regierungschefs und Außenminister nicht darüber gesprochen worden.

Und dennoch glaube ich, daß wir hier in Österreich, genauso wie wir es allgemein im Europarat getan haben, wiederholen müssen: Wir wünschen den Neun jeden nur möglichen Erfolg auf den Gebieten, die sie sich jetzt vorgezeichnet haben, das heißt: die Direktwahl des Europäischen Parlaments bis 1978 und die Europäische Union bis 1980.

Wir wissen, wie wahnsinnig schwer das ist. Wir wissen, wieviel Leute uns aus den Ländern der Neun sagen: Wer weiß, ob die Direktwahl zustande kommt! In zwei Ländern steckt es noch und geht nicht weiter.

Wir wissen auf jeden Fall eines, und das hat uns Tindemans im Europarat gesagt: Legislative Kompetenzen bekommt auch das direkt gewählte Europäische Parlament nicht. Er hat die Frage von einem französischen Abgeordneten bekommen und darauf geantwortet: Wie sollen wir dem Europäischen Parlament legislative Kompetenzen geben? Wir haben ja auch keine Exekutive, wir haben ja keine Regierung. Da kann es auch keine Legislative geben.

Es ist ungemein interessant, daß gerade von ihm diese Antwort gekommen ist.

Nichtsdestoweniger wiederhole ich: Jeder mögliche Erfolg wird von uns gewünscht, denn ein Scheitern, ein Mißerfolg der Neun wäre ein Nachteil, ein Mißerfolg für uns alle! Darüber sollte es keine Täuschung geben.

Gleichzeitig sagen wir: Der Europarat muß auf seinem Platz bleiben und er hat seine Aufgabe zu erfüllen. Er war – vorkurzem sagten

wir es – die Brücke zwischen den Neun und den anderen Neun, die der Gemeinschaft nicht angehören. Seitdem im September Portugal dem Europarat beigetreten ist, können wir bereits sagen: Die Brücke zwischen den Neun und den Zehn. Und wenn vielleicht in einem Jahr, wenn der Prozeß so weitergeht, Spanien eine parlamentarische Demokratie wird, dann wird es die Brücke zwischen den Neun und den Elf sein. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Entwicklung so vor sich geht, auch wenn es noch eine ganze Reihe von Gefahren und Schwierigkeiten gibt. Es ist eine gute Chance, daß es dazu kommt.

Ich möchte noch sagen, daß die Aktivität des Europarats in der Zwischenzeit weitergeht, daß wir ungeheure Aufgaben zu bewältigen haben, aber daß ich oft das Gefühl habe, daß der Europarat so etwas wie eine von ihren eigenen Kindern vernachlässigte Mutter ist, denn der Europarat war die Mutter aller europäischen Institutionen; nur kümmern sich die Kinder wenig um die Mutter.

Aber es sind nicht nur die Kinder, sondern es sind auch die Mitgliedsstaaten. Ich habe es im Budgetausschuß gesagt, ich glaube, ich soll es dem Plenum nicht verheimlichen: Wenn wir die Budgetzahlen der Europäischen Gemeinschaften und des Europarates vergleichen, dann wird einem etwas schwindlig. Das Gesamtbudget der Europäischen Gemeinschaften 1976 beträgt 168.206 Millionen österreichische Schilling, das Gesamtbudget des Europarates 519 Millionen Schilling.

Bitte, das ist schwer zu vergleichen. Ich habe mir erlaubt, den Vergleich auszurechnen: Die EG hat um 324mal mehr Geld zur Verfügung als der Europarat. Das ist das tatsächliche Verhältnis.

Ja, ich weiß schon, zur EG gehört das große Faß ohne Boden, der Agrarmarkt; man schüttet die Millionen hinein, vor allem die Deutschen schütten hinein, und unten verschwindet es. Ich weiß nicht, wie lang das gehen wird, aber das gehört mit dazu. Zwei Drittel der Ausgaben der EG kommen auf den Agrarmarkt. Darüber soll es keine Täuschung geben.

Aber da ist nicht nur der Agrarmarkt, wie ich an einem anderen Beispiel zeigen möchte. Das Europäische Parlament der Neun hat 1345, der Beamte zur Verfügung. Wir haben in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates 43. Das ist kein Versprechen von mir. Das Europäische Parlament der neun hat 1345, der Europarat 43. Wir kommen damit aus. Es sind ausgezeichnete Beamte. Aber ich glaube, man hat in der Gemeinschaft so viel Geld, daß man es ausgeben muß. Jeder weiß, wie das in einer Verwaltung ist: wenn man es in einem

3620

Nationalrat XIV. GP – 38. Sitzung – 1. Dezember 1976

Czernetz

Budgetjahr nicht ausgibt, kriegt man im nächsten weniger. Man muß es also ausgeben.

Das ist schon eine bedenkliche, eine sehr ernste Sache. Wenn man uns die Frage stellt: Ja, wenn die EG sich voll bewährt, hat dann der Europarat überhaupt noch eine Bedeutung, wird er nicht obsolet? Zu dieser Frage möchte ich auf ein ernstes Problem aufmerksam machen. Wenn das Wachstum der EG so vor sich geht, wie man es jetzt oft anreißt, daß erst einmal Griechenland zu verhandeln beginnt, wenn Griechenland in zwei oder drei Jahren dazukommt, dann muß man die Türkei nehmen, das geht dann nicht ohne die Türkei, und dann Portugal und Spanien.

Der deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt sagte vor einem Jahr, daß damit der Geleitzug immer länger und unbeweglicher wird. Oder anders ausgedrückt: In Wahrheit kann das weitere Wachstum der EG nicht unbedingt eine wirtschaftliche Stärkung mit sich bringen.

Aber eines glaube ich mit ziemlicher Sicherheit sagen zu können: Auf lange Sicht wird die Zukunft eines größeren Europa über die Neun und die 19 oder die 20 hinausgehen, für das größere Europa wird es keine supranationale Lösung geben, sondern eine konföderative.

Und daß das nicht nur die Meinung von uns ist oder von mir, das ist sehr deutlich aus dem letzten Buch des französischen Staatspräsidenten Giscard d'Estaing zu erkennen. Übrigens geht er mit seiner Auffassung viel weiter. Giscard d'Estaing äußert sich in seinem eben erschienenen Buch „Französische Demokratie“ sehr deutlich über die internationale Politik Frankreichs:

„Es handelt sich zuerst darum, die Wirtschafts- und Währungsunion im Sinne des Vertrages von Rom zu Ende zu führen. Wir stellen fest, daß diese notwendige Union noch weit davon entfernt ist, fertig zu sein. Die erste Aufgabe ist es, dorthin zu gelangen. Danach muß das konföderative Funktionieren der Union européenne wachsen. Dies ist eine schwere und seit Anbeginn bestehende Aufgabe.“ Aber jedenfalls nicht eine im Vertrag von Rom festgelegte Aufgabe, das muß man schon dazusagen.

Und er sagt dann weiter:

„Die zu ergreifenden Maßnahmen, um dahin zu gelangen, sind, daß man sich auf die Entscheidungen der Regierungen und der nationalen Parlamente stützen muß, die allein imstande sind, die konföderative Union Europas zu organisieren.“

Ich würde sagen, das klingt viel mehr nach dem Europa der Vaterländer, freilich ohne

französische Hegemonie – auf die de Gaulle nicht verzichten konnte –, als nach einer supranationalen Lösung, und zwar auch innerhalb der Europäischen Gemeinschaft.

Hohes Haus, wir sind in Österreich also gar nicht so weit von den tatsächlichen Verhältnissen und der möglichen Entwicklung entfernt, wenn wir sagen, daß gerade der Europarat, und besonders die Parlamentarische Versammlung des Europarates, für die künftige konföderative Lösung der gleichberechtigten souveränen Staaten Europas einen geeigneten Rahmen abgeben kann. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Probst: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Scrinzi.

Abgeordneter Dr. Scrinzi (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der bisherige Verlauf der Debatte hat, glaube ich, gezeigt, daß die heutige Methode, die Budgetdebatte abzuwickeln, nicht sehr fruchtbar zu werden scheint.

Ich habe meinen Parteifreund Dr. Schmidt gebeten, mir Gelegenheit zu geben, auf den Herrn Kollegen Czernetz antworten zu können, damit es uns nicht so geht wie bei gewissen kirchlichen Liturgien, wo ein Teil in der Kirche singt, der andere Teil vor der Kirche, beide wissen nichts voneinander. Also es sollte eine parlamentarische Debatte eine Diskussion zu einem Gegenstand sein, und es sollte sich nicht darum handeln, daß man in gemischtem Kunterbunt Statements abgibt.

Wenn ich jetzt froh bin, daß ich gleich nach dem Kollegen Czernetz reden kann, so nicht deshalb, weil ich ihm viel entgegenzuhalten hätte. Im Gegenteil: Ich freue mich, namens meiner Partei betonen zu können, daß wir weitgehend mit den Auffassungen und Grundzügen übereinstimmen, die er vertreten hat.

Ich würde mich nur freuen, Herr Kollege Czernetz, wenn die Übereinstimmung, die zwischen Ihnen und mir zum Beispiel in den wesentlichen außenpolitischen Fragen herrscht, auch zwischen Ihnen und Ihrem Bundeskanzler herrschen würde. Vielleicht hätten wir dann einen anderen Außenminister, ich weiß es nicht. Das ist nicht gegen den derzeitigen Außenminister gesagt. Dessen Meinungskongruenz mit dem Herrn Bundeskanzler scheint intensiver zu sein. Aber der neue Herr Ressortminister hat in einer öffentlichen Veranstaltung sein eigenes Ressort sehr bescheiden als ein Ressort der Herstellung von Koordinierung im außenpolitischen Geschehen bezeichnet. Ich gebe zu, Außenpolitik ist heute natürlich sehr viel mehr als der bloße Austausch von diplomatischen Meinungen bei mehr oder weniger gutem Tee und Kaffee. Es spielen in die Außenpolitik

Dr. Scrinzi

ökonomische, militärische, allgemeinpolitische Komplexe hinein, und damit ist natürlich sozusagen im außenpolitischen Willensbildungsprozeß eine sehr viel komplexere Basis gegeben, als es vor Jahren oder Jahrzehnten, vor allem vor dem Zweiten Weltkrieg, war.

Ich begrüße es, daß der neue Ressortchef in der gleichen Debatte, die sich mit der Frage „Wer macht in Österreich Außenpolitik?“ beschäftigt hat, erläutert hat, daß er eine sehr realistische Einschätzung der Möglichkeiten österreichischer Außenpolitik hat. Sie haben, Herr Ressortminister, in völliger, ich möchte fast sagen, wörtlicher Übereinstimmung mit Thesen, die die Freiheitliche Partei hier im Haus immer wieder vertreten hat, zum Ausdruck gebracht, daß Sie sich über den begrenzten Aktionsradius österreichischer Außenpolitik durchaus im klaren seien. Ich halte das für sehr wesentlich.

Die Tatsache, daß wir über manche Strecken ein wenig das Gefühl haben, daß man in der österreichischen Außenpolitik den Grundsatz verfolgt hat: Mit dem Hut in der Hand kommst du durch das ganze Land!, läßt uns hoffen, daß wir diesem Grundsatz nicht allzusehr huldigen, denn das könnte zu einer Selbstüberschätzung der konkreten Möglichkeiten führen, die wir tatsächlich haben. Sie sollten sehr viel erfolgreicher sein oder gewesen sein, das hätte ich Ihnen und auch der österreichischen Außenpolitik gewünscht, als es um das Hutaufhalten beim Herrn Finanzminister gegangen ist. Dort sind Sie nämlich sehr stiefmütterlich behandelt worden. Von 100 S, die der Herr Finanzminister dem österreichischen Steuerzahler abnimmt, fallen ganze 41 Groschen in den außenpolitischen Hut, wenn ich bei diesem Bild bleiben darf. Nicht einmal soviel wie für die berühmte Bundestheaterverwaltung; die bringt es immerhin auf 48 Groschen von 100 S.

Herr Kollege Czernetz! Sie haben zum Teil Gedankengänge, die Sie aus Anlaß einer Einladung im Sejm, im polnischen Parlament, geäußert haben (*Abg. Czernetz: In der Gesellschaft für Außenpolitik!*), in der Gesellschaft für Außenpolitik, heute wiederholt. Ich würde nur allen Kollegen des Hohen Hauses empfehlen, diese Rede wirklich nachzulesen, denn ich glaube, wenn sich die österreichische Außenpolitik auf der Basis dessen bewegt, Herr Kollege Czernetz, was Sie dort gesagt haben, haben wir Konsens. Es gibt fast nichts, was dort nicht von uns Wort für Wort mitunterschrieben werden könnte. Ich darf Ihnen zu dieser Rede wirklich gratulieren. Sie war nicht nur von einer klaren grundsätzlichen Haltung getragen, sie war auch ausgezeichnet durch einen beachtlichen persönlichen Mut, möchte ich sagen.

Ich kann mir vorstellen, daß es nicht ganz

einfach ist – unter den Umständen, wie Sie diese Rede gehalten haben –, so harte und eindeutige Grenzziehungen vorzunehmen.

Wenn ich dagegen Ihren Parteifreund, den Herrn Minister Sinowatz, höre, der den politischen Bänkelsänger Biermann offensichtlich so als Barden einer kommenden eurokommunistischen Volksfrontpolitik nach Österreich einlädt, dann muß ich sagen: Hut ab vor Ihnen, Herr Kollege Czernetz, und alle Bedenken gegen Aktionen, wie sie der Herr Minister Sinowatz diesem ausgebürgerten Poltsänger der DDR gegenüber angeboten hat.

Herr Ressortminister! Ich hoffe, Sie haben nicht übersehen, daß solche Aktionen, wie ich glaube, nicht im Sinne der österreichischen Außenpolitik und im Sinne einer neutralen österreichischen Außenpolitik sein können. Eine solche Liebeserklärung an den Vertreter eines militant antidebaktrischen Regimes hat das neutrale und demokratische Österreich einfach nicht notwendig. (*Beifall bei der FPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.*)

Und noch etwas begrüße ich: Bei dieser von mir schon zitierten Rede des Kollegen Czernetz in Warschau ist eine späte Wiedergutmachung meiner Fraktion in diesem Hause gegenüber erfolgt. Wir erinnern uns – die Debatten liegen lange zurück – an die Zeiten, in denen immer wieder die Haltung der Freiheitlichen Partei zur österreichischen Neutralität kritisiert wurde, und zwar nur deshalb, weil man unsere damals eingenommene realistische Haltung zum Zustandekommen dieser Neutralität benutzt hat, uns als Feinde dieser Neutralität zu diffamieren. Die Freiheitliche Partei stand damals und steht heute auf dem Boden dieser in Österreich durch Verfassungsgesetz beschlossenen Neutralität. Und wir halten sie für eine der tragenden Säulen der gegenwärtigen und jeder künftigen österreichischen Außenpolitik.

Aber ich darf Sie, Herr Kollege Czernetz, zitieren, denn was Sie dort gesagt haben, war genau die Argumentation, die wir über das Zustandekommen der österreichischen Neutralität immer wieder vorgetragen haben.

Sie haben – und ich darf zitieren – am 7. Oktober 1976 – ich lese also jetzt „Polnisches Institut für Internationale Angelegenheiten“ – zu der Frage: Wie kam es zur österreichischen Neutralität?, folgendes gesagt:

„Wir haben zehn Jahre nach unserer Befreiung um unsere Freiheit kämpfen müssen. Aber wir wußten, daß wir die volle Souveränität, die Unabhängigkeit Österreichs, die Räumung unseres Landes durch die Besatzungstruppen der vier Mächte nur erreichen konnten, wenn wir unsere Neutralität erklärt. Wir haben die

3622

Nationalrat XIV. GP – 38. Sitzung – 1. Dezember 1976

Dr. Scrinzi

Freiheit mit der Neutralitätserklärung erkauft, aber wir haben diesen Preis sehr gerne bezahlt."

Das war ganz genau die Argumentation, die wir hier zur Entstehung der Neutralität immer hatten und die man immer wieder benutzt hat, unser klares Bekenntnis zum Neutralitätsstatus Österreichs in Zweifel zu ziehen. Ich bin also auch deshalb dankbar, daß Sie hier die Dinge beim Namen genannt haben. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Ich bin auch aus einem anderen Grunde dankbar. Ich glaube – hier sollten wir schon einen Beitrag zur psychologischen, zur geistigen Landesverteidigung leisten –, es ist eine völlig falsche Vorstellung – und, Herr Bundesminister, ich hoffe, Sie stimmen mir zu –, zu meinen, Neutralität kostet nichts. Im Gegenteil! Ich glaube, Neutralität erfordert einen ganz besonders hohen Preis. Der weitverbreitete Irrtum, Neutralität finanziere sich von selbst, sozusagen aus dem Wohlwollen der Nichtneutralen, könnte eines Tages ein gefährlicher Irrtum werden, das könnte eines Tages unsere Unabhängigkeit, unsere Souveränität in eine sehr kritische Situation bringen.

Neutralität kostet etwas, sie kostet nicht nur etwas, was der Herr Bundeskanzler immer wieder zu unterspielen versucht – beste Landesverteidigung ist eine gute Außenpolitik –, sie kostet selbstverständlich auch auf dem Gebiete der Landesverteidigung Anstrengungen.

Wenn wir am Freitag dieser Woche Gelegenheit haben werden, im Rat für Auswärtige Angelegenheiten auch zum Thema der Landesverteidigungsdoktrin vom außenpolitischen Standpunkt aus einige Beiträge zu leisten, so hoffe ich, daß der Konsens, der gerade aus dieser Ihrer Rede herauszulesen wäre, auch dort halten wird, daß wir es auch für notwendig erachten, durch klare Formulierungen der österreichischen Landesverteidigung vom Standpunkt der österreichischen Neutralitätspolitik und vom Standpunkt der österreichischen Außenpolitik einen klaren Raum zuzuweisen. Nur wenn von einer solchen klaren Basis aus die notwendigen Vorbereitungen im Rahmen der Landesverteidigung im engeren Sinn, im militärischen Bereich, im ökonomischen, aber auch im so wichtigen psychologischen Bereich getroffen werden können, dann werden sie auch wirksam sein.

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben vor wenigen Wochen aus Anlaß der Vorlage und Debatte über den Außenpolitischen Bericht Gelegenheit gehabt, noch einmal in großen Linien die außenpolitische Situation Österreichs zu analysieren, sie in dem schwierigen, sich stets wandelnden Kräftefeld der internationalen Politik zu beleuchten und einige Konsequenzen zu ziehen.

In der Zwischenzeit sind Äußerungen gefallen, die es notwendig machen, auf ein paar Fragen zurückzublicken.

Wenn mein Beitrag, der zeitlich begrenzte Beitrag zu dem Gegenstand „Kapitel Äußeres“, sich mehr mit dem Herrn Bundeskanzler als mit dem neuen Ressortchef befassen muß, dann ist das keine Abwertung, Herr Minister Dr. Pahr, sondern ist das eben eine Notwendigkeit, denn – ich scheue mich, bei dem an sich profunden Kenner der Außenpolitik, wie es der Kanzler ist, das Wort „dilettieren“ zu gebrauchen – manche seiner Äußerungen, die er in den letzten Monaten und Wochen getan hat, muß man fast als dilettantisch qualifizieren.

Wenn der Kanzler vor kurzem im Zusammenhang mit der Frage der Berlin-Klausel in den bilateralen Verträgen gesagt hat, es sei keine Rede von einer Druckausübung, dann wird einfach an den Tatsachen vorbeigeredet.

Natürlich wissen wir vom Druck, der hier auf Österreich von bestimmter Seite ausgeübt wird. Wenn keiner ausgeübt wurde, frage ich mich: Wozu bedarf es so minutiöser Verhandlungen zu Formulierungsfragen? Warum müssen unsere Diplomaten ihr ganzes Rüstzeug an völkerrechtlicher Terminologie, an diplomatischer Klugheit aufbieten, um gewissen Schwierigkeiten auszuweichen? Weil wir natürlich – und das liegt ja in der Natur der ganzen Situation – unter einem gewissen Druck stehen. Man sollte ruhig den Mut haben, wie ihn etwa der jugoslawische Staatschef Tito hat, der ganz offen von dem Druck spricht, der auf sein Land ausgeübt wird, und dem ein solches Bekenntnis als überzeugtem altem Kommunisten eigentlich schwerer fallen sollte als dem Kanzler des freien demokratischen und neutralen Österreich.

Ich kann nur sagen, Herr Bundesminister, daß es, wenn es darum geht, unsere Rechte als neutraler souveräner Staat zu verteidigen, niemanden geben darf, dessen Druck wir weichen. Wenn Sie diese Haltung einnehmen – und wir würden wünschen, daß Sie sie einnehmen, ohne daß jemand provoziert werden soll –, dann werden Sie mit der Unterstützung der Freiheitlichen Partei für eine solche Politik zu rechnen haben.

Aber verniedlichen wir nicht die exponierte Lage, in der wir uns insgesamt befinden. Versuchen wir nicht, dem Österreicher einzureden, uns haben ohnedies alle so lieb, es genüge ja, daß wir die Lipizzaner irgendwohin schicken, und dann ist gewissermaßen schon eine Bresche in die außenpolitische und diplomatische Front geschlagen. So ist es leider nicht.

In dem Zusammenhang warne ich auch zu glauben, daß von Vorleistungen, die wir in

Dr. Scrinzi

bestimmten Bereichen erbringen, allzuviel an konkretem außenpolitischen Gewinn zu erwarten ist. Ich spiele hier im besonderen auf die beiden Konventionen an, die jetzt in einem Unterausschuß des Außenpolitischen Ausschusses zur Beratung stehen, wo es um das von uns durchaus begrüßte Anliegen der Ratifizierung einer internationalen Konvention, unter anderem über die Menschenrechte, geht.

Auch hier, Herr Kollege Czernetz, muß ich sagen, daß mich Ihre Haltung beeindruckt hat, daß ich mich dieser Haltung nur anschließen und daß ich nur warnen kann, allzu eilfertig solche Instrumente, die wir ihrem Geist, ihrer Absicht nach durchaus gutheißen können, in einer Form mißbrauchen zu lassen, daß sie sich letzten Endes als bloße Propagandinstrumente jener Kräfte in der Welt handhaben lassen, die in ihrem eigenen Macht- und Einflußbereich die Rechte, von denen sie hier so pathetisch deklamieren, mißachten und mit Füßen treten.

Sie haben den Hinweis über die merkwürdige Interpretation zum Korb 3 von Helsinki, wie sie im östlichen Bereich die Führungsmacht gegeben hat, bereits zitiert, und ich kann nur in Ihrem Sinne sagen: Cave, ich fürchte die Danaer, auch wenn sie scheinbar humane Geschenke bringen. Daß dann eine mit qualifizierter Mehrheit von undemokratischen Staaten dominierte Kommission sozusagen die oberste moralische Instanz werden soll, die über Verletzung oder Nichtverletzung von Menschenrechten befinden soll, das muß uns mit größter Skepsis und größter Zurückhaltung erfüllen.

Selbstverständlich ist die Voraussetzung, daß Menschenrechte geschützt werden können, die, daß in den einzelnen Staaten der einzelne Bürger, das einzelne Individuum sie überhaupt in Anspruch nehmen kann, sonst bleiben sie eben bloße Deklamation und Papier, sonst bleiben sie bestenfalls strapazierte Propagandaschlagwörter.

Meine Damen und Herren! Ich möchte im zweiten und Schlußteil meiner kurzen Ausführungen auf zwei besondere außenpolitische Anliegen eingehen, Herr Minister, die natürlich auch Ihr Ressort, wie ich weiß, beschäftigen, die Ihnen wie uns auch künftig viele Sorgen bereiten werden. Ich möchte ganz kurz die Lage in Südtirol streifen und die Situation, wie sie sich seit dem 14. November, seit der geheimen Sprachermittlung in Kärnten, aus dem außenpolitischen Aspekt darstellt, berühren.

Nun, weil die Frage der Säumigkeit Österreichs bei der Erfüllung des Artikels 7 des Staatsvertrages eine so große Rolle in der internationalen Debatte gespielt hat, sollte doch daran erinnert werden, daß das Jahr 1976 zum

dreißigstenmal die Jährung des sogenannten Gruber-De-Gasperi-Abkommens gebracht hat und daß wir feststellen müssen, daß, jedenfalls vom österreichischen Standpunkt her gesehen, dieses Abkommen nach 30 Jahren immer noch nicht erfüllt ist, wenn ich ausklammere, daß es, um mich sehr nobel auszudrücken, in den Grundfragen ja ohnedies von allem Anfang an einer Fehlinterpretation von italienischer Seite unterlegen ist; denn selbstverständlich war dort von einer Provinzialautonomie für das deutsche Südtirol die Rede und nicht von einer Regionalautonomie der Region Trentino-Tiroler Etschland.

Aber bei Ausklammerung dieser Grundsatzfrage und bei aller Reservation, die gerade die Freiheitliche Partei gegenüber dem Paket hier im Hause demonstriert hat, halten wir fest, daß auch das in den bilateralen Gesprächen – daß es Verhandlungen wären, hat ja Italien immer bestritten – eingeräumte Bündel von Teilrechten aus dem großen Autonomiekomplex noch immer nicht erfüllt ist, daß der 31. 12. in wenigen Wochen vorbei sein wird, an dem, wie ich fürchte, nunmehr zum drittenmal die zugesagte endliche Durchführung der offenen Paketfragen fällig gewesen wäre.

Ich will es mir ersparen, die einzelnen offenen Probleme anzuführen. Sie haben auf eine Anfrage eines ÖVP-Abgeordneten im Ausschuß eine schriftliche Zusammenfassung dieser Fragen gegeben. Ich nehme an, daß der Herr Professor Ermacora sich mit dem Komplex als viel Kundigerer noch befassen wird, aber es sind doch sehr wichtige Kompetenzen, deren Durchführung Italien immer wieder verschiebt, und zwar mit dem gleichen Effekt – das läßt sich voraussagen –, den wir auch in der Kärntner Minderheitenfrage feststellen können. Je länger wir die Durchführung des Artikels 7 verschieben, umso schwieriger wird seine Durchführung werden.

Damit bin ich also bei der Kärntner Frage. Auch hier wäre ich Ihnen dankbar, Herr Minister Dr. Pahr, wenn Sie Ihrem Kanzler nahelegen würden, daß das Hasardieren, das er in dieser Frage in den letzten Wochen und Monaten an den Tag gelegt hat, der Lösung der Sache vom außenpolitischen Standpunkt her gesehen nicht nützlich sein kann.

Ich begrüße es, daß Sie in Reden der letzten Zeit in dieser Frage eine klare Sprache gesprochen haben. Ich bedaure es, daß wir die Note Jugoslawiens vom 10. 11. dieses Jahres, die schärfste, wie Sie selber gesagt haben, noch immer nicht im Wortlaut in Händen haben und daß wir Abgeordnete – ich zum Beispiel – den Umweg der Übersetzung der in der „Borba“ schon am 11. verlautbarten Note gehen müßten,

3624

Nationalrat XIV. GP – 38. Sitzung – 1. Dezember 1976

Dr. Scrinzi

um in den Besitz des Wortlautes zu kommen. Das ist nicht, sagen wir, im Sinne der Verbesserung des Informationsflusses gewesen.

Ich weiß auch nicht, wieweit Sie die Oppositionsparteien bei dem Entwurf der Antwortnote mit heranziehen werden, ob das vielleicht allenfalls auch Gegenstand von Erörterungen im kommenden außenpolitischen Rat vom Freitag dieser Woche sein wird. Ich würde es begrüßen, weil ich es bedauern würde, wenn dank der wiederholten und widersprechenden Äußerungen des Herrn Bundeskanzlers seit dem 14. 11. die hier erzielte Parteieneinigung wiederum in Frage gestellt werden sollte. Denn man erinnere sich: Die Motivierung für den 1972 überfallsartig durchgepeitschten Initiativantrag der sozialistischen Fraktion zur Lösung des Artikels 7/3, also Ortstafelgesetz, wie es in der gängigen Verkürzung heißt, wurde unter anderem damit begründet, daß schon sehr viel, zuviel Zeit vergangen sei und daß es ein Verdienst der sozialistischen Alleinregierung wäre, daß sie nun endlich sozusagen den Teufel bei den Hörnern gepackt hat und dieses Gesetz in einer im Verfahren höchst fragwürdigen und im Erfolg höchst negativen Weise durchgepeitscht hat. Aber die Begründung war: Duldet keinen Aufschub.

Dann hat der Herr Bundeskanzler mit einem Respektabstand sich sozusagen an die Brust geklopft und gesagt: Das war falsch. Da machen wir jetzt eine Dreiparteienlösung. – Er hat zu diesem Zweck – ich glaube, es geschah über Anregung der ÖVP – die Ortstafelkommission einberufen. Dort wurden sich die Parteien beziehungsweise die dort tätigen Experten in einem langen Meinungsbildungsprozeß darüber einig, daß es ohne Orientierungshilfe, ohne quantifizierendes Verfahren nicht möglich sein werde, den Artikel 7, soweit er noch nicht durchgeführt ist, befriedigend durchzuführen.

Auf diese Linie ist der Herr Bundeskanzler eingeschwenkt, hat sich allerdings sehr bald nach dem 14. November wiederum als einer deklariert, der eigentlich im Grunde ohnedies nie dafür war, hat sich höchst eigenwillige Interpretationen des Ergebnisses dieser Zählung im Zusammenhang mit dem Volksgruppengesetz erlaubt und plötzlich zum allgemeinen Erstaunen erklärt: Dieser eher symbolträchtige Akt der Ortstafeln ist ja eigentlich gar nicht so wichtig!

Eine solche Haltung des Regierungschefs in einer Frage, die nicht nur viele innenpolitische Emotionen aufgeworfen, viel innenpolitisches Porzellan zerschlagen und viel internationale Diskussion – sie war nicht unbedingt zu unseren Gunsten – hervorgerufen hat, ist vom außenpoli-

tischen Standpunkt – den anderen klammere ich aus – absolut zu verurteilen und zu kritisieren.

Ich hoffe, daß Sie mit uns, Herr Bundesminister, der Auffassung sind: So kann man diese Frage nicht behandeln, vor allem auch deshalb nicht, weil sich ja die Kärntner Bevölkerung, die als einzige trotz der Informationsmängel, trotz der heute schon kritisierten Haltung mancher halboffizieller Institutionen in diesem Lande dem gesetzlichen Auftrag mit einem überzeugenden demokratischen Votum nachgekommen ist, langsam gefoppt fühlen muß und weil natürlich darüber hinaus der Staatsbürger, der nicht nur aufgerufen wurde, zur Zählung zu gehen, sondern der letzten Endes diese auf ganz Österreich ausgedehnte Zählung mit relativ viel Geld auch finanzieren muß, gleichfalls nicht mehr weiß, wo er eigentlich steht.

Ich meine also, es ist im Interesse nicht nur Kärntens, sondern ganz Österreichs notwendig, daß der Parteienkonsens durch unbedachte Äußerungen nicht gefährdet wird und daß wir nicht wieder im außenpolitischen Raum das Aufflammen der gesamten Diskussion zu diesem Komplex leichtfertig – wir werden es vielleicht trotzdem nicht ganz verhindern können – provozieren oder ihm billige Nahrung liefern.

Der Bundeskanzler reist in der ganzen Welt herum und gibt gefragt oder ungefragt Ratschläge an jedermann: ob das Sadat, Rabin, Gaddafi, Giscard d'Estaing oder wer immer ist. Daß er im Rahmen der Sozialistischen Internationale auch seinen Parteifreund Helmut Schmidt nicht davor verschont, mag seine Angelegenheit sein, berührt uns hier nicht unmittelbar. Aber allmählich wird er doch in die Lage des rechten Schächers kommen, dem der linke sagt: Was gibst du mir so gute Ratschläge, und dir selber kannst du nicht helfen!

Hier, an den Karawanken, wäre jetzt einmal Ordnung zu machen und nicht irgendwo in der Welt!

Ich hoffe, Herr Minister, Sie tragen Ihrerseits einiges dazu bei, daß dieses ganze Thema nicht wiederum eine Spielwiese für außenpolitische oder sonstige Hasardspiele des Herrn Bundeskanzlers wird.

Ein abschließendes Wort noch zu einem Thema, das eine gewisse Aktualität hat und wobei ich an eine Rede anknüpfe, die Sie, Herr Minister, in der Außenpolitischen Gesellschaft gehalten haben, eine Rede über „Gegenwart und Ausblick der österreichischen Außenpolitik“, wie es, wie ich glaube, hieß. Ich kann Ihnen über weite Strecken gleichfalls zustimmen. Wir reden ja vom Konsens, und ein solcher Konsens in vielen Fragen ist ja auch der Grund unserer Zustimmung zu Ihrem Budget, obwohl es

Dr. Scrinzi

manches gibt, das uns das Zustimmen, das sage ich ganz offen, schwergemacht hat. Aber heute möchte ich eher die konstruktiven und nicht die anderen Gesichtspunkte herausstellen.

In dieser Rede haben Sie sich auch mit der Rolle des Außenhandels beschäftigt. Die Bedeutung der Rolle des Außenhandels vom Ökonomischen her haben Sie zu Recht unterstrichen. Ein Drittel des österreichischen Bruttosozialproduktes wird aus den Erträgen des Außenhandels finanziert.

Sie haben auch die Bedeutung, die die Ausdehnung des Außenhandels über alle ideologischen und Systemgrenzen hinweg habe, ganz besonders betont. Aber ich hätte – da Sie es nicht getan haben, tue es ich jetzt hier im Hause – doch ein kritisches und mahnendes Wort gerade zum Thema des Osthändels erwartet. Nicht nur, daß wir vor kurzem erfahren haben, daß wir bei einem quantitativ relativ unbedeutenden Außenhandelspartner, der Republik Nordkorea, derzeit mit einer Forderung von 1 Milliarde dastehen und kein Mensch weiß, wie diese Forderung realisiert werden kann, müssen wir sagen: Die Gesamtsituation unserer östlichen Handelspartner hat dank des Versagens des dortigen Staatswirtschaftssystems zu einer Situation geführt, die besorgniserregend ist, die nicht nur, wie wir auf den letzten Konferenzen im Osten erlebt haben, dort zu heftigen internen Diskussionen und Auseinandersetzungen führt, sondern die für die hauptsächlichen westlichen Handelspartner auch ganz betrübliche Konsequenzen nach sich zieht.

Wenn die Bundesrepublik vor kurzem feststellen mußte, daß sie allein im Osthandel offene Forderungen im Umfang von 160 Milliarden Schilling hat, dann sollte doch darauf hingewiesen werden, welch besonderes Risiko dieser Osthandel für uns mit sich bringt. Ich rede gar nicht von der Frage, ob wir mit der genügenden Sorgfalt die Ausgewogenheit unserer Abhängigkeit auf bestimmten Sektoren, etwa auf dem Energiesektor, vom Osten prüfen. Auch ein Thema, wo gegenüber dem Handelsminister der Außenminister verpflichtet wäre, ab und zu warnend seine Stimme zu erheben.

Es muß also gesagt werden, daß wir doch vor Schwierigkeiten stehen und daß nach der ganzen Situation dort drüber mit einer Zunahme dieser Schwierigkeiten zu rechnen ist.

Herr Bundesminister! Ich schließe ab mit der Wiederholung eines Appells, den ich namens der Freiheitlichen Partei eigentlich an alle Ihre Vorgänger im Haus, solange ich die Ehre hatte, als Sprecher meine Partei zu vertreten, gerichtet habe: Wenn wir uns nach langer Prüfung noch einmal aus der Überlegung, daß der Konsens in

der Außenpolitik einen Preis, auch den Preis der Zurückstellung oppositioneller Effekte, wert ist, zur Zustimmung entschließen, dann bitte das nicht als eine Art Freibrief und als eine Art Pauschalzustimmung zu all dem zu betrachten, was sich heute als Außenpolitik repräsentiert. Nehmen Sie auch meine heutigen Ausführungen, die nur einige Punkte kritisch gestreift haben, ernst, ergreifen Sie die Zügel der Außenpolitik, lassen Sie sich nicht – wie ich schon in der letzten Rede unter Zitierung einer Basler Zeitung gesagt habe – zum Erfüllungsgehilfen Ihres sehr einfallsreichen Bundeskanzlers machen und trachten Sie, dem Grundsatz des Konsenses jene Interpretation zu geben, die die unabdingbare Voraussetzung unserer Mitarbeit und der Übernahme der Verantwortung für ein unterdotiertes Budgetkapitel Äußeres darstellt: daß der Konsens vor den Entscheidungen gesucht werden muß und nicht darin besteht, daß wir nachher über Entscheidungen mehr oder weniger wohlwollend informiert werden!

Wir betonen abschließend noch einmal: Im Interesse Österreichs sind wir zur Zusammenarbeit unabhängig von der Gesamtsituation, der wir uns als Opposition gegenübersehen und die gerade durch die gestrigen Mehrheitsbeschlüsse für uns außerordentlich prekär geworden ist, bereit, aber nehmen Sie zur Kenntnis: Konsens heißt Herstellen der Übereinstimmung vorher und nicht erst nachher! (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Probst: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Dr. Fiedler.

Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. **Fiedler** (ÖVP): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch ich spreche zur Beratungsgruppe III, Äußeres. Um es gleich vorwegzunehmen: Dem Kapitel Äußeres im Bundesvoranschlag 1977 können wir unsere Zustimmung nicht geben, und zwar aus vielerlei Gründen nicht. (Der **Präsident** übernimmt wieder den Vorsitz.)

Meine Fraktion lehnt dieses Kapitel ab, nicht weil wir nichts von Außenpolitik halten oder weil wir meinen, die Ausgaben für diese staatspolitisch wichtigen Dinge seien zu hoch. Im Gegenteil, wir halten gerade für ein neutrales Land wie Österreich, das schon allein wegen seiner Größe und seiner geographischen Lage eine exponierte Stellung und Position innehat, eine aktive und erfolgreiche Außenpolitik für lebensnotwendig.

Was uns aber gegenwärtig stört, das ist allein schon die grundsätzliche Handhabung dieses wichtigen Instruments, nämlich die unübersehbare Diskrepanz zwischen dem, was im Bundes-

3626

Nationalrat XIV. GP – 38. Sitzung – 1. Dezember 1976

Dr. Fiedler

voranschlag unter Äußeres vorgegeben ist, und jener Praxis, wie die Außenpolitik in diesem Lande wirklich gemacht wird.

Das heißt – und hier spreche ich in erster Linie den Herrn Bundeskanzler an –, daß sich unsere Vorstellungen von Außenpolitik in diesem Lande schon in wesentlichen Grundsätzen von jenen der Regierung unterscheiden.

Ich möchte da nur an meine Worte vom 23. Juni eben an dieser Stelle erinnern, als ich diese Diskrepanz ebenfalls schon aufgezeigt habe, was dem Herrn Klubobmann der sozialistischen Fraktion, Abgeordneten Dr. Fischer, gar mißfallen hat, und empfohlen habe, im Sinne des von der Regierung damals propagierten Spargedankens die entsprechenden Konsequenzen daraus zu ziehen.

Woran wir uns stoßen und was ich damals gemeint habe, war, daß hierzulande die Außenpolitik sowohl in der praktischen Durchführung als auch in der theoretischen Ausarbeitung vom Bundeskanzler selbst gemacht wird, und zwar nicht unter Ausschluß der Öffentlichkeit und der parlamentarischen Opposition, sondern – und das nimmt bisweilen gar peinliche Formen an – auch unter Ausschluß des Außenministers.

Das war es, was mich im Sommer dazu bewogen hat – schon allein aus Gründen der Fairneß, nicht ständig irgendeinen Außenminister zu brüskieren – vorzuschlagen, diesen Posten überhaupt, wenigstens für einige Zeit, einzusparen.

Aber wie schon früher, hat sich diesmal wieder jemand gefunden, dem derartige Usancen offensichtlich keine Rolle zu spielen scheinen, der, wie schon sein Vorgänger unter Kreisky, genauso wie oftmals ausländische Diplomaten die besondere Zuständigkeit des Bundeskanzlers in Sachen Außenpolitik anerkennt. Wohin dies letztlich führt, hat uns unter anderem seinerzeit die Debatte in diesem Hause um das Südafrikaprojekt der VÖEST-Alpine, um die Beteiligung an der Errichtung eines Stahlwerkes an der Saldanha-Bay, gezeigt.

Meine Damen und Herren! Was damals dem Vorgänger des Herrn Ministers Dr. Pahr, Dr. Bielka, wegen seiner Uninformiertheit über die außenpolitischen Absichten seines Bundeskanzlers widerfahren ist, das mußte ja jedem Augenzeugen wirklich peinlich sein, sogar uns. Derartige Vorkommnisse sind nicht nur in anderen Bereichen undenkbar, sondern auch ganz besonders in der Außenpolitik untragbar. (*Beifall bei der ÖVP*)

Schon allein wegen dieser Zustände können wir die Außenpolitik auch im Budgetvoranschlag nicht gutheißen.

Ich habe mich gewundert, daß zwar der Sprecher der kleinen Oppositionspartei, Dr. Scrinzi, ganz besonders auf dieses Moment klar und deutlich hingewiesen hat, daß aber auf der anderen Seite die FPÖ diesmal doch bereit ist, dem Kapitel ihre Zustimmung zu geben.

Unter jenen Dingen, die wir nicht gutheißen können, stechen besonders die zahlreichen Hobbyreisen des Bundeskanzlers, auf die wir wiederholt hingewiesen haben, hervor, ebenfalls kritisiert von der FPÖ. Mag auch lautstark verkündet worden sein, daß diese Reisen, wie etwa in die arabischen Länder, auch für Österreich wenigstens wirtschaftliche Vorteile gebracht hätten, so vermissen wir doch die Beweise dafür.

Vom Tunnel unter dem Suezkanal und anderen Projekten in Ägypten haben wir seither nichts wieder gehört, außer daß sie fehlgeschlagen oder zumindest für Österreich ohne Bedeutung geblieben sind. Kurz: Außer Spesen – nicht für die Reisen des Dr. Kreisky, sondern für die Projekterstellung der diversen Firmen – ist nichts gewesen.

Die Liste von groß angekündigten wirtschaftlichen Erfolgen im Zuge von Reisen läßt sich beliebig lang fortsetzen. Wenn man aber hinterher untersucht, was aus all diesen Projekten geworden ist, dann erlebt man eine tiefe Enttäuschung. Wenn überhaupt ein Geschäft zustande gekommen ist, dann nicht selten zu Konditionen und Preisen, die der Bezeichnung „Geschäft“ wirklich Hohn sprechen.

Ich erinnere da nur an die „großartigen“ Waggonlieferungen für Persien, die für die Herstellerfirma leider ein echtes Verlustgeschäft geworden sind.

Und noch etwas, meine Damen und Herren, zu diesen Missionen. Was hilft es, wenn der österreichische Bundeskanzler dank entsprechender Publicity in Kairo ein bekannter Mann ist, gleichzeitig sich aber das Verhältnis zu Israel erheblich verschlechtert hat?

Wie nannte doch erst kürzlich der israelische Ministerpräsident Rabin den österreichischen Bundeskanzler? Einen nicht ernst zu nehmenden Politiker! Soweit ist es also mit dem Ruf des Regierungschefs Österreichs, des neutralen Österreichs, im Ausland gekommen: naiver Politiker muß er sich nennen lassen. Das sind also die „großartigen“ außenpolitischen Erfolge, das ist das Ergebnis einer selbsterkorenen Vermittlerpolitik zwischen zwei tief verfeindeten Lagern, nach der aber niemand gefragt hat.

Wie nachhaltig die Auswirkungen einer derart einseitigen Einmischung in den Nahostkonflikt sind, das bewies schon allein das

Dr. Fiedler

Treffen zwischen Rabin und Kreisky am vergangenen Sonntag. Denn auch dieses Treffen konnte nicht über die Meinungsverschiedenheiten hinwegtäuschen, auch wenn man nachher gesagt hat, die sogenannten Mißverständnisse wären angeblich ausgeräumt. Denn der israelische Ministerpräsident zeigte sich nach wie vor zurückhaltend bei der Frage, ob die Fact finding Missions des österreichischen Bundeskanzlers im Nahostkonflikt eine Hilfestellung leisten würden. Wie schädlich sich derartige unliebsame Einmischungen auswirken können, brauche ich ja nicht näher zu erläutern.

Dieses eindeutige Einschwenken der Außenpolitik ins arabische Lager kann einem neutralen Staat einfach nicht zuträglich sein.

Auch die Verantwortung mit nationalen Wirtschaftsinteressen können wir nicht akzeptieren, weil eben keine – so wie angekündigt – bedeutenden wirtschaftlichen Erfolge nachzuweisen sind, womit die negativen außenpolitischen Konsequenzen zu „entschuldigen“ wären.

Negativ muß sich schließlich auch die lang gepflogene Anbiederung an den radikalen libyschen Staatspräsidenten Gaddafi auswirken, genauso wie die Einladung an den PLO-Führer Arafat, sich hier in Wien anzusiedeln. Auch später erfolgte Korrekturen, als sich die wahre Stellung dieser beiden Herren sogar im eigenen arabischen Lager gezeigt hat, können den schlechten Eindruck eines derartigen Fehlverhaltens in der Außenpolitik nicht mehr verwischen. Statt neue Freunde zu gewinnen, hat man sich dadurch nur die Freundschaft mit alten Bekannten verdorben.

Nicht immer ist es richtig, mit den Wölfen zu heulen! Schon gar nicht bei einem so überaus heiklen Problem wie in der Nahostfrage, wo sogar internationale Staatsmänner sehr behutsam und vorsichtig agiert haben. Diese privaten Sologänge müssen daher eindeutig als Fehltritte des Bundeskanzlers klassifiziert werden. Vom Fingerspitzengefühl eines „Diplomaten“ war dabei jedenfalls nichts zu merken. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Dies umso mehr, meine Damen und Herren, als die diversen privaten Reisen im Dienste der Sozialistischen Internationale dann mit einem halboffiziellen Anstrich versehen wurden, woraus sich eine ganz eindeutige Vermischung von Staats- und Parteipolitik ergeben hat. Und dagegen verwarthen wir uns auf das allerentschiedenste! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Denn wir, meine Damen und Herren, haben eine Außenpolitik im Interesse der gesamten Bevölkerung Österreichs zu machen und nicht nur, wie Sie von der sozialistischen Fraktion glauben, für Ihre 50,42 Prozent der Wähler,

nämlich zum Ruhme der Sozialistischen Partei und deren Parteivorsitzendem. Denn so ganz nach dem Vorbild des US-Außenministers Kissinger wurden da in Privateigenschaft eine Erkundungsmission nach der anderen und Vermittlungsreisen durchgeführt, die letztlich zu skurrilen und peinlichen Situationen geführt haben, wo sich selbst wiederholt offizielle Regierungspolitik und gleichzeitig privat vertretene sozialistische Politik bedenklich widersprochen haben.

Diese „Glamourpolitik“, wie sie schließlich im Ausland genannt wurde, hat Österreich aber letztlich nichts, rein gar nichts gebracht. Im Gegenteil, auf Grund dieser Überbewertung und Übertreibung der multilateralen Diplomatie nach dem amerikanischen Vorbild wurden traditionelle bilaterale und zugleich wichtige Kontakte ausgehöhlt.

Anstelle der früher üblichen und noch von dem heutigen Bundespräsidenten Kirchschläger als lebenswichtig erkannten zielgerichteten und über längere Perioden hinweg ruhigen Politik sind sprunghafte Ideen und Einfälle des Bundeskanzlers getreten, die dann ohne Rücksprache selbst mit seinem Außenminister auf irgendeinem Weg auch in die Praxis umgesetzt wurden.

Daß dies hier nun nicht leere Phrasen sind, meine Damen und Herren, kann ich mit einem Zitat aus einer auch nach den eigenen Worten des Herrn Bundeskanzlers von ihm hochgeschätzten Zeitung, nämlich der „Presse“, belegen.

Diese schrieb am 22. Oktober 1976 auf Seite 3:

„Ausländische Beobachter wußten nicht mehr, wie sie das hektische Getriebe deuten sollten, heimische Diplomaten fürchteten, die Aktivität nicht mehr überschauen zu können. Damit ist aber beinahe eine Aufgabe verraten worden, die Kirchschläger während seiner Zeit als Außenminister so formulierte: Österreich muß für die anderen Staaten überschaubar, kalkulierbar sein.“

Sie sehen, meine Damen und Herren, wir kritisieren die Außenpolitik dieser Regierung nicht ohne Grund. Nicht, weil wir aus Prinzip dagegen sind, sondern weil es sich inzwischen auch im Ausland herumgesprochen hat, daß Österreich in seinen Beziehungen zum Ausland von einem stabilen und gleichförmigen Weg abgekommen ist.

Dies mußte sich zwangsläufig ergeben, und zur Verdeutlichung möchte ich nochmals die „Presse“, diesmal vom 27. Oktober 1976, zitieren. Hier lautet es:

„Die Frage ist nur, ob man sich im Ausland die Mühe nimmt, Österreich über lange Phasen zu

3628

Nationalrat XIV. GP – 38. Sitzung – 1. Dezember 1976

Dr. Fiedler

beobachten und dann die Kontinuität seiner Politik zu erkennen. Wenn die Botschafter eine ihnen neuartige Formulierung des Regierungschefs hören, dann müssen sie (das ist ihr Job) herausfinden, was er damit meint. Und wenn das zu lange dauert, weil dem Außenministerium die Antwort nicht gleich einfällt, glauben sie an besondere Vorgänge. Und andere Regierungschefs, die vielleicht nicht so sattelfest in internationalen Fragen sind wie Kreisky, mögen sich überfordert (und unangenehm berührt) fühlen, wenn ihnen aus Österreich ohne lange diplomatische Vorarbeit eine fertige Idee aufgetischt wird. Oder wenn Ideen zu oft aufeinanderfolgen. Oder allzu rasch wieder der Vergessenheit anheimfallen.“

Meine Damen und Herren! Die Richtigkeit dieser zitierten Stellen läßt sich leider nur allzuoft nachweisen.

Was ist denn geworden aus all den Gipfelkonferenzideen des Bundeskanzlers aus den vergangenen Monaten? Was wurde aus den Plänen für einen Gipfel der westlichen demokratischen Staaten im Rahmen des Europarates? Was wurde aus den Vorschlägen für eine europäisch-amerikanische Aussprache auf höchster Ebene? Was wurde aus der Vorbereitungsrunde der westlichen Staaten auf hoher Ebene für die Belgrader Konferenz? Was aus der Art „politischer OECD“, um auch die Nicht-EG-Staaten in den europäischen Dialog mit einzubeziehen?

Was geblieben ist von diesen sprühenden Ideen, war ein Übereinkommen über ein Treffen der Staaten der Rumpforganisation EFTA im nächsten Jahr. Alles andere, so scheint es mir, war eher für die Wähler gedacht, um Dr. Kreisky als Staatsmann zu profilieren.

Bei den ausländischen Gesprächspartnern, selbst bei Gesinnungsgegnern wie dem deutschen Bundeskanzler Helmut Schmidt, ging es über ein höfliches Zuhören nicht hinaus.

Die dauernden außenpolitischen Alleingänge des Bundeskanzlers dienen keinesfalls der grundsätzlichen österreichischen Zielsetzung, seine Politik eindeutig, berechenbar, stetig und vertrauerweckend zu gestalten. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Denn bei all dem ist auch für das Ausland die Grundhaltung des Bundeskanzlers, wonach im Laufe der Zeit die früher gepflogene Haltung der Grundsatztreue und der Zurückhaltung verlassen wurde, nicht zu übersehen.

Der Grundsatz, die Mehrheit hat immer recht, scheint ihm auch der Leitfaden für die Außenpolitik zu sein, was sich letztlich im Verhalten im Rahmen der Vereinten Nationen des öfters deutlich geäußert und gezeigt hat.

Das Abstimmungsverhalten entspricht in letzter Zeit bei weitem nicht mehr den neutralen Grundsätzen, sondern orientiert sich vielmehr eher nach dem Muster der sogenannten blockfreien Staaten.

Hier müssen wir eindeutig warnen: Die Realität im österreichischen Volk ist nach wie vor für das Zugehörigkeitsgefühl zum Westen, wir identifizieren uns eindeutig mit der westlichen Zivilisation, mit dem westlichen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, und zwischen dem Westen und den Blockfreien ist allemal noch ein großer Unterschied. Selbst wenn man dieses Verhalten noch mit wirtschaftlichen Notwendigkeiten entschuldigen wollte, so fehlt auch hier nach wie vor der Erfolgsnachweis.

Noch immer haben wir keine Garantie dafür, daß die UNO-City, für die der österreichische Steuerzahler Milliardenbeträge geopfert hat, auch wirklich widmungsgemäß Verwendung finden wird.

Im Gegenteil, die Bestrebungen der letzten Tage, daß die gesamte Organisation in New York bleiben soll, werden immer stärker. Uns bleibt nicht nur eine leere UNO-City, sondern wir haben auch noch umsonst bezahlt, nämlich den Preis, daß die Regierung bei Abstimmungen in der UNO den zweifelhaften Intentionen der dritten und vierten Welt den Vorzug gegeben hat, vielfach auf Kosten von bewährten Beziehungen zu alten Freunden.

Und dies, Herr Bundeskanzler, ich sage absichtlich nicht „Außenminister“, sondern „Bundeskanzler“, ist ein gewagtes Spiel, das sich ein so kleines Land wie Österreich einfach nicht leisten kann. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Sosehr wir über diese Entwicklung der Beziehungen zu den westlichen Staaten in der letzten Zeit enttäuscht sind, Beziehungen, die ja überhaupt grob vernachlässigt wurden, so können wir nur hoffen, daß die avisierte Reise des Außenministers, des neuen Außenministers in die Vereinigten Staaten im kommenden Frühjahr, ein neuer Anfang oder wenigstens der Versuch ist, ein Fehlverhalten der Vergangenheit zu korrigieren.

Auch auf einen weiteren Mangel der Außenpolitik dieser Regierung möchte ich wie vor Jahresfrist hinweisen. Nach wie vor wird einer unübersehbaren Entwicklung in der Weltpolitik nicht ausreichend Rechnung getragen, wird der Aufstieg Chinas in den Kreis der Weltmächte ignoriert. Außenpolitische Beziehungen zu diesem volkreichsten Land der Erde sind mit der Entsendung eines Botschafters allein nicht abgetan.

Daß die österreichische Bundesregierung in

Dr. Fiedler

bezug auf China zuwenig Initiativen entfaltet, macht sich auch wirtschaftlich bemerkbar, insbesondere etwa bei der verstaatlichten Edelstahlindustrie. Aber dies scheint die Bundesregierung ebensowenig zu stören wie die Tatsache, daß China immerhin im Kreise der Entwicklungsländer ein gewichtiges Wort mitzureden hat.

Auch ein Engagement an anderen Orten wäre wenn schon nicht wirtschaftlich, so doch wenigstens moralisch gerechtfertigt, selbst wenn man damit nicht der Mehrheit der hemdärmeligen Politiker in Form der dritten und vierten Welt in der UNO das Wort geredet hätte, denn Mehrheitsentscheidungen mit ihren Konsequenzen etwa in Angola und Moçambique können und dürfen wir einfach nicht gutheißen.

Noch immer müssen die Maßstäbe einer zivilisierten Welt bei uns Gültigkeit haben, und da darf man einfach nicht den Greuelaten, die verübt worden sind und leider weiter verübt werden, schweigend zusehen. Die Dramen, die sich im mittleren Afrika genauso wie in Äthiopien und auch im Irak bei den Kurden abgespielt haben, sind einfach negiert worden, weil man offensichtlich gewartet hat, bis der Stärkere überblieb, den man dann heftig akklamieren kann. Auch so, meine Damen und Herren, kann man Außenpolitik auffassen. Aber nicht mit uns! Denn für uns sind Charakterstärke und Linientreue noch immer die oberste Maxime für eine neutrale Außenpolitik. (*Beifall bei der OVP.*)

Hohes Haus! Auch die Beziehungen zum Osten sollten neu überdacht werden, denn Außenpolitik heißt auch die Sicherung des Bestandes eines Staates gegenüber jenen Bedrohungen, die von außen kommen, sowie die Sicherstellung der von außen abhängigen Komponenten des politischen Bestandes. Deshalb ist es auch notwendig, eine gewisse Ostdrift unserer Außenpolitik zu den kommunistischen Staaten zu revidieren. Die Wochenendreisen, die der Bundeskanzler ohne Außenminister machte, haben hiezu entsprechend beigetragen. Das kurze Strohfeuer von Exporterfolgen, das übrigens nicht nur Österreich, sondern der gesamte übrige Westen erlebt hat, ist inzwischen erloschen, und eine tiefe Ernüchterung hat um sich Platz gegriffen. Auf der einen Seite stagnieren die Exporte beinahe, auf der anderen Seite haben wir uns mit der Liberalisierung eine Konkurrenzierung unserer eigenen Wirtschaft aufgebaut, die noch verhängnisvolle Folgen haben wird.

Außenpolitik 'mit kommunistischen Ländern' heißt nicht Anbiedern, sondern verlangt zähes, hartes Verhandeln. Nicht zuletzt war ein solches Verhandeln eine entscheidende Voraussetzung für den Abschluß unseres Staatsvertrages.

Meine Damen und Herren! Eng mit dem Osten zusammen hängt auch das Kapitel KSZE. Hier müßte unserer Auffassung nach einfach mehr getan werden, als nur von den Beschlüssen und den theoretischen Vorteilen zu reden. Auch die Durchführung müßte beobachtet werden und jeweils – wie schon längst notwendig – auf die Unzulänglichkeiten hingewiesen und auf die Einhaltung von Beschlüssen gedrungen werden.

Wie steht es etwa mit der Einfuhr von österreichischen Zeitungen in die ČSSR, die doch eigentlich laut KSZE ohne weiteres möglich sein müßte? Lassen Sie sich doch erzählen, wie das in der Praxis aussieht. Hier sollten wir als neutraler Staat Initiativen entwickeln, wodurch echte Ergebnisse erzielt und auch realisiert werden könnten. Mit der Paraphierung von noch so gut formulierten Vorschlägen allein ist es jedenfalls nicht abgetan.

Bei allen Verhandlungen mit dem Osten sollte stets und eindringlich auf die Einhaltung der Beschlüsse der Sicherheitskonferenz gedrungen werden. Hierin sehen wir ein wichtiges taktisches Mittel, sich in den Verhandlungen mit dem Osten im Sinne der Zielsetzung unserer Außenpolitik durchzusetzen.

Wenn nun der Herr Bundeskanzler am Nord-Süd-Dialog Kritik übt und eher einem Ost-West-Dialog das Wort redet, dann ist das halt auch wieder einmal so eine Sache: Ist das jetzt nur eine übliche spontane Überlegung, eine Reflexion oder einer seiner Einfälle, die ich vorhin schon genannt habe und die ja nur für das inländische Publikum bestimmt sind, oder ist es sogar ein Signal dafür, daß die österreichische Ostdriftpolitik noch weiter verstärkt werden soll? Dann müssen wir schon heute ein entschiedenes Nein sagen und derartige Versuche ablehnen.

Sollte dieser Vorschlag hingegen eher im Sinne einer Durchführung der Beschlüsse von Helsinki gemacht worden sein, dann stimmen wir vorbehaltlos zu, denn das würde genau unseren Intentionen über die Einhaltung der KSZE-Resolutionen entsprechen. In welche Richtung hier die Absichten des Bundeskanzlers laufen, das sollte möglichst rasch geklärt werden.

Und schließlich, meine Damen und Herren, will ich noch ganz kurz auf eine Frage zu sprechen kommen: auf die Personalpolitik im Außenministerium und ihre Entwicklung.

Die Praxis, die sich leider nun auch hier ergibt, kann nicht so einfach hingenommen werden. Es geht einfach nicht an, daß hier nach politischen Gesichtspunkten die Auswahl von Personen und die Besetzung von Stellen

3630

Nationalrat XIV. GP – 38. Sitzung – 1. Dezember 1976

Dr. Fiedler

getroffen wird. Aber – das muß besonders unterstrichen werden – das ist ja bedauerlicherweise ein Vorgang, der auch derzeit in anderen Ministerien gang und gäbe ist.

Vor wenigen Wochen, am 16. November, hat das bekannte Nachrichtenmagazin „profil“ ganz klar und deutlich unter der Überschrift „Staatsdienst, Rote Freunderlwirtschaft“ auch einige Fälle aus dem Außendienst erwähnt, neben den vielen anderen in der österreichischen Verwaltung.

Hohes Haus! Was wir uns von einer Außenpolitik wünschen, das sind nicht nur bestimmte Kontakte mit dem Ausland, sondern das ist auch eine Aufwertung der Außenpolitik im Inland, in der gesamten österreichischen Bevölkerung. Das Bewußtsein für Neutralität und Freiheit muß einfach beim Staatsbürger wieder geweckt werden. Und das liegt in erster Linie bei der Regierung, welchen Stellenwert sie der Außenpolitik eben einräumt. So wie bisher, daß anstelle einer aktiven Außenpolitik nur administriert wird, unterbrochen von mehr oder weniger spontanen Einfällen des Bundeskanzlers, so, meine Damen und Herren, können und wollen wir die Außenpolitik eines neutralen Landes nicht verstanden haben. (*Lebhafte Beifall bei der ÖVP*)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister Dr. Pahr.

Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Pahr: Herr Präsident! Hohes Haus! Ich darf versuchen, zu einigen der hier gemachten Bemerkungen Stellung zu nehmen. Zum Herrn Abgeordneten Primarius Dr. Scrinzi darf ich sagen, daß es richtig ist, daß die österreichische Außenpolitik einen begrenzten Aktionsradius hat. Aber gerade das macht es notwendig, eine sehr aktive Außenpolitik zu führen, denn nur so wird es möglich sein, diesen Aktionsradius auszunützen und auszuweiten.

Ob es außenpolitisch richtig war oder richtig ist, sich für Herrn Biermann einzusetzen, möchte ich gar nicht beurteilen. Ich bin jedenfalls der Meinung, daß es richtig und wichtig ist, daß wir uns in Österreich zu unserem humanitären Anliegen, nämlich zum Schutz derer, deren Menschenrechte verletzt werden, und zwar ohne Rücksicht auf ihre Person und ohne Rücksicht auf ihre politischen Anschauungen, mögen sie extrem rechts oder mögen sie extrem links stehen, bekennen. Das ist das eminente Anliegen Österreichs! (*Ruf bei der ÖVP: Um extrem links müssen wir uns auch nicht so sehr kümmern!*)

Was die Neutralität betrifft, so glaube ich, soll man die drei Aufgaben und Ziele, durch die das

Ziel der immerwährenden Neutralität Österreichs, nämlich die Unabhängigkeit und die Unversehrtheit Österreichs, gewährleistet werden, in gleichem Maße berücksichtigen: die aktive Außenpolitik, die innere Sicherheit und die umfassende Landesverteidigung. Das sind die drei Elemente, die notwendig sind, um die immerwährende Neutralität Österreichs zu garantieren. In dem Sinn haben wir im Außenministerium uns stets zur aktiven Außenpolitik bekannt, die eben eines der wesentlichen Elemente einer Garantie der immerwährenden Neutralität und damit der Unabhängigkeit Österreichs ist.

Zur Frage Berlin-Klausel darf ich folgendes sagen: Ich glaube, es ist tatsächlich unrichtig zu meinen, daß hier ein Druck auf uns ausgeübt wurde oder wird. Hier hat ein Staat Vorhaltungen gemacht, daß die derzeitige Praxis seiner Idee und seinen Vorstellungen widerspricht. Wir haben diese Einwendungen geprüft und sind zu Lösungen gekommen, die es uns erlauben werden, weiterhin die von uns für richtig befundene Praxis und nur die von uns für richtig befundene Praxis weiterzuverfolgen.

Wir haben und wir werden uns von niemandem Vorschriften machen lassen, und wir werden die Verträge mit der Bundesrepublik Deutschland in einer Form und mit einem Inhalt abschließen, der uns als richtig erscheint. Darüber besteht Einvernehmen, und das werden wir auch tun. Sie werden in Kürze die vorgesehene Lösung sehen, wenn wir den ersten neu verhandelten Vertrag mit der Bundesrepublik Deutschland dem Hohen Haus zur Genehmigung vorlegen.

Zur Frage Südtirol: Es ist bekannt, daß einige Punkte des Pakets noch offen sind.

Es ist auch die Zusage von Ministerpräsident Andreotti bekannt, daß diese noch offenen Punkte bis Ende dieses Jahres erfüllt werden sollen. Er hat der Sechser- und der Zwölferkommission die materiellen Voraussetzungen angeboten, um auch permanent zu tagen, damit sie ihre Vorschläge zeitgerecht erstatten können.

Wir haben nach wie vor Vertrauen, daß diese Zusage erfüllt wird.

Wenn es auch richtig ist, daß die Zeit, innerhalb der das Paket erfüllt hätte werden sollen, überschritten wurde, glaube ich dennoch, die Qualität dessen, was in Erfüllung der bisherigen Punkte des Pakets geschehen ist, rechtfertigt die Terminüberschreitung. Den Wünschen und den Interessen Südtirols und der Südtiroler ist dadurch im maximalen Maß Rechnung getragen worden.

Zu den Kärntner Slowenen. Diese Frage ist –

Bundesminister Dr. Pahr

ich habe das schon wiederholt gesagt – primär ein innerstaatliches Problem. Hier geht es eben darum, das Volksgruppengesetz zu erfüllen. Das ist in erster Linie ein Problem der Innenpolitik. Ich möchte daher auch keine Aussagen zum Wert der Sprachenzählung machen.

Eines möchte ich von meinem Standpunkt nur festhalten: Der Staatsvertrag und keine sonstige internationale Norm verbieten eine Sprachenzählung, und er macht sie auch nicht zur Voraussetzung für die Erfüllung des Staatsvertrages.

Der Staatsvertrag – soweit es nicht bereits geschehen ist – ist voll zu erfüllen, ohne Rücksicht, welchen Wert und welche Bedeutung die Sprachenzählung hat. Das sind zwei voneinander völlig verschiedene Dinge. Darauf wurde immer wieder hingewiesen. Die Sprachenzählung mag eine Orientierungshilfe sein; sie ist aber weder Voraussetzung noch Bedingung für die volle Erfüllung des Staatsvertrages. Das ist von meinem Standpunkt mit Nachdruck festzuhalten.

Der Wortlaut der jüngsten Note der jugoslawischen Regierung in der Slowenfrage ist mit ihrem wesentlichen Inhalt in der „Wiener Zeitung“ vom 12. November enthalten und kann dort, wie gesagt, mit dem wesentlichen Inhalt einschließlich der Bemerkungen dazu, die vom Standpunkt der Bundesregierung zu machen sind, nachgelesen werden.

Die österreichische Antwortnote wurde heute um 12 Uhr überreicht; sie wird entsprechend der internationalen Praxis nach Ablauf von 12 Stunden publiziert werden, und zwar auch in der „Wiener Zeitung“.

Wir bekennen uns zu dem Grundsatz der gemeinsamen Außenpolitik: Konsens heißt auch nicht, uns nachher informieren. Konsenspolitik im Bereich der auswärtigen Angelegenheiten heißt, über die Grundsatzfragen ein Einvernehmen herstellen. Aber wir können es nicht so verstehen, daß zu jedem einzelnen Akt vorher die Zustimmung beider Oppositionsparteien einzuholen ist. (Abg. Dr. Scrinzi: Von Zustimmung war nie die Rede!) Es kann nur so sein, daß über die Grundlinien Einvernehmen besteht. Und die Antwortnote entspricht den Grundlinien und dem Grundkonzept, das zwischen den drei Parteien auf dem Gebiet der Volksgruppenpolitik und Volksgruppenregelung erzielt wurde. Das wird man morgen, wenn die Note publiziert wird, feststellen können. (Abg. Dr. Taus: Das ist ein bißchen wenig, Herr Minister!)

Frage Außenhandel mit dem Osten: Es ist zweifellos richtig, daß es Probleme gibt, weil Staatswirtschafts- und Staatshandelsländer ihre Schulden nicht immer bezahlen. Bisher hat sich

aber der Osthändel – im gesamten gesehen – als eine sehr positive Sache entwickelt. Er ist sehr entwicklungsfähig. Und mit Ausnahme eines einzigen Falles – und auch in diesem Fall ist noch nicht erwiesen, daß es wirklich ein „Staatskonkurs“ ist, sodaß es wahrscheinlich noch möglich sein wird, die Schulden einzutreiben – hat er sich als etwas Positives erwiesen. Wir müssen daher an dem Prinzip der Ausweitung des Osthändels festhalten.

Selbstverständlich, und das gilt für den Ost-, für den Westhandel und für den Handel in jeder Richtung, müssen wir dies in einer Weise tun, daß wir nicht in eine Abhängigkeit geraten. Von dieser Gefahr, daß Österreich durch seinen Osthändel in eine Abhängigkeit vom Osten gerät, glaube ich, kann man aber sicher nicht sprechen.

Mit den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Dr. Fiedler sich auseinanderzusetzen, ist sehr schwer, denn sie sind größtenteils in Allgemeinheiten geblieben und nicht konkret geworden. Trotzdem möchte ich dort, wo ich das Gefühl habe, daß konkrete Dinge angeklungen sind, dazu Stellung nehmen. (Abg. Staudinger: Von der Regierungsbank herunter klassifizieren! Wenn keine konkrete Frage gestellt worden ist, brauchen Sie sie auch nicht zu beantworten!)

Das ist keine Klassifikation. Das ist eine Feststellung. (Beifall bei der SPÖ.) Es sind keine konkreten Fragen gestellt worden. Konkrete Fragen werde ich sehr gerne beantworten. (Abg. Dr. Taus: Sie haben ja nichts gesagt!)

Es sind immerhin allgemeine Dinge gesagt worden, und ich lasse mir nicht das Wort verbieten, zu diesen allgemeinen Dingen etwas zu sagen. (Beifall bei der SPÖ.)

Der Herr Abgeordnete Dr. Fiedler hat die Abstimmungspraxis bei den Vereinten Nationen kritisiert. Er hat behauptet, daß sie sich nach den blockfreien Staaten orientiere. Einen Beweis dafür ist er uns schuldig geblieben. Wir orientieren uns nach wie vor so wie bisher an den Staaten, mit denen wir gemeinsame Interessen, mit denen wir ein gemeinsames Erbe haben. Ich bin gerne bereit, den Damen und Herren eine Darstellung der Abstimmungspraxis im letzten Jahr zur Verfügung zu stellen. Sie werden sehen, daß wir immer in Gemeinschaft auch mit einer großen Zahl westeuropäischer Staaten vorgegangen sind. Wir sind nie nur mit den Blockfreien gemeinsam gewesen. Das ist eine reine Behauptung, die ich gerne im Detail zu widerlegen bereit bin.

Eine zweite Bemerkung noch: Der Herr Abgeordnete Dr. Fiedler hat behauptet, daß die Personalpolitik im Außenministerium nach par-

3632

Nationalrat XIV. GP – 38. Sitzung – 1. Dezember 1976

Bundesminister Dr. Pahr

teipolitischen Gesichtspunkten erfolge. Auch hier hat der Herr Abgeordnete keine konkreten Dinge gesagt.

Ich möchte es vermeiden, hier Namen zu nennen, aber ich bin gerne bereit, dem Herrn Abgeordneten schriftlich mitzuteilen – das „profil“ ist für mich kein Beweis –, welche Herren des Außenministeriums mit 1. Jänner Botschafterposten – und zwar die bedeutendsten Botschafterposten, die wir in Österreich haben – antreten, und ihm auch zu sagen, welche Herren mit 1. Jänner Abteilungsleiterposten antreten werden. Er wird sehen, daß es hier sicherlich nicht parteipolitische Gesichtspunkte waren, die uns dazu veranlaßt haben. Danke. (*Beifall bei der SPÖ*)

Präsident: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Dr. Schmidt.

Abgeordneter Dr. Schmidt (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Herr Außenminister! Ich muß sagen, Ihre Stellungnahme ist, ich möchte sagen, sehr unbefriedigend gewesen.

Zunächst einmal die Stellungnahme in der Sache des kommunistischen Liedermachers Rolf Biermann. Ich möchte sagen und möchte Sie aufklären, Herr Außenminister: Der Herr Biermann hat in Österreich nicht um Asyl angesucht, sondern er hat vielmehr den Westen beschimpft, und das war anscheinend der Anlaß für den Herrn Unterrichtsminister, ihn hier zur Tätigkeit in Österreich aufzufordern. (*Beifall bei FPÖ und ÖVP*.)

Oder war es vielleicht der Ausspruch des Herrn Biermann: „So oder so, die Erde wird rot“, daß er hier gleich in aller Gastfreundschaft eingeladen worden ist? Wir Freiheitlichen haben jedenfalls die Einladung an diesen kommunistischen Bänkelsänger als eine völlig überflüssige Anbiederung eines sozialdemokratischen Ministers an einen kommunistischen Propagandisten empfunden.

Und der zweite Punkt, Herr Außenminister, die Stellungnahme und der Hinweis an die Parlamentarier, daß sie sich ja den Wortlaut der jugoslawischen Note und auch der österreichischen Antwortnote aus der Presse herauslesen können, ist auch ein sehr unbefriedigender.

Herr Außenminister! Wenn man die Zusammenarbeit will, dann muß man, glaube ich, auch informieren und kann man nicht sagen: Na ja, in der Zeitung steht es ohnehin, holt euch das aus der Zeitung! Ich glaube, Sie werden als Minister noch sehr viel zu lernen haben, wie man mit dem Parlament umgeht.

Hohes Haus! Im Zuge dieser Debatte über das

Budgetkapitel „Bundeskanzleramt“ und bei diesem Quodlibet dieser Debatte muß ich also wieder zurückkehren nach diesem außenpolitischen Ausflug. Im Bereich Bundeskanzleramt muß man auch einige Fragen zum Komplex öffentlicher Dienst stellen und behandeln, vor allem deswegen, weil der öffentliche Dienst – das wissen wir alle – so etwas wie ein ungeliebtes Kind des Herrn Bundeskanzlers von allem Anfang an war. (*Bundeskanzler Dr. Kreisky: Ein teures Kind, aber nicht ein ungeliebtes Kind!*) Na ja, Herr Bundeskanzler, Sie haben ja eine Zeitlang versucht, dieses ungeliebte Kind selbst zu bändigen (*Bundeskanzler Dr. Kreisky: Ein äußerst geliebtes Kind, aber ein teures Kind!*), dann haben Sie es nicht zusammengebracht und haben sich einen Erzieher angestellt, und ab und zu greifen Sie in die Erziehung ein mit einigen Äußerungen, aus denen man entnehmen kann, daß Sie zumindest ein gestörtes Verhältnis zu diesem ungeliebten und teuren Kind, wie Sie sagen, haben. Es wundert mich, weil Sie selbst ein Bundesbediensteter sind oder ein aktiver gewesen sind, aber vielleicht gerade deswegen.

So, Herr Bundeskanzler, haben Sie sich kürzlich im Sinne der neuen Sparpolitik der Bundesregierung geäußert, daß man auch die Überstunden der Beamten auf das unbedingt notwendige Ausmaß zurückführen müsse, und gleichzeitig wird eine rigorose schematische, lineare Verringerung des Dienstpostenstandes um 1 Prozent verfügt. Diese Äußerung des Herrn Bundeskanzlers und die Verfügung lassen erkennen, daß man doch die ganz differenzierteren und speziellen Verhältnisse im öffentlichen Dienst nicht genügend klar überblicken dürfte.

Meine Damen und Herren! Überstunden müssen bekanntlich von der vorgesetzten Dienststelle des Beamten angeordnet werden, denn nur angeordnete Überstunden werden entlohnt. Freiwillige gibt es auch, es gibt noch immer Beamte, die freiwillig Überstunden leisten aus einem gewissen Pflichtbewußtsein heraus, nur bekommen sie die nicht entlohnt.

Aber es ist schon richtig, daß die Verwaltung in einem gewissen Teufelskreis gefangen ist. Da hat man als Ausdruck besonderer sozialer Errungenschaft laufend die Arbeitszeit verkürzt. Wir sind jetzt bei der 40-Stunden-Woche. Das ist sehr schön. Aber daß das Arbeitspensum das gleiche geblieben ist, daß es sogar steigt – ich weiß aus dem Finanzressort, daß der Aktenanfall ständig steigt –, daß das natürlich auch bewältigt werden muß in einer kürzeren Arbeitszeit und daß immer neue Anforderungen an die Verwaltung, nicht zuletzt durch die Gesetzgebung hier, herangetragen werden, bei kürzerer Arbeitszeit, das bedenkt anscheinend niemand, meine Damen und Herren.

Dr. Schmidt

Einerseits ist die Regierung bestrebt, wie sie sagt, die Serviceleistungen des Bundes für die Bevölkerung ständig und stetig zu verbessern, andererseits sieht sich die Bundesregierung aus staatsfinanziellen Gründen gezwungen, den Personalaufwand des Bundes durch Reduzierung des Dienstpostenstandes zu vermindern.

Mit anderen Worten: Mit weniger Personal sollen in kürzerer Arbeitszeit mehr Leistungen vollbracht werden. Denn die Arbeit kann ja bekanntlich nicht liegenbleiben, weil ja die Bevölkerung einen Anspruch hat auf eine leistungsfähige Verwaltung, auf ein modernes Service; und jetzt, nach der Gebührenerhöhung, die gestern hier von Ihnen mit Mehrheit beschlossen worden ist, umso mehr, weil ja der einzelne, wenn er 70 S zahlen muß für eine Eingabe, ein noch größeres Anrecht, glaube ich, hat, daß er ordentlich von der Verwaltung bedient wird. Und da müssen halt Überstunden angeordnet und auch bezahlt werden.

Wir brauchen uns ja, meine Damen und Herren, nur die Teilhefte zum Budget anschauen, welche Beträge da veranschlagt werden für Mehrleistungsvergütungen. Da stecken ja die Überstunden drinnen. Das ist der Preis für die soziale Errungenschaft in Form der Arbeitszeitkürzung.

Und dann kommt der Herr Bundeskanzler her und sagt so ungefähr: Diese Überstunden sind nicht immer notwendig.

Da muß ich sagen: Bitte uns doch einmal zu sagen, wo und in welchen Bereichen solche Überstunden nicht so unbedingt notwendig sind.

Bei der Polizei etwa, wo man Personal aufgestockt hat, wo man Sicherheitsorgane, die ohnehin den ganzen Tag über schon ihren Dienst gemacht haben, noch zum Bereitschaftsdienst während der Nacht heranzieht, etwa beim Planquadrat in einer Großstadt, also natürlich nur in Form der Überstundenleistung, oder zum Feiertagsdienst? Natürlich muß man diese Überstunden bezahlen. Oder die Überstunden, die gemacht werden müssen zur Bewachung der Botschaften und anderer neuralgischer Stellen, empfindlicher Stellen, die eine Bewachung benötigen oder unbedingt haben wollen? Ob sie viel Sinn hat, das werden wir ja morgen, glaube ich, beim Kapitel Inneres debattieren. Aber Tatsache ist, daß hier auch Überstunden gemacht werden müssen.

Bei der Post etwa: Sind da keine Überstunden notwendig? Wir wissen, daß die Verringerung des Personalstandes gerade in der Post- und Telegraphenverwaltung sehr schwer zu verkraften war, daß es dort Widerstände gegeben hat.

Beim Bundesheer! Glaubt man wirklich, daß

ohne Überstunden des Kaderpersonals der Betrieb aufrechterhalten werden kann?

Die Finanzverwaltung habe ich schon erwähnt, wo die Rückstände an Akten trotz des EDV-Einsatzes wachsen und nur durch Überstunden bewältigt werden können.

Also bitte, ich möchte jetzt ganz konkret die Frage stellen, Herr Bundeskanzler: Wo gibt es überflüssige Überstunden, die abgebaut werden können, ohne daß der Dienst an der Öffentlichkeit darunter leidet?

Ich glaube, das war halt leider auch wieder so eine hingeworfene Bemerkung des Regierungschefs, wie wir sie schon von früher kennen, ohne daß er sich dabei vielleicht viel denkt. Aber dem Image des öffentlichen Dienstes hat das nicht sehr genützt.

Auch die lineare, schematische, gleichmäßige Senkung des Dienstpostenstandes um 1 Prozent ist anfechtbar und voller Widersprüche. Sie zeigt eine befremdliche Unkenntnis, Hohes Haus, von den internen Verhältnissen im öffentlichen Dienst. 1 Prozent der Personaleinsparung kann in manchen Dienststellen, in manchen Ressorts, infolge des jetzt schon herrschenden Personalmangels zu fühlbaren Einschränkungen und Verzögerungen der Serviceleistung führen. Dagegen gibt es sicherlich in Bereichen – das will ich gar nicht bestreiten – im Rahmen der öffentlichen Verwaltung Möglichkeiten, mehr als 1 Prozent einzusparen. Man braucht ja nur die Berichte des Rechnungshofes zu lesen, der alljährlich Hinweise gibt, wo es zuviel Personal gibt, etwa im Sozialbereich, in den Landesinvalidenämtern, wo es durch den natürlichen Abgang an Betreuten zu Personalreserven kommt.

Ich glaube, es wäre ein großer Schritt in Richtung Verwaltungsreform, eine große Aufgabe vielleicht für den Herrn Staatssekretär Lausecker, wenn man seine ira et studio sich daranmachen würde, Schritt für Schritt in der Verwaltung zu untersuchen, wo es brachliegende Reserven an Personal gibt.

Ich glaube, es würde sich lohnen, die Aufblähung vor allem der Zentralverwaltung, von der der Herr Bundeskanzler ja in der Regierungserklärung vor einem Jahr gesprochen hat und wie sie vor allem seit 1966, aber auch seit 1970 stattgefunden hat, zu untersuchen und auf ein vernünftiges Maß zurückzuführen.

Mir ist kürzlich die Broschüre eines Gewerkschaftsfunktionärs in die Hände gefallen, und da lese ich, daß die Personalstandsentwicklung zwischen 1970 und 1976 zu einer Aufstockung des Personalstandes von ungefähr 10 Prozent im Durchschnitt geführt hat. Wenn ich da so die

3634

Nationalrat XIV. GP – 38. Sitzung – 1. Dezember 1976

Dr. Schmidt

einzelnen Ressorts herausgreife: Parlament; also hier spielt das nicht so eine Rolle. Aber zum Beispiel Unterricht und Kunst, Wissenschaft und Forschung um 39,2 Prozent gestiegen, Auswärtige Angelegenheiten um 20,9 Prozent, Justiz um 9,9 Prozent, Bundeskanzleramt um 20,2.

In der Ära dieser Regierung Kreisky hat eine ziemliche Personalvermehrung stattgefunden. Wenn ich nun höre, daß dieselbe Regierung sagt, dieses Personal muß jetzt mit aller Gewalt schematisch verringert werden, so kommt mir das so vor wie der Versuch Münchhausens, sich am eigenen Zopf aus dem Sumpf zu ziehen.

Zu einem anderen Thema, Hohes Haus, zum öffentlichen Dienst, zur Besoldungsreform. Um die grundlegende Besoldungsreform ist es in letzter Zeit – eigentlich seit den Nationalratswahlen – recht still geworden. Man hört, die Verhandlungen sind unterbrochen, sind vertagt auf ungewisse Zeit. Man bereitet inzwischen eine Dienstrechtsreform vor.

Nun erhalten am 1. Jänner 1977 die öffentlich Bediensteten die zweite Etappe des auf 18 Monate anberaumten Besoldungsübereinkommens, die Bezüge werden um 1,5 Prozent erhöht. Ich glaube, ich brauche nicht zu sagen, daß diese 1,5 Prozent, auch wenn man sagt, es ist die zweite Etappe eines gesamten Übereinkommens, doch für große Gruppen der Bediensteten keine Abgeltung der Teuerung bringen, schon gar keine Abgeltung der von der Regierung für das kommende Jahr prognostizierten Teuerung von 6 bis 7 Prozent. Von einem Reallohnzuwachs ist ja hier in diesem Zusammenhang gar nicht zu reden.

Ich glaube, es muß hier heute schon darauf aufmerksam gemacht werden, daß es doch die Pflicht der Regierung wäre, rechtzeitig Verhandlungen aufzunehmen, um über die Besoldungssituation nach dem 1. 1. 1978 mit den Gewerkschaften ins reine zu kommen. Hohes Haus! Es muß auch anerkannt werden, das gebietet die Fairneß, daß die Regierung bemüht ist, gewisse Spartenprobleme sukzessive zu erledigen. Hier hat die Bundesregierung zugesagt, mit Wirkung vom 1. Juni 1977 eine der Spartenforderungen, nämlich die Beseitigung des sogenannten Überstellungsverlustes bei Überstellungen in die Verwendungsgruppe B wirksam werden zu lassen. Das soll anerkannt werden.

Das kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß es noch zahlreiche offene Probleme im öffentlichen Dienst gibt, die doch – die einen rasch, die anderen in absehbarer Zeit – einer Erledigung zugeführt werden müssen.

Über eines dieser offenen Probleme möchte ich einiges sagen. Das ist das, was wir immer wieder in den vergangenen Jahren zur Sprache

gebracht haben: das Bundesdienstnehmerschutzgesetz.

Es gibt so ein altes Wort, daß in Österreich immer erst etwas passieren muß, damit endlich etwas geschieht, aber vielleicht geschieht in diesem Fall doch endlich etwas, bevor noch etwas passiert.

Hohes Haus! Wenn man sich anschaut, unter welch manchmal trostlosen Verhältnissen noch immer Beamte heute ihren Dienst verrichten müssen, dann kann man nur den Kopf schütteln. Ich denke da zum Beispiel – ganz in der Nähe von hier – an die Raumverhältnisse, unter denen die Bediensteten des Unterrichtsministeriums, die Bediensteten des Außenministeriums ihren schweren Dienst verrichten müssen. Hier sind oft drei bis vier Personen in einem Kammerl zusammengepfercht, bei Sauerstoffmangel müssen sie ihre Arbeit machen.

Es fehlen manchmal bei anderen Dienststellen oft die primitivsten Dinge: Umkleidemöglichkeiten für weibliche Bedienstete, ordentlich ausgestattete sanitäre Anlagen, gut belichtete Aufenthaltsräume, Arbeitsräume.

Wenn man da zum Beispiel in das alte Zentralbesoldungsamt geht, sich seine Lohnsteuerkarte abzuholen, da sieht man, unter welch schlechten Bedingungen dort die Bediensteten seit Jahren arbeiten. – Vom Zustand unserer Kasernen will ich ja gar nicht reden.

Das alles schreit doch danach, daß endlich zunächst einmal eine gesetzliche Regelung getroffen wird, eine Regelung ähnlich der in der Privatwirtschaft: ein Arbeitsinspektorat für den öffentlichen Dienst.

Im Dezember 1966 hat der Nationalrat eine einstimmige Entschließung gefaßt und hat die Regierung damals aufgefordert, entsprechende Maßnahmen zu setzen. Daraufhin ist dann in der Folge ein Gesetzentwurf des Bundeskanzleramtes herausgegeben worden, den die Gewerkschaften als völlig unbrauchbar bezeichnet haben. Und seither: Still ruht der See! – Lange Zeit nichts.

Erst in der Regierungserklärung der Regierung Kreisky im Jahre 1971 ist die Zusage, das Versprechen der Schaffung eines solchen Bundesdienstnehmerschutzgesetzes an vorderster Stelle gestanden. Es hat sich aber auch nichts ereignet. In der Regierungserklärung des Jahres 1975 wurde diese Forderung völlig aus dem Programm gestrichen. Sie fehlt dort.

Man hat inzwischen vom zuständigen Herrn Staatssekretär Lausecker erfahren, daß es große Schwierigkeiten gegeben hat und daß nun endlich diese Schwierigkeiten überwunden sind, Schwierigkeiten bei der Frage der Inspek-

Dr. Schmidt

tion, der Aufsicht, der Frage, wer trifft die Feststellung, wo die Verhältnisse sind, die dem erforderlichen Stand des Arbeitsplatzes widersprechen. Fragen, die also damit zusammenhängen. Das soll jetzt beseitigt sein.

Nun hört man aber wieder von neuen Schwierigkeiten, Differenzen angeblich zwischen dem Bautenminister und dem Finanzminister darüber, wer das alles finanziell übernehmen soll, in wessen Budget der Aufwand für diesen künftigen Dienstnehmerschutz aufscheinen soll.

Ich glaube, über diese Fragen sollten sich die Herren doch rasch einigen, denn den öffentlich Bediensteten, die in diesen schlechten Verhältnissen Dienst machen, ist es völlig egal, ob das jetzt im Bautenbudget oder im Finanzbudget budgetiert wird, gezahlt muß es ja doch werden.

Also seit 1966, seit dem einstigen Beschuß darüber, sind über zehn Jahre vergangen. Seit der Erwähnung in der Regierungserklärung 1971 sind fünf Jahre vergangen. Aber noch immer arbeiten zahlreiche öffentlich Bedienstete unter sehr schlechten Verhältnissen, Verhältnissen, die nicht im entferntesten den Mindestnormen eines Arbeitsplatzes entsprechen, wie sie für die Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft in vergleichbaren Stellen längst gang und gäbe sind.

Also was ist mit dem Dienstnehmerschutzgesetz? Es wird Zeit für das Gesetz, Herr Bundeskanzler, Herr Staatssekretär. Es ist doch nicht vertretbar, daß Bund und Länder als größte Dienstgeber Österreichs ihren Dienstnehmern bisher nicht nur keinen gesetzlichen Anspruch auf Mindestnormen für die hygienische Ausgestaltung der Arbeitsplätze und eine gesunde Arbeitsumwelt eingeräumt haben, sondern auch Zustände in verschiedenen Amtsgebäuden dulden, die im Bereich der Zuständigkeit der Arbeitsinspektorate bei jedem anderen Dienstgeber längst zu einem behördlichen Einschreiten geführt hätten. Das ist die Meinung der 24. Länderkonferenz der Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten, wie sie kürzlich in einem Beschuß offenkundig gemacht worden ist. Ich glaube, man kann sich dieser Forderung nur anschließen.

Abschließend, Hohes Haus, nur einige Worte zur Dienstrechtsreform, zur beginnenden Dienstrechtsreform, wobei ich gar keine Debatte darüber entfachen möchte, weil ja das nicht einmal noch im Stadium von Regierungsvorlagen ist, sondern ich möchte nur die kurze Feststellung treffen: Wir Freiheitlichen sind für jede Reform auf diesem Gebiete aufgeschlossen, aber ich bitte um eines: Wir sind sehr für Vereinfachung und Vereinheitlichung. Aber

wenn diese Vereinfachung und Vereinheitlichung auf Kosten der Überschaubarkeit, auf Kosten der Übersichtlichkeit, auf Kosten der Transparenz, die ja hier unter dieser Bundesregierung verbal immer eine so große Rolle spielt, gehen sollten, dann muß man sehr vorsichtig werden.

Und noch vorsichtiger wird man werden müssen, wenn man die Tendenz bemerkt oder, besser gesagt, wenn die Tendenz ruchbar wird, daß man unter dem Schlagwort der Vereinfachung und der Vereinheitlichung versucht, klare, für jedermann offen zutage liegende gesetzliche Regeln, in die jedermann Einsicht nehmen kann, die man nicht so leicht ummanipulieren kann, abzuschaffen und zu ersetzen durch ein Dienstrecht etwa, das vornehmlich im Wege der Verordnungen, der Erlässe, der Dienstanweisungen gehandhabt wird, ein Dienstrecht, das – ich möchte sagen – aus dem Dunkel des Bundeskanzleramtes heraus praktiziert wird, so wie uns als Vorgeschnack schon vor einiger Zeit hier die kleine Novelle zum Gehaltsüberleitungsgesetz auf den Tisch gelegt wurde.

Also für eine solche Vorgangsweise sind wir nicht. Wir werden diese Entwicklung genau beobachten und wir werden sehr darauf bedacht sein, daß das Berufsbeamtentum, meine Damen und Herren, nicht zugunsten eines parteipolitischen Beamtentums, wie es da und dort schon in einigen Ressorts zu wuchern beginnt, abgebaut wird. Wir verlangen, daß das neue Dienstrecht den Anforderungen der Übersichtlichkeit und der Klarheit genügt, daß das neue Dienstrecht der Transparenz, aber auch der Rechtssicherheit für die einzelnen Bediensteten Rechnung trägt. Das wollte ich hier einmal festgestellt haben, meine Damen und Herren. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Glaser.

Abgeordneter Glaser (ÖVP): Herr Präsident! Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Zunächst einige Vorbemerkungen. Ich persönlich begrüße und unterstütze jede Bestrebung, die dem Ziele dient, die Budgetdebatte zu straffen. Ich darf auf viele Vorschläge verweisen, die ich von dieser Stelle aus oder bei Beratungen im Ausschuß im Laufe vergangener Jahre gemacht habe.

Ich zweifle allerdings daran, ob es zweckmäßig ist, drei Gruppen unter einem und gewissermaßen durcheinander zu behandeln. Mir persönlich schiene eine Regelung, wie sie etwa im deutschen Bundestag gültig ist, besser, wonach von vornherein zwischen den Fraktionen für jedes Gesetz oder, bei einer Budgetberatung, für jede Gruppe eine bestimmte Gesamtredzeit

3636

Nationalrat XIV. GP – 38. Sitzung – 1. Dezember 1976

Glaser

vereinbart wird,' die dann nach ebenso zu vereinbarenden Grundsätzen auf die Fraktionen aufgeteilt wird.

Selbstverständlich – und das möchte ich besonders anmerken – müßten aber in eine solche Vereinbarung die Regierungsmitglieder mit einbezogen werden, denn man könnte nicht von den Abgeordneten verlangen, sich in ihren Ausführungen beziehungsweise ihrer Redezeit zu beschränken, während für die Regierungsmitglieder eine solche Redezeitbeschränkung nicht bestünde.

Ein zweites, und damit eigentlich gleich zum wesentlichen Thema: Meine Damen und Herren von der sozialistischen Seite dieses Hauses! Was wir von der Volkspartei Ihnen vorhalten, ja ich möchte sagen, vorwerfen, ist im wesentlichen folgendes: Sie haben vor den Wahlen, und zwar nicht nur vor den Wahlen 1975, sondern auch vor den Wahlen 1971 und 1970, vieles versprochen, was Sie nicht gehalten haben, ja ich gehe weiter und möchte es noch härter ausdrücken, was Sie gebrochen haben. Der Herr Bundesparteiobmann Dr. Taus hat Ihnen heute vormittag ein sehr langes Sündenregister vorgehalten, und einige Punkte werde ich mir im Laufe von 20 Minuten noch erlauben anzuschließen. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich habe gesagt, Sie haben vieles nicht gehalten, was Sie versprochen haben, Sie haben vieles gemacht, wovon oder worüber vor den Wahlen keine Rede war, und vieles, was Sie bei uns kritisiert haben, setzen Sie nicht nur fort, sondern haben vieles davon noch gesteigert. Ich möchte nicht auf die bekannte Tatsache – da wird der Herr Bundeskanzler sofort sagen, daß er diesen seinen Irrtum schon oft einbekannt habe – hinsichtlich der Staatssekretäre verweisen. Es gibt eine ganze Reihe anderer Probleme ebenfalls, auch darauf will ich noch zu sprechen kommen.

Und ein drittes, meine Damen und Herren: Ich glaube, für einen Politiker ist es kritisch, wenn er es nicht mehr versteht, das Ohr an den Pulsschlag des Volkes zu halten, verzeihen Sie mir den Ausdruck, wenn ich es so sage, wie es im Volk gesagt wird: Wenn es ein Politiker nicht mehr versteht – Herr Präsident, ich bitte um Entschuldigung –, dem Volk aufs Maul zu schauen. Und das, meine Damen und Herren von der sozialistischen Seite, haben Sie zweifellos verlernt. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich möchte Ihnen gleich einen Beweis bringen. Ein bekannter Journalist – bekannt auch dadurch, daß er zweifellos ein Kreisky-Fan ist; er hat vor kurzem ein entsprechendes Buch veröffentlicht – schreibt erst vor wenigen Tagen, am 25. November dieses Jahres, in seiner Zeitung unter anderem:

„Tatsache ist“ – das möchte ich vor allem Herrn Dr. Fischer vorhalten, weil er anderes gesagt hat – „daß es für praktisch alle Arbeitnehmer in Österreich im heurigen Jahr trotz der herbstlichen Lohnrunde Realverluste beim Einkommen geben wird. Das ist nicht so sehr die Schuld der ‚bösen‘ Unternehmer“ – „böse“ unter Anführungszeichen – „die sich in den Verhandlungen meist Erhöhungen der Kollektivvertragsgehälter abringen lassen, die sogar leicht über der Inflationsrate liegen, sondern geht auf die wahnwitzige Steuerprogression zurück, die schon schwedische Ausmaße erreicht hat.“

Und weiter schreibt dieser Redakteur: „Vielen Arbeitnehmern bleiben von 100 S Lohnerhöhung nur mehr 60 oder bestenfalls 70 S.“

Meine Damen und Herren, das ist die Wahrheit! Ich unterstreiche bei weitem nicht alles, was in dieser Zeitung steht oder was von diesem Redakteur geschrieben wird. Aber wenn Sie es wirklich verstehen würden, in das Volk hineinzuhorchen, dann ist das einer der Punkte, von denen ich gesprochen habe.

Meine Damen und Herren! Ich habe auch gesagt, daß es eine Reihe weiterer Probleme gibt, weitere Fragen, die von Ihrer Seite früher ganz anders behandelt wurden. Wenn ich die Worte des Herrn Bundeskanzlers – sie sind bei anderer Gelegenheit heute schon zitiert worden – auf das jetzige Budget übertrage, dann ist es ein Budget mit einem Wahnsinnsdefizit mal fünf.

Ihnen allen ist die Äußerung, die Erklärung – das war allerdings vor Wahlen – in Erinnerung, wo Dr. Kreisky meinte, ein Budgetdefizit von 8 oder gar 9 Milliarden sei ein Wahnsinn. Ein Budgetdefizit von weit über 40, wenn man zusammenrechnet, an die 50 Milliarden, kann man wahrlich nicht als ein besonders günstiges Resultat darstellen.

Ja selbst der Herr Finanzminister hat von Horrorziffern gesprochen, als Dr. Koren es einmal wagte, zum Ausdruck zu bringen, bei dieser Finanzpolitik werden Sie auf ein Defizit von 20 und 25 Milliarden kommen. Dr. Androsch nannte es Horrorzahlen.

Heute haben wir – ich weiß nicht, ob es noch eine Steigerung für Horror gibt, Debakel oder Chaos oder höchstens noch so etwas – den Horror mal zwei; so ist das jetzt in diesem Fall. Und sehen Sie, meine Damen und Herren, immer mehr zeigt sich eben – seien Sie mir nicht böse, wenn ich das sage, ich drücke es ohnehin viel vorsichtiger aus, als es beispielsweise früher der Abgeordnete Weikart von dieser Stelle einmal bei einer harten Diskussion getan hat –: Sie haben in vielen Punkten vor den Wahlen

Nationalrat XIV. GP – 38. Sitzung – 1. Dezember 1976

3637

Glaser

die Bevölkerung getäuscht, haben Versprechungen gemacht, die Sie nicht halten, die sich mit Ihren Handlungen nicht vereinen lassen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Darf ich nur erinnern, meine Damen und Herren: „Sechs Monate Dienstzeit sind genug“ war auch einer Ihrer Slogans. Aus den sechs Monaten sind aber acht Monate geworden, und wenn jetzt in Kürze die Wehrgesetznovelle beschlossen werden soll, dann werden es für einen beachtlichen Teil der männlichen Jugend statt sechs Monate zehn und zwölf Monate werden.

Oder Sie haben versprochen, ab 1971 jährlich 5000 Wohnungen mehr zu bauen. Das würde heißen, wenn Sie dieses Versprechen gehalten hätten, hätten Sie im heurigen Jahr, 1976, 80.000 Wohnungen bauen müssen, oder wenn man alles zusammenrechnet, die versprochenen Wohnungen, die tatsächlich gebauten, ergibt das einen Fehlbestand gegenüber Ihren Versprechungen von rund 110.000 Wohnungen. Meine Damen und Herren, 110.000 Wohnungen, das ist eine ganz schöne Stadt. Wenn Sie pro Wohnung nur drei Personen rechnen, sind das weit über 300.000 Menschen, die darauf warten, daß Sie Ihre Versprechungen halten, Versprechungen, mit denen Sie aber Stimmen gewonnen haben.

Da müßten Sie heute auch den Mut haben, hinzutreten und zu erklären: Wir haben uns geirrt! Der Herr Bundeskanzler hat leider nur in einem Fall den Mut gehabt zu sagen – als er drei Staatssekretäre bestellte –: Er hat sich seinerzeit geirrt, als er die Staatssekretäre in einer monocoloren Regierung als überflüssig bezeichnet hat.

Meine Damen und Herren! Erinnern Sie sich: Von dieser Stelle aus wurde – ein Dutzend Abgeordneter von der sozialistischen Seite reicht nicht – bei 3 Prozent Preissteigerungen von einem „Raubzug auf die Taschen des Volkes“ gesprochen. Heute treten sozialistische Abgeordnete an das gleiche Rednerpult und bezeichnen Preis-, Tarif- und Gebührenerhöhungen im Ausmaß von 200, von 300 und von mehr Prozent womöglich noch als einen Erfolg sozialistischer Finanz- und Wirtschaftspolitik.

Ich möchte noch folgendes sagen – die Zeit drängt; daher ohne Übergang; ich bitte das zu verstehen –: Die sozialistischen Gewerkschafter sollten sich beispielsweise die Frage stellen, was sie alles unternommen hätten, wenn etwa der einzige im gesamtmitteleuropäischen Raum – nicht nur in Österreich – existierende Kupferbergbau in Mühlbach am Hochkönig zugesperrt würde. – Ich glaube nicht, daß der Herr Präsident Sekanina – das „Präsident“ bezieht

sich jetzt nicht auf seine Funktion als Präsident des Fußballverbandes, auch nicht auf seine Funktion als Obmann der Wiener Gebietskrankenkasse, sondern auf seine Funktion als Vizepräsident im Gewerkschaftsbund und vor allem als Vorsitzender der Metall- und Bergarbeitergewerkschaft – sich damit begnügt hätte zu sagen: Da kann man nichts machen!

Denn nicht nur die Arbeitsplätze, von denen heute so oft die Rede war, sind dort in größter Gefahr. Bis jetzt ist es noch lange nicht gelungen, alle dort beschäftigt gewesenen Personen einigermaßen unterzubringen. Ich meine, das ist auch von gesamtwirtschaftlicher Bedeutung. Wenn man von Umfassender Landesverteidigung spricht, teile ich die Auffassung, die zum Beispiel Herr Minister Lütgendorf im Budgetausschuß vorgetragen hat, daß es auch im Interesse einer wirtschaftlichen Landesverteidigung gelegen wäre, diesen einzigen Kupferbergbau zu erhalten. Noch wäre es nicht zu spät, noch könnte durch ein Wort des Herrn Bundeskanzlers in dieser Hinsicht entsprechend eingegriffen werden.

Meine Damen und Herren! Als die Sozialisten in der Opposition waren, stellten sie ja viele Forderungen auf. Ich habe hier eine Broschüre, verfaßt von zwei prominenten sozialistischen Mandataren, dem Herrn Justizminister Broda und dem jetzigen Landeshauptmann von Wien Gratz. In dieser Broschüre wird zunächst – sinngemäß – auf die Unübersichtlichkeit des Budgets eingegangen, und dann wird unter anderem gefordert:

„Den jährlichen Budgets sind mehrjährige, wenigstens vier Jahre umfassende Übersichten über die künftige Budgetentwicklung zugrunde zu legen. . . .“

Es wird also eine mehrjährige Finanzplanung verlangt. – Ferner heißt es:

„In einer Finanzierungsübersicht ist der Saldo zwischen den Ausgaben und den laufenden Einnahmen und damit insbesondere der Umfang der Kreditaufnahmen oder der Rücklagenbildung sichtbar zu machen.“

Die beiden Herren waren Optimisten und haben geglaubt, es könnte einmal eine Rücklagenbildung unter einem sozialistischen Finanzminister geben. – Ferner wird ausgeführt:

„Für Verpflichtungen zur Leistung von Ausgaben in künftigen Jahren“ – das halte ich für besonders wichtig: in künftigen Jahren! – „sind Vorbelastungsermächtigungen einzuräumen. Die Vorbelastungsermächtigungen sind bei dem jeweiligen Ausgabenansatz gesondert zu veranschlagen; dabei sind die in den einzelnen Jahren voraussichtlich fälligen Ausgabebeträge im Budget anzugeben.“

3638

Nationalrat XIV. GP – 38. Sitzung – 1. Dezember 1976

Glaser

Wie wichtig wäre es, in der jetzigen Situation genau zu wissen – durch den Finanzminister und durch das Finanzministerium zu sehen und zu hören –, wie die Belastungen in den nächsten Jahren durch jene Katastrophenpolitik sein werden, die unter der Verantwortung des Bundeskanzlers derzeit gerade auf finanzpolitischem Gebiet geführt wird.

Aber: Als die Sozialisten in der Opposition waren, haben sie auch viele Vorschläge gemacht unter dem Titel: Für ein besseres Parlament. Sie meinten also, daß zum Beispiel das Parlament entsprechend organisiert und genügend technische und personelle Einrichtungen haben müsse, um seinen Aufgaben gewachsen zu sein. An einer anderen Stelle heißt es: Schließlich seien auch dringend Arbeitsräume für Abgeordnete, welche zwischen den Sitzungen benutzt werden können, notwendig.

Meine Damen und Herren! Ich anerkenne, daß – aber allerdings nur sehr bescheidene – Änderungen initiiert wurden. Damit, daß zunächst und als erstes für die Regierungsfraktion der Dachboden in diesem Haus ausgebaut wird, ist der Regierungsfraktion nicht viel geholfen. Wenn in zwei Jahren der Dachbodenausbau auf der ÖVP-Seite fertig sein wird, ist uns auch nicht viel geholfen. Ich will gar keine Vergleiche jetzt mit anderen Parlamenten anstellen. Viele von Ihnen haben ja Gelegenheit gehabt, das selbst zu sehen. Aber fest steht eines: Die Oppositionsabgeordneten sind durch die schlechten Arbeitsverhältnisse, durch den geringen Personalstand in einem Rückstand, in einem Nachteil gegenüber der Regierungsfraktion.

Vergleichen Sie, meine Damen und Herren: Der ÖVP-Klub beispielsweise hat insgesamt sieben Fachreferenten, sieben Akademiker für bestimmte Gebiete. Demgegenüber hat die Bundesregierung, haben die Mitglieder der Bundesregierung insgesamt 104 persönliche Referenten und Sekretäre, dabei nicht gemeint jetzt Schreibkräfte und dergleichen.

Übrigens: Wie sieht es mit der Sparsamkeit dort aus, wo Sie, verehrter Herr Bundeskanzler, unmittelbar zuständig sind? – Zwischen 1970 und 1976 wurde die Zahl der persönlichen Referenten einschließlich Pressereferenten der Mitglieder der Bundesregierung um 126 Prozent erhöht! Da kann ich nachher dann schon kommen und sagen: Wir sparen jetzt 1 Prozent ein. Außerdem bin ich überzeugt, daß bei den persönlichen Referenten der Bundesregierungsmitglieder keine Einsparung erfolgen wird.

Über die Aufblähung des zentralen Verwaltungsapparates hat ja freundlicherweise mein Vorredner, der Herr Abgeordnete Dr. Schmidt,

schnell gesprochen. Ich beschränke mich darauf, nur zu erwähnen: Unter der Verantwortung des Herrn Bundeskanzlers Dr. Kreisky wurde die Zahl der Sektionen um gut 15 Prozent erhöht; die Zahl der Gruppen und damit der entsprechenden Posten um 128 Prozent, die der Abteilungen um 30 Prozent und die der Referate um 68 Prozent. Wenn ich jetzt hergehe und sage: 1 Prozent sparen wir irgendwo ein – noch dazu zum Teil in Betrieben, die jetzt personell unterdotiert sind –, dann ist es letzten Endes auch eine Irreführung.

Im übrigen darf ich darauf hinweisen, daß von der großen Ankündigung mit den angeblich zu viel geleisteten Überstunden nichts übriggeblieben ist. Bei den Budgetberatungen im Ausschuß wurden diesbezügliche Anfragen an alle Regierungsmitglieder gestellt. Nicht ein Regierungsmitglied, meine Damen und Herren von der linken Seite dieses Hauses, war in der Lage zu sagen, wo tatsächlich unnötige oder überflüssige Überstunden, von denen der Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky wiederholt gesprochen hat, geleistet wurden. Aber es war eben auch so eine hingeworfene Bemerkung: Die Zeitungen stürzen sich darauf; der Herr Dr. Kreisky hat wieder den Stein der Weisen gefunden; aber es ist nichts dahinter. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Herr Dr. Fischer! Ich darf Ihnen sagen: Wenn die Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei fordern, daß das Kilometergeld erhöht werden muß, dann ist das weder eine Lizierung, noch ein budgetbelastender Antrag. Durch die Politik Ihrer Regierung ist nämlich das Autofahren seit dem April 1974, also in den letzten zweieinhalb Jahren, wesentlich teurer geworden. Ich glaube, man kann wirklich nicht verlangen, daß beispielsweise Fernmeldemondeure, die zur Behebung von Störungen ihre eigenen Fahrzeuge einsetzen, das auch noch mit ihrem eigenen Geld machen.

Im übrigen ist die ÖVP nicht allein mit dieser Forderung. Es haben sich die Freiheitlichen zu der gleichen Forderung bekannt. Es haben sich insbesondere – ich sehe einen Vertreter davon – die beiden großen Autofahrer-Organisationen auch dazu bekannt; der ÖAMTC genauso wie der ARBÖ. Der Herr Ing. Hobl wird mir recht geben: Wenn das Autofahren im Laufe von zweieinhalb Jahren durch eine verfehlte sozialistische Finanz- und Steuerpolitik um so viel teurer geworden ist, dann muß man das auch den Autofahrern gegenüber entsprechend berücksichtigen. (*Zustimmung bei der ÖVP.* – *Abg. Ing. Hobl: Die Motivation ist bei uns eine andere!*)

Meine Damen und Herren! Ein paar Sätze auch... (*Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Ing. Hobl.*) Herr Kollege Hobl! Ich bin immer dafür,

Glaser

auf Zwischenrufe hier einzugehen. Aber ich habe meinen Leuten versprochen, daß ich die 20 Minuten einhalte. Es sind, glaube ich, jetzt nur mehr drei oder vier Minuten; daher muß ich mich sehr beeilen. (*Abg. Ing. Hobl: Nur weil Sie mich zitiert haben!*)

Ein paar Sätze zum Dienstrecht: Das Dienstrecht, insbesondere auch die Verfassung, garantiert allen öffentlich Bediensteten freie politische Betätigung, auch das Recht der freien Meinungsäußerung. Das gilt auch etwa für die Offiziere des Bundesheeres, für Angehörige der Exekutive und so weiter. In Österreich kann also das, was etwa in der Bundesrepublik Deutschland vor kurzem passiert ist, nicht geschehen. In Österreich ist es jedem Offizier, jedem Beamten gestattet, zum Beispiel darauf hinzuweisen, daß der Herr Abgeordnete Dallinger – ich weiß nicht, ob er hier ist – vor etwa Jahresfrist gemeinsam mit Kommunisten demonstriert hat. Das ist kein Grund, daß der betreffende Kritiker gemäßregelt werden könnte. In Österreich kann auch jeder Lehrer, jeder Mittelschulprofessor den Unterrichtsminister kritisieren, weil er – der Herr Dr. Schmidt hat das ganz richtig gesagt – einen, der momentan mit seinem kommunistischen Regime in Streit ist, nach Österreich einlädt.

Im übrigen: Dieser Herr Biermann, den kein Mensch vorher gekannt hat, hat sich bemüht gesehen, den Aufstand der Berliner Arbeiter am 17. Juni 1953 als faschistisches Werk zu bezeichnen. Ich glaube, das allein wäre Grund genug, daß wir von dem Herrn in jeder Weise die Hände weghalten. Der Herr Sinowatz soll sie sich verbrennen, aber ohne uns. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Als letztes, meine Damen und Herren – der Außenminister ist nicht da –: Ich hätte mir schon vorstellen können, daß man den Vorschlag des Herrn Abgeordneten Dr. Fischer diskutiert, daß man auf manchen Gebieten, auch auf außenpolitischem Gebiet, etwas mehr zu gemeinsamem Vorgehen, zu gemeinsamen Beratungen kommt.

Es hat Ihnen schon der Herr Abgeordnete Fiedler eine Reihe von Dingen vorgehalten, mit denen wir uns nicht einverstanden erklären können. Vor allem können wir nicht einverstanden sein, daß gewissermaßen gesagt wird: So, das ist unsere Außenpolitik, es liegt an euch, ihr könnt ja oder nein sagen dazu. Das verstehen wir nämlich nicht unter gemeinsamer Politik.

Mich würde eines interessieren – Dr. Fiedler hat es zum Teil angeschnitten –: Als vor etwa Jahresfrist in Madrid einige Todesurteile wegen Mordes an Polizisten gefällt wurden, hat Österreich den Botschafter zur Berichterstattung zurückberufen: das gute Recht des Außenmini-

sters, des Bundeskanzlers oder wer immer es veranlaßt hat.

Mich hätte aber interessiert, was hat Österreich gemacht, wie hat Österreich reagiert auf die Massenhinrichtungen in Kambodscha? Welche internationalen Gremien wurden damit befaßt? Was hat Österreich gesagt zu den Massenerschießungen in Äthiopien, im Sudan, in Uganda, in Äquatorialguinea? Was sagte der österreichische Außenminister, was sagte die österreichische Bundesregierung, was sagten die österreichischen Vertreter bei der UNO zu der Deportation der Kurden durch den Irak, überhaupt gegen den Völkermord, der dort betrieben wird? Gegen die Massaker der Kubaner in Angola? Was sagte Österreich zu Todesurteilen, die in Albanien gefällt wurden, weil ein Priester es wagte, ein neugeborenes Kind zu taufen? Das könnte man noch mit vielen Beispielen fortsetzen. Herr Außenminister, darauf hätte ich auch gerne eine Antwort. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Abschließend, meine Damen und Herren, noch einmal klipp und klar: Wir sind gerne zu Gesprächen, auch zu entsprechender Kooperation bereit. Aber einem Budget, das der Bundeskanzler selbst als Wahnsinn und der Finanzminister als Horror bezeichnet, die Zustimmung zu geben, müßten eigentlich sich auch Dr. Kreisky und der Finanzminister selbst weigern. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Als nächster zum Wort meldet ist der Abgeordnete Teschl.

Abgeordneter **Teschl** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! In der außenpolitischen Stunde, die kurz hinter uns liegt, hat vor allen Dingen Abgeordneter Czernetz die Machtstrukturen und die militärischen Probleme der Welt besonders herausgearbeitet. Jedermann weiß ja, daß mit vorhandenen Machtstrukturen wirtschaftspolitische Probleme eng verbunden sind.

Unter diesem Gesichtswinkel sollten manche Probleme, die heute in wirtschaftspolitischer Richtung bereits erwähnt wurden, betrachtet werden.

Ich erlaube mir, nur auf eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Fiedler zum Thema Außenpolitik einzugehen, worin er sich auf eine einzige spezielle Äußerung des israelischen Ministerpräsidenten bezog und versuchte, die Persönlichkeit des Bundeskanzlers herabzuwürdigen.

Ich glaube, daß die Probleme um Israel und um Nahost wesentlich komplexer sind, als sie sich etwa für einen braven Gewerbetreibenden in Österreich darstellen. Man denke doch nur an die Reaktionen der USA und ihre Bemühungen, zwischen der arabischen Welt einerseits und den

3640

Nationalrat XIV. GP – 38. Sitzung – 1. Dezember 1976

Teschl

berechtigten israelischen Bedürfnissen einen noch immer nicht vorhandenen Konsens zu finden, und welcher Druck und Gegendruck selbst für Außenstehende oft sichtbar wurde. In Österreich, das ja in vieler Hinsicht bewiesen hat, wie groß die Sympathien für Israel sind, brauchen nicht extra besondere Freundschaftsbeteuerungen für dieses Land hervorgekehrt werden.

Aber wenn die derzeitige Bundesregierung und vor allem auch der Bundeskanzler bemüht war, in wirtschaftspolitischer Hinsicht im arabischen Wirtschaftsraum unserem Land die Tür zu öffnen, damit Österreichs Wirtschaft auf einem Markt Fuß fassen kann, wo doch Aussicht besteht, daß sich allmählich eine Konsumkraft entwickelt, so sollte man nicht auf diesem Weg versuchen, Zielsetzungen, die auch unserem Land dienlich sein können, herabzuwürdigen, ohne diesen Hintergrund zu sehen.

Ich habe mit vielen Wirtschaftstreibenden Österreichs Kontakt, die es begrüßt haben, daß es möglich geworden ist, in diesem heißumkämpften Wirtschaftsraum auch österreichischerseits Fuß zu fassen.

Ich meine daher, und ich glaube, es war Herr Abgeordneter Scrinzi, der es erwähnte, daß die Außenpolitik von heute wesentlich komplexer geworden ist und vielfach wirtschaftspolitische Problemstellungen in der diplomatischen und in der sonstigen außenpolitischen Aktivität eines Landes verpackt sind.

So gesehen hatte ich als Mensch, der mit Wirtschafts- und Sozialproblemen täglich praktisch befaßt ist, heute erhofft, wenn der Vorsitzende und der Generalsekretär der großen Oppositionspartei zu allgemeinen wirtschaftspolitischen Problemen im Zusammenhang mit dem Budget Stellung nehmen, daß doch Aussagen gemacht werden, die sachbezogen sind, die herausarbeiten, daß zwar Prioritäten möglicherweise anders gesetzt werden könnten, jedoch auf die Wirtschaftsprobleme in sachbezogener Art eingehen, um daraus Konsequenzen ziehen zu können, falls sie brauchbare Alternativen beinhalten.

Nichts von dem war zu hören. Ich muß sagen, ich bin tief enttäuscht darüber, denn wir haben erlebt, daß der Vorsitzende der großen Oppositionspartei einschließlich deren Generalsekretärs sich ausschließlich der negativen Kritik verschrieben haben. Die negative Kritik, verbunden mit Appellen an die Neidgenossenschaft, verbunden mit der sehr bequemen Darstellung, daß es ausschließlich dieser Bundesregierung vorbehalten wäre, alle Probleme, die sich auf Grund der weltwirtschaftlichen und der währungspolitischen Situation ergeben, in Österreich zu regeln.

Ich finde, daß das eine bewußte und gewollte Irreführung der Öffentlichkeit ist.

Dazu kommt, daß es natürlich auch zum „guten Ton“ – unter Anführungszeichen gesprochen – der großen Oppositionspartei gehört, daß man am besten Kritik an den Personen und ausschließlich an den Personen betreibt anstatt an der Sache. Das, glaube ich, war enttäuschend für die heutige generelle und spezifische Stellungnahme zum Budget 1977 durch die große Oppositionspartei.

Ziehen wir einmal einen kleinen Vergleich zwischen der Zeit der ÖVP-Regierung und der damaligen wirtschaftlichen Situation und der Zeit seit 1970 bis zur Gegenwart.

Nicht, daß es in den Jahren der ÖVP-Alleinregierung keine weltwirtschaftlichen Probleme im Detail gegeben hätte, aber erinnern wir uns daran, daß im Jahre 1970 das Weltwährungssystem zusammengebrochen ist, daß der Ölshock in den Jahren 1973/74 eine gewaltige wirtschaftliche Belastung aller betroffenen Länder und erst recht für Österreich brachte und einen Höhepunkt in der Krise des Jahres 1975 fand, an deren Wehen und Folgen wir derzeit und wahrscheinlich auch in allernächster Zeit noch zu leiden haben werden.

Vergleicht man die beiden Zeiträume, die Zeit der ÖVP-Alleinregierung und jene der sozialistischen Alleinregierung, so sind die Problemstellungen weltwirtschaftlicher Art und somit die Folgewirkungen auf die nationale Wirtschaft grundverschieden, und ungleich größere Lasten sind jetzt zu bewältigen.

Es wurde auch – mit Stolz in der Stimme – Bezug darauf genommen, daß die Teuerungsraten während der ÖVP-Alleinregierung 2 bis 4 Prozent betragen hätten, ohne dazuzusagen, daß das in allen Ländern Europas die damaligen Teuerungsraten waren, und ohne hinzuzufügen, daß ab 1970 die Inflationsraten weltweit die bekannten Größenordnungen hatten und Österreich im unteren Feld der Teuerungsraten lag.

Man müßte schon sachbezogen Vergleiche ziehen, wenn man zu einer Kritik ansetzt. Aber, wie gesagt, man begeht den bequemen Weg der negativen Kritik unter Herabsetzung der Persönlichkeiten, die immerhin Österreich nach außen und nach innen repräsentieren. Also eine völlige Negation von Realitäten.

Erinnern wir uns doch an die gegenwärtigen Probleme, zum Beispiel gestern und vorgestern, als die Regierungschefs der EG zusammensaßen und über die zukünftige Entwicklung der EG und andere Probleme berieten, ohne daß es möglich scheint, daß die Regierungschefs auch nur einen Ansatz finden, der eine Konsolidie-

Nationalrat XIV. GP – 38. Sitzung – 1. Dezember 1976

3641

Teschl

rung der wirtschaftlichen Verhältnisse im EG-Bereich möglich erscheinen läßt.

Und wie wird hier von der großen Oppositionspartei kommentiert? Wenn diese Regierung nur wollte, sie könnte und müßte bessere Vertragsbedingungen mit der EG herausarbeiten. Dann wären die Probleme der Landwirtschaft, die Probleme der Papierindustrie und die Probleme des Eisen- und Stahlhandels gelöst.

Völlig unrichtig, denn wir wissen, daß die EG sich in einer schweren Krise befindet. Eine bedeutende Zeitung hat geschrieben, daß die EG eigentlich derzeit nur mehr auf dem Papier besteht, weil die nationalen Interessen vornehmlich in wirtschaftlicher Hinsicht über die supranationalen Wünsche und Vorstellungen der EG gestellt werden.

Wir wissen um die Probleme der Landwirtschaft innerhalb der EG-Länder. Wir wissen, daß die EG-Länder einen riesigen Überschuß an Agrarprodukten haben, und wir kennen auch die Probleme bezüglich der Rinder.

Und hier wird so getan, als liege es nur am Agrarminister oder am Handelsminister oder am Außenminister, bei einem etwas härteren Standpunkt gegenüber der EG-Kommission bessere Verträge zu erzielen. Also eine Verzerrung oder eine bewußt falsche Darstellung der Verhältnisse.

Oder nehmen wir ein anderes Beispiel. Es wurde gesagt, daß man tief darüber erschüttert sei, daß der ÖGB der Regierung die Mauer machte und keine Rücksichtnahme vorhanden wäre, auf die eigentlichen Bedürfnisse der Mitglieder einzugehen. Das ist die eine Seite. Im nächsten Satz wurde gesagt, daß es notwendig wäre, dafür zu sorgen, daß der Auftragsstand in der Wirtschaft besser gegeben wäre, und die Regierung könnte dazu beitragen. Man beruft sich also auf einen Bericht des Wirtschaftsforschungsinstitutes, in dem die Auftragssituation der Wirtschaft dargelegt wird. Dieser Auftragsstand ist bekanntlich nicht gerade so, daß man von einer Hochkonjunktur sprechen kann.

Und ich frage mich: Gilt es nur dann, dem ÖGB das Zeugnis auszustellen, wenn irgendwelche Feierlichkeiten stattfinden und man sagt, der ÖGB sei stets in seiner Politik staatstragend gewesen und hätte immer Rücksicht auf die Bedürfnisse der Gesamtbevölkerung und des Gesamtstaates genommen, oder sollte man in einer Zeit, in der die wirtschaftlichen Verhältnisse durch die Struktur der Weltwirtschaft so zwiespältig sind, rücksichtslos oder ohne Rücksicht auf den Staat vorgehen?

Ich bin der Meinung, wir sollten als ÖGB bei unserem Standpunkt bleiben, daß der Gesamt-

staat Vorrang vor Einzelinteressen hat. Wir haben uns stets daran gehalten und würden es sehr begrüßen, wenn sich andere Interessengruppierungen auch daran halten würden.

Aber wir werden in den nächsten zwei, drei Monaten, wenn verschiedene Industriegruppen zu Lohnverhandlungen kommen, ja wieder hören, daß die großen Forderungen, die unüberlegten Forderungen der einzelnen Gewerkschaften die österreichische Wirtschaft in Gefahr bringen. Ich frage mich, wie sich dieser Widerspruch verträgt: Auf der einen Seite seien wir zu lahm als Gewerkschaftsvertreter, und wenn es dann am Verhandlungstisch zu einem sinnvollen Kompromiß über Lohnforderungen kommen soll, dann wird uns vorgeworfen, daß wir viel zu hohe Forderungen stellen und viel zu wenig Rücksicht auf die Bedürfnisse der Wirtschaft nehmen. (Abg. Dr. Prader: Sie verwechseln die Fronten!)

Es wird noch ein sehr emotionelles Problem immer dargestellt: Zu viel Staat, zu viel Eingriff. Schauen wir uns die Realität an. In Wirklichkeit ist es die Wirtschaft selbst, die in dieser Zeit versucht, jene Mittel beizubringen, die für Investitionen erforderlich sind. Es werden der ERP-Fonds und andere Fonds, die für Wirtschaftshilfe geschaffen sind, optimal eingesetzt – ich finde zu Recht –, um Investitionen vorzuziehen, um Investitionen finanzieren oder besser finanzieren zu können und um, was natürlich unser Hintergrund ist – als Gewerkschafter spreche ich da –, eine optimale Arbeitsplatzsicherung zu gewährleisten. Das wird als Eingriff des Staates deklariert.

Aber wenn es dann am Tisch der Realität besprochen wird, da ist es selbstverständlich, daß optimale Förderungen – und zu Recht, möchte ich sagen – des Staates der Wirtschaft zugute kommen.

Und noch etwas: Der Freiheitsraum wird beschränkt. Ich finde, das gehört einmal deutlich ausgesprochen. Abgesehen davon, daß es kein Beispiel gibt in unserer Republik, wo der Freiheitsraum des einzelnen beschränkt wurde und wird, ist einmal klarzustellen, was persönliche Freiheit überhaupt ist. Als Gewerkschafter und als Sozialisten können wir uns wirtschaftliche Unabhängigkeit, getrennt von der persönlichen Freiheit, überhaupt nicht vorstellen.

Ich habe es im Jahre 1975 persönlich erlebt, wenn man in Betriebe kam, wo die Auftragssituation nicht besonders rosig war, wie rasch die Rücken krumm geworden sind aus der Furcht heraus, im Falle von Kündigungen einer von denen zu sein, die möglicherweise dabei sind. Reden Sie nicht von persönlicher Freiheit, wenn Sie nicht damit koppeln, daß die optimale

3642

Nationalrat XIV. GP – 38. Sitzung – 1. Dezember 1976

Teschl

wirtschaftliche Unabhängigkeit des unselbstständig Erwerbstätigen damit verbunden ist! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Diese Bundesregierung hat sich nicht umsonst bemüht, optimale Vollbeschäftigungspolitik zu betreiben, weil kein Arbeitsloser von einer persönlichen Freiheit etwas hat, wenn er keine wirtschaftliche Voraussetzung vorfindet, diese persönliche Freiheit auch zu nützen. (*Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.*)

Ich glaube, diese Dinge sollte man doch zusammen nennen und sollte nicht so theatralische und vielleicht noch dazu emotionsverbrämte Begriffe der persönlichen Freiheit und vom Tüchtigen, der sich durchsetzen soll, und ähnliche Dinge mehr gebrauchen, wenn man weiß, daß mehr als 2½ Millionen, nahezu 3 Millionen unselbstständig Erwerbstätige mit ihren Familien absolut davon abhängig sind, wie diese Wirtschaft in unserem Land gestaltet wird.

Und da, glaube ich, ist es eine Pflicht, ja sogar ein Vorrecht des Staates oder der Repräsentanten des Staates, also der Regierung, dafür Sorge zu tragen, daß von Seiten des Staates so viel Stützung und so viel Beihilfe gewährt wird, um eben diese Vollbeschäftigung zu ermöglichen, um dann die persönliche Freiheit des unselbstständig Erwerbstätigen zu gewährleisten. Das ist die Meinung des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, und das ist auch die Meinung der sozialistischen Regierung und die Meinung meiner Fraktion in diesem Hohen Haus und, wie wir glauben, auch die der Mehrheit der österreichischen Bevölkerung.

Es wurde auch – und nicht zu Unrecht – darauf hingewiesen, daß im Bereich der verstaatlichten Industrie dort oder da Strukturschwächen erkennbar seien. Natürlich. Und warum gibt es jetzt solche Schwierigkeiten innerhalb und außerhalb unseres Landes in der Wirtschaft? – Weil bei Krisenerscheinungen, wie sie das Jahr 1975 uns brachte, die Schwachstellen einer Volkswirtschaft deutlicher hervortreten. Jeder von uns könnte über Schwachstellen, die es da oder dort in den verschiedensten Industriebranchen geben mag – mir sind genügend bekannt, mehr, als mir lieb sind –, berichten, die treten hervor, und es ist gar nicht so einfach, und wiederum nicht ohne Hilfe der öffentlichen Hand möglich, solche Schwachstellen zu beseitigen oder ihre Auswirkungen zu mildern.

Dasselbe gilt für die verstaatlichte Industrie, die ja voll integriert in die Wirtschaft ist, und ich glaube, man sollte, so wie es in letzter Zeit ja auch der Fall war, die verstaatlichte Industrie als das anerkennen, was sie ist, nämlich ein Teil der gesamten Volkswirtschaft, und die volle Integra-

tion zwischen Gemeinwirtschaft und Privatwirtschaft hat sich in der Nachkriegszeit bestens bewährt. Wenn es auch beinahe einige Jahrzehnte gedauert hat, ideologische Voreingenommenheit zu beseitigen, so kommt es erfreulicherweise nur mehr selten zu unterschwelligen Ausbrüchen aus alten Zeiten in bezug auf die verstaatlichte Industrie.

Vielleicht zum Schluß ein paar Zahlen über die wirtschaftliche Bedeutung der verstaatlichten Industrie, weil sie nun einmal zu diesem Budgetkapitel ressortiert.

Wir haben rund 111.000 Beschäftigte, und der Gesamtanteil der Beschäftigten der verstaatlichten Industrie an der Gesamtbeschäftigung beträgt 17½ Prozent.

Wenn man berücksichtigt, daß für den Personalaufwand 22 Milliarden Schilling ausgegeben werden, so erkennt man, daß auch die lohnpolitische Komponente und die Ausstrahlungen auf die Infrastruktur der Kommunen und der Regionen, wo die Beschäftigten der Verstaatlichten beheimatet sind, von Bedeutung sind.

Oder wenn wir etwa den konsolidierten Bruttoumsatz der verstaatlichten Industrie mit 81 Milliarden Schilling erwähnen, wovon sich 52 Milliarden im Inland umsetzen und 29 Milliarden im Export, so ist auch darin die volkswirtschaftliche Bedeutung sichtbar und erkennbar.

Oder es hat, was leider zu selten gesagt wird, die Steuerleistung der verstaatlichten Industrie im Jahre 1974 – 1975 ist noch nicht bekannt – insgesamt für alle Steuern den beachtlichen Betrag von 10,9 Milliarden Schilling betragen. Damit dürfte wohl eine Mär beseitigt sein, denn es hat immer so den Anschein gehabt – oder es wurde so interpretiert –, als ob die verstaatlichte Industrie keine oder nur sehr wenig Steuern zahlen würde. Also immerhin ein Betrag von 10,9 Milliarden Schilling im Jahre 1974. (*Abg. Staudinger: ... 1975 Steuer zahlen?*) Zu Recht, wie jeder andere Betrieb. Aber es wurde immer so dargelegt, als wenn die Verstaatlichten besondere Ausnahmen hätte und eher dem Steuerzahler in der Tasche liegen würde.

Es ist auch so, daß Dividenden bezahlt wurden; im Jahre 1974 konnten an die ÖIAG immerhin an 603 Millionen Schilling Dividenden bezahlt werden, und im Jahre 1975, wenn ich von einem gewissen Betrieb absehe, wurden immerhin noch nahezu 196 Millionen Schilling an Dividenden bezahlt.

Oder denken wir an die Investitionen: Im Jahre 1969 3 Milliarden, 1972 7,2 Milliarden, 1974 rund 7 Milliarden, die Ziffern für 1975 dürften in der gleichen Größenordnung liegen,

Teschl

und für 1976, für dieses Jahr also, beträgt die Planung etwa 7,4 Milliarden Schilling. Und wenn ich für die Zeit 1976/1980, für welchen Zeitraum eine Vorschau vorliegt, die Zahl von 34 Milliarden Schilling erwähnen darf, die für die verstaatlichte Industrie als Investitionen vorgesehen sind, so kommt auch hierin wieder die volkswirtschaftliche Bedeutung dieser Industriegruppe zum Ausdruck. (Abg. Dkfm. Gorton: ... *Dividenden heuer sein?*) Das Jahr 1976 läßt sich dividendenmäßig noch nicht abschätzen, und ich sage bereits, daß ein Betrieb sicherlich unter besonderen Schwierigkeiten zu leiden hat, daß aber die anderen Betriebe einigermaßen über den Berg kommen werden. (Abg. Dkfm. Gorton: *7 Milliarden?*) Nein, die Investitionen. Rund 7 Milliarden sind geplant für dieses Jahr. Der Abschluß liegt ja noch nicht vor. Rund 7 Milliarden Schilling.

Meine Damen und Herren! Damit wollte ich zum Ausdruck bringen, daß ein sehr wichtiger Teil unserer Wirtschaft, also die verstaatlichte Industrie, einen wesentlichen Beitrag für die österreichische Volkswirtschaft leistet und sicherlich nicht bevorzugt behandelt wird – denken wir nur an alle die Förderungsmaßnahmen für die Gesamtwirtschaft –, und ich glaube, diese Entwicklung soll so weitergehen.

Ich darf vielleicht noch ein paar Einzelprobleme herausgreifen, um auch da einige Ziffern zu nennen. Es sind zum Beispiel bereits ausgegeben oder werden gerade für Bauten verwendet – nur für den Bereich der chemischen Industrie –:

für eine Harnstoff- und Melaminanlage 558 Millionen,

für eine Acryl-Nitril-Anlage im Werk II der Chemie-Linz AG 797 Millionen Schilling, für die Infrastruktur desselben Werkes 478 Millionen und für den Ausbau der Petrochemie Schwechat im gesamten Bereich 1700 Millionen Schilling.

Oder wenn wir Eisen-, Stahl- und Maschinenbau herausgreifen: Für die Zeit von 1976 bis 1980 sind etwa 15,3 Milliarden an weiteren Investitionen geplant.

So gesehen kann man also zu diesem Budgetkapital, soweit es die verstaatlichte Industrie betrifft, also doch nur – nehmst alles nur in allem – ein positives Bekenntnis ablegen, und es ist somit die verstaatlichte Industrie zu einem wichtigen Bestandteil der Beschäftigungsstabilität in Österreich geworden.

Ich schließe mit dem nochmaligen Hinweis – ich kann es nicht oft genug sagen –: Vollbeschäftigungspolitik für die größte Bevölkerungsgruppe unseres Landes, nämlich für die unselbstständig Erwerbstätigen, kann und muß oberstes

Ziel bleiben, damit die persönliche Freiheit aller dieser Menschen gewahrt bleibt. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Nächster Redner ist der Abgeordnete Dkfm. Gorton.

Abgeordneter Dkfm. Gorton (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich erinnere mich, daß heute vormittag der Herr Abgeordnete Dr. Fischer als Klubobmann hier von diesem Rednerpult unter anderem auch eine Einladung an die große Oppositionspartei gerichtet hat, bei künftigen Budgets doch zu überlegen, ob man in der Außenpolitik nicht auch beim Budgetkapitel Äußeres eine gemeinsame Linie finden könnte.

Wir haben diese Einladung mit Aufmerksamkeit gehört. Aber, meine sehr geschätzten Damen und Herren, umso mehr muß es uns doch eigentlich wundern, wenn der neue Herr Außenminister, dem wir von Seiten unserer außenpolitischen Sprecher einen gewissen Vertrauensvorschuß mitgegeben haben und den eigentlich unser heutiger außenpolitischer Sprecher, der Herr Abgeordneter Fiedler, in seiner bisherigen Tätigkeit keineswegs einer solchen Kritik unterzogen hat – der Herr Abgeordneter Dr. Fiedler hat lediglich hier für unsere Partei festgestellt, daß wir, ich möchte sagen, die Eigenwilligkeit des Herrn Bundeskanzlers in seinen außenpolitischen Tätigkeiten nicht immer billigen können, aber er hat eigentlich an dem Herrn Außenminister selbst gar keine Kritik geführt –, daß es dann dieser neue Herr Außenminister – ich glaube, in seiner zweiten Wortmeldung – hier im Hohen Hause für richtig und notwendig befunden hat, einem langjährigen Abgeordneten von der Regierungsbank her Zensuren zu erteilen, indem er sagte, der Herr Abgeordneter Fiedler hätte sich nur in Allgemeinheiten über die Außenpolitik ergangen. Dazu könne er überhaupt nicht Stellung nehmen.

Ich glaube, Herr Bundesminister, daß Sie, wenn Sie hier eine gemeinsame Außenpolitik in diesem Hohen Hause zustande bringen wollen – wozu wir uns gerne bekennen wollen –, auf eine solche Art und Weise nicht das richtige Verhältnis zu den Abgeordneten dieses Hauses finden werden, wenn Sie glauben, hier Zensuren erteilen zu müssen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Außenminister! Wenn Sie von Allgemeinheiten sprechen: Ich habe eigentlich aus Ihren Beantwortungen gerade bei der Anfrage, wie Sie sich zur Einladung des Herrn Unterrichtsministers an den Herrn Biermann stellen, überhaupt nur Allgemeinheit entnommen. Sie sagen, daß sich Österreich positiv zum Asylrecht bekennt. Natürlich, das haben wir nie bestritten.

3644

Nationalrat XIV. GP – 38. Sitzung – 1. Dezember 1976

Dkfm. Gorton

Aber uns hätte es eigentlich interessiert, Herr Außenminister, wie Sie sich zur Einladung des Herrn Unterrichtsministers an einen Kommunisten stellen, der in Österreich ja gar nicht um Asyl angesucht hat, sondern den der Herr Unterrichtsminister einlädt, Besprechungen über eine weitere Tätigkeit dieses Kommunisten in Österreich zu führen. Darüber hätten wir gern eine konkrete Auskunft erhalten, Herr Bundesminister für Äußeres, wie Sie sich als Außenminister des neutralen Österreich zu solchen Einladungen des Herrn Unterrichtsministers stellen. Darüber konnten wir leider nichts vernehmen. Hier haben Sie sich in Allgemeinheiten geflüchtet – wenn Sie schon von Allgemeinheiten glauben hier von der Regierungsbank aus sprechen zu müssen und Abgeordneten sozusagen Zensuren erteilen wollen.

Nun, Herr Außenminister, unsere Aufgeschlossenheit mögen Sie daraus ersehen, daß wir uns zu Ihren Ausführungen, wonach die Frage der geheimen Sprachenermittlung ein rein innerstaatliches Problem ist, bekennen – das ist selbstverständlich – und daß der Staatsvertrag und keine internationale Norm eine solche Sprachenzählung verbietet. Hier sind wir zweifellos einer Meinung, und ich möchte gar nicht den weiteren Ausführungen unseres Spitzenverhandlers in allen diesen Fragen vorgreifen.

Ich möchte als Kärntner hier nur feststellen, daß wir in Kärnten uns gefreut haben und glauben, daß es doch ein sehr positives Ergebnis war, wenn sich in Kärnten über 86 Prozent der im gegebenen Fall Stimmberchtigten an dieser Ermittlung beteiligt haben. Wir glauben also, daß dieses Ergebnis zweifellos als positiv hinsichtlich der Beteiligung zu bewerten ist.

Wir glauben aber weiters, daß die weiteren Schritte, über die ja Parteieneinvernehmlichkeit herbeigeführt werden soll, doch ein Gesamtpaket beinhalten und daß die Förderung, aber auch die Erfüllung der noch ausstehenden Punkte des Artikels 7 des Staatsvertrages in ihrer Gesamtheit auch in den Gesprächen und Verhandlungen künftig zu betrachten sein werden.

Ich möchte zu dieser Frage abschließend nur sagen, daß wir vom Herrn Bundeskanzler erwarten, daß er uns nach Umrechnung der Ergebnisse auf die Gemeindegrenzen von 1955 seinerseits Vorschläge unterbreitet, wie die Orientierungshilfe der Sprachenermittlung für die weitere Erfüllung des eigentlich einzigen noch offenen Staatsvertragspunktes Anwendung finden soll.

Das nur zu dieser Frage, über die ja doch die drei Parteien in Zukunft laufend Einvernehmlichkeit herbeiführen wollen und gemeinsam vorgehen wollen; wenngleich wir es vor der

Sprachenermittlung bedauert haben, daß zu unseren ersten Einladungen zu einer entsprechenden Aufklärung über die Beteiligung an diesem ganzen Verfahren eigentlich von der Sozialistischen Partei – zumindest bei uns unten in Kärnten – keine positive Haltung eingenommen wurde. Ich will nicht übersehen, daß dann in der letzten Phase doch eine gemeinsame Erklärung aller Parteien zustande kommen konnte.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Nun aber anschließend an die Ausführungen meines Vorredners, des Herrn Abgeordneten Teschl, der sich ja vornehmlich auch mit den verstaatlichten Unternehmungen beschäftigt hat, doch auch noch einige Feststellungen. Ich möchte sagen, daß gerade auch die verstaatlichten Unternehmungen in den vergangenen Jahren einerseits Konjunkturzeiten hatten, auf der anderen Seite aber glauben wir, daß durch die schlechte Regierungspolitik in diesen Konjunkturzeiten nicht entsprechende Vorsorge auch für die schlechteren Jahre getroffen wurde. Das gilt für die Budgetpolitik, das gilt aber sicherlich auch für die verstaatlichten Unternehmungen.

Ich möchte die verstaatlichten Unternehmungen fast als ehemaliges Liebkind des Herrn Bundeskanzlers bezeichnen, denn als man noch glaubte, mit den verstaatlichten Unternehmungen politische und wirtschaftliche Lorbeeren ernten zu können, war der Herr Bundeskanzler in diesen Fragen zweifellos immer viel mehr präsent, als es heute der Fall ist. Ob das bei betrieblichen Anlässen oder Auslandsbesuchen oder sonst der Fall war – die verstaatlichten Unternehmungen waren zweifellos immer das Paradepferd.

Meine Damen und Herren! Das hat sich aber auch beim Herrn Bundeskanzler in den Ausschußsitzungen im Parlament gespiegelt. Ich kann mich erinnern, seinerzeit im Verstaatlichtenausschuß, im Budgetausschuß oder auch im Rechnungshofausschuß haben wir Sie jedenfalls viel öfter zu sehen bekommen. Ich habe das einmal schon hier angedeutet. Ich kann das für die letzten zwei Jahre nur wiederum wiederholen: Ihre Präsenzen bei diesen Diskussionen in den Ausschüssen sind leider Gottes sehr selten geworden. (Präsident Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.)

Meine Damen und Herren! Ich glaube aber, daß diese Probleme unserer verstaatlichten Betriebe in der heutigen Zeit zum Teil auf drei Faktoren zurückzuführen sind. Diese drei Faktoren liegen zum ersten einmal – möchte ich sagen – doch in einer schlechten Handelspolitik der Regierung, die gerade für die so exportintensiven verstaatlichten Unternehmungen – und der

Dkfm. Gorton

Herr Abgeordnete Teschl hat das ja auch hervorgestrichen – in den letzten Jahren und besonders in der letzten Zeit sehr problematisch geworden ist.

Ich sehe also diese Ursachen der Schwierigkeiten zum Teil – und das möchte ich als erstes Konkretes anführen – doch auch in einer, ich möchte sagen, überheblichen Hartwährungspolitik nach außen hin bei gleichzeitig hoher Inflationsrate im Inland. Diese Situation bringt unsere Exportwirtschaft und hier natürlich die verstaatlichte Industrie in immer größere Wettbewerbsschwierigkeiten.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Es ist einfach unrealistisch, wenn die Regierung glaubt, bei einem jährlichen Handelsbilanzdefizit von etwa 35 Milliarden Schilling, das durch diese Politik heute auch vom Fremdenverkehr als Dienstleistungsunternehmen, der ja auch der internationalen Konkurrenz ausgesetzt ist, kaum mehr abgedeckt werden kann, also bei einem derartigen Handelsdefizit von 35 Milliarden Schilling in jeder Aufwertungsphase praktisch mit der DM mitgehen zu müssen, wenn die Bundesrepublik – und das ist jetzt wesentlich – bei wesentlich niedrigerer Inflationsrate ein Zehnfaches unseres Außenhandelsdefizites als Handelsbilanzüberschuß auszuweisen hat. Und da sind die Proportionen wesentlich anders zwischen Österreich und der Bundesrepublik. Ich glaube, daß gerade diese unserer Meinung nach zu starre Währungspolitik und diese Fragen mit ein wesentliches Kriterium für die Schwierigkeiten unserer Exportwirtschaft darstellen.

Ich habe gerade in den vergangenen Wochen anlässlich einer Auslandsreise nach Ostasien dort überall feststellen können, daß sich unsere Exportsituation auf diesen überseeischen Märkten vor allen Dingen durch die Währungssituation auf den internationalen Märkten in größeren Schwierigkeiten befindet als zum Beispiel andere westliche Industrien. Wir können uns hier, glaube ich, doch noch nicht ganz mit Deutschland messen in unserer Wettbewerbsfähigkeit hinsichtlich der Voraussetzungen unserer Gesamtindustrien, sodaß wir also eben auf diesem Sektor, glaube ich, künftig wesentlich vorsichtiger sein müssen.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Hier können dann nicht nur keine Impulse für unsere Exportwirtschaft und damit auch für die verstaatlichte Industrie entstehen, sondern ganz im Gegenteil, hier entstehen ständige Wettbewerbsverschlechterungen gegenüber unseren Konkurrenzländern in allen Teilen der Welt.

Und zum zweiten. Herr Bundeskanzler und die Ihr Ressort betreffenden verstaatlichten

Unternehmungen, ich glaube, daß Sie doch mit all Ihren Stäben noch immer kein langfristig befriedigendes Finanzierungskonzept für die verstaatlichten Unternehmungen haben finden können. Und dies geht nicht nur daraus hervor, daß die Investitionen der verstaatlichten Unternehmungen innerhalb von zwei Jahren, und zwar von 1973 auf 1975, um fast 27 Prozent zurückgegangen sind.

Wenn der Herr Abgeordnete Teschl davon spricht, daß es im Jahre 1976 voraussichtlich 7 Milliarden Schilling sein werden, so sind die 7 Milliarden Schilling innerer Wert 1976 sicherlich nicht mit den 8,57 Milliarden Schilling von 1973 zum Beispiel zu vergleichen, sodaß auch hier natürlich laufend noch ein Rückgang, nicht nur ein nomineller, sondern auch ein realer, zu verzeichnen ist.

Ich möchte also sagen, daß auch diese Investitionsrückgänge darauf zurückzuführen sind, daß die Regierung praktisch ein längerfristiges Finanzierungskonzept für unsere verstaatlichten Unternehmungen noch nicht zustande bringen konnte.

Das spiegelt sich ja auch darin, daß das Versprechen des Herrn Bundeskanzlers seinerzeit bei der Stahlfusion an die VÖEST-Alpine, wo also die 2 Milliarden Schilling Eigenkapitalaufstockung in Aussicht gestellt wurden, heute, nach, ich glaube, praktisch vier Jahren, noch immer erst nur zur Hälfte erfüllt werden konnte, nämlich mit 1015 Millionen Schilling. Bitte, für das nächste Jahr, wie gesagt, erhofft sich die VÖEST-Alpine weitere 350 Millionen Schilling. Der Herr Bundeskanzler hat im Finanzausschuß gesagt, das erwartet sich die VÖEST, er hat damals noch nicht gesagt, daß sie das auch bekommen wird können. Heute ist es aber durchgeklungen, daß er scheinbar doch etwas realistischer wird.

Aber ich möchte also sagen: Es fehlt das Finanzierungskonzept, und was man vor vier Jahren mit 2 Milliarden Schilling in Aussicht gestellt hat, konnte bis heute erst zur Hälfte erfüllt werden.

Oder wenn der Herr Staatssekretär Veselsky am 25. November in Vertretung des Herrn Bundeskanzlers im Rechnungshofausschuß sagte, die ÖIAG habe ihren Haftungsrahmen von 6 Milliarden Schilling bislang erst mit 3,8 Milliarden Schilling ausgenutzt und daher wäre hier noch ein genügender Finanzierungshafungsspielraum.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir kennen die Schwierigkeiten der ÖIAG, die auf der einen Seite teure festverzinsliche Anleihegelder an ihre nachgeschalteten Unternehmungen als Risikokapital ohne Ertragsgarantien

3646

Nationalrat XIV. GP – 38. Sitzung – 1. Dezember 1976

Dkfm. Gorton

weitergeben soll. Natürlich will dann der Generaldirektor der ÖIAG ein Weisungsrecht über die Art dieser Investitionen haben. Das ist ja immer noch eine sehr strittige Frage, auf die bisher auch noch keine befriedigende Antwort gefunden werden konnte.

Meine Damen und Herren! Wir haben als Parlamentarier zur besseren Information und zur Klärung solcher Fragen im Rechnungshofausschuß über die zunächst in allen drei Parteien einvernehmliche Auffassung gesprochen, daß im vertraulichen Unterausschuß des Rechnungshofausschusses auch der ÖIAG-Vorstand mit Generaldirektor Dr. Geist uns über die Lage der verstaatlichten Industrie vom Standpunkt der ÖIAG aus informieren sollte. Wir hören also von der Regierungsbank, daß da Bedenken bestehen und daß man das anscheinend jetzt verhindern will. Wir haben die Sache noch offengelassen und werden in der nächsten Sitzung des Rechnungshofausschusses weiter darüber beraten. Man höre, bitte: Man will anscheinend verhindern, daß in einem vertraulichen Unterausschuß der Generaldirektor der ÖIAG den Abgeordneten Auskunft gibt über seine Ansichten über die Lage der verstaatlichten Industrie, aber auch über die ganzen Finanzierungsfragen und auch über seine Wünsche – ich möchte jetzt nicht von seinen Autoproduktionswünschen oder -ideen sprechen – und Vorschläge zu den Finanzierungsfragen seitens der ÖIAG an die verstaatlichten Unternehmungen. Wenn wir ihn also dort vertraulich anhören wollen, so werden jetzt plötzlich Schwierigkeiten darin gefunden, ob das jetzt geschäftsordnungsmäßig möglich ist.

Also ich möchte doch sehr hoffend erwarten, daß man sich von seiten der Regierungspartei hier auf die einvernehmliche ursprüngliche Auffassung besinnen wird und daß dieses Hearing sozusagen in diesem vertraulichen Unterausschuß auch ermöglicht werden möge.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich glaube, daß wir dann dort verschiedenes erfahren könnten.

Ich muß auf Grund einer Information, die ich in den letzten Tagen vom Herrn Bundeskanzler freundlicherweise über die Dividendausschüttung der ÖIAG an den Bund bekommen habe, sagen: Da sehe ich Abweichungen, denn hier steht, im Jahre 1975 wären an Dividendenzahlungen 105 Millionen Schilling von der ÖIAG an den Bund abgeführt worden. Doch im Rechnungsabschluß konnten wir lesen, daß es nur 80 Millionen waren, entgegen den ursprünglich 111,55 Millionen, die im Voranschlag angesetzt waren.

Wir hätten dort im vertraulichen Unteraus-

schuß vom Herrn Generaldirektor Dr. Geist sicherlich auch erfahren können beziehungsweise werden erfahren können, warum im Jahre 1975 die erwarteten Dividendenzahlungen der ÖIAG an den Bund praktisch um über 28 Prozent vermindert werden mußten.

Auch all das hätte uns interessiert. Denn Herr Staatssekretär Veselsky hat dem Rechnungshofausschuß gesagt: Die Ausschüttung ist Sache der Organe, wir sind nur Hauptversammlung. Also die Beschlüßfassung liegt bei den Organen. Gerade deshalb möchten wir diese Organe im vertraulichen Unterausschuß hören, denn Sie haben uns darüber eben keine Auskunft geben können oder wollen, ich weiß es nicht. Aber auch das möchte ich hier doch festhalten.

Wir sagen also, daß seitens der Regierung noch kein langfristiges Finanzierungskonzept für die verstaatlichten Unternehmungen gefunden werden konnte und daß man nur von heute auf morgen oder, ich möchte sagen, von einem Jahr auf das nächste hin arbeitet.

Ich möchte gerade bei den Finanzierungsfragen feststellen, daß ich weder vom Herrn Bundeskanzler noch vom Herrn Staatssekretär Veselsky Auskunft darüber bekommen konnte, was im Teilheft über das Bundesvermögen, wo ja die ÖIAG als Beteiligung des Bundes angeführt wird, unter dem Ansatz 1/54022 zu verstehen ist, wo steht: „Entschädigungen für verstaatlichte Unternehmungen“ – insgesamt –: „12 Millionen Schilling“.

Es konnte mir der Herr Bundeskanzler – die verstaatlichten Unternehmungen fallen ja in sein Ressort – nicht sagen, was mit diesem Ansatz beabsichtigt ist, und auch Herr Staatssekretär Veselsky konnte mir als Mitglied der „bestvorbereiteten Regierung“ im siebenten Jahr ihres Daseins darüber keine Auskunft geben.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Sie sehen also: Hier fehlt ein langfristiges Finanzierungskonzept. Ich weiß nicht, welche Wege man künftig beschreiten wird, ob es wieder der Anleiheweg sein wird – über das Budget geht es ja nicht und soll es ja auch gar nicht erfolgen – oder ob sich die Regierungspartei vielleicht langfristig doch zu Kapitalmarktmöglichkeiten, egal, ob das stimmrechtslose Vorzugsaktien sind, wie es Herr Bundeskanzler Schmidt in der Bundesrepublik Deutschland als gangbar bezeichnet, wird bequemen müssen. Es geht jedenfalls darum, daß man hier doch über neue Wege langfristig beraten kann.

Hohes Haus! Ich komme zum dritten Bereich, in dem unserer Auffassung nach die Verstaatlichten-Politik versagt hat. Ich möchte das doch nur ganz kurz anziehen. Ich glaube, daß wir die

Dkfm. Gorton

weitgehende Effizienzlosigkeit der durch die drei Fusionsgesetze erhofften Unternehmensneustrukturierungen kritisieren müssen.

Meine Damen und Herren! Nach mehrjähriger Fusionsdurchführung auf dem Stahl-, Edelstahl- beziehungsweise Buntmetallsektor erscheint es uns als Erfolg dieser von Ihnen als gesetzlich gewünschten Maßnahmen als zu wenig, wenn vielleicht hier heute stolz verkündet oder im Ausschuß gesagt wird: Die Investitionsprogramme konnten koordiniert werden. – Die Investitionen sind aber, wie ich bereits gesagt habe, innerhalb von zwei Jahren um fast 27 Prozent zurückgegangen. Oder: Es geht darum, daß die Auslandsvertretungen der Edelstahlwerke endlich zusammengelegt werden, damit die einzelnen Marken im Ausland nicht einander unnötig die Preise verderben.

Das sind sicherlich notwendige und begrüßenswerte Maßnahmen, aber ich glaube, das ist nach fast vier Jahren Fusion zuwenig von dem, was man sich an Unternehmenskonzeption hat erwarten können.

Ich möchte also sagen, daß wir heute, vier Jahre nach der Fusion, noch immer kein Konzept der inneren Unternehmensgestaltung feststellen können, denn das vorzugebende Unternehmensziel der Fusion kann doch wirklich nicht die Summe einer Addition der verschiedenen Unternehmungen sein.

Wenn das Ganze dann in einen, ich möchte sagen, neu aufgeblähten Verwaltungswasserkopf des größten Stahlkonzerns in Linz mündet, der dem autoritären Generaldirektor anscheinend auch über den Kopf wächst, sodaß sich dieser seinem Scheitern vielleicht durch einen vorzeitigen Pensionsübertritt entziehen will, dann kann auch das kein Fusionsziel gewesen sein.

In der Öffentlichkeit tritt es leider Gottes zutage, daß die eingreifendsten Maßnahmen Betriebsschließungen zu sein scheinen, wo man also Strukturänderungen herbeiführen will.

Den heutigen Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers und auch der mündlichen Fragestunde vor einigen Wochen war zu entnehmen, daß mit mehreren Privatunternehmungen erfolgreiche Verhandlungen über die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen im Raum Fohnsdorf und auch im Raum Mitterberg geführt werden konnten. Ich will hier keineswegs die These aufstellen, daß die Privatindustrie erst dann besonders geschätzt wird, wenn sie der Regierung bei der Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen für zu schließende verstaatlichte Betriebe helfen kann, möchte aber doch zu überdenken anheimstellen, ob die versteinerten Formen überalterter sozialistischer hundertprozentiger

Verstaatlichungstheorien der letzten 30 Jahre vielleicht erst bei Betriebsschließungen neue Wege aufzwingen könnten oder ob sich die Regierung nicht endlich auch mit Wachstumsfinanzierungen gesunder verstaatlichter Unternehmungen schon heute mit Mischbeteilungsfinanzierungen über den Kapitalmarkt endlich befassen kann.

Zum Schluß nur ein kurzes Wort zu unserem Kärntner Problem. Wir haben die bisherige Vorgangsweise des VÖEST-Alpine-Generaldirektors und seiner direkt damit befaßten Stäbe hinsichtlich der künftigen Möglichkeiten für Hüttenberg kritisieren müssen. Wir haben die Vorgangsweise der Geheimbesprechungen von Anfang Juli dieses Jahres, wo man versuchte, in einem „Parforceritt“ die Sache irgendwo rasch über die Bühne zu bringen, sehr hart kritisieren müssen.

Ich freue mich, daß jetzt auch unsere sozialistischen Kärntner Mandatare aufgewacht sind und hier zumindest verlangen, daß mit offenen Karten gespielt wird.

Wir glauben, daß die ganze Frage des Bergbaues Hüttenberg und der Erschließung seines Westreviers einer neuen objektiven Begutachtung zu unterziehen sein wird. Ich möchte hier gar nicht auf die Äußerungen des Generaldirektors Koller zu Vorschlägen von Kärntner Seite, von einer großen Institution in Kärnten, zu sprechen kommen, ich möchte nicht darüber reden, wie er versuchte, das abzuqualifizieren.

Herr Bundeskanzler und Herr Staatssekretär! Wir in Kärnten erwarten uns, daß hier wirklich objektiv vorgegangen wird.

Ich möchte auch nicht auf die Art der Antwort des Herrn Verkehrsministers auf meine Anfrage hinsichtlich aller Tarifkonstruktionen näher eingehen. Ich glaube, daß es fast unglaublich ist, wenn der Verkehrsminister in einer Antwort sagt, daß die Tarife der Österreichischen Bundesbahnen unter Betriebsgeheimnisse fallen. Wozu haben wir also die Tarife? Wenn ich hier auch um Verbandstarife und um andere Arten der Tarifgestaltung anfrage und er mir in der Antwort schreibt: Als Diplomkaufmann müßten Sie wissen, daß das unter Betriebsgeheimnisse oder Geschäftsgeheimnisse fällt, so finde ich das geradezu abwegig.

Der Herr Bundeskanzler ist im Augenblick nicht hier. Ich möchte ihm aber sagen: Auch das ist nicht die Art, in der von einem Minister die Anfragen eines Abgeordneten behandelt werden sollten! Dagegen wollen wir uns eindeutig verwahren. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Leider Gottes ist

3648

Nationalrat XIV. GP – 38. Sitzung – 1. Dezember 1976

Dkfm. Gorton

viel von dem, was hier in letzter Zeit geschehen ist, zu kritisieren. Ich habe nur einen Teil dieser Kritik beitragen können, aber Sie werden verstehen, daß es uns als Oppositionspartei bei solcher Führung, Wirtschaftsführung und bei einer solchen Art der Politik in den verstaatlichten Unternehmungen im ganzen gesehen nicht gestattet ist, einem solchen Budget die Zustimmung zu geben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist Staatssekretär Dr. Veselsky. Ich erteile es ihm.

Staatssekretär im Bundeskanzleramt Dr. **Veselsky:** Herr Präsident! Hohes Haus! Der Herr Abgeordnete Dr. Prader hat hier gesagt, es wäre durch eine verfehlte Politik der Bundesregierung zu einem Abbau von Arbeitskräften in den Grenzregionen des östlichen Österreich gekommen. Tatsächlich ist das Gegenteil richtig. Seit drei Jahren besteht eine Ostgrenzgebietsförderung im Rahmen des ERP-Fonds, und hier werden Mittel zu besonders günstigen Bedingungen zur Schaffung von Arbeitsplätzen eingesetzt, und der Erfolg ist ein dementsprechender. Bisher wurden in drei Jahren, seitdem das Programm besteht, 618 Millionen Schilling Kredite gewährt, davon wurden 31.413 Arbeitsplätze direkt betroffen und damit gesichert und 3530 neue geschaffen. Ich glaube, das spricht für sich, und es handelt sich hier um echte Erfolgsziffern in einer sehr schwierigen Zeit.

Zu den Fragen betreffend verstaatlichte Industrie. Herr Abgeordneter Dkfm. Gorton! Es ist nicht beabsichtigt, den parlamentarischen Ausschuß, den Rechnungshofausschuß, daran zu hindern, Herrn Generaldirektor Dr. Geist anzuhören. Es entsprach nur bisher nicht den Gepflogenheiten, es war bisher nicht der Wunsch geäußert worden, aber es soll auch kein Hindernis bestehen, Herrn Generaldirektor Dr. Geist anhören zu können.

Zu der Frage, die Sie aufgeworfen haben, es würde kein langfristiges Finanzierungskonzept für die verstaatlichte Industrie bestehen, muß ich antworten: Das gibt es bereits seit dem Jahre 1971, und zwar seit 6. Juli 1971, an welchem Tage die Bundesregierung ein derartiges Finanzierungskonzept beschlossen hat. Und die Finanzierungsvorgänge im Rahmen der verstaatlichten Industrie halten sich an diese Beschlusßfassung.

Sie lautete: Erstens konsequente Ausnutzung des Fremdfinanzierungsspielraums durch die verstaatlichten Unternehmungen; zweitens Verfolgung einer Politik verstärkter Dividendenauschüttungen; drittens weitgehende Verwendung der Dividendenleistungen zur Vornahme der erforderlichen Kapitalerhöhungen; viertens

Inanspruchnahme des Kapitalmarktes durch die ÖIAG im Wege der Emission von Industrieanleihen, und fünftens wird die Bundesregierung bereit sein, gegebenenfalls entsprechende Stützungen zuzuschließen, falls das erforderlich ist. (*Abg. Dr. Mussil: Ein Wischi-Waschi-Programm!*)

Auf diese Weise wurden immerhin Eigenkapitalzuführungen von 2,15 Milliarden Schilling ermöglicht, die dem weiteren Ausbau der verstaatlichten Industrie dienten.

Ich darf auch Ihnen widersprechen, Herr Dkfm. Gorton, wenn Sie sagten, daß die Außenhandelspolitik zu einer Schädigung der Exportmöglichkeiten der verstaatlichten Industrie führte. Tatsächlich ist es so, daß von 1970 bis 1974 der Umsatz im Bereich der verstaatlichten Industrie eine Verdopplung erfuhr und die Exporte sogar mehr als eine Verdopplung, das heißt, daß damit sogar der Anteil der Exporte von 34 auf 35 Prozent gestiegen ist. Das kann doch nur Ausdruck des Gegenteils dessen sein, was hier gesagt wurde.

Zu der Frage der Finanzierung von Wachstumsindustrien in der verstaatlichten Industrie darf angemerkt werden, daß wir jetzt zwei Dinge machen, und zwar erfolgreich: Die Bereinigung der Strukturschwierigkeiten – Sie wissen, das betrifft die Bergbaue Fohnsdorf und Mitterberg –, und zusätzlich werden aktiv sehr wohl Wachstumsprojekte vorangetrieben, beispielsweise die Errichtung eines Zweitwerkes der Chemie-Linz in Enns-Ennsdorf. Aber das nur als Beispiel.

Nun, zur Frage Hüttenberg darf ich das wiederholen, was auch im Ausschuß vom Herrn Bundeskanzler gesagt wurde: Es ist ein neuerliches Gutachten, und zwar der Universität Leoben vorgesehen, ein unabängiges Gutachten, das die Situation klarstellen soll. Insgesamt war es der verstaatlichten Industrie möglich gewesen, einen hohen Beschäftigtenstand bei entsprechender Produktion aufrechtzuerhalten, auch in den beiden vergangenen Jahren, als in den branchengleichen Unternehmungen des Auslandes sehr wohl starke Beschäftigungseinbrüche erfolgt waren. Wir glauben, daß das ein Erfolg der dort tätigen Manager, der dort tätigen Arbeitnehmer, aber auch der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung gewesen war. (*Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Mussil: Letzteres auf keinen Fall!*)

Präsident Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Burger. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Burger (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Gestern wurden hier im Hohen Hause Dinge beschlossen, die, wie schon viele Redner sagten, unsere Bevölkerung in einem

Burger

Ausmaße treffen, wie es noch nie zuvor der Fall war. Ich wähle diesen Satz deshalb als Einleitung, weil die gestrigen Gesetze vor allem die kleinen Leute treffen, und hier denke ich an die Millionen Arbeitnehmer in unserem Lande. Mögen die Bundesregierung hier im Hause und die Betriebsräte der SPÖ bis zum letzten Arbeitsplatz diese Belastungswelle verteidigen, so bleibt dennoch als Tatsache unverändert, daß der kleine Mann die Zeche zu zahlen hat.

War gestern nicht nur ein Tag ganz besondere Belastungen für unsere Bevölkerung, so müssen wir heute, wo die Diskussion über die verstaatlichte Industrie möglich ist, doch auch sagen und feststellen, daß das Jahr 1976 ein Jahr der Betriebsschließungen ist und wohl auch als solches in die Geschichte eingehen wird. Die Tatsache ist uns allen bekannt, daß Fohnsdorf, der historische Bergbau Fohnsdorf, Hüttenberg, wie mein Vorredner Gorton ausführte, aber auch Mitterberg geschlossen werden. Die Schließungen werden mit der Begründung abgetan, daß diese Betriebe Defiziträger sind und deshalb geschlossen werden müssen.

Es liegt in der Natur der Sache, daß ich mich hier mit Fohnsdorf befasse, liegt doch dieser Bergbau in dem Bereich, von wo ich als Abgeordneter hieher entsandt wurde. Hohes Haus! Alle Fusionen, die wir in den letzten Jahren beschlossen haben, haben wir hier im Parlament beschlossen. Es wäre eigentlich naheliegend, daß wir die Schließung der bekanntgewordenen Betriebe Fohnsdorf, Mitterberg und Hüttenberg auch hier im Parlament beschließen würden. Ich weiß schon, daß für Hüttenberg der Schließungsantrag noch nicht gestellt worden ist, aber er kommt.

Von Fohnsdorf wissen wir, daß noch 20 bis 25 Millionen Tonnen sehr wertvoller Kohle im dortigen Boden lagern. Herr Professor Metz vom geologischen Institut in Graz hat über das Gebiet Aichfeld-Murboden ausgesagt, daß wahrscheinlich über die bekannten lagernden Größen hinaus noch viele, viele Kohlevorkommen vorhanden sind. Das mag für mich der Anlaß sein zu fragen, warum man dieser Auskunft nicht nachgeht, warum man nur wegen eines Defizits voreilig zur Schließung drängt und zur Schließung kommt. Vor allem wundert es mich deshalb – und als Gewerkschafter kann ich doch darüber nicht schweigen –, weil wir alle wissen, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, daß man in Fohnsdorf, in den Fohnsdorfer Schulen polnische Kohle verheizt.

Ich habe das in der Arbeiterkammer Graz ebenfalls gesagt, wo Herr Staatssekretär Dr. Veselsky anwesend war, der in aller Offenheit die Situation der verstaatlichten Industrie zum Ausdruck brachte. Ich war dankbar, weil

man dadurch wenigstens informiert und doch orientiert ist. Wir wollen doch letzten Endes nicht mehr als eine klare Auskunft über die tatsächlichen Dinge.

Aber halten Sie es für möglich, meine Damen und Herren, daß in den Fohnsdorfer Schulen und in anderen öffentlichen Gebäuden rund um Fohnsdorf, direkt dort, wo unsere heimische Kohle in der Erde lagert, polnische Kohle verheizt wird, mit einem Preis von 1200 S und darüber pro Tonne? Halten Sie es für möglich, daß man ausgerechnet in Fohnsdorf Kohle aus anderen Ländern zu diesem Preis verheizt?

Verständlicher wird es uns, wenn wir die Fohnsdorfer Kohle für 520 S per Tonne an die ÖDK nach Zeltweg liefern. Würden die Fohnsdorfer auch nur annähernd den Erlös der polnischen Kohle haben, in Fohnsdorf selbst gäbe es kaum ein derartiges uns bekanntes Defizit.

Es haben daher der Betriebsratsobmann von Fohnsdorf und die Belegschaftsvertretung beim endgültigen Bekanntwerden der Schließungsabsichten die Einsetzung einer Wirtschaftskommission gefordert. Ich meine, es ist das letzte Mittel eines Betriebsratsobmannes, eine solche Kommission anzufordern, immer mit der Hoffnung, daß man doch zur Einsicht kommen würde, diesen historischen Arbeitsplatz zu erhalten.

Am 5. November 1976 habe ich im Verstaatlichtenausschuß den Herrn Staatssekretär gefragt, ob diese Kommission eingesetzt wird, ob man dem Antrag stattgeben wird, eine Wirtschaftskommission einzusetzen. Der Herr Staatssekretär hat mir mitgeteilt, daß bis zur Stunde, das war am 5. November 1976, noch kein offizieller Antrag gestellt worden ist.

Ich habe mich erkundigt und bin darüber sehr verwundert, denn Mitte September hat die Landesexekutive des Österreichischen Gewerkschaftsbundes in der Steiermark einstimmig beschlossen, den Antrag auf Einsetzung einer Wirtschaftskommission zu stellen; daß es zwei Monate dauert, bis ein solcher offizieller Antrag des ÖGB bei der Bundesregierung in Wien eintrifft, halte ich fast für nicht möglich.

Ich wurde allerdings am selben Tag verständigt, daß Fohnsdorf von Wien angerufen worden sei und man sich über diverse Dinge erkundigt hätte, weil ich im Parlament vorstellig geworden bin.

Nun, ich persönlich lege größten Wert darauf, daß diese Kommission eingesetzt wird, daß diese Kommission das prüft, was zu prüfen ist. Ich frage mich: Was wird sie zu prüfen haben?

Sie wird zu prüfen haben, ob in Fohnsdorf

3650

Nationalrat XIV. GP – 38. Sitzung – 1. Dezember 1976

Burger

Investitionen im groben Ausmaß vernachlässigt worden sind. Wenn Sie mich fragen, ja welche?, dann könnte ich etwa der Meinung sein, daß man wie in anderen Bergbaugebieten, vor allem in den westdeutschen und belgischen Abbaugebieten, automatisch schreitenden Abbau betreiben sollte.

Würde man diese Investitionen in Fohnsdorf, wo noch größte Mengen an Kohle lagern, getätigt haben, so – meint zumindest die örtliche Betriebsverwaltung – wäre das Defizit um wenigstens zwei Drittel gesenkt worden.

Diese Kommission wird festzustellen haben, daß man rund um Fohnsdorf und in Fohnsdorf polnische Kohle aus den Oststaaten verheizt.

Ja diese Kommission wird festzustellen haben, daß viel zu wenig Fohnsdorfer Kohle gefördert wird, wenn sie nicht einmal örtlich den Inlandsmarkt befriedigen kann.

Ich sage noch etwas anderes: Der Arbeiterkammertag, aber auch die Kammer-Vollversammlung in der Steiermark, beide Präsidenten, der Präsident des Kammertages und der Präsident der steirischen Kammer für Arbeiter und Angestellte, haben in ihrem Wirtschaftsbericht mit keinem Wort erwähnt, daß es in nächster Zeit zu Grubenschließungen kommen wird, ist einfach über diese uns so bedrückende Tatsache zur Tagesordnung übergegangen. Man spricht nicht über das, worüber man reden müßte.

Ich habe gesagt: Die Arbeiterkammer ist doch eine Körperschaft der Interessenvertretung für die Arbeiter. Man sollte das doch erwähnen; ob die Grube dann aus irgendwelchen anderen Gründen geschlossen werden muß, mag doch egal sein.

Hier habe ich echt gezweifelt, vor allem deshalb: 1969 und früher wurden Schließungsanträge von der Alpine gestellt, und damals wurden der Betriebsratsobmann von Seegraben und der Bürgermeister von Fohnsdorf zu Ehrenbürgern ernannt, weil sie die Schließung angeblich verhindert hätten. Ich wünschte mir, daß es in Zukunft Leute gäbe, die wieder zu Ehrenbürgern ernannt würden, weil sie sich für die Grube Fohnsdorf einsetzen und sich gegen die Schließung stellen.

Ich möchte mich jetzt, meine Damen und Herren, auch mit dem Problem der Ersatzarbeitsplätze beschäftigen. Wenn man all die Dinge damit abtut, daß man sagt, es wird erst dann geschlossen, wenn genügend Ersatzarbeitsplätze vorhanden sind, dann muß ich dies bejahren, das ist letzten Endes eine Forderung, die ja jeder erhebt: Sperrt's zuerst auf, bevor's zusperrt's! (Beifall bei der ÖVP.)

Aber jeder Gewerkschafter wird wohl wissen,

däß mit Ersatzarbeitsplätzen allein die Dinge nicht erledigt sind. Treffen tut's in erster Linie den länger Dienenden, jene Kollegen, die ein arbeitsreiches Leben in dieser Firma verbracht haben.

Ich sage hier: Für die Fohnsdorfer kann als Ersatzarbeitsplatz nur Judenburg, die Styria, nur Zeltweg und, wenn es sein muß, auch Donawitz gelten.

Warum sage ich das? Wenn die Bergarbeiter von Fohnsdorf nach Judenburg, nach Zeltweg oder nach Donawitz gehen, dann verbleiben sie im Firmenverband und verlieren dort nicht die Höhe ihres erworbenen Urlaubsanspruches. Sie verlieren dort nicht den Anspruch auf ihre Treueprämie, sie verlieren dort nicht den Anspruch auf die Abfertigung, es sei denn, daß man den scheidenden Kollegen diese Abfertigung gibt. Sie verlieren dort nicht den Anspruch auf ihre Jubiläumsgelder.

Wenn sie aber zu einer anderen Firma, die als Ersatzarbeitsplatz gilt, kommen, dann fängt selbst der mit der Stunde Null an, der vierzig Dienstjahre hinter sich gebracht hat. Das ist doch eine soziale Vergewaltigung. Man muß doch auch sagen, welche Härten eine Betriebsschließung mit sich bringt. (Zustimmung bei der ÖVP. – Abg. Josef Schläger: Sie stellen die Dinge auf den Kopf!) Ich würde dich ersuchen, in Fohnsdorf zu sagen, daß ich hier die Dinge auf den Kopf stelle, nur weil ich es wage, mich für die Bergleute einzusetzen. (Beifall bei der ÖVP.)

Der Herr Staatssekretär sagte: Defiziträger müssen ausgeschieden werden, weil sie eine Belastung sind. Wirtschaftlich gedacht mag das in Ordnung sein, aber es regt mich an zu fragen: Werden auch die Bundestheater als Defiziträger ausgeschieden, die uns jährlich mit einer Milliarde belasten, bei denen nur wenige Prozente der Bevölkerung in den Genuss dieser kulturellen Veranstaltungen kommen? Diese Frage muß doch gestellt werden. Werden etwa auch die Bundesbahnen als Defiziträger stillgelegt, die im heurigen Jahr 14,5 Milliarden Schilling an Abgang bringen? Nicht möglich, weil der Verkehr aufrechterhalten werden muß.

Aber ich frage: Soll nicht auch unsere Energieversorgung aufrechterhalten bleiben? Das Defizit unserer Kohlengruben kann doch nicht verglichen werden mit dem Defizit der Bundestheater, der Bundesbahnen und anderen Dingen. (Zwischenrufe bei der SPÖ.)

Die Kohle muß sterben. Ich verstehe nicht, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen von der SPÖ, wie man hier überhaupt noch wagen kann, einen Zwischenruf zu machen. Sie sollten doch in dieser Frage mitgehen. (Beifall bei der ÖVP.)

Burger

Und nun eine persönliche Feststellung von mir. Ich glaube, ein neutraler Staat muß anders denken als andere Staaten. Jeder Krieg in der Vergangenheit hatte neben politischen Motiven auch wirtschaftliche Ursachen. Als neutraler Staat sollten wir unsere Energieversorgung nicht durch Zusperren kennzeichnen, sondern die Energieunabhängigkeit müßte als Zielsetzung für die Regierung gelten. Wenn man so denkt, steht die Schließung von Fohnsdorf damit in argem Widerspruch.

Leidenschaftslos möchte ich feststellen, daß die Bergbauschließungen in Europa geradezu eine Epidemie sind. Daß ausgerechnet wir in Österreich mittun, bezeichne ich als bedauerlich.

Der Berg- und Hüttenverband in Leoben hat in seiner Fachzeitschrift festgestellt – die Generalversammlung war vor wenigen Wochen; ich darf mit Genehmigung des Herrn Präsidenten zitieren –:

Nun kommen die Bürokraten und wollen die Rentabilität errechnen, und dabei glauben sie der Menschheit einen guten Dienst zu erweisen, wenn sie die Schließung rechnerisch beweisen. Dabei rücken sie bewußt den Bedarf an Energie und Rohstoff in den Hintergrund, um finanziell zu sparen. Die Menschheit fragt sich nur, ob alles geschlossen werden muß, was unrentabel ist, obwohl wir uns in einer teilweisen Energiekrise befinden. Was geschieht mit den verbleibenden Reserven in der Tiefe? Wird man sie später heben, wenn andere Rohstoffquellen wie Öl erschöpft sind und die Gewinnung um ein Vielfaches teurer kommt? Wird die Zukunft generell im österreichischen Bergbau aus sein?, und so weiter und so weiter. Aber diesen Appellen schenkt man kein Gehör.

Meine Damen und Herren! Sollten wir nicht vorsichtiger mit unserer heimischen Energie umgehen, statt die Lösung zu treffen, daß man sich der Kindesweglegung schuldig macht?

Ich weiß, daß der Stahlkonzern – das ist auch meine Firma – keine Freude haben wird mit meinen Ausführungen bezüglich Fohnsdorf. Jahrelang hat die Alpine das Defizit von Fohnsdorf solidarisch mit den Bergleuten getragen. Durch die Fusion wurde diese Belastung dem Konzern übergeben. Ich stelle auch hier fest, daß dieses Defizit den Konzern und die soziale Lage seiner Dienstnehmer belastet. Aber wo bleibt für den Bergbau die Solidarität?

Daß der Konzern die Schließung anstrebt, ist selbstverständlich. Aber daß der Bund die Schließung auf Grund der Rohstofflage und der besonderen Situation eines neutralen Staates zuläßt, vermag ich persönlich nicht zu verstehen. Ich meine, die 150 Millionen Schilling, die unser

Bergbau an Defizit verursacht, könnten doch mit den gestern beschlossenen 10 Milliarden Schilling aufgefangen werden. (*Beifall bei der ÖVP. – Abg. Dr. Fischer: Da haben Sie ja dagegen gestimmt!*)

Die Lage im Stahlkonzern und in der VEW, damit ich mich auch dazu noch äußere, ist wahrscheinlich schärfer, als wir denken. (*Abg. Dr. Fischer: Sie wollen etwas auffangen, wo Sie dagegengestimmt haben!*) Herr Klubobmann, ich habe gar nicht die Macht, etwas aufzufangen. Aber ich habe die Pflicht, meinem Gefühl als Dienstnehmervertreter Rechnung zu tragen. (*Beifall bei der ÖVP.*) Die Macht, etwas aufzufangen, haben Sie!

Die Lage in der VEW und im Stahlkonzern ist wahrscheinlich schärfer, als wir denken und als es uns bekannt ist, weil sich die Lage täglich verändert, aber auch täglich verschärft.

Alle Maßnahmen, die von der Betriebsvertretung und von der Unternehmensleitung beschlossen werden, bejahe ich bis ins Detail – ich sage das hier –: Die Maßnahme, daß man eine absolute Aufnahmesperre verhängt, ich bejahe sie. Ich bejahe es wegen der Arbeitsplatzsicherung derer, die dort Dienst tun, daß die 60jährigen in Pension gehen. Ich bejahe, daß man Reparaturarbeiten auf Wochentage verlegt. Ich bejahe, daß Überstunden eingestellt werden, obwohl viele, viele Arbeiter gezwungen sind, Überstunden zu machen, sei es, damit sie ihre Neubauwohnung bezahlen können, sei es, damit sie andere Dinge anständig erledigen können.

Ich bejahe, daß es wie im Jahre 1975 wahrscheinlich einen Betriebsurlaub geben wird; das Wort Zwangsurlaub ist hier verpönt. Das hat mit Zwang nichts zu tun, aber die Lage zwingt uns, der Belegschaft Urlaub zu geben. Das habe ich damals so gemeint, und den Zwang sollte man nicht anders auslegen.

Wir stellen auch fest, daß uns die wirtschaftliche Rezession in immer schnellerer Folge trifft. Ich sagte früher, ich bin mit jeder Maßnahme einverstanden – letzten Endes werden wir, ob Minderheit oder Mehrheit, zu diesen Beratungen herangezogen –, das ist noch immer besser, als Entlassungen durchzuführen. Aber ist die Aufnahmesperre, ist die Pensionierung nicht auch eine stille Entlassung, wenn man die Belegschaft um viele, viele hundert Kollegen dadurch verringert?

Ich möchte zum Abschluß noch auf etwas hinweisen: In Zukunft werden Maßnahmen erforderlich sein, die unbedingt im Budget ihren Niederschlag finden müssen. Wenn schon seit der SPÖ-Regierung für die verstaatlichte Industrie kein Betrag im Budget mehr ausgewiesen wird, weil sich diese Betriebe nach wirtschaftli-

3652

Nationalrat XIV. GP – 38. Sitzung – 1. Dezember 1976

Burger

chen Gesichtspunkten selbst zu erhalten haben – so hat man mir das hier gesagt –, so sollte man doch wenigstens der Forschung, die diese Betriebe betreiben, finanziell unter die Arme greifen.

Die Fusion, von der man unter den gegebenen Verhältnissen nicht weiß, ob sie ihr wirtschaftliches Ziel erreicht hat – man weiß wohl, daß sie ihr politisches Ziel erreicht hat; das weiß man –, diese Fusion hat nebenbei eines erreicht: daß vor allem in der Edelstahlindustrie bei gleichen Erzeugnissen oder bei gleichen Produktionszweigen untereinander im Ausland keine Konkurrenzkämpfe mehr geführt werden. Das darf jedenfalls als positiv gewertet werden.

Wir werden als kleiner Eisenproduzent, gemessen an den Größen der Weltproduktion, auf dem Gebiete der Forschung und Entwicklung tonangebend sein müssen. Die beste Chance, auf dem Weltmarkt zu bestehen, ist, in der Forschung und Entwicklung unserer Erzeugnisse den anderen um eine Nasenlänge voraus zu sein. Um das zu erreichen, Herr Staatssekretär und Herr Bundeskanzler, sollte man auf dem Gebiete der Forschung keine Kosten sparen, wenn es sich um die Forschung in der Grundstoffindustrie handelt.

Es ist bedauerlich, daß im Kapitel Bundeskanzleramt für die Voraussetzung, eine Nasenlänge voraus zu sein, was ja sicher jeder Abgeordnete dieses Hohen Hauses bejaht, aber auch nicht ein Groschen aufscheint.

Die Forschung innerhalb der verstaatlichten Industrie, um allgegenwärtig zu sein auf dem Weltmarkt, bedarf denn doch einer gesonderten budgetären Förderungen. Dort werden in der Endkonsequenz nämlich die Arbeitsplätze, von denen man jeden Tag spricht, gesichert und nirgend anderswo.

Den anderen voraus zu sein, wird für uns Vollbeschäftigung bedeuten. Versäumnisse, die wir auf diesem Gebiet verschulden, können unter Umständen nie mehr eingebbracht werden. Gerade in der Zeit immer schneller aufeinanderfolgender Rezessionen sollte die notwendige Tatsache, den anderen um eine Nasenlänge voraus zu sein, Aufgabe jedes einzelnen, vor allem aber Aufgabe dieser Bundesregierung sein. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Kokail. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Kokail (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die Meinung meines Abgeordnetenkollegen Burger, daß man mit Ersatzarbeitsplätzen nicht das

Problem eines Bergbaues lösen kann, ist ja nicht neu. Denn in der ÖVP-Zeit wurden Bergbauprobleme gelöst, ohne Arbeitsplätze zu schaffen. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Herren! Ich darf erinnern: Schließung der LAKOG, 1200 Beschäftigte, kein einziger Arbeitsplatz. Schließung von Tauchen, Schließung von St. Kathrein, ohne Arbeitsplatz. (Abg. Graf: *Die haben wir doch untergebracht! Was reden Sie denn? Sie haben ja keine Ahnung!*) Sehr wohl, Herr Abgeordneter Graf, sehr wohl.

Etwa 100 Bergleute aus der LAKOG pendeln heute noch in die Obersteiermark. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Graf: *Ich rede von Tauchen!*)

Also ich darf hier feststellen, die ÖVP bleibt nach wie vor bei der Meinung, Betriebe gehören geschlossen, ohne daß Ersatzarbeitsplätze geschaffen werden sollen. (Abg. Dr. Gruber: *Das ist eine Verdrehung, was Sie da sagen!*)

Aber nun, Hohes Haus, zu einigen technischen Überlegungen. Der Abgeordnete Burger hat versucht, Äpfel mit Birnen zu vermischen. Er nannte Preise für polnische Kohle in der Höhe von 1200 S und stellte gleichzeitig fest, daß die Fohnsdorfer Kohle mit 520 S in die ÖDK geliefert wird.

Mein lieber Kollege Burger! Bei der Kohle, die Fohnsdorfer Kohle mit 520 S in die ÖDK geliefert wird, handelt es sich um eine Industriekohle mit einem Heizwert von etwa 3800 Kalorien und mit einem Aschengehalt von 30 Prozent. Bei der Kohle, die in den Haushalten in der Umgebung von Fohnsdorf – nicht in Bergarbeiterhaushalten; die bekommen nach wie vor die Kohle aus dem Betrieb – verheizt wird, handelt es sich um eine hochwertige polnische Haushaltsskohle mit einem Aschengehalt von etwa 8 Prozent und mit einem Heizwert von über 5000 Kalorien. Dadurch erklärt sich, zu deiner Orientierung, der Preisunterschied. (Abg. Burger: *Der Gemeinderat in Fohnsdorf hat vor Jahren beantragt, Ölfeuerung zu errichten!*)

Nun, die Behauptung des Abgeordneten Burger, daß in Fohnsdorf in den sechziger Jahren Betriebsräte aus anderen Bereichen und Bürgermeister wegen der Verhinderung der Schließung zu Ehrenbürgern ernannt wurden, möchte ich hier richtigstellen: Es wurde niemand zum Ehrenbürger ernannt. Hätten wir die tatsächlichen Verdienstvollen zu Ehrenbürgern ernennen wollen, wären die in einem anderen Bereich zu suchen gewesen.

Aber nun zur technischen Lage in Fohnsdorf. Die Behauptung, in Fohnsdorf würden noch rund 25 Millionen Tonnen Kohle liegen, wird selbst von der Montanistischen Hochschule Leoben nicht bestätigt. Sicher gibt es in Fohnsdorf noch

Kokail

Kohle, und zu dem Zeitpunkt, als das Kraftwerk in Zeltweg gebaut wurde, hat die Alpine Montan einen Vertrag bis 1985 mit den Draukraftwerken abgeschlossen. Das ist auch etwa der Zeitraum, für den geeignete Flöze in Fohnsdorf noch zur Verfügung stehen.

Der Bergbau Fohnsdorf gliedert sich in zwei Bereiche. Es ist der eine der sehr tiefliegende Bereich um den Wositzky-Schacht, der zweite ist der etwas höher liegende Bereich des Karl August-Schachtes.

Wenn der Herr Abgeordnete Burger die Meinung vertritt, mit einem selbstschreitenden Ausbau könnte man in Fohnsdorf das Problem lösen, so kann man nur, wenn man den Betrieb genauer kennt, dazu bemerken, daß dies in den Flözen am Wositzky-Schacht, die faktisch ausgebaut sind, möglich gewesen wäre, sinnvoll möglich gewesen wäre in den sechziger Jahren, als Sie, meine Damen und Herren, dafür die Verantwortung trugen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Die Flöze am Karl August-Schacht liegen geologisch derart schwierig, daß es bis heute aus Sicherheitsgründen noch nicht gelungen ist, mit einem einfachen Eisenausbau in diese Flöze hineinzugehen. Es wäre unmöglich, einen selbstschreitenden Ausbau eines Strebens in diesem Bereich durchzuführen.

Es wird auch immer wieder behauptet – selbst vom steirischen Landeshauptmann wurde das behauptet –, es wäre möglich, den Karl August-Schacht wirtschaftlich tragbar weiterzuführen.

Dazu vielleicht einen Satz. Bei dem derzeit vorliegenden Schließungsplan wird uns die letzte Phase zeigen, ob das möglich ist oder nicht. Denn der Karl August-Schacht wird ja eine wesentlich längere Lebensdauer haben. Wenn es sich tatsächlich herausstellen sollte, daß dieser Schacht wirtschaftlich zu führen ist, werden wir sicher in Österreich niemanden finden, der den Schacht mutwillig schließen würde. Daran glauben allerdings nur Leute, die gerne Märchen hören. Wir als die Betroffenen in Fohnsdorf glauben sicher nicht daran.

Deswegen stehen wir auch auf dem Standpunkt, daß das Problem Fohnsdorf gelöst werden soll, aber gelöst werden soll in einer Art, daß von den Beschäftigten in Fohnsdorf niemand zum Pendler deklariert wird, daß die Leute in Fohnsdorf Arbeit und Brot finden und daß wir Betriebe ansiedeln in Fohnsdorf, die auch die Zukunft unserer Jugend in Fohnsdorf sichern. Das ist die Vorstellung unserer Bergbaupolitik. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Auch ein paar Sätze zu der geplanten oder geforderten Wirtschaftskommission. Wenn es

dem Hohen Haus oder Ihnen, meine Damen und Herren der rechten Seite, nicht bekannt ist, mir ist es bekannt: Die Wirtschaftskommission ist eingeladen, die Wirtschaftskommission wird zusammenentreten, Bundeskanzler Dr. Kreisky hat bereits diesen Akt unterfertigt, also Sie brauchen sich keine Sorgen machen.

Und die Fohnsdorfer Funktionäre und Bergarbeiter werden selbst darauf achten, daß es zu dieser Wirtschaftskommission kommt, um auch gegenüber der Öffentlichkeit nachzuweisen, daß nicht die Bergarbeiter in Fohnsdorf an dem hohen Defizit schuld sind, sondern um nachzuweisen zu können, daß erstens die geologischen Schwierigkeiten im Bergbau Fohnsdorf und zweitens die Versäumnisse der sechziger Jahre daran die Hauptschuld tragen, daß der Bergbau jetzt geschlossen werden muß. (*Beifall bei der SPÖ. – Zwischenrufe bei der ÖVP. – Ruf bei der ÖVP: Das war die Sektion Pittermann!*)

Ja, das ist völlig richtig, nur ist mir nicht bekannt, daß von 1966 bis 1970 Pittermann der Regierung angehört hat, und in dieser Zeit gab es die größten Schwierigkeiten. (*Zustimmung bei der SPÖ. – Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Vielleicht noch ein Wort zum Defizit, Kollege Burger! Das Defizit im Bergbau Fohnsdorf hat nicht die Solidarität innerhalb des Alpine-Konzerns getragen, sondern die Bergbauförderung finanziert. Die Alpine-Montan hat den Bergbau Fohnsdorf aus dem Konzern ausgegliedert und an die GKB verpachtet, aber die hat nicht das Defizit getragen. (*Anhaltende Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Ja, ich verstehe das, ich verstehe das sehr wohl. Im Jahre 1976 oder 1980 den Betrieb zu schließen, das ist natürlich aus eurer heutigen Warte viel zu früh. Aber im Jahre 1960 war es schon viel zu spät für die damalige ÖVP, damals wollte man den Bergbau Fohnsdorf das erste Mal schließen (*Rufe bei der ÖVP: Das war Pittermann!*), ohne für 2400 Beschäftigte auch nur einen Arbeitsplatz zu sichern. (*Zustimmung bei der SPÖ. – Abg. Dr. Gruber: Das war der Pittermann! – Ruf bei der ÖVP: 1960 war der Pittermann! – Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Die Lage in Fohnsdorf stellt sich zur Zeit so dar: Die Belegschaft des Betriebes, die Bevölkerung des Ortes Fohnsdorf ist von den geplanten Maßnahmen informiert, die Beschäftigten des Betriebes und auch die Bevölkerung wissen Bescheid, wie aktiv sich die Regierung für dieses Problem einsetzt.

Wir wissen Bescheid, daß die Eumig rund 500 Arbeitsplätze in Fohnsdorf schaffen wird. Wir wissen Bescheid, und das ist vertraglich abgesie-

3654

Nationalrat XIV. GP – 38. Sitzung -- 1. Dezember 1976

Kokail

chert, daß einige hundert der Beschäftigten in der Maschinenfabrik Zeltweg, die 5 km entfernt liegt, Arbeit finden werden. Wir wissen jetzt schon, daß es durch die Maßnahmen für das Projekt Aichfeld-Murboden möglich war, die Firma Bauknecht anzusiedeln, wo zur Zeit schon 300 Fohnsdorfer beschäftigt sind.

Das Problem wird von einer sehr vernünftigen Seite her gelöst, auf jeden Fall von so einer vernünftigen Seite her gelöst, daß vor allem die Fohnsdorfer Bergarbeiter – das haben wir in vielen Versammlungen jetzt gesehen – damit hundertprozentig einverstanden sind. Damit schaffen wir auch die Möglichkeit, die Sorge um die Zukunft von diesen Menschen zu nehmen! (*Beifall bei der SPÖ*)

Glauben Sie mir eines, meine Damen und Herren, in Fohnsdorf wird das Jahr 1980 kein Ende bedeuten, sondern einen neuen Beginn, einen hoffnungsvollen Beginn, und das verdanken wir dieser Regierungspolitik! (*Beifall bei der SPÖ*.)

Präsident Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Wimmersberger. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Wimmersberger (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich darf vielleicht eingangs auf Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers eingehen, weil bei diesen Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers etwas angeklungen ist. Wenn der Herr Bundeskanzler länger plaudert, dann ist es ja immer so, daß man an das Sprichwort von der Nachtigall denken muß. Der Herr Bundeskanzler hat nämlich, das muß ich hier eindeutig feststellen, im Zusammenhang mit der schwierigen Situation bei VEW und im Zusammenhang mit der schwierigen Situation bei Ranshofen-Berndorf ganz besonders auf den Generaldirektor bei VEW hingewiesen und in weiterer Folge dann auf das Management bei Ranshofen-Berndorf.

Meine Damen und Herren! Es hat den Anschein, daß der Herr Bundeskanzler versucht, die Schwierigkeiten, die dort auftreten, in der berühmten Art und Weise zu lösen beziehungsweise die Verantwortung, die letzten Endes auch durch viele Versäumnisse bei der Regierung liegt, auf das Management abzuwälzen. (*Zustimmung bei der ÖVP*.) Meine Damen und Herren! Wir werden sehr wachsam sein und aufpassen, daß keine Ungerechtigkeiten geschehen, daß wirklich nur die Tatsachen bei irgendwelchen Entscheidungen beziehungsweise bei personellen Entscheidungen dort Fuß greifen dürfen.

Unser Bundesparteiobmann Dr. Taus hat vor

einigen Tagen im Zusammenhang mit der vergangenen Stahlfusion einen Ausspruch getan, und zwar folgenden: „Einen Gewaltakt hat sich Alexander der Große bei der Lösung des Gordischen Knotens leisten können. Eine Fusion der Stahlindustrie mit einem Schlag konnte aber nicht gutgehen!“

Meine Damen und Herren! Ich möchte mich ein bißchen mit dieser Fusion beschäftigen und möchte feststellen, daß in Österreich sicherlich vielleicht jemand glaubt, er sei Alexander der Große, daß aber dieser Schwertstreich und diese aufgezwungene Fusion letzten Endes auf Kosten der Betriebe gegangen sind und daß die Regierung hier nur das Problem vom Tisch gewischt hat.

Seinerzeit, bei der Fusion der VÖEST-Alpine, wurden die Belegschaften, sei es in der ehemaligen VÖEST oder in der ehemaligen Alpine, von der Gewerkschaft eindeutig im Stich gelassen, denn die Gewerkschaft wollte unbedingt die Aufsichtsratssesseln beziehungsweise die Mitbestimmung im Aufsichtsrat, die Drittelparität dadurch einhandeln und hat dadurch dem Herrn Bundeskanzler die Zustimmung zu dieser Fusion gegeben. Die Arbeiter und Angestellten der VÖEST-Alpine versuchten nun gemeinsam mit den Verantwortlichen, mit den Vorständen das Bestmögliche aus dieser diktierten Stahlfusion herauszuholen; von der Regierung gab es nur Versprechungen. Die Regierung hat eindeutig diese Probleme der Eisen- und Stahlindustrie nach dem Motto „Friß, Vogel, oder stirb!“ vom Tisch gefegt und hat sich somit der Verantwortung entledigen wollen. Aus dieser Verantwortung können wir sie aber nicht entlassen!

Wie gesagt: Nur Versprechungen und nichts gehalten! Ich erinnere mich noch an die Briefe beziehungsweise die Aussagen des Herrn Bundeskanzlers, beispielsweise an einen Brief an mich persönlich, in dem von Kapitalerhöhung die Sprache war, von Aufstockung des Sozialkapitals, eigenen Verrechnungskreisen, Versprechungen bezüglich einer etwaigen Prämienzahlung. Nichts, nichts von all dem wurde gehalten!

Ja wenn wir zurückblicken auf die vergangenen Jahre, so müssen wir feststellen, daß durch diese Bundesregierung der VÖEST-Alpine sogar ein Schaden zugefügt wurde, ein sehr großer Schaden, und zwar in den Jahren 1973/1974 in Höhe von etwa 1,5 Milliarden Schilling. Dies geschah durch die Indexkosmetik, die hier vorgenommen wurde, und wir wurden verpflichtet beziehungsweise mußten zu Preisen ins Ausland liefern, weil uns die Bundesregierung hier die Preise nicht genehmigte.

Meine Damen und Herren! Der Herr Bundes-

Wimmersberger

kanzler hat im Finanz- und Budgetausschuß folgendes gesagt – ich zitiere aus der „Parlamentskorrespondenz“, die aber nicht wortwörtlich ist -: „In der ganzen Welt besteht übereinstimmende Auffassung darüber, daß die Fusion der Eisen- und Stahlindustrie gut war. Undenkbar der Gedanke, was bei der schweren Eisenkrise passiert wäre, hätte man diese Fusion nicht durchgeführt.“

Meine Damen und Herren! Was ist die Wahrheit? – Ich habe es schon einmal gesagt und vorhin erwähnt, daß die gemeinsame Arbeit der Belegschaft der ehemaligen Alpine und der VÖEST dieses harte Problem der Fusion gelöst hat beziehungsweise diese Schwierigkeiten überbrücken konnte, daß aber letzten Endes – das, glaube ich, muß einmal hier in diesem Hohen Haus festgestellt werden; ich fühle mich als oberösterreichischer Abgeordneter verpflichtet, das feststellen zu müssen – nur mit dem großen Opfer der ehemaligen VÖEST beziehungsweise der Bediensteten der ehemaligen VÖEST diese Fusion zu verkraften war! (Zustimmung bei der ÖVP.) Es ist eindeutig, daß wir aus Linz diesen Kraftakt der Sozialisten bezahlen mußten. (Zwischenruf bei der SPÖ.)

Nein, nein, in voller Solidarität. Die Fusion ist erledigt, das ist ganz klar. Wir wollen aber feststellen, daß die Regierung nichts zum Gelingen beigetragen hat, sondern lediglich wir in Linz, da wirst mir doch du (zum Abg. Brauneis gewandt) letzten Endes beipflichten. (Beifall bei der ÖVP.)

Es ist ja letzten Endes nicht nur seinerzeit so gewesen, sondern auch heute ist es so. Ich betone in voller Solidarität: Wir sind ein fusioniertes Unternehmen, wir sind eine Einheit, und wir werden die Schwierigkeiten gemeinsam meistern.

Wenn ich nur das Umsatzergebnis nehme, dann heißt das für das Werk Linz 300 Millionen. Ich will hier nicht Einzelheiten zitieren. Aber wenn wir die anderen Werke nehmen, so kommt per Saldo als auflaufendes Umsatzergebnis ein Minus von über 100 Millionen heraus. Es ist eindeutig – das, glaube ich, müssen wir doch um der Gerechtigkeit willen feststellen – Linz, das diese Fusion zu dem bisher Erreichten gebracht hat.

Meine Damen und Herren! Aber nun zu einem anderen Thema. Es hat der neue ÖIAG-Präsident Ing. Hrdlitschka ein Interview gegeben. Einiges in diesem Interview ist sehr, sehr interessant.

Unter dem Titel „Weichenstellungen“ glaubte er eine tiefsinngige Bemerkung über die verstaatlichte Industrie abgeben zu müssen. Mit „neuen Worten“ versuchte er einen „alten Hut“ aufzu-

wärmen, den wir Gott sei Dank schon ad acta gelegt haben. Präsident Hrdlitschka beruft sich zwar immer auf betriebswirtschaftliche Überlegungen und versucht mit mehr oder weniger hintergründigen Formulierungen allen jenen ein „X“ für ein „U“ vorzumachen, die vielleicht so wie er glauben, über den Dingen stehen zu müssen. Seine betriebswirtschaftlichen Theorien gipfeln jedoch in einem kurzen Satz: „Machtzuwachs der ÖIAG.“ Seine Praxis und reiche Erfahrung geben ihm natürlich gleich den Schlüssel für die Lösung aller Probleme in die Hand, nämlich „Konzentrierung von Entscheidungen und letztlich Konzernierung der verstaatlichten Produktion von Kreislauftabletten bis Kernkraftkomponenten“, wie es Hans Köppl, Wirtschaftsjournalist aus Oberösterreich, bezeichnet hat.

Meine Damen und Herren! Es sind aber auch noch weitere sehr interessante Gedanken in diesem Interview vom Herrn Präsidenten Hrdlitschka. Unter anderem verlangt er eine gemeinsame Repräsentanz der Verstaatlichten in Exportländern. Was stellt sich denn da der Herr Präsident Hrdlitschka vor? Vielleicht in jeder Hauptstadt eines Exportlandes ein eigenes Haus für die volkseigenen Betriebe, vielleicht mit rot-weiß-roter Fahne drauf, und dann sollen dort vielleicht die schon erwähnten Kernkraftkomponenten und die Kreislauftabletten verkauft werden. Meine Damen und Herren! Lauter Phantastereien, lauter Dinge, die ja letzten Endes jeder, der sich in der Wirtschaft auskennt, als nicht realistisch bezeichnen muß.

Wenn Präsident Ing. Hrdlitschka ferner erklärte, man dürfe nicht vergessen, daß die branchenweise Zusammenführung nicht Schlußstrich sei, sondern erst die Voraussetzung für eine überlegte zielgerichtete Konzern- und Unternehmenspolitik geschaffen habe, scheint er zu vergessen, daß es früher auch Unternehmen gegeben hat, denen es gelungen ist, ohne Mithilfe Gewinne abzuwerfen. – Ich darf da nur an die ehemalige VÖEST, aber auch an die Alpine und an die Böhler-Werke erinnern.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch seine Bemerkung, „allein mit der Fusion von Unternehmen oder mit der Umwandlung in andere Gesellschaftsformen sei es nicht getan.“ Diesem Ausspruch können wir uns nur anschließen, meine Damen und Herren, müssen ihm jedoch eine etwas andere Bedeutung zumessen als Präsident Hrdlitschka. Wenn man schon bei der Wahl des Zeitpunktes und bei der Zusammenführung selbst nicht die glücklichste Hand bewiesen hat, so soll man doch die Unternehmen jetzt einmal in Ruhe arbeiten lassen, und die ÖIAG sollte ihre Energie nicht damit verschwenden zu versuchen, sich zu einem „Monster“ auszuwachsen.

3656

Nationalrat XIV. GP – 38. Sitzung – 1. Dezember 1976

Wimmersberger

Meine Damen und Herren! Im Zusammenhang mit „Monster“ und mit dem, was immer gewünscht wird, dieser Fetischismus an Größe, darf ich vielleicht etwas zitieren, was ich schon seinerzeit im Jahr 1968 bei der Fusion gesagt habe.

In der international bekannten englischen Zeitschrift „British Steel“ schildert der Verfasser eines Artikels zum Thema „Ist Größe das Beste?“ das Beispiel eines Dinosauriers. Bei diesem riesigen vorsintflutlichen Vieh dauerte es unendlich lange, bis eine Nachricht vom kleinen Kopf zum Körperende geschickt wurde. Es, das Vieh, entwickelte aus diesem Grunde ein Nebengehirn im Becken, da es sonst seine Hinterbeine nicht hätte gebrauchen können.

Meine Damen und Herren! Der trockene englische Humor schildert anschaulich jene Lage, wie sie etwa in der verstaatlichten Industrie eintreten könnte, wenn Herrn Hrdlitschkas Ideen verwirklicht würden.

Die Regierung spricht auch immer von Arbeitsplatzsicherung. Meine Damen und Herren! Vielleicht glauben Sie, daß hier die VÖEST-Alpine besonders von der Regierung in der Vergangenheit unterstützt worden wäre im Zusammenhang mit Arbeitsplatzsicherung. Tatsache ist, daß der große Konzern der VÖEST-Alpine, der – wie Sie ja wissen – auch im vergangenen Jahr bereits in Schwierigkeiten war, lediglich 40 Millionen Schilling aus der Arbeitsmarktförderung bekommen hat. 40 Millionen Schilling, wovon 30 Millionen Schilling an die Vereinigten Edelstahlwerke gegeben wurden und nur 10 Millionen Schilling der VÖEST-Alpine verblieben sind, ein Betrag, bezüglich dessen die Bundesregierung beziehungsweise die Sozialisten nicht zu protzen brauchen.

Als flankierende Maßnahmen aber erleben wir jetzt, daß zur Arbeitsplatzsicherung eine Teuerungswelle auf uns niedergeht. Diese Teuerungslawine der letzten Tage – Tarife, Gebühren, Vermögensteuer verbunden mit der dadurch neuerlich angeheizten Inflation sowie die verfehlte Währungspolitik – wird letzten Endes den verstaatlichten Betrieben die Konkurrenzfähigkeit und Arbeitsplatzsicherung nicht leichter machen.

Der Herr Präsident Hrdlitschka erklärte, wie ein ordentlicher Kaufmann solle die ÖIAG bei notwendigen Kapitalzuführungen, bei Übernahme von Haftungen für Kredite eine sorgfältige Überprüfung der wirtschaftlichen Lage vornehmen. So klingt dies gut. Wenn jedoch Kapital zugeführt oder beschafft wird, das sich ein Unternehmen am freien Markt unter Umständen billiger hätte beschaffen können, und daran noch Bedingungen – wie zum

Beispiel bei der letzten Kapitalzuführung eine Dividendengarantie – geknüpft werden, dann, meine Damen und Herren, ist das nicht mehr die Gepflogenheit eines Kaufmanns, sondern das ist schon die eines Wucherers.

Wir haben auf jeden Fall mit großem Interesse die Meldungen über die antizyklische Auftragspolitik der öffentlichen Hand am Maschinen- und Anlagensektor vernommen und hoffen nur, daß diese antizyklische Tätigkeit endlich einmal zu greifen beginnt beziehungsweise daß die Regierung auf diesem Sektor etwas tut.

Meine Damen und Herren! Ich habe aber auch in diesen Ausführungen zu den Meinungen des Präsidenten Hrdlitschka ganz kurz erwähnt beziehungsweise unter dem Titel „Machzuwachs für die ÖIAG“ gesagt: Es ist ja anscheinend eine Doppelstrategie, wie bei vielen anderen Dingen. Dem Herrn Bundeskanzler kommt ja an und für sich die Macht in den verstaatlichten Betrieben beziehungsweise die durch die Größe der Fusionierung zustande gekommene Macht sehr suspekt vor. Der Herr Bundeskanzler hat zum Beispiel in dem bekannten Interview seinerzeit im „Playboy“ folgendes gesagt:

„Aber jetzt gibt es da ein Problem, über das ich in letzter Zeit intensiv nachgedacht habe: Die Verselbständigung der Macht selbst in verstaatlichten Unternehmen. Das macht mir Sorge. Das halte ich für eine negative Entwicklung. In der Praxis geht das so: Aus Gründen der Effizienz werden verstaatlichte Unternehmen, die in Konkurrenz mit privaten Gesellschaften stehen, sehr stark kommerzialisiert.“ – Bitte man beachte: Aus Gründen der Effizienz. – „Sie unterliegen nach der herrschenden Lehre den gleichen Gesetzen wie die Privatwirtschaft. Man muß also auch verstaatlichte Unternehmen fusionieren, konzentrieren, man ballt mehr Macht zusammen. Ich habe das jahrelang getan und tue es noch.“

Es ist sehr bedauerlich, daß der Herr Bundeskanzler das tut und daß das nicht den ordentlichen Organen überlassen wird. Das muß ich nur nebenbei feststellen. – Er sagte weiter:

„Aber dadurch entstehen mächtige Gebilde, bei denen die Gruppe der Manager und die Vertreter der Beschäftigten ihre Macht ineinander verschmelzen. Beide denken und handeln so, als ob das Werk ihnen gehören würde.“

Und weiter hat er gesagt:

„Dieser ganze Problemkreis bereitet mir großes Kopfzerbrechen, und ich glaube fest, daß es auch für die verstaatlichten Betriebe einer zusätzlichen Form öffentlicher Kontrolle bedarf.“

Nun: Was meint da der Herr Bundeskanzler

Wimmersberger

mit zusätzlicher Kontrolle bei den verstaatlichten Betrieben? – Ich kann mir nicht vorstellen, wenn er auf der anderen Seite die Gedanken des Herrn Geist, die immer wieder auftauchen, über das Weisungsrecht gutheißt und in letzter Konsequenz sicherlich die auch von seinem Parteifreund Hrdlitschka gemachten Aussagen im Interview gutheißt, wie er das mit seinen Aussagen zur Macht in dem „Playboy“-Interview in Einklang bringen will. Hier stimmt etwas nicht. Ich hoffe, daß der Herr Bundeskanzler, der ja letzten Endes ein sehr „gesundes“ Verhältnis zur Macht hat, hier auf jeden Fall trachtet, daß die verstaatlichte Industrie in Ruhe und bei nicht allzu großer Kontrolle weiterarbeiten darf.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß die schwierige Situation, in die wir nun wiederum zu kommen scheinen, nur dann gemeistert werden kann, wenn wir an die Probleme herangehen in demselben Geist, in dem wir vor 30 Jahren die verstaatlichten Betriebe geschaffen haben. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Hirscher. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Hirscher (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Einige Aussagen der rechten Seite dieses Hauses erfordern es, daß ich auch darauf Antwort gebe.

Mir ist heute aufgefallen, daß es zum Beispiel dem neuen Generalsekretär der ÖVP Lanner ein Herzensanliegen ist, sich um die Arbeitsplätze in diesem Lande zu kümmern. Das freut mich sehr. Ich darf aber dazu doch feststellen, daß man diesen Gedanken nicht überall in der ÖVP vertritt. Vielleicht bringt er es zustande, daß es so wird. Ich darf Ihnen dafür einige Beispiele nennen.

Mir hat auch der Kollege Abgeordneter Glaser ein Stichwort mit Mühlbach gegeben, wo er der Bundesregierung vorgeworfen hat, daß hier viel zu wenig getan wurde. (Abg. Glaser: Wer hat den Auflösungsbeschuß gefaßt?) Herr Kollege Glaser, ich werde dir darauf jetzt ganz klar replizieren.

Das Kupferbergwerk Mühlbach mußte unter dieser sozialdemokratischen Bundesregierung geschlossen werden. Ich darf feststellen, daß das sicher für uns alle keine populäre Maßnahme ist, sondern bei den Menschen in diesem Lande als sehr unpopulär aufgefaßt wird.

Ich kann aber auch als sicher annehmen, daß gerade in der ÖVP genügend Wirtschaftsexperten vorhanden sind, die bestätigen müssen, daß

Betriebe, die wirtschaftlich keine Rendite mehr abwerfen – und Mühlbach ist ein solcher Betrieb, wir wissen das ganz genau, im besonderen wissen das wir als Salzburger, ich will hier ohne Emotionen reden –, geschlossen werden müssen. Wir müssen feststellen, daß in den letzten Jahren 50 bis 60 Millionen Schilling für 270 Beschäftigte jährlich als Abgang von der ÖIAG gedeckt werden mußten. Das ist kein Geheimnis.

Ich frage, was Herr Dr. Mussil als Wirtschaftsexperte sagen würde, wenn das in der Privatwirtschaft passiert. Dann würde es wahrscheinlich, so wie es der Finanzausdruck sagt, eine fahrlässige Krida sein. (Abg. Dr. Mussil: Darf ich Ihnen sagen: Die Regierung arbeitet mit einem Defizit von 50 Milliarden, die gehört schon lange zugesperrt!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir wissen, daß die Schließung des Bergwerks Mühlbach einen unpopulären Zug aufweist. Im besonderen aber – und das ist kein Witz, meine sehr geehrten Damen und Herren – ist die Gemeinde Mühlbach und vor allen Dingen sind die Kumpels davon sehr betroffen, die dort ihren Arbeitsplatz verlieren. Das sollte man nicht als Witz bezeichnen, glaube ich. (Abg. Steiner: Herr Kollege! Wer kümmert sich um Ersatzarbeitsplätze?) Ich werde jetzt replizieren. Das kommt noch alles.

Wir stellen fest, daß eine Versammlung nach der anderen in Mühlbach abgeführt wurde. Ich stelle fest, daß Landeshauptmann Lechner, Landeshauptmann-Stellvertreter Haslauer und auch viele meiner Kollegen in Mühlbach waren und dort einiges versprochen haben. Ich darf aber dazu auch feststellen, daß bis heute – ich will die Bemühungen nicht abstreiten – nichts, aber schon gar nichts von dem eingehalten wurde seitens des Landes Salzburg, was es damals in Mühlbach versprochen hat. Ich darf nur eine Firma, nämlich die Fa. Palfinger, nennen, die zurückgezogen hat.

Ich darf weiters noch sagen: Als es im Jahre 1975 Firma Liebherr in Bischofshofen für günstig angesehen hat, einen weiteren Betrieb im Lande Salzburg zu errichten – und das hängt auch mit Mühlbach zusammen –, hat es die Landesregierung, vor allen Dingen Landeshauptmann-Stellvertreter Haslauer und auch Landeshauptmann Lechner, verabsäumt – ich sage absichtlich: verabsäumt –, diesen Betrieb im Lande Salzburg mit zirka 400 bis 600 Arbeitsplätzen im Pinzgau oder im Pongau oder auch im Flachgau anzusiedeln. Wo ist der Betrieb heute? Er ist in Telfs in Tirol bei Landeshauptmann Wallnöfer; also der ist nicht so gegen die Arbeitsplätze. (Abg. Steiner: Herr Kollege! Das stimmt nicht! Die Firma selbst wollte sich keine Konkurrenz

3658

Nationalrat XIV. GP – 38. Sitzung – 1. Dezember 1976

Hirscher

am Arbeitsmarkt schaffen!) Das stimmt nicht? Wir hätten dadurch im Pinzgau genügend Arbeitsplätze. Kollege Maier könnte Ihnen das sicher bestätigen. Aber es geht ja um die Arbeitsplätze, um das Herzensbedürfnis, und deshalb will ich es hier sagen.

Jetzt will ich klarlegen, welche Leistungen diese Bundesregierung für Mühlbach erbracht hat und erbringt. (*Abg. Steiner: Der Finanzminister erklärt sich für nicht zuständig!*) Die Mühlbacher Hochkönigstraße war bis einschließlich 1973 Landesstraße. Wir sind oft genug auf dieser Straße gefahren und konnten feststellen, daß dort nichts gemacht wurde. Seit 1974 ist sie Bundesstraße. Bisher sind 30 Millionen Schilling verbaut worden. Wer heute diese Strecke fährt – und wir danken dem Bautenminister Moser dafür –, der kann einen anderen Zustand feststellen. Das wäre einmal zu den Straßen gesagt.

Weitere 30 Millionen Schilling werden in den nächsten Jahren verbaut werden, meine sehr geehrten Kollegen aus dem Lande Salzburg. Wir können das gemeinsam überprüfen, ich bin dazu gerne bereit.

Ich darf feststellen, daß diese Bundesregierung den Arbeitern und Angestellten eine Schließungsprämie und eine Abfertigung in der Höhe von 24 Monatsgehältern bietet. Die Frauen und die Kinder von Mühlbach, also vor allen Dingen die Familien, werden kein 1931 erleben, als über Nacht geschlossen worden ist, und werden mit Freude, wenn auch Herr Dr. Taus heute gesagt hat, daß das Einkaufen keine Freude mehr macht, diese Weihnachten einkaufen gehen, weil diese Bundesregierung dafür vorgesorgt hat, daß sie ihre Abfertigung und ihre Schließungsprämie bekommen. (*Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Mussil: Die werden sich aber freuen, die armen Mühlbacher!*)

Ich darf feststellen, daß Staatssekretär Veselsky nicht wie der Landeshauptmann mit leeren Händen gekommen ist, sondern mit der Firma Seidl von Kufstein, einer Armaturenfabrik mit 140 Arbeitsplätzen. Damit habe ich Ihnen das beantwortet, was Ihnen nicht gelungen ist. Das muß ich doch eindeutig feststellen. Ich würde mich freuen – das habe ich gesagt –, wenn die Bemühungen Früchte trügen seitens der Verantwortlichen des Landes. (*Abg. Graf: Und zum Kommen der Firma Seidl hat der Haslauer nichts beigetragen?*) Ich stelle fest, daß Staatssekretär Veselsky die Verhandlungen geführt hat. (*Abg. Graf: Die Salzburger Landesregierung hat nichts beigetragen dazu?*) Bitte, Herr Abgeordneter Graf, das wird er Ihnen selbst vielleicht noch bestätigen. (*Abg. Graf: Er braucht mir nichts zu bestätigen, ich weiß ganz genau, was los war!*)

Des weiteren darf ich festhalten, daß es sicherlich noch Einzelschicksale in Mühlbach geben wird. Jedes einzelne Schicksal werden wir gemeinsam zu behandeln haben. Ich stehe nicht an, das hier zu sagen. Wir werden die Maßnahmen auch durchführen. Das ist eben doch der große Unterschied zwischen der rechten und der linken Seite dieses Hauses.

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, darf ich auf den Bundesvoranschlag 1977 eingehen und über etwas Erfreulicheres berichten, was in den sechs Jahren gemacht worden ist. (*Abg. Dr. Gruber: Es steht überhaupt nichts Erfreuliches drinnen!*) Herr Dr. Gruber! Ich darf Ihnen sagen, daß der Familienlastenausgleichsfonds im Jahre 1977 einen Betrag von zirka 19 Milliarden Schilling aufweisen wird. (*Abg. Dr. Zittmayr: Wer zahlt das?*) Das kommt schon noch, Herr Kollege Zittmayr.

Ich darf feststellen, daß der Familienlastenausgleichsfonds im Jahre 1970 um 11,1 Milliarden Schilling weniger gehabt hat. (*Abg. Dr. Zittmayr: Die inflationäre Entwicklung!*) Die Haupteinnahmen kommen aus den Dienstgeberbeiträgen. (*Abg. Dr. Zittmayr: 6 Prozent waren es damals, 6 Prozent sind es heute!*) Das sind 6 Prozent, das waren immer 6 Prozent. (*Abg. Dr. Zittmayr: Gut! Dann kannst du jetzt nicht sagen, es ist ein Verdienst dieser Regierung!*) Sicherlich! Auch darauf werde ich noch zu sprechen kommen, warum. Die Menschen in diesem Lande verdienen nämlich mehr, und es gibt mehr Arbeitsplätze in diesem Lande, als es zu Ihrer Zeit gegeben hat. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Ich weiß schon, der Abgeordnete Kohlmaier hat mich ja anlässlich einer Rede im Juni dieses Jahres zitiert. Er hat gesagt: Der Kollege Hirscher hat geglaubt, daß er mich fasziniert hat (*Abg. Staudinger: Das wird ihm schwerfallen!*), als er sagte, die Beiträge zum Familienlastenausgleichsfonds werden von den Unternehmern geleistet. Es sagt aber doch das Wort „Dienstgeberbeitrag“ alles. Ich werde das noch näher zerplücken.

Er hat sogar weiter gesagt: Diese Aussage Hirschers wird in die Annalen der Familienpolitik eingehen. Und er hat ein Loblied gesungen. (*Abg. Graf: Völlig unverständlich! Aber bitte!*) Dann hat er noch hinzugefügt, daß demnach alle Beihilfen – da wird sich wieder Dr. Mussil freuen – Unternehmergehenke seien. (*Abg. Dr. Mussil schickt sich an, den Sitzungssaal zu verlassen.*) Aber warten Sie noch ein bissel, Herr Dr. Mussil. Ich werde Ihnen jetzt sagen, wie es richtig ist. (*Abg. Dr. Zittmayr: Die Kurve wird jetzt hart!*)

Jeder Unternehmer hat dem Familienlasten-

Nationalrat XIV. GP – 38. Sitzung – 1. Dezember 1976

3659

Hirscher

ausgleichsfonds 6 Prozent der Bruttolohnsumme seines Betriebes zu überweisen. Daß er das auf seine Waren und auf seine Leistungen kalkuliert, ist ein altes kaufmännisches Prinzip und eine kaufmännische Wahrheit. (Abg. Dr. Mussil: Wenn er es kann!) Er macht das, Herr Dr. Mussil, sonst wäre er ein schlechter Kaufmann. Schlechte Kaufleute gibt es doch in Österreich nicht! Das sage ich Ihnen gleich. (Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. Mussil.) Oder wollen Sie behaupten, daß es schlechte Kaufleute in Österreich gibt? – Ich sage: Nein!

Daher wiederhole ich: Der Familienlastenausgleich ist kein Lohnanteil, sondern er wird vom Endverbraucher – vom Endverbraucher! – und daher von allen Österreichern bezahlt. (Abg. Dr. Mussil: Sind Sie vorsichtig! Ich werde dann ungemütlich werden! – Abg. Dr. Zittmayr: Wer zahlt denn die ganzen Steuern? – Abg. Dr. Mussil: Fahren Sie nach Mühlbach zurück! – Heiterkeit.)

Ich darf feststellen, daß allein die Einnahmen des Familienlastenausgleichsfonds aus der Einkommen- und Körperschaftssteuer 1,5 Milliarden Schilling betragen, daß auch die land- u. forstw. Betriebe mit 66 Millionen Schilling daran beteiligt sind und daß die Beiträge aus den Ländern 128 Millionen Schilling ausmachen. 2,7 Millionen brave und fleißige Österreicher stehen bei guten Löhnen dank dieser Bundesregierung und ihrer Politik in Arbeit. (Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.) Dadurch sind auch die Einnahmen des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen gesichert, ja mehr noch: Diese Bundesregierung hat im Gegensatz zu der ÖVP 10 Milliarden Schilling Reservefonds und vor allem den Familienlastenausgleichsfonds – und das ist interessant – zweckgebunden verwendet. (Abg. Steiner: Das haben wir beschlossen! – Abg. Dr. Mussil: Ihr Gemüt möchte ich haben und dem Rothschild sein Geld! – Heiterkeit.) 1970 haben wir aus dem Familienlastenausgleichsfonds drei „papieren“ Milliarden übernommen, die heute noch als sogenannte Staatsschuld vor uns liegen.

Im Zusammenleben der Menschen kommt der Form der Familie nach wie vor die zentrale Bedeutung zu. Sie ist vor allem für die Entwicklung der jungen Menschen unersetzlich. Für die Bundesregierung war und ist die Familienpolitik ein Anliegen ganz besonderer Art. Sie ließ sich bei ihren familienpolitischen Entscheidungen von dem Grundsatz leiten: Die Familie als wertvollste Zelle unserer Gesellschaft ist zu stärken. (Beifall bei der SPÖ. – Zwischenruf des Abg. Dr. Zittmayr.)

Um diese Politik zu verwirklichen, wurden die familienpolitischen Leistungen wesentlich verbessert, und sie sind dokumentiert durch die

Einführung des Mutter-Kind-Passes in Verbindung mit der Erhöhung der Geburtenbeihilfe. Wir haben nun immerhin eine wesentlich geringere Säuglingssterblichkeit in diesem Lande.

Es erfolgte eine ständige Anhebung der Familienbeihilfen. Sie wurden in diesen letzten sechs Jahren siebenmal erhöht, und mit 1. Jänner 1977 steht eine weitere Erhöhung mit 30 S pro Kind vor der Tür.

Es erfolgte eine besondere Berücksichtigung der behinderten Kinder mit der dreifachen Familienbeihilfe.

Es erfolgte die Einführung der Schularbeitsbücher, die freie Schulfahrt und die Schulfahrtsbeihilfe.

Es gibt Unterhaltsvorschüsse bei Ausfall der Alimentationszahlungen, die immerhin 40.000 Mütter in Österreich betreffen. Insgesamt stiegen die Ausgaben von 7,1 Milliarden Schilling im Jahre 1970 auf 17 Milliarden Schilling im Jahre 1976 an, wodurch beträchtliche Leistungsverbesserungen erreicht werden konnten. Trotz dieser Ausgabensteigerungen wurden Reserven gebildet.

Im Jahre 1977 werden Familienbeihilfen aus Fondsmitteln an zirka 1.023.000 Anspruchsberchtigte für rund 2.077.000 Kinder bezahlt. Der Aufwand hiefür beträgt etwa 14 Milliarden Schilling.

Familienbeihilfenzahlungen aus Bundesmitteln erfolgen an rund 128.700 Personen für rund 245.400 Kinder.

Welche Bedeutung die Bundesregierung der Familienpolitik zumißt, ist schon allein aus der Entwicklung der Familienbeihilfen abzulesen: Gegenüber 1970 eine Steigerung von 110 Prozent. Während der Zeit von 1966 bis 1970, das betrifft wieder die ÖVP-Alleinregierung, wurde die Familienbeihilfe zweimal um insgesamt 40 S – um lächerliche 40 S! – angehoben. (Abg. Steiner: Gute Schillinge, bitte!) Zwischen 1970 und 1977 wurde siebenmal eine Erhöhung von insgesamt 220 S – und jetzt noch 30 S dazu – vorgenommen. Das sind immerhin 110 Prozent während unserer Zeit. Das sei einmal ganz offen festgestellt. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Zittmayr: Nur können sich die Mütter weniger darum kaufen!)

Allein bezüglich der unentgeltlichen Schulbücher gilt ein altes Sprichwort, Kollege Zittmayr: An geschenkten Gaul schaut ma net ins Maul! Und nehmen tun sie alle, ob reich, ob arm; und ich finde es auch richtig. Das war genauso wie im Jahre 1955, als die Familienbeihilfe für die Selbständigen und für die Landwirte eingeführt worden ist. Ist auch richtig so! Aber

3660

Nationalrat XIV. GP – 38. Sitzung – 1. Dezember 1976

Herrscher

man darf nicht immer schimpfen, das ist doch nicht gerecht. Ich finde das nicht gerecht! (Abg. Vetter: *Die Regierung schenkt ja nichts her!* – Abg. Dr. Zittmayer: *Es ist unser Geld, das verteilt wird!*)

Ich glaube eines – und das möchte ich abschließend sagen –: Man kann allen Österreichern zurufen – für die Vergangenheit und in Zukunft; jetzt zitiere ich die Bibel mit Absicht –, liebet und vermehret euch, denn diese Bundesregierung garantiert die Förderung der Familien in diesem Lande. Daher geben wir diesem Kapitel gern die Zustimmung. (Beifall bei der SPÖ. – Zwischenrufe bei der ÖVP. – Abg. Peter: *Im Parlament habt ihr euch aber nicht vermehrt: Immer noch 93!* – Heiterkeit.)

Präsident Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Steinbauer. Ich erteile es ihm. (*Die Abgeordneten der SPÖ verlassen mit Ausnahme des Abg. Thalhammer den Sitzungssaal.* – Abg. Dr. Bauer: *Wer hinausgeht, muß wieder hereinkommen!*)

Abgeordneter Steinbauer (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Im Sinne der neuen Form der Budgetdebatte wollte ich mich eigentlich heute nur mit der Struktur und den Details der unter Kapitel 10, Bundeskanzleramt, genannten Mittel befassen.

Ereignisse im Medienbereich, die ja auch unter das Kapitel 10 fallen, verhindern es, daß ich mich ausschließlich mit dem Budget im gesamten Kapitel 10 befasse, sondern machen es notwendig, daß ich mich auf zwei Ansätze ganz besonders konzentrieren möchte.

Aber lassen Sie mich doch noch einige Worte – und wenn auch nur schlagwortartig – zum Kapitel 10 und zu der Einäugigkeit, die uns Klubobmann Dr. Fischer vorgeworfen hat, sagen: Das Kapitel 10 und das Budget zeigen natürlich die Problematik von Macht und Machtausübung der Regierungspartei, schon wenn man die Papier- und Zahlenmassen des Staatshaushaltes ansieht, wenn man dann im Finanzausschuß den Aufmarsch der Bürokratie ansieht und wenn der fragende Oppositionsabgeordnete dem Minister mit seinen 20, 30, 40 oder 60 Beamten, die diesem die Antwort erleichtern sollen, gegenübersteht, und wenn man dann noch von dem einen oder dem anderen Minister oder Staatssekretär eine weitschweifige Antwort bekommt, eine weit-schweifige Antwort, die auf die Frage nicht immer eingeht.

Man muß dann feststellen – und leider auch im Kapitel 10, Bundeskanzleramt, für das der Herr Bundeskanzler direkt verantwortlich ist –,

daß es nicht so ist, wie Zentralsekretär Marsch heute sagte: Wir wissen, es ist ein Budget der harten Realitäten. – Nein, die Ziffern, die man uns vorlegt, sind oft Ziffern vorübergehender Gültigkeit. (Beifall bei der ÖVP.)

Vergleichen Sie doch einmal auch im Kapitel 10, Bundeskanzleramt, das, was man dem Hohen Haus als Budgetvoranschlag vorgelegt hat, mit dem, was im Rechnungsabschluß zwei Jahre später hochkommt. Im letzten vorliegenden Fall, 1975, betrug die Diskrepanz 40 Millionen. 40 Millionen in diesem Ansatz waren anders, als es das Budget hier enthielt, als es hier diskutiert war, waren anders ausgegeben, als es im Rechnungsabschluß dann vorlag, waren mehr ausgegeben.

Oder überlegen Sie, Herr Klubobmann Fischer, der Sie vielleicht irgendwo am Lautsprecher zuhören, überlegen Sie, ob nicht das Konstruktionsprinzip des Budgets vielleicht eine gewisse Einäugigkeit zugunsten der Regierung enthält. Denn ist nicht in manchen Kapiteln, auch im Kapitel 10, der Aufbau des Budgets so, daß die gesetzlichen Förderungen niedrig budgetiert werden in der Hoffnung, daß man zwei Jahre später, wenn die Überschreitung offenkundig ist, angesichts der Tatsache: gesetzliche Förderung, gesetzliche Ausgaben, nichts dagegen sagen kann?

Und wird nicht die freie Förderung, wird nicht das frei Bewegliche oft überbudgetiert, damit man zwei Jahre später dann sagen muß: besondere Sparsamkeit, Sie haben weniger ausgegeben?

Ich wollte diese Probleme nur aufgreifen – am Beispiel des Kapitels 10 hätte man diese Dinge noch im Detail nachweisen können –, um einmal dem Klubobmann Dr. Fischer recht intellektuell die Frage zu stellen, ob die Rede von der Einäugigkeit nicht auch seine Einäugigkeit zum Ausdruck gebracht hat (Beifall bei der ÖVP.), weil er das Machtproblem, das im Budget steckt, unterschätzt hat und nicht mehr aus der Sicht der Opposition sieht.

Und ist nicht, Herr Klubobmann Dr. Fischer, falls Sie vielleicht einmal Jahre später die Stenographischen Protokolle nachlesen, in Wirklichkeit ein ausgehöhltes Budgetrecht der Opposition nicht auch eine Aushöhlung des Parlamentarismus? (Beifall bei der ÖVP.)

Und ist nicht, Herr Klubobmann Fischer, der Sie derzeit die Macht in diesem Haus mit Ihrer Mehrheit vertreten, eines Tages das ausgehöhlte Budgetrecht nicht auch das Problem der wieder in die Opposition geratenen SPÖ?

Ich mache diese grundsätzlichen Bemerkungen deshalb, weil ich glaube, hier ist der erste

Steinbauer

Machtfaktor; schon in der Überlegenheit hier im Parlament, im Budget, im Vorsprung von Regierung und Bürokratie! Aber es kommt noch im speziellen.

Und damit bin ich bei den zwei Ansätzen, die ich behandeln wollte. Sie weisen eine zusätzliche Problematik auf, wenn man den Problemkreis Sozialisten und Macht diskutiert!

Ich beziehe mich zuerst auf den Ansatz 10004, Post 7431, das, was mit Presseförderung und 80 Millionen im uns vorgelegten Budget zur Debatte steht. Die Presseförderung war bei der Einführung Grund für die Sozialisten zu Lob und Eigenlob, und ich verhehle nicht, daß ich schon damals Besorgnis hatte, ob die Presseförderung nicht vielleicht Beziehungen zwischen Macht und Presse herstellt, die nicht immer günstig laufen.

Und ich stelle heute nach der bisherigen kurzen Geschichte im Ansatz 10004 in der Post 7431, Presseförderung, an den SPÖ-Klubobmann die intellektuelle Frage, ob nicht langsam auch er diese Besorgnis hat. Ich stelle an den SPÖ-Medienexperten Blecha die technische Frage, ob nicht auch er diese Besorgnis hat, und ich stelle an die SPÖ-Abgeordneten in ihrer abwesenden Gesamtheit die einfache Frage, ob nicht auch sie diese Besorgnis haben, wenn sie sich folgende sechs Schritte der Geschichte der Presseförderung vergegenwärtigen.

Erster Schritt: Im Sommer 1975 Beschuß der Presseförderung mit einer Jahresrate von 70 Millionen für alle österreichischen Zeitungen.

Im zweiten Schritt, Frühherbst 1975: Verhandlungen und Gespräche mit den Zeitungen, denn es droht eine Erhöhung der Postgebühren um 135 Millionen, in ihrer Auswirkung auf die Zeitungen also mehr, als die 70 Millionen Presseförderung in der Jahresrate enthielten.

Dritter Schritt, Herbst 1975: Die Gespräche haben ergeben, daß die Erhöhung der für die Zeitung relevanten Postgebühren nur 70 Millionen pro Jahr umfaßt. Damit wurde aber die Presseförderung des Jahres 1975 mit ihren 70 Millionen wieder zum Nullwert deklariert, denn 70 hat man ihnen gegeben, und noch im selben Herbst hat man ihnen 70 wieder genommen.

Vierter Schritt, Sommer 1976: Wieder beginnen die Gespräche, denn die Zeitungen sagen, wir haben doch Presseförderung, wir bekommen nichts heraus; können wir nicht eine Erhöhung im Budget 1977 durchsetzen oder erzielen? Man kommt zu 80 Millionen, stolze 10 Millionen mehr.

Fünfter Schritt, Frühherbst 1976: Drohung der Verbindung von Schreibweise über Repräsentationskosten und Presseförderung.

Sechster Schritt – und das ist der entscheidende Grund meiner Besorgnis –: Presseförderung, Gegenstand eines Gespräches zwischen Dr. Nenning und Dr. Kreisky.

Nun lassen Sie mich, bevor ich Ihnen die Details dieses sechsten Schrittes zeige, kurz etwas Grundsätzliches zur Presseförderung sagen. Presseförderung ist nicht irgendeine Subvention, sondern sie soll helfen bei der schwierigen Problematik, daß die geistige Leistung der Zeitungen auf einer materiellen Basis ruhen muß. Dies ist nicht nur meine Erkenntnis. Ich versuche dafür einen unverdächtigen Zeugen zu zitieren.

Friedrich Austerlitz hat 1902 in seinem Buch „Preßfreiheit und Preßrecht“ angesichts der materiellen Druckmittel folgendes gesagt: „Um es kurz zu sagen: nicht auf den Journalisten ist die Drohung gemünzt ..., sondern auf den Verleger. Und das ist ihre Unanständigkeit. Mit ihr soll auf den Verleger ein Druck ausgeübt werden, der sich in einen Druck auf den Publizisten umsetzen soll: hinter den Journalisten, der seiner Überzeugung folgt, wird der Herausgeber gestellt, der sich vor einer materiellen Einbuße fürchtet.“ Ende des Zitates von Friedrich Austerlitz.

Das wurde damals angesichts der laufenden ernsten materiellen Bedrohungen der Zeitungen gesagt.

Friedrich Austerlitz nennt dann in der Debatte um das Preßgesetz im Hohen Haus am 18. November 1919 einen zweiten Aspekt neben der Bedrohung, nämlich daß es gerade dann gefährlich ist, „wenn es Behörden waren, die im Welken, im Untergang begriffen waren und daher gegen die Kritik besonders empfindlich“ waren.

Austerlitz hat in dieser großen Rede in der ersten Lesung des Preßgesetzes am 18. November 1919 immer wieder auf die Gefahr der materiellen Bedrohung der Zeitungen hingewiesen. Und er hat gesagt, „daß die Furcht ... die Schärfe, die Wucht, die Macht der Ausdrucksweise außerordentlich gehemmt hat“, wenn materielle Bedrohung gegeben ist. Und er hat darauf hingewiesen, daß die Zeitungen nicht in ihrer Existenz bedroht werden müssen, sondern daß „Aufsicht, Bevormundung oder Störung der Presse durch die Staatsgewalt“ bereits das Gefährliche ist.

Die Geschichte der materiellen Bedrohungen in diesen Jahren 1919, 1920, 1921 spiegelt sich in den parlamentarischen Anfragen unserer Protokolle. Es sind parlamentarische Anfragen, die sich darauf beziehen, wie die Subvention der Papierzuteilung läuft. Die materiellen Hebel des

3662

Nationalrat XIV. GP – 38. Sitzung – 1. Dezember 1976

Steinbauer

Staates werden hier immer wieder in Frage gestellt, bestimmen die ganze Debatte.

Und wenn ich die Reden von Austerlitz nachlese, muß ich sagen, seine ganze Argumentation zeigt die Empfindlichkeit der Presseerzeugnisse für materiellen Druck. Kurz gesagt, meint er, daß der Geist oft schwer zu brechen ist, daß man ihm aber die materielle Basis geben oder nehmen kann und damit Abhängigkeiten schafft.

Deswegen möchte ich hier eine zentrale Forderung in den Raum stellen: Presseförderung muß ohne Bedingungen bleiben.

Warum sage ich das so deutlich? Es zirkuliert ein Papier, das offenkundig eine Aussprache zwischen Dr. Nenning und Dr. Kreisky vom 12. November dieses Jahres wiedergibt. Es soll dies als Papier für Arbeitsgespräche hinsichtlich einer kommenden Novellierung der Presseförderung dienen. Ich möchte vier Punkte aus diesem Papier zur Debatte stellen. Der Ansatz des Budgets 1977, Presseförderung, im Pressegesetz soll also irgendwann novelliert werden. Vier Punkte daraus:

Zuerst einmal: Die 5er-Kommission, die heute die Begutachtung der Förderung macht, soll um zwei Gewerkschafter vermehrt werden. Ich sage nichts dagegen, wenn damit nicht eine Veränderung der Mehrheitsverhältnisse, die nämlich im Moment zwei zu zwei mit einem Vorsitzenden bewußt gewählt war, herausschauen soll, und ich biete dem Herrn Bundeskanzler an, anstelle einer Montage am Presseförderungsgesetz vielleicht die zwei ihm zustehenden Vertreter durch Vertreter der Gewerkschaften zu ersetzen. Der Herr Ing. Rehak und der Herr Intendant In der Maur wären vielleicht besser durch Gewerkschafter zu ersetzen.

Zweiter Punkt aus diesem Papier: Die Förderung der Auslandskorrespondenten soll durch Übernahme der halben Kosten durchgeführt werden. Nun, ich sage: Auslandskorrespondenten sind etwas Wichtiges. Nur gefällt mir bereits die Spezifikation nicht, daß man sagt: Auslandskorrespondenten sollen durch Bundesmittel – gütigerweise – zu den halben Kosten gefördert werden. Und mir kommt etwas anderes in den Sinn: Der Zentralsekretär Blecha, der Zentralsekretär der SPÖ und Mediensprecher, hat zu Ende des Jahres 1975 und im Frühjahr 1976 große Unruhe ausgelöst, als er sagte, es gebe in Österreich Zeitungen, in denen nicht alle Meinungen vertreten sind, und dort müsse ein sozialistischer Vertreter in die Redaktion hinein. Er rettete – unter Beschluß genommen – dann und sagte, er hätte nur die Auslandskorrespondenten gemeint, denn die Möglichkeit der Internationale könnte doch

dafür genutzt werden, die Arbeit der Auslandskorrespondenten zu unterstützen.

Nun, welche Parallele! Die halben Kosten der Auslandskorrespondenten über die Presseförderung und das Heraussondern der Auslandskorrespondenten durch den Zentralsekretär schon vor einem dreiviertel Jahr.

Der dritte Punkt aus diesem Papier: Presseförderung mittels Förderung journalistischer Mitbestimmung. Und es heißt in diesem Papier: „Medienunternehmen, die ... Redakteurstatute abschließen, die bestimmten Qualifikationen entsprechen, sollen zusätzliche Förderungsmittel erhalten.“

Es ist in dem Papier dann auch von „Prämien auf Demokratie“ die Rede.

Ich stelle nun doch die Frage, ob die Bindung von Subventionen an – wie es da so schön heißt – „bestimmte Qualifikationen“ angesichts des Mediengesetzes, das ohnehin in der nächsten Zeit zur Debatte steht, eine sinnvolle Einrichtung ist. Und ich frage, ob „Prämien auf Demokratie“ die Voraussetzung sind, daß Subventionen überhaupt vergeben werden.

Ich frage auch anhand des Subventionsberichtes 1974: Haben die Kinderfreunde ausweisen müssen, wie demokratisch oder nicht demokratisch sie sind, als sie 3,6 Millionen bekamen? Haben die sozialistischen Jugendverbände mit ihren 3 Millionen besondere Nachweise demokratischer Gesinnung erbringen müssen? Hat die Stadt Wien mit ihrer Festwochen-Subvention ihre Stadtverfassung ändern müssen, um sie zu demokratisieren und die 4,2 Millionen zu bekommen? Hat das „Neue Forum“ besondere Offenheit nachweisen müssen, als es die 300.000 bis 400.000 S bekam? Hat das Adolf-Schärf-Heim eine besonders demokratische Verwaltung nachweisen müssen, um die 6 Millionen zu bekommen? Hat das IFES besondere demokratische Gesinnung nachweisen müssen, um nicht Subventionen, aber Millionenaufträge zu bekommen?

Ich frage das alles, weil ich ganz einfach die intellektuelle Frage an den vielleicht irgendwo am Lautsprecher zuhörenden Klubobmann Dr. Fischer richten möchte (*Beifall bei der ÖVP*): Glauben Sie, Herr Dr. Fischer, daß gerade die Presse der geeignete Punkt ist, um Subventions- und Qualifikationsforderungen damit zu verbinden? Glauben Sie, daß Demokratisierung via Subvention gerade bei der Presse einsetzen soll? Ich glaube es nicht!

Schließlich ein vierter Punkt aus diesem Papier: Die Presseförderung soll überhaupt nicht mehr zum Verbrauch gegeben werden, sondern „vielmehr“ – Zitat – „... zur Kapitalaufstock-

Steinbauer

kung. Diese Mittel sollen gebunden sein an die Mitbestimmung durch Redakteursgesellschaften".

Nun, das ist ein französisches Modell, bei dem man überhaupt streiten kann, ob es auf die österreichische Rechtssituation zu übertragen ist. Aber ich will hier nicht die Details durchgehen, ich will auch nicht das Zusammenspiel von Betriebsräten, Redakteursversammlungen, Redakteursgesellschaften, die ja eine wirtschaftlichrechtliche Form sein sollen, hier im Detail untersuchen. Ich frage mich nur, ob nicht die Debatte über die innere Organisation der Medienbetriebe, kombiniert mit der Presseförderung, der ungeeignetste Schritt ist, um diese heikle Zone unserer Gesellschaft, nämlich das Preszewesen, neu zu regeln. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich fühle mich zu dieser Frage berechtigt, weil ich Nennings neuestes Buch über den Sozialismus zweimal hier zitieren möchte und weil ich glaube, daß hier Zitate stehen, die das Gespräch und das Arbeitspapier, das offensichtlich ein Gespräch zwischen Kreisky und Dr. Nenning zusammenfaßt, in ein ganz eigenes Licht rücken.

Nenning-Zitat: „Nun wird kein Sozialdemokrat den politischen Selbstmord begehen, Verstaatlichung der Presse vorzuschlagen. Trotzdem steht sie auf der Tagesordnung – nicht als politische Forderung, sondern als Realität, die sich bereits abzeichnet.“ Ende des ersten Zitates.

Dann ist die Rede von den Mechanismen: Konzentration auf wenige Giganten, staatliche Förderung, innere Machtübernahme und Ausschaltung der Herausgeber durch Mitbestimmungsmechanismen.

Daran schließt das zweite Nenning-Zitat: „Dann, erst mit diesem Hebel, wird die Blockierung und Zerstückelung von Reformen durch ‚bürgerliche Hegemonie‘ aufhebbar und eine zügige sozialdemokratische Reformpolitik möglich.“ Ende des Zitats von Nenning.

Also: Die intellektuelle und politische Frage steht doch im Raum. Der Budgetansatz bei der Presseförderung ist also doch ein Ansatz zur Ausweitung der Macht. Es ist ein Ansatz, der nicht nur die Macht ausweiten soll, die Sie ohnehin durch Ihren Regierungsbonus, durch die Bürokratie, durch den Vorteil der Akten gegenüber der Opposition haben.

Das ist aber auch ein Machtausweitungsschritt, der die Offenheit in unserer Gesellschaft in Gefahr rückt. Daher möchte ich zum Schluß, damit Sie sehen, warum ich nicht nur politisch, sondern auch intellektuell besorgt bin, zum zweiten Ansatz aus dem Kapitel 10 kommen. Es

ist der Ansatz 10007, die Post 7295, die Untergliederung 004, die Rundfunkkommission.

Wir würden ja den Entwicklungen auf dem Medienteil Presse und Presseförderung vielleicht mit größerer Ruhe entgegensehen, wenn wir nicht wüßten, was schon geschehen ist. Ist nicht, so muß man heute, zwei Jahre nach dem Rundfunkgesetz der sozialistischen Mehrheit, fragen, die Frage im Raum, ob das Ausmaß eindeutig linksorientierter Programme und Sendungen im Informationsteil nicht das vertretbare Maß bereits überschritten hat. (*Präsident Probst übernimmt den Vorsitz.*)

Muß man nicht fragen, ob aus dem zweiten Fernsehprogramm nicht schon ein linker Kanal geworden ist? Und muß man nicht fragen, ob nicht der Abbau an Regierungskritik offenkundig ist?

Wenn Sie es mir nicht glauben, wo immer Sie mir zuhören – hier im Saal oder an den Lautsprechern –, dann suchen Sie doch bitte die Berichterstattung über das Hohe Haus und vergleichen Sie, wie wenig es heute ist und wie viel es früher war. (*Beifall bei der ÖVP.*) Dann sehen Sie sich doch das kritische Magazin „Teleobjektiv“ an und schauen Sie, ob hier nicht die Auslandsthemen immer da sind, aber nirgendwo die Themen einer kritischen Fragestellung, die die Regierung betreffen könnte. (*Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.*)

Oder suchen Sie mit mir, ob Sie die kritische Sendung „Horizonte“ überhaupt noch im Programm finden. Sie ist so versteckt, daß man sie ja kaum mehr findet, und der letzte Infratest zeigt, daß aus einem Zuseherkreis von 1,8 Millionen möglicherweise 400.000 geworden sind.

Und fragen Sie, bitte, wo die Regierungskritik in der angeblichen Frauensendung „Prisma“ ist, die die Frau Dr. Brandstaller gestaltet. Sie ist verschwunden, dort gibt es doch kein Thema, wo die Regierung wirklich kritisch angegangen wird.

Überlegen Sie, welche Persönlichkeiten die große Präsentationssendung von Spitzpersönlichkeiten des geistigen Lebens „Das Gespräch“ enthalten hat. Ich zähle die wichtigsten auf, und Sie werden nur den Hochadel, die Hocharistokratie zwischen Sozialdemokratie, Sozialismus, Kommunismus und Maoismus vertreten finden: Ernest Mandel, Ernest Bornemann, Willy Brandt, Sergio Segre, Günther Wallraff, Peter Turrini, Franz Josef Degenhardt. Sie werden nur Linke dort präsentiert bekommen haben.

Vergleichen Sie, bitte, einmal die Liste der politisch relevanten Themen in „Club 2“, dem neuen Programm im Fernsehen, und vergleichen Sie, von der sozialistischen Seite des Hauses, diese Liste mit den Listen Ihres Freundes- und

3664

Nationalrat XIV. GP – 38. Sitzung – 1. Dezember 1976

Steinbauer

Gesinnungskreises. Sie werden dort ein Mißverhältnis bis zu 5:1 finden, wie etwa vor einigen Tagen in einer Debatte. Fünf Marxisten aller Schattierungen gegen einen, den man dann auch versucht in die Ecke zu drängen.

Schauen Sie sich doch, bitte, die Jugendsendung an, die da „Ohne Maulkorb“ heißt, deren Organisation man verändert hat, deren inhaltliche Richtung, so erklärt man ausdrücklich, aber nicht verändert werden soll.

Sie können manches nun nicht als eindeutig links ansehen, aber die Mehrheit der Beispiele, die ich aufzählen werde, ist ganz einfach linke Gesinnung.

Da ist die mehrfache Aufforderung, die Aktion „Arena“ zu unterstützen – das im objektiven Rundfunk!

Da werden, wenn eine Vertreterin des Schwangerschaftsberatungsdienstes etwas dort sagt, Adresse und Telefonnummer eingebendet. Welch anderer von uns durfte im Fernsehen mit Adresse und Telefonnummer reden? Der Beratungsdienst wurde inzwischen vom Innenministerium aufgelöst.

Da ist Frau Nöstlinger am Wort, die Kinder- und Jugendbuchautorin und Fernsehautorin, deren innere Qualifikation wir kennen. Sie verkündet in der Jugendsendung des Fernsehens vieles, darunter auch, daß jetzt endlich das Gewäsch, die Mutter sei die beste Freundin der Tochter, aufhören muß.

Da hören Sie Lieder, wie etwa das irische Arbeiterlied – man sagte mir, es sei ein irisches Arbeiterlied –, mit dem Text: „Und soll unser Land frei sein, ist Sozialismus das Ziel. Und es muß Schluß sein mit den Kapitalisten ihrem G'spül.“

Ich sage, es ist ein irisches Arbeiterlied, das man hier verkündet hat. Aber man hat es in der Jugendsendung des Österreichischen Fernsehens verkündet, und wenigen wird bewußt gewesen sein, daß hier Fragestellungen aus Irland zur Debatte stehen.

Meine Damen und Herren Kollegen von der Sozialistischen Partei! Nehmen Sie sich die Mühe und sehen Sie sich einmal an, wie in „Ohne Maulkorb“ 15-, 16- und 17jährige über den Geschlechtsverkehr befragt werden. Wo nicht die Frage ist, ob oder nicht, sondern wo nur die Frage ist, ob im Hausflur oder in dafür zu schaffenden Sozialräumen.

Und hören Sie sich die DDR-Lieder an, die in dieser Jugendsendung immer wieder gesungen werden. Es ist ja im Fernsehen schon so weit, daß sogar eine der letzten Sendungen „Konzertstunde“ nur mehr DDR- und Chile-Lieder umfaßte.

Ich sage das, und damit bin ich schon fast am Schluß, weil mir ein Wort von Bornemann untergekommen ist. Der Name ist Ihnen schon bekannt: Ernest Bornemann, einer der Präsidenten des geistigen Adels von links. Der sagte nämlich vor einiger Zeit mit Blick auf seine Tätigkeit im deutschen Fernsehen: „War es schwer, den Genossen beizubringen, daß wir ihnen das beste PR-Werkzeug liefern würden, das die Partei je besessen hat.“ – Selten spricht es einer so offen aus, wie es Bornemann, ein Gesinnungsgegenste von Ihnen, im Rückblick auf seine frühere Fernsehtätigkeit tat.

Das, meine Damen und Herren, sind Einseitigkeiten, Einseitigkeiten, die man in diesem Lande aber nicht einmal mehr im Fernsehen diskutieren darf. Denn ich sage Ihnen eines: Sie können im Fernsehen über Parapsychologie diskutieren, und wenn Kollege Sekanina eine neue Wendung in seinem Verhältnis zu Branko Elsner hat, kann er darüber viele Stunden diskutieren. Ich darf nicht im Fernsehen über das Fernsehen und über meine Kritik am ORF diskutieren, wir dürfen das nicht. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Diese beiden Beispiele machen mich so besorgt. Denn das, was im Ansatz Rundfunkkommision im Budgetkapitel 10 an Machtausweitung ärgster Sorte zur Debatte stand, das scheint ja im Ansatz Presseförderung des Kapitels 10 zu drohen. Denn was soll es sonst anderes sein, als die materielle Abhängigkeit der Zeitungen an die staatlichen Subventionen, an bestimmte Qualifikationen zu binden?

Und ob Sie jetzt hier im Saale sind, ob Sie mich mögen, ob Sie meine Ausdrucksweise mögen oder nicht, eines sollten Sie doch: Sie sollten überlegen, ob Sie das, was sich im Kapitel Bundeskanzleramt unter der direkten Verantwortung des Herrn Bundeskanzlers im Medienbereich abzuzeichnen beginnt, und das, was sich schon abgezeichnet hat, noch intellektuell, politisch und gesellschaftspolitisch verantworten können. (*Anhaltender lebhafter Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Probst: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Koller. (*Die Abgeordneten der SPÖ nehmen wieder ihre Plätze ein. – Zwischenrufe bei der ÖVP. – Abg. A. Schläger: Die Superdemokraten!*)

Abgeordneter Koller (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mich im Rahmen der Beratungsgruppe II mit einem Problem befassen, das, wie mir scheint, für viele Teile Österreichs, für viele Gebiete Österreichs, vor allem für jene

Koller

mit schlechten oder zurückgebliebenen Strukturen, von Bedeutung ist, und zwar mit dem Problem der Raumplanung.

Die Raumplanung, die Raumordnung hat in den vergangenen Jahren bereits eine sehr bedeutsame Rolle gespielt, und ich glaube, daß wir diesem Problem auch in Zukunft große Bedeutung beimessen müssen.

Die Österreichische Raumordnungskonferenz hat im Jahre 1972 beschlossen, in regelmäßigen Abständen einen Raumordnungsbericht zu erstellen. Dieser Bericht wurde nun erstmals 1975 erstellt. Er ist sehr umfangreich, er liegt nun vor.

Dieser Bericht, meine sehr verehrten Damen und Herren, behandelt die räumliche Struktur Österreichs, er behandelt die Geschichte der Raumordnung der Zweiten Republik, die verfassungsrechtlichen Grundlagen der Raumordnung und die Arbeiten der Österreichischen Raumordnungskonferenz und ihrer Organe.

Drei weitere Abschnitte dieses Berichtes sind den Gebietskörperschaften Bund, Länder und Gemeinden gewidmet.

Der letzte Abschnitt behandelt den Beitrag der Interessenvertretungen zur Raumordnung.

Hohes Haus! Dieser Bericht wurde gemeinsam mit den Gebietskörperschaften erstellt, und es wurde auch eine Einigung über einen gemeinsamen Zielkatalog erzielt. Das alles zeigt, daß nun die Anfangsschwierigkeiten bei der Zusammenarbeit der Gebietskörperschaften überwunden scheinen.

Ich glaube, hier muß nun weitergearbeitet werden, um bald zu einem gesamtösterreichischen Raumordnungskonzept zu kommen. Es wird aber auch die bestmögliche Kooperation nicht ganz ausreichen, alle Probleme zufriedenstellend zu lösen, da sie doch sehr komplex und äußerst kompliziert sind.

Eine wichtige Voraussetzung scheint mir vor allem, daß die Raumordnung von der Öffentlichkeit als eine Gemeinschaftsaufgabe erkannt wird, die eben gelöst werden muß.

Durch die Raumordnungspolitik der letzten Jahre ist es auch in den strukturschwachen Gebieten Österreichs zu einer Verbesserung der Lebensverhältnisse und der Einkommensverhältnisse gekommen.

Meine Damen und Herren! Vorhin wurde hier heftig über Fohnsdorf diskutiert. Das Problem Aichfeld-Murboden zeigt doch wohl ganz klar, wie diese Regierung an solche Probleme herangeht, wo es gilt, Strukturen zu verbessern, und diese Politik zeigt klar und deutlich, daß diese Regierung in den Mittelpunkt den

Menschen stellt, die Arbeitsplätze und die Familien, die es dort zu erhalten gibt, und zeigt, wie sich diese Regierung Sorgen um die Probleme dieser Menschen dort macht. Sie war in den letzten Jahren stets bemüht, regionale Unterschiede in den verschiedenen Bereichen zu beseitigen. Es gab dazu eine Reihe von Maßnahmen, es gab dazu eine Reihe von Reformen, und es standen auch verschiedene Instrumente zur Verfügung.

Ich darf vorerst auf den Bildungssektor verweisen, der auch in diese Strukturprobleme hineinspielt. Hier wurden in jüngster Zeit besonders große Fortschritte erzielt: ob es nun die Freifahrt der Schüler ist, ob es die Heimbeihilfen oder die Gratisschulbücher oder andere Maßnahmen sind, sie kamen den Kindern und somit den Menschen in den entlegenen Gebieten ganz besonders zugute. Auch das Zehnjährige Schulbauprogramm zielt und zielt darauf ab, die Begabungsreserven in den entlegenen Gebieten optimal auszuschöpfen.

Ich verweise auf den Verkehrssektor und darauf, was hier alles geschehen ist. Auch da wurde regionale Strukturpolitik betrieben. Den immer wieder erhobenen Forderungen, unrentable Eisenbahnlinien einzustellen, hat man sich erfolgreich entgegengestellt. Wir liegen damit auch auf einer Linie mit den Beschlüssen der jüngsten Raumordnungs-Ministerkonferenz des Europarates.

Ich darf auch auf bereits erzielte Erfolge bei der überregionalen Zusammenarbeit verweisen. Der zwischen Burgenland, Niederösterreich und Wien vereinbarte Verkehrsverbund oder die seit längerem bestehende Planungsgemeinschaft zwischen Wien und Niederösterreich zeigt, daß es bereits konkrete Möglichkeiten für eine Koordinierung gibt, um interkommunale Erfordernisse mit denen der Landesraumplanung sowie mit den Planungen des Bundes aufeinander abzustimmen.

Die Gespräche über einen Verkehrsverbund zwischen Wien und den umliegenden Regionen wurden in den letzten Monaten sehr intensiviert und haben auch bereits zu konkreten Ergebnissen geführt.

Eine Fülle von Maßnahmen gab es zum Beispiel im Bereich der Autobusdienste der Post und der Bahn. Hier wurden zusätzliche Verbindungen geschaffen. Bestehende Linien wurden verbessert.

Die Österreichischen Bundesbahnen, meine Damen und Herren, haben in den letzten Jahren Milliarden in ihren Fahrpark investiert.

Bei den Telefonanschlüssen – auch das gehört

3666

Nationalrat XIV. GP – 38. Sitzung – 1. Dezember 1976

Koller

zur Strukturpolitik – wurde im Vorjahr ein Rekord erzielt. Ich glaube, gestern wurde die Zahl von 120.000 Telefonanschlüssen hier genannt, und ungefähr über 60, gegen 70 neue Wählämter wurden in Betrieb genommen.

Hohes Haus! Auch die Dringlichkeitsreihung für den Autobahn- und den Schnellstraßenbau wurde aus regionalpolitischer Sicht festgelegt. Ziel dessen war ebenfalls eine Beseitigung der regionalen Unterschiede, und als weiterer Gesichtspunkt ist eine Förderung des gesamtstaatlichen Zusammenhaltes zu nennen.

Meine Damen und Herren! Die Bundesstraßengesetznovelle 1971 hat dem Burgenland – das darf ich als Abgeordneter dieses Bundeslandes sagen – den vollen Anschluß an das Autobahnnetz gebracht. Das Burgenland ist damit voll in dieses Autobahnnetz integriert, und das nehmen wir heute dankbar zur Kenntnis.

Das Burgenland hat die Entscheidung des ehemaligen Bautenministers Kotzina noch nicht vergessen. Ich möchte besonders hervorheben, daß wir Burgenländer an einer Raumordnungspolitik, daß wir an einer überregionalen Zusammenarbeit in der Raumordnung besonders interessiert sind, und ich darf auch kurz darauf eingehen, warum das so ist.

Das Burgenland ist nun einmal mit einer historischen Stiefkindrolle belastet und aus vielen normalen Entwicklungen ausgeschlossen geblieben. Dieses Land hat Hunderttausende Menschen durch Abwanderung verloren, und viele Begabungsreserven konnten sich dort nicht voll entfalten.

Auch die unglückliche Grenzziehung im Jahre 1921 können wir nicht ändern, und unsere ungünstige Randlage können wir nicht verschieben. Das Burgenland liegt nun einmal dort, wo es liegt, nicht im Westen, sondern im Osten, an einer Grenze, die sicher schwerer wiegt als andere Staatsgrenzen Europas.

Sicherlich: Diese Staatsgrenze hat auch durchlässige Stellen, an denen sich der Grenzbalken eben genauso hebt wie anderswo, um nachbarliche Begegnungen zu ermöglichen. Das Verhältnis zu den Nachbarstaaten, vor allem zu Ungarn und zu Jugoslawien, ist in Ordnung und auf der Basis der gegenseitigen Achtung geregelt. Aber, meine Damen und Herren, unser Grenzlandschicksal ist zwar eine Tatsache, aber diese ist sicherlich keine Tragödie. Man muß sich nur bemühen, das Beste daraus zu machen, und wo die Hindernisse besonders groß sind, da müssen eben größere Anstrengungen unternommen werden.

Ich glaube, ich muß nicht aufzählen, was hier

in den letzten Jahren alles geschehen ist. Das Ergebnis liegt heute offen zutage. Ohne viel Aufhebens ist in unglaublich kurzer Zeit viel geleistet worden.

Meine Damen und Herren! Es galt in der Vergangenheit, viele Vorurteile abzubauen, die im Zusammenhang mit der Beurteilung des Burgenlandes hie und da noch auftauchten. Aber ich glaube, heute können wir mit berechtigtem Stolz sagen, daß aus dem Land der strohgedeckten Hütten und der schlechten Straßen und der oft zurückgebliebenen Strukturen ein modernes Bundesland geworden ist.

Meine Damen und Herren! Es kann wohl auch vom Standpunkt des Gesamtstaates aus gesehen als eine erfreuliche Erkenntnis angesehen werden, daß dieses Bundesland heute ein völlig gleichwertiger Partner im Kranz der anderen österreichischen Bundesländer geworden ist.

Daß dieser grandiose Aufbau weitgehend aus eigener Kraft erreicht wurde, stellt, glaube ich, den Bewohnern des Burgenlandes wohl das beste Zeugnis aus.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Da ich vorhin von Verkehrsproblemen gesprochen habe, möchte ich noch ganz kurz zu einem Verkehrsproblem hier Stellung nehmen. Es ist das der Ausbau der Südautobahn. Auch daran ist das Burgenland besonders interessiert, vor allem die drei südlichsten Bezirke würden hier sehr davon profitieren. Dem Ausbau der Südautobahn, glaube ich, muß Priorität eingeräumt werden.

Meine Damen und Herren! Diese Autobahn ist keine transversale Autobahn für den Ausländerdurchzugsverkehr, da sie den Bedürfnissen der Österreicher optimal dient. Gerade diese Autobahn ist, glaube ich, den gesamtstaatlichen Interessen im höchsten Maße förderlich.

Hohes Haus! Noch kurz einiges zur Raumordnung und zu Strukturproblemen. Auch die Verbesserung der Umwelt in Österreich mit der Schwerpunktsetzung im Ballungszentrum bedeutet heute Raumordnungs- und Strukturpolitik. Ringkanäle und Trinkwasserversorgung in ländlichen Räumen wurden hier verbessert. Das waren Leistungen des Wasserwirtschaftsfonds. Natürlich gehört auch die Wildbach- und Lawinenverbauung zu jenen Maßnahmen, welche die Lebensverhältnisse in ländlichen Regionen wesentlich verbessert haben.

Alle diese Maßnahmen, meine Damen und Herren, waren darauf abgestellt, den Interessen der Menschen in den Gebirgsregionen besonders Rechnung zu tragen. Ich möchte ganz besonders das Bergbauernprogramm und auch die Grenzlandförderung hervorheben. Ich darf

Koller

hiezu mit Genugtuung feststellen, daß das Burgenland zur Gänze als ganzes Bundesland in diese Grenzlandförderung mit einbezogen ist.

Hohes Haus! Der ERP-Fonds spielt bei der Förderung auch eine sehr große Rolle. Hiefür wurden im Wirtschaftsjahr 1975/76 allein 1,5 Milliarden Schilling vergeben.

Hohes Haus! Schwerpunkte der Förderung durch Großgebiete waren in der Vergangenheit und sind auch derzeit noch die Metallchemie und die Papierindustrie, und von den besonders begünstigten Krediten, den Sonderkrediten im Rahmen des Grenzlandförderungsprogramms, entfielen rund 48 Millionen Schilling auf das Burgenland.

Hohes Haus! Die ERP-Förderungen werden heute vor allem unter den Aspekten der Regionalstrukturpolitik, der Forschung und Entwicklung und Unterstützung von Betriebsgründungen vergeben. Weiters kommen sie dem Umweltschutz zugute, der Bevorratung, aber auch der Energieeinsparung.

Hohes Haus! Die Förderungsaktivitäten richten sich auf Aktivitäten gegenüber der Industrie, dem Gewerbe, dem Fremdenverkehr, der Landwirtschaft, aber auch dem Arbeitsmarkt; auch die Wasserwirtschaft profitierte davon. Ich darf darauf verweisen, daß auch eine Koordinierung der einzelnen Förderungsmaßnahmen besteht. Die längerfristigen Schwerpunkte dieser Koordinierung sind heute, wie bereits erwähnt, die Strukturpolitik, die regionale Entwicklungspolitik und, wie bereits gesagt, die Umweltschutzpolitik.

Meine Damen und Herren! Abschließend noch einen Satz zur Raumordnungspolitik. Ich glaube, daß wir heute ohne Übertreibung sagen können, daß eine aktive Raumordnungspolitik betrieben wird, die sich an den Interessen der Bevölkerung dieser Gebiete orientiert und deren Ziel heute die volle Integration aller Teile unseres Landes in einem freien demokratischen und fortschrittlichen Österreich ist. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Probst: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Mock.

Abgeordneter Dr. Mock (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zuerst nur eine kurze Bemerkung zum Verlassen des Sitzungssaales durch die sozialistische Fraktion. Schauen Sie, meine Herren, wer hinausgeht, muß wieder hereinkommen. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Tull.*) Herr Abgeordneter Tull, zu früh ist der Zwischenruf. Das sage nicht ich Ihnen, sondern der Herbert Wehner hat das auch einmal gebracht. (*Beifall bei der ÖVP.*) Wie immer haben Sie zu kurze Zeit gewartet.

Nun gibt es aber auch hier einen Zusammenhang mit Grundsatzfragen. Bevor ich auf einiges Grundsätzliche eingehe, möchte ich, obwohl wir einmal mehr nicht das Vergnügen der Anwesenheit des Herrn Bundeskanzlers haben, heute nur auf eine seiner pathetischen Feststellungen eingehen, meine Damen und Herren.

Mit Pathos und fast weinerlicher Stimme hat der Herr Bundeskanzler gemeint: Ja wie gibt's denn das, daß man jetzt auch so viel redet und diskutiert über die Verschwendug durch die Mitglieder der Bundesregierung im Bereich der Repräsentationen! 25 Jahre habe man das nicht gemacht.

Meine Damen und Herren! Es ist auch 25 Jahre nicht so verschwendet worden, wie das jetzt in einer Regierung unter Bundeskanzler Dr. Kreisky der Fall ist! Ein ganz einfacher Grund. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Er allein ist verantwortlich für den Ansatz von 3,7 Millionen Schilling im Jahre 1975 – herausgekommen sind 6,3 Millionen Schilling. Und das bei einem Versprechen, er werde die Repräsentationsaufwendungen kürzen, Herr Abgeordneter Wille.

Jetzt sage ich Ihnen etwas zu diesem Punkt. Mir ist völlig gleichgültig, wie der Herr Bundeskanzler seine Repräsentationskosten ausgibt, die ihm vom Gesetz zugesagt sind. Mir ist das völlig gleichgültig. Ich schreibe ihm das gar nicht vor. Ich weiß, daß mit diesen Beträgen links und rechts in der Regierung verschwendet wird, weiß aber auch, daß man damit weder 37 Milliarden Budgetdefizit noch den Schuldenstand noch sonst irgend etwas sanieren kann. Für mich hat das eine ganz andere Dimension, wie sich die Herren auf der Regierungsbank in diesem Bereich aufführen.

Es hat nämlich eine moralische Dimension. Man hat nämlich den Eindruck, daß sie vergessen haben, daß sie das Geld, das sie vom Steuerzahler erhalten, nicht besitzen, sondern eben nur treuhändig zu verwalten haben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Der Herr Bundeskanzler reagiert deswegen so empfindlich, Herr Abgeordneter Wille, weil er ganz genau weiß, daß bis in seine eigenen Reihen hinein, bis zum kleinen sozialistischen Funktionär diese Art von persönlicher Amtsführung schärfstens kritisiert wird, selbst gegenüber Gesprächspartnern aus anderen politischen Lagern.

Dort gibt es bei Ihnen nämlich eine ganze Reihe von Leuten, die wirklich geglaubt haben, wenn Genossen einmal allein die Regierungsverantwortung übernehmen, dann wird dort eine sehr nüchterne, ja mönchische Atmosphäre

3668

Nationalrat XIV. GP – 38. Sitzung – 1. Dezember 1976

Dr. Mock

Einzug halten. Und jetzt sieht man, daß die Verschwendungen so groß ist wie noch nie, was der Bericht des Rechnungshofes aufgezeigt hat. Und das tut ihm weh! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Bitte, ich schätze auch einen politischen Gegner, wenn er persönlich umgänglich und fesch ist. Mir macht es gar nichts aus, wenn Minister Androsch Konzerte gibt. Nur: fesch auf Kosten des Steuerzahlers – da tun wir nicht mit! Und das ist sehr oft der Herr Finanzminister! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Es ist heute auch vom Herrn Klubobmann Fischer die Frage der Demokratiediskussion angeschnitten worden. Ich möchte hier, wenn Sie es erlauben, nur noch zwei, drei kurze Bemerkungen machen. Im sozialistischen Parteiprogramm heißt es:

„Die Demokratie ist der politische Boden, auf dem allein die freie Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit möglich ist. Sie muß dem Staatsbürger freie Wahl zwischen verschiedenen gleichberechtigten Parteien gestatten.“

Nun könnte man auch die Regierungserklärungen hernehmen. Sie haben in allen Regierungserklärungen von 1970, 1971 und 1975 hochrabende Bekenntnisse zur Demokratie. Doch die sozialistische Praxis sieht ganz anders aus! Demokratie ist für die Sozialistische Partei nur dort angebracht, wo sie zu mehr Macht für die Sozialistische Partei führt. Das ist das Hauptmotiv für sozialistische Demokratisierungsmaßnahmen.

Herr Bundeskanzler! Ihre politische Praxis zeigt – ich bin froh, daß ich hier in Ihrer Anwesenheit dazu Stellung nehmen kann ...
(Abg. Dr. Mussil, zum Bundeskanzler Dr. Kreisky, der mit jemandem spricht, gewendet: Aufpassen, was der Redner sagt! – Bundeskanzler Dr. Kreisky: Ich passe schon auf!) Ich würde Ihnen gern den Zwischenruf des Herrn Abgeordneten Mussil weitergeben. (Bundeskanzler Dr. Kreisky: Wenn man schreit mit mir, verstehe ich nichts! So, jetzt verstehe ich schon!)

Dieser Grundsatz spiegelt sich auch, Herr Bundeskanzler, in Ihrer politischen Praxis wider. Ihnen geht es bei keiner Ihrer Demokratisierungsmaßnahmen um mehr Recht auf Mitsprache und Verantwortung des einzelnen, sondern immer wieder nur um mehr Macht für Ihre Partei, für Institutionen, in denen Ihre Partei die Mehrheit hat. Das ist das Auf und Ab Ihrer Demokratisierungsbestrebungen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Auf Seite 288 Ihres Parteiprogramms ist von folgendem die Rede:

„Sozialismus ist uneingeschränkte politische, wirtschaftliche und soziale Demokratie; Sozialismus ist vollendete Demokratie.“

Herr Bundeskanzler! Zuerst möchte ich diese Feststellung einmal ungeheuer überheblich nennen. Das ist so in der Art: Demokratie ist erst vollendet, wenn der Sozialismus vollends verwirklicht ist. Und der angewandte Sozialismus ist erst die vollendete Demokratie.

Das könnte man jetzt anläßlich der Tagung der Sozialistischen Internationale nachlesen, wo es in der „Neuen Zürcher Zeitung“ heißt:

„Es gebe keinen Sozialismus ohne Demokratie und keine Demokratie ohne Sozialismus . . .“

Herr Bundeskanzler! Ich kann mir nicht vorstellen, daß jemand, der ein Minimum an Selbstbescheidung hat, diesen überheblichen Anspruch auf Exklusivität und Totalität stellt.

Ich darf Ihnen in Erinnerung rufen: Es gab Zeiten, da hat die Demokratie Fortschritte gemacht: Egal, ob im alten Griechenland, ob mit der Befreiung der Bauernschaft, ob mit der Beseitigung des Sklavenums, da hat man noch lange nichts von einem Sozialismus und von Marx und Engels gehört.

Es gibt Länder ohne bedeutende sozialistische Parteien, wo es mindestens die gleiche politische Gleichberechtigung und die gleichen wirtschaftlichen Mitsprachemöglichkeiten gibt wie in Ländern mit sozialistischen Parteien.

Ich kann Ihnen sagen: Es wird Zeiten und einen Fortschritt in der Demokratie für den einzelnen Menschen, für eine Chance der Mitsprache geben, und es wird lange keinen Sozialismus mehr geben. (*Beifall bei der ÖVP.*) Das wollte ich zu diesen überheblichen Feststellungen sagen.

Was uns unterscheidet, meine Damen und Herren, ist, daß wir die Verabsolutierung dieser Begriffe ablehnen. Demokratie findet genauso wie Freiheit, wie Gleichheit, wie Autorität ihre natürlichen Grenzen. Es gibt keine Demokratisierung mathematischer Gesetze, keine Demokratisierung persönlicher Überzeugungen, es gibt keine Mitbestimmung jedes einzelnen bei jeder einzelnen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entscheidung.

Das gleiche gilt für andere Begriffe, ob Freiheit, ob Gleichheit, ob Autorität. Auch die Freiheit hat ihre Grenzen, Herr Bundeskanzler, so wie jedes andere grundsätzliche gesellschaftspolitische Ziel. Nur die absolute Freiheit – und nur sie – führt nicht zur Freiheit, sondern sie führt praktisch zur Diktatur und zur Tyrannei.

Daher ist Ihr Reden von uneingeschränkter Demokratie, von vollendeter Demokratie ein weder durch die Praxis begründeter Anspruch noch ein realisierbares demokratisches, gesellschaftspolitisches Ziel. Die Praxis sieht ja außerdem ganz anders aus.

Dr. Mock

Herr Bundeskanzler! Eine Zeitung schrieb einmal:

„Es ist klar, setzte Kreisky fort, daß man den Beweis für die Richtigkeit eines Programmes erst erbringen kann, wenn man selbst regiert.“

Alle Ihre Handlungen, die Gegenreform gegen den Volksbegehrensrundfunk, die Ablehnung des Briefwahlrechtes, die Ablehnung der Verfassungsreform im Bundesland Wien und viele andere Beispiele sind der Gegenbeweis, daß Sie tatsächlich unter Demokratie nie mehr Mitsprache und mehr Mitverantwortung des einzelnen Bürgers verstehen.

Das gilt genauso für die Frage der Transparenz! Meine Damen und Herren! Das ist auch ein Schlagwort. Wir haben gestern erlebt, wie die Eisenbahntarife in einem sogenannten Mehrfachverfahren gleich für eine ganze Reihe von Jahren vorfixiert wurden: zum 1. Jänner 1977 und für die weiteren Etappen der Jahre 1979 und 1980. Herr Bundeskanzler! Warum? Damit Sie diesen Wunsch auf neuerliche Erhöhung nicht mehr an das Parlament herantragen müssen, damit Sie die Öffentlichkeit nicht mehr kritisch kontrolliert.

Das gleiche haben Sie im Kuratorium des Rundfunks gemacht. Das gleiche hat die sozialistische Stadtgemeinde in Linz gemacht. Sie dynamisieren sozusagen doppelt: Durch die Inflation dynamisieren Sie die Steuereinnahmen des Finanzministers und auch durch diese Mehrfacherhöhung. Das Ganze nennt sich dann eine „Politik der Transparenz“.

Hier könnte man auch über andere Beispiele reden: die Mißachtung der Mitbestimmung der Personalvertreter, meine Damen und Herren (*Ruf bei der SPÖ: Niederösterreich!*), die konzentrierte sozialistische Personalpolitik, wo sich vor allem der Herr Unterrichtsminister am Minoritenplatz immer mehr als Landesparteisekretär und nicht als Unterrichtsminister profiliert. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Aber, Herr Bundeskanzler, das alles ist ja nichts Überraschendes. Denn Altideologe Czernetz hat ja schon im Jahre 1947 sehr interessantes geschrieben. Herr Abgeordneter Czernetz! Sie wissen, daß ich genauso wie bei Minister Broda immer sehr respektiere, daß Sie im Gegensatz zu anderen Herren – vor allem in der Regierung – nie ein Hehl aus Ihrer ideologischen Überzeugung gemacht haben. Andere verdecken das ja bei jeder Gelegenheit. Der Herr Bundeskanzler zögert ja gelegentlich sogar, das Wort „Sozialismus“ auszusprechen. Dann rinnt wie Honig das Wort „Sozialdemokratie“ herunter. Wieso denn, Herr Bundeskanzler? Haben Sie doch die Courage zu sagen: Wir sind Sozialisten, wir sind eine Sozialistische Partei. (*Bundeskanzler Dr. Kreisky: Sage ich ununterbrochen!*) Warum müssen Sie das immer mit

dem Wort „Demokratie“ aufputzen? Sie spüren, daß hier ein falscher Posthornton drin ist, bei dem Sie nicht haben wollen, daß er registriert wird. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Nun, Herr Abgeordneter Czernetz, Sie haben ja dankenswerterweise schon im Jahre 1947 geschrieben:

„Die Eroberung der demokratischen Mehrheit wird der erste Schritt der politischen Revolution des demokratischen Sozialismus sein. Die Ersetzung des bürgerlichen Staatsapparates durch einen völlig neuen sozialistischen wird der zweite Schritt dieser politischen Revolution sein. Nur wenn dieser zweite Schritt von uns planmäßig vorbereitet und entschlossen getan wird, kann von der politischen Seite her unsere demokratische Mehrheit gesichert werden.“

Sie können neuerdings auch aus der Gegenwart ein ähnliches Zitat des Herrn Abgeordneten Czernetz lesen:

„Zur Durchführung des Sozialismus brauchen wir die ganze Macht, wir brauchen daher die Regierung, die Spitzen und die Beamten, die Träger des politischen Willens und die ausführenden Organe.“

Hier, meine Damen und Herren, steht von der Demokratie, gleichen Bewerbungschancen, von der Achtung vor der Überzeugung des einzelnen nichts. Das ist platter Zynismus, wie Sie reagieren, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Zu einem Thema noch ein kurzes Wort zu später Stunde. Herr Bundeskanzler! Wir sind im Jahre 1972 durch das Ortstafelgesetz, das die sozialistische Mehrheit hier beschlossen hat, nicht nur innenpolitisch, sondern auch außenpolitisch in eine schwierige Situation gekommen. Die drei im Parlament vertretenen Parteien haben am 7. Juli 1976 zusammen ein Gesetz beziehungsweise drei Gesetze beschlossen und zusammen politische Verantwortung übernommen für eine Lösung, von der wir heute noch nicht wissen, was es noch an Hindernissen gibt, einmal für die eine, einmal für die andere Partei, welche Schwierigkeiten wir noch haben werden.

Für mich ist auch Ihre vorwöchige Erklärung, daß allenfalls die Ortstafelverordnung nur durch die zwei großen Parteien beschlossen werden könnte, bereinigt. Ich glaube nur eines, Herr Bundeskanzler: Wir sollten mit solchen Erklärungen vorsichtig sein. Es ist besser, wir kommen einmal mehr zusammen bei den Parteienverhandlungen, als daß wir Gefahr laufen, egal, ob es nun ein Irrtum oder Absicht war, daß wir zu den schwierigen Fragen, die aus der Problemstellung herauskommen, noch einen parteipolitischen Zwist hineintragen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

3670

Nationalrat XIV. GP – 38. Sitzung – 1. Dezember 1976

Dr. Mock

Ich bekenne mich, Herr Bundeskanzler, namens meiner Partei zu der Mitverantwortung für die politischen Beschlüsse des 7. Juli. Es kann ohneweiters sein, Herr Bundeskanzler, daß Sie uns das in einer anderen Situation vorhalten oder daß uns das vor allem auch draußen ein Teil der Bevölkerung vorhält. Denn, wie ich vorhin gesagt habe, wir wissen nicht, welche Schwierigkeiten wir noch haben werden.

Aber, Herr Bundeskanzler, wenn wir zur Auffassung gekommen sind, die höheren Interessen, das heißt der Friede im Lande Kärnten, die innere Beruhigung in Österreich und unser außenpolitisches Ansehen verdienen, daß wir alle Differenzen zurückstellen, dann, glaube ich, sollten wir auch vermeiden, daß sich der eine, Herr Bundeskanzler, einmal von einer Aktion sozusagen unterschwellig, indirekt distanziert, wie Sie von der geheimen Sprachenerhebung, und daß man sich das andere Mal von einer anderen Bestimmung distanziert. Wir haben das miteinander beschlossen, und wir sollen uns dazu bekennen, zu dem, was gelegentlich auch einmal schiefgehen mag, was aber letztlich – und davon bin ich überzeugt – im Interesse unseres Landes an Positivem für die Bevölkerung herauskommen muß. Wir sollten von diesem Weg nicht abgehen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wir wünschen natürlich, Herr Bundeskanzler – ich glaube, wir sind einer Meinung –, daß wir diese Lösungen möglichst beschleunigt anpeilen sollen, vor allem die drei Verordnungen über die Frage der Konstituierung der Volksgruppenbeiräte, über die Ortstafelfrage und über die Regelung der Amtssprache. Sicherlich müssen sie sorgsam vorbereitet werden. Wir sollten aber versuchen, in gebührender Zeit über diese Klippen zu kommen.

Ich bin persönlich überzeugt – und konnte das immer wieder auch und gerade in Kärnten antreffen –: Der Großteil der Bevölkerung Kärntens, ganz gleichgültig, ob deutscher Muttersprache oder slowenischer Muttersprache, ist an einer korrekten, an einer staatsvertragsgerechten, an einer toleranten Regelung interessiert, die den Frieden in diesem Land wiederherstellt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Bundeskanzler! Wir sollten uns als einziges Motiv diese Aufgabe stellen und uns von diesem Motiv bewegen lassen. Ich weiß, wir sollen nicht empfindlich sein. Man kann das eine oder andere Mal eine kritische Bemerkung machen. Aber ich wollte folgendes damit nur zum Ausdruck bringen, Herr Bundeskanzler: Wir bekennen uns zu dieser Verantwortung, die wir mit übernommen haben. Wir distanzieren

uns nicht von einem Akt, wo wir einmal ja gesagt haben. Wir sollen auf diesem Weg weitergehen; ich bin überzeugt, er liegt im Interesse unseres Staates. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Probst: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wünscht einer der Herren Berichterstatter das Schlußwort? – Kein Schlußwort.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über die in der Beratungsgruppe I zusammengefaßten Kapitel des Bundesvoranschlages 1977 abstimmen. Es sind dies die Kapitel 01, 02, 03, 04 und 06 in 320 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Ich danke. Einstimmig angenommen.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über die in der Beratungsgruppe II zusammengefaßten Kapitel des Bundesvoranschlages 1977. Es sind dies die Kapitel 10 und 70 samt dem zu Kapitel 70 gehörenden Teil des Konjunkturausgleich-Voranschlages in 320 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Das ist die Mehrheit. Angenommen.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über die Beratungsgruppe III des Bundesvoranschlages 1977. Diese umfaßt das Kapitel 20 in 320 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Ich danke. Das ist die Mehrheit. Angenommen.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Ich gebe bekannt, daß in der heutigen Sitzung der Selbständige Antrag 40 eingebracht worden ist.

Ferner sind die Anfragen 822/J bis 824/J eingelangt.

Die nächste Sitzung berufe ich für morgen, Donnerstag, den 2. Dezember, um 9 Uhr mit folgender Tagesordnung ein:

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1977 samt Anlagen (320 und Zu 320 der Beilagen).

Beratungsgruppe V Justiz,

Beratungsgruppe IV Inneres, und

Beratungsgruppe XII Landesverteidigung.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 20 Uhr 50 Minuten